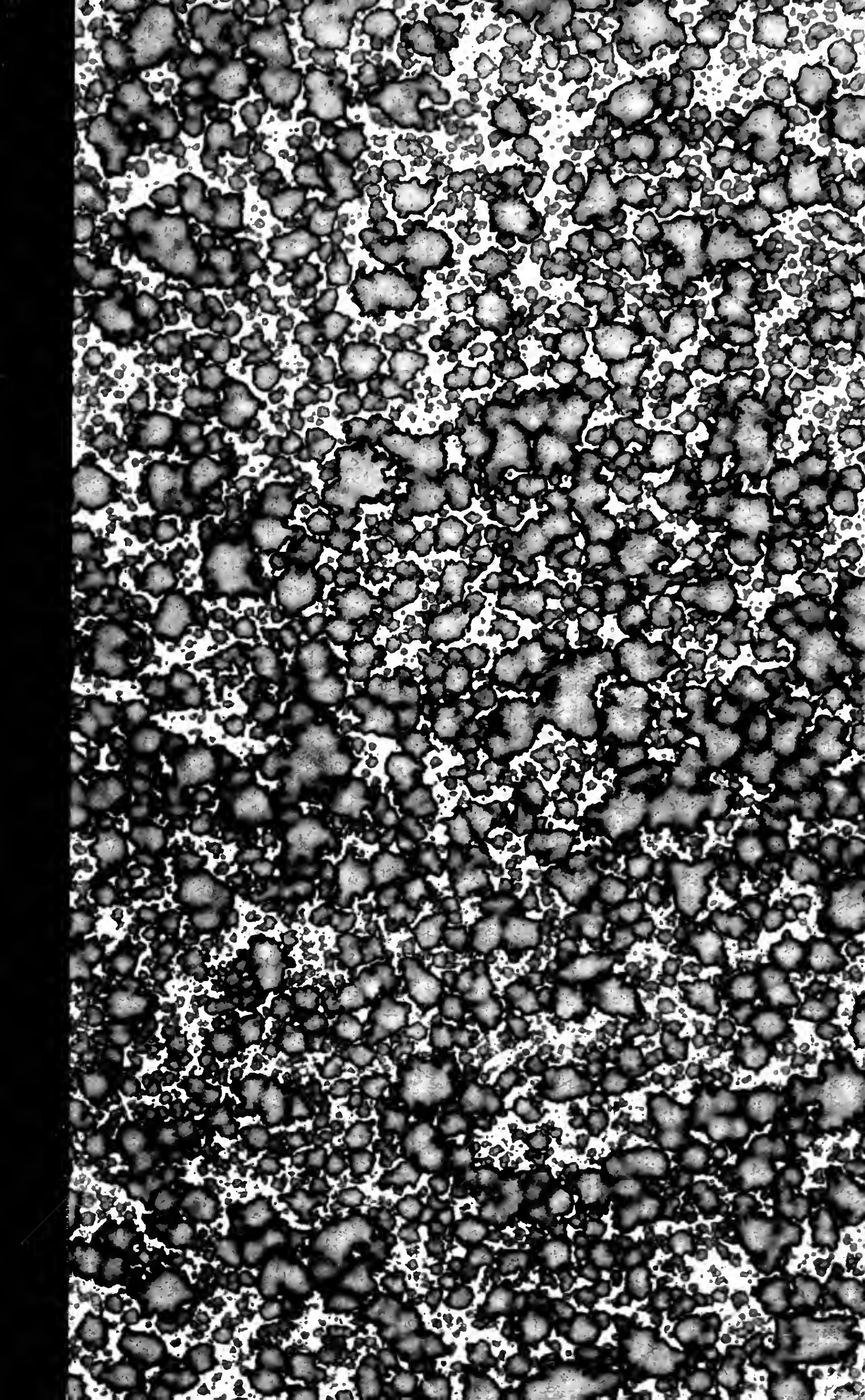


Sütz von Lilienfeld
1903

# Neue geschichtliche Essays.

Von

**Karl Theodor von Heigel,**
ord. Prof. der Geschichte an der Universität München.




München 1902
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

# Vorwort.

„Der Historiker muß" — sagt einmal Karl Heinrich v. Lang — „wenn seine Schrift beachtet werden soll, entweder etwas Neues mitzuteilen haben oder dem schon Bekannten eine neue Seite abzugewinnen wissen."

Daß einige von meinen „geschichtlichen Essays" Neues bringen, kann ich unbedenklich versichern. Die Entscheidung, ob durch die übrigen der Forderung Langs Genüge geleistet wird, muß ich den Lesern überlassen. Wenn die Frage bejaht wird, ist mein Beginnen, die in verschiedenen Zeitschriften zerstreuten Vorträge und Aufsätze nochmals in Buchform der Öffentlichkeit zu übergeben, — nicht ohne Zagen bekenne ich, daß ich schon sieben ähnliche Sammelwerke erscheinen ließ, — gerechtfertigt.

München, im Oktober 1901.

**Der Verfasser.**

# Inhaltsverzeichnis.

I.

# Zur Erinnerung an Heinrich von Treitschke.*

Weß das Herz voll ist, deß fließt der Mund über! Es ist Heinrich von Treitschke, über den ich heute vor meinen verehrten Kollegen und lieben Kommilitonen ein Wort sagen möchte. Nur ein Wort der Erinnerung, denn wer wollte, wer könnte den Lebensgang dieses Mannes und sein Werk in einer Spanne Zeit, wie sie mir zugemessen ist, erschöpfend darstellen? Er ist nicht nur eine Größe in der Geschichte seiner Wissenschaft, sondern in der Geschichte Deutschlands. Wie der Dichter einst dem kaiserlichen Feldherrn zurief: In deinem Lager ist Österreich! so kann man vom Verfasser der deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert sagen: In seiner Brust schlägt das Herz des wieder erstarkten deutschen Volkes! Er war eine Erscheinung und ein Ereignis.

Als die Nachricht von seinem Tode Freund und Feind erschütterte, wurden die Verdienste des Gelehrten wie des Patrioten in zahlreichen Denkschriften gewürdigt. Doch auch dieser mein später Nachruf wird nicht verspätet, geschweige denn der letzte sein. Es drängt mich, von dem Dahingeschiedenen an dieser Stelle zu sprechen, nicht nur weil es mir vergönnt gewesen, ihm in seinen letzten Lebensjahren näher zu treten, nicht nur weil mir sein Werk als die glänzendste Leistung deutscher Geschichtschreibung gilt, in der — um ein Wort Treitschkes auf ihn selbst anzuwenden — „die beiden höchsten Aufgaben des Geschichtschreibers, die künst-

* Festrede, gehalten beim Stiftungsfest der Universität München am 25. Juni 1898.

lerische und die wissenschaftliche, in Eins zusammenfallen," — ich halte die Betrachtung dieser Persönlichkeit auch in erziehlichem Sinne für besonders ersprießlich. Meine lieben Kommilitonen! Treitschkes Leben war Mühe und Arbeit, Kampf und Prüfung, und doch ein harmonisches, fruchtbares, schönes Leben. Von siegreichen Streitern sprechen hören, bestärkt uns in der Lebensfreude, und diese, meine jungen Freunde, ist und bleibt das höchste der irdischen Güter.

Und eins noch. Ich bin Bayer, treu ergeben dem Wittelsbachischen Fürstenhause. Ich konnte mich also mit dem politischen Glaubensbekenntnis Treitschkes nie befreunden. Treitschke wollte den deutschen Einheitsstaat. In seinen letzten Lebensjahren war er in seinen Forderungen nicht mehr so schroff, doch früher galt ihm die Schöpfung des Einheitsstaates als das Wünschenswerteste und Notwendige. In einem Briefe an Gutschmied vom 16. November 1864 erklärt er es für eine Schande, daß von den vielen tausend Deutschen, die der gleichen Anschauung huldigten, keiner den Mut habe, sich laut und offen dafür zu erklären. „Da ich außer meinem Vater keinen Menschen kenne, vor dem ich mich zu genieren brauchte, so habe ich für meine Pflicht gehalten, über diesen Kardinalpunkt frei von der Leber weg zu reden." Er gedenkt eines Bildes von Camphausen, das in seinem Arbeitszimmer hängt und die Schlacht von Hohenfriedberg darstellt. Im Vordergrund des Gemäldes ist ein sächsischer Grenadieroberst als Gefangener, sind erbeutete Pauken mit dem kursächsischen Wappen zu sehen. „O Freund!" ruft Treitschke aus, „wann werden diese gesegneten Tage wiederkehren!"

Da kann ich nur rufen: Ein solches Hohenfriedberg — niemals! Und ich kann mich für meine Auffassung deutscher Politik auf den treuen Eckart Preußens, den Baumeister des Deutschen Reiches, Fürst Otto Bismarck, berufen.

Doch wir haben auch im politischen Gegner die ehrliche Überzeugung zu achten, und wer möchte diese Treitschke absprechen?

Ich breche davon ab, denn für politische Erörterungen ist

hier nicht der Platz; nur von der wissenschaftlichen Arbeit Treitschkes soll die Rede sein, und dafür hat ihm jeder Deutsche höchsten Dank zu zollen. —

Nicht nur der deutsche Gelehrte, der Deutsche überhaupt verlangt auch für den Genius registermäßige Einordnung. Ein scheinbar pedantischer Zug, der vom Ausländer verspottet wird, der aber doch wohl mit der heilsamen germanischen Ordnungsliebe zusammenhängt.

In methodologischem Sinne war Heinrich von Treitschke kein Bahnbrecher. Er selbst zählte sich unumwunden zu den Forschern, die im Geiste Rankes fortwirkten, d. h. er gehört der historisch-politischen Schule an.

„Historisch-politische Schule und kulturgeschichtliche Forschung streiten, wenn nicht um die Alleinherrschaft, so doch um gegenseitige Abgrenzung. Als Erkennungszeichen aber hat sich in diesem Kampfe anfangs das Feldgeschrei: hie Staatengeschichte, hie Kulturgeschichte erhoben. Es bedeutete die klare Erkenntnis der auf dem Gebiete der geschichtswissenschaftlichen Entwicklung historisch gegebenen Gegensätze.“ So Karl Lamprecht. Sind es aber wirklich unversöhnliche Gegensätze? So gewiß der Staat ein Unterbegriff der Kultur ist, so gewiß ist er von allen weltlichen Dingen dasjenige, er allein dasjenige, auf das niemals das *οὐδὲν πρᾶγμα* angewendet werden kann.

Am Ende ist die Wirkung einer That, eines Ereignisses das Entscheidende. Wenn wir Entschluß, That und Folge betrachten, was kann sich an Größe und Bedeutung mit dem Waffengang eines Volkes messen? Der Krieg soll nach moderner Anschauung allerdings nur kulturfeindlich sein. Allein vom Irridentisten Macchiavelli bis zum Arbeiterapostel Lasalle erhofften alle scharfsinnigen Köpfe die Erfüllung ihrer Wünsche, den Sieg ihrer Ideen von den Waffen. „E quelle armi sono pietose!“

Buckle hat gesagt, man thäte besser daran, die Lebensgeschichte des tüchtigsten Londoner Hutfabrikanten zu studieren, als die Geschichte eines Karls XII. oder Napoleons I., die nur durch Massen-

mord und Menschenvertilgung einen düsteren Ruf erworben hätten. Seitdem schwören alle Hutmacher auf Buckle. Viele Jahre früher schrieb Balzac in der Vorrede zu „La comédie humaine“: „Wenn man die trockenen und widerlichen Register liest, welche die Geschichte genannt werden, bemerkt man, daß die Schriftsteller in allen Ländern und zu allen Zeiten es vergessen haben, uns die Geschichte der Sitten zu liefern.“ Das harte Urteil des Romanciers läßt sich aus seiner Unkenntnis der Geschichtslitteratur erklären. Indes, er kannte doch Voltaire. Auch der schon zog Religion und Sitte, Wissenschaft und Finanzen in den Kreis der historischen Betrachtung. Sein Schüler, der Preußenkönig Friedrich, folgte diesem Beispiel. Und haben nicht auch die bedeutendsten Historiker unseres Jahrhunderts die Entwicklung der Kultur, d. h. Fortschritt oder Niedergang des Wohlstandes und der Gesittung, immer berücksichtigt? In Macaulays Geschichte der englischen Revolution kommt auch das Wohl und Weh, das Dichten und Trachten des Londoner Hutmachers zur Sprache.

Und auch in diesem Punkte steht Treitschke hinter Maucaulay nicht zurück. Wie anschaulich tritt z. B. in Treitschkes Aufsatz „Die Republik der vereinigten Niederlande“ das gesamte niederländische Volksleben vor unsre Augen! „Unsre Geschichte,“ äußert er in seinem Begleitschreiben zum ersten Bande jener Essays, „ist nicht mehr enthalten in den Werken der Dichter und Denker, aber auch der würde nur ein Zerrbild des deutschen Lebens geben, wer bloß zu berichten wüßte von den Landtagen und den Wandlungen der Volkswirtschaft. Die Wechselwirkung der wissenschaftlichen, der künstlerischen und der staatlichen Arbeit bildet einen wesentlichen Charakterzug der Übergangszeit, darin das heutige Deutschland steht. Wer sich nicht ein selbständiges Urteil zutraut über diese verschiedenen Zweige des Volkslebens, soll seine Hand lassen von unsrer neuesten Geschichte.“ Auch in seiner Deutschen Geschichte hat er unsrer Kultur ein Denkmal errichtet. Die Verwaltung ist ihm ebenso wichtig, wie die Verfassung. Er sieht in jeder Thätigkeit eine symptomatische Äußerung des Nationallebens. Nicht nur

die Fürsten, die Feldherren und Staatsmänner, Gelehrte und Künstler werden Fleisch und Blut, das ganze Volk lebt vor uns auf! Wenn ein empfänglicher Mensch Thiers' Geschichte des Konsulats und Kaiserreichs liest, wird er Napoleon, seine Generäle und Soldaten bewundern; ein Mann mit aufrichtiger Seele wird nach der Lektüre Treitschkes das deutsche Volk lieben.

Schließlich ist es nur eine Doktorfrage, zu welcher Schule Treitschke gehört hat; jedenfalls ist er ein Meister und hat die Nation zu seinen Füßen. —

Wie lebendig steht er vor meinen Augen! Reckenhaft, ungeschlacht an Gestalt, mit schon ergrautem, aber noch vollem, widerborstigem Haar. Ein energisches Gesicht mit ruhig leuchtenden Augen. Eine tiefe, klangvolle Stimme, die, auch wenn sie donnerte, nicht theatralisch wirkte, denn kein falsches Pathos war in diesem Manne. Von seiner Rede wurde man sofort gefesselt, obwohl sie ihm nicht leicht von den Lippen floß. Wenn er, sonst schwerfällig im Gang und lässig in der Haltung, sich straff emporrichtete und mit wachsender Leidenschaftlichkeit mahnende, warnende Worte sprach, war man erschüttert. Er zwang die Herzen aller Hörer, weil „es ihm aus der Seele drang“.

Im Umgang war er bei allem Selbstbewußtsein und aller Würde eine liebenswürdige Persönlichkeit. Bei wissenschaftlichen Erörterungen und politischem Gespräch ganz bei der Sache, ernst, von unerschrockenem Freimut, — beim Becher nach alter Germanenart heiter und mitteilsam. Treu in der Zuneigung, unbestechlich im Haß.

So war Treitschke bei außerordentlichen Geistesgaben eine schlichte Natur. Ein ganzer Mann, verabscheute er ebenso die Rührseligkeit ungehärteter Herzen, wie jene Roheit des Gemüts, die mit Unrecht als Gelassenheit der Welterfahrenheit bewundert wird.

Deutsch in jeder Faser, war schon des Knaben Wahlspruch. Sogar auf den Staatsmann, den Treitschke in seinen Mannesjahren in Wort und Schrift als undeutschen Politiker grimmig geißelte, sogar auf Beust machte es tiefen Eindruck, als 1851 — in den Denkwürdigkeiten Beusts wird irrigerweise das Jahr 1849

genannt — bei einem Festakt der Kreuzschule in Dresden der Primaner Treitschke eine begeisterte Rede auf die deutsche Einheit hielt. Im Jahre 1851, als die vielmißbrauchten und doch so schönen Worte „Einheit und Freiheit" fast unvermeidlich Strafe und Verfolgung nach sich zogen!

Nachdem er an verschiedenen nord- und süddeutschen Universitäten historische und staatswissenschaftliche Studien getrieben und in Göttingen den Doktorhut erworben hatte, veröffentlichte er zwei Bändchen Gedichte, die größtenteils vaterländische Stoffe behandeln, von tadelloser Form — und doch keine Gedichte sind. Richard M. Mayer sagt in seiner Geschichte der deutschen Litteratur im 19. Jahrhundert, dem wertlosen Gegenstück zu Gurlitts geistreicher Kunstgeschichte, Treitschke habe kein Dichter werden können, weil „seine Fähigkeit des Mit- und Einfühlens (!) zu sehr begrenzt" gewesen sei. Dunkel ist dieser Rede Sinn. Klarer und kräftiger ist ein Wort Alfred Doves: Treitschkes Gedichten habe es gefehlt „an der inneren Freiheit schöner Kunst, jener unbewußten Empfindung, die beim echten Dichter den Eindruck unerklärlicher Eingebung macht und die eben nur aus der völligen Hingabe des Subjekts an den selbstgeschaffenen Gegenstand entspringt". Auch ein Dramatiker wurde Treitschke nicht, trotzdem er selbst, wie Freytag mit seinem sicheren Blick für Menschen sagt, ein „dramatischer Charakter" war; das unumgänglich notwendige „Moment der ästhetischen Abkühlung gegen das eigene Selbst" lassen sein „Heinrich von Plauen" und seine anderen dramatischen Pläne vermissen. Dagegen leuchtet hell aus seinen Essays wie aus seiner Deutschen Geschichte jene Poesie hervor, die ihm auch als Menschen selbst eigen war. „Seine Erzählung, noch mehr seine Schilderung sind vom Wiederschein eines überaus reichen, immer erregten Gemüts mit poetischem Schimmer übergossen; der tiefe Atemzug seiner Rhetorik berührt uns nicht selten wie ein Ringen nach Gesang."

1858 ging der junge Gelehrte nach Leipzig, wo er sich mit der Schrift „Die Gesellschaftswissenschaft" an der Universität habilitierte.

Die Schrift kennzeichnet den Sturm und Drang des eifrigen Politikers. Der Staat ist ihm die einzige ethische Gesellschaft. Einzig das Gewissen seiner Bürger muß dem Staate unverletzlich sein, das formale Recht dagegen darf er, wie er es will und braucht, brechen, denn seine sittliche Aufgabe steht höher als das Recht. Nur darin, daß Treitschke die moralische Freiheit des Individuums anerkennt, entfernt er sich vom starren Staatsbegriff der Antike.

Roscher hat die Schrift ungünstig beurteilt; er vermißte darin nach Form wie Inhalt die Klarheit. Ein hartes, doch nicht ungerechtes Urteil. Indem Paul Bailleu die Studie über die Gesellschaftswissenschaft das Hohelied vom Staat und seinem sittlichen Berufe nennt, drückt er treffend das Für und Wider, Lob und Einschränkung, aus. Die Abhandlung ist ein Hymnus — nur zu sehr Hymnus. Man kann bei vollem Zielbewußtsein doch über das Ziel hinausschießen. Die patriotische Absicht verlockte den Verfasser in allzu blühende Rhetorik. —

In einer bescheidenen Leipziger Bierstube, im „Kitzing", wo sich eine Anzahl gesinnungsverwandter Schriftsteller ein paarmal in der Woche zu zwanglosem Meinungsaustausch versammelten, lernte der junge Dozent Gustav Freytag kennen; sie wurden Freunde und blieben einander ihr Leben lang herzlich zugethan.

Beide trugen ja den gleichen patriotischen Wunsch im Herzen und hatten das gleiche Ziel, Einigung der deutschen Stämme unter preußischer Ägide, im Auge; beide waren kleinstaatlichen Sonderbestrebungen, demokratischen Phrasen und klerikalen Machtgelüsten abhold, beide auch in der Politik Freunde, dennoch eben als Politiker durchaus unabhängige, ja verschiedenartige Persönlichkeiten. Freytag immer zurückhaltend, maßvoll, zu ruhiger Erörterung geneigt, Treitschke der heißblütige Rufer im Streit; Freytag den Grundsätzen seiner Schule, des englischen Liberalismus, bis an sein Ende getreu, eine Zierde des Bernhardi'schen Kreises, eine Stütze der koburgischen Propaganda; Treitschke für das Credo der Liberalen schon zu Anfang nicht begeistert, zuletzt demselben geradezu feind.

In den von Dove herausgegebenen Briefen kommen begreiflicherweise mehr die gemeinsamen Sympathien als die Gegensätze zum Ausdruck, aber Verstecken spielen die beiden Männer miteinander nicht, und so sind diese Schriftstücke ein willkommener Beitrag zur vollen Erkenntnis ihres Wesens und Wirkens, wie zum Verständnis der politischen Strömungen in der wichtigsten Epoche der deutschen Geschichte.

Bei dem jungen Treitschke waren die Feuerliebe zum deutschen Vaterland und der Glaube an Preußens deutschen Beruf unter den widrigsten Verhältnissen aufgewachsen. Der Vater, ein kenntnisreicher, allgemein geschätzter Offizier, fühlte sich von ganzem Herzen als Sachsen; ebenso galt ihm als unumstößlicher, unantastbarer Glaubenssatz, daß nur das Haus Habsburg zur Führung Deutschlands Beruf und Macht habe. In seinen Briefen an Freunde beklagte Heinrich mit ergreifenden Worten das Verhängnis, der Sohn eines Mannes zu sein, dem die „teutonische Sondertümelei“ heilig und unantastbar gelte.

Der Konflikt zwischen dem Vater Treitschke, dem treuen Diener der sächsischen Dynastie, und dem Sohne, der in der Vielstaaterei das Unglück Deutschlands erblickte, war wie ein Vorspiel des gewaltigen Dramas „1866“. Heute, da die deutschen Fürsten und Stämme verbrüdert sind, können wir jener Gegensätze mit Ruhe gedenken; damals erschütterten sie mit elementarer Gewalt die Gemüter. „Mein Vater ist aufgewachsen in der Stammesfeindschaft der alten Zeit, die wir Jüngeren kaum noch begreifen. Ihm ist zu Mute wie mir, wenn mein Sohn unter die Franzosen oder Dänen ginge; er sieht in Preußen einfach den Feind, den Todfeind, und die Götter wissen, daß die jüngsten Sünden hüben und drüben diese Bitterkeit nur vermehren können. Der alte Bruderhaß brennt wieder auf; bei manchen Äußerungen sehr verständiger Männer ist mir's, als hörte ich das Geschlecht des 30jährigen Krieges reden, und ich fühle lebhaft nach, was ein alter Herr empfinden muß, der die Teilung Sachsens miterlebt hat. . . . Kurz, die Zeitverhältnisse konnten nicht ungünstiger sein

für die Stimmung meines Vaters, und er gesteht, daß ihn seit dem Tode meiner Mutter nichts so schmerzlich berührt habe, wie mein Buch."

1863 siedelte Treitschke nach Freiburg über, wo ihm eine außerordentliche Professur für neuere Geschichte in Aussicht gestellt war. Beim Abschied von Leipzig hielt Freytag im „Kitzing" eine herrliche Rede, worin er die furchtlose Entschlossenheit rühmte, mit der der jüngere Freund jederzeit für sein politisches Glaubensbekenntnis eintrete, die Poesie, die in dem „Max Piccolomini" der kleinen Tafelrunde Fleisch und Blut geworden sei, die ebenso seltene wie bewundernswerte Vereinigung von Ethos und Pathos.

Der Gegensatz zwischen Vater und Sohn hatte sich inzwischen mehr und mehr verschärft. Tragisch wurde der Zwist im Jahre des deutschen Bruderkriegs. Der Sohn glaubt im Kriegslärm das Mordio! des dreißigjährigen Krieges zu hören und hofft auf eine Vergeltung des Tages von Magdeburg; der Vater sagt sich schmerzbewegt, doch entschieden in einer öffentlichen Erklärung von dem Abtrünnigen los.

Ein Zug wahrhafter Größe ist es, daß Treitschke in dem Augenblick, da offen zu Tage trat, daß der von ihm verteidigte deutsche Cavour den Willen und die Kraft besitze, die heiß ersehnte Einigung durchzuführen, trotzdem Scheu trug, sich rückhaltlos an diesen Staatsmann anzuschließen, da er dessen politische Moral nicht in allem zu rechtfertigen vermöge. „In dem Augenblick, da ich den Ruf eines unabhängigen Mannes verliere, geht meiner Feder jede Kraft verloren." Bismarck selbst ehrte, wie sein Brief vom 11. Juni 1866 beweist, die „grundsätzlichen Bedenken" des Historikers, sah aber den Gegensatz, den dieser zwischen innerer und äußerer Politik feststellen wolle, nicht als unversöhnlich an; er wisse zwar nicht, wie seine ehrlich gemeinten Versöhnungsversuche aufgenommen würden, hoffe aber, daß ihm auch dazu Treitschkes Mitarbeit nicht fehlen werde. „Unsre Hoffnung," schreibt Treitschke unmittelbar vor den Entscheidungsschlachten in Böhmen an Freytag,

„ruht allein auf dem Heere; zwei gewonnene Schlachten werden hoffentlich beiden Parteien zur Besinnung verhelfen.“ Der Freund billigt den Entschluß Treitschkes, den preußischen Antrag abzulehnen, äußert hohe Freude, daß sie beide „zusammen wieder in ein Fahrwasser gekommen sind“, sieht aber untröstlich der nächsten Zukunft entgegen, denn das preußische Heer werde keine Rettung bringen. „Das Material ist gut, aber Sie haben keine Ahnung, wie es oben aussieht.“

Doch Treitschke hatte schärfer gesehen. Wenige Wochen später brauste um ihn in Berlin unbeschreiblicher Jubel, und alle Häuser prangten im Flaggenschmuck zu Ehren der in Böhmen errungenen Siege. Von dem Augenblick, da Baden entschieden ins österreichische oder, wie Treitschke es zu nennen pflegt, ins Rheinbundlager überging, war seines Bleibens nicht mehr „in Feindesland“. Unbedenklich verzichtete er auf ehrenvolles Amt und sicheres Brot, obwohl ihm beides gerade damals wertvoll erscheinen mußte. „Was mir diese Wochen ganz besonders hart machte und jeden radikalen Entschluß sehr erschwerte, will ich Ihnen, aber nur Ihnen gestehen: am 18. Juni, unmittelbar bevor ich meine Entlassung nahm, habe ich mich verlobt.“ „Das war eine sehr frohe Nachricht,“ erwiderte Freytag, „jetzt kämpfen also die preußischen Waffen auch für das Glück Ihres Hauses, und eine gute Fügung will, daß der Krieg, der so viel stilles Glück zerstört, Ihnen ein neues schafft.“ Die politische Lage aber sei, da ja durch die preußischen Erfolge die Abneigung der übrigen deutschen Stämme nur gesteigert worden sei, noch schwieriger denn vorher. „Jetzt hat Bismärckchen Gelegenheit zu zeigen, wie seine diplomatische Arbeit in schwerer Zeit ist.“

Doch der in den weitesten Volkskreisen gehaßte, von den „gebildeten“ Politikern verspottete Staatsmann zeigte auch wirklich mit verblüffender Wucht, daß er sein Handwerk verstehe, und damit war für Treitschke das letzte Bedenken, zu Bismarcks Banner zu schwören, geschwunden. Jeder Vernünftige, meint er, müsse jetzt wissen, was Deutschland einzig und allein fromme, und müsse es

als Schande empfinden, daß das Volk der Kleinstaaten so stumpf und dumpf der gewaltigen Zeit zuschaue.

Da jetzt zweifellos eine Zeit anbrechen werde, „wo die Debatte wieder etwas bedeutet und die Publizistik nicht bloß von Handwerkern gehandhabt werden darf," sagte Treitschke dem Katheder Valet und trat in die Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" ein.

Seitdem erschienen in dieser Zeitschrift, später auch in den „Grenzboten" aus Treitschkes Feder überaus zahlreiche Abhandlungen über die mannigfaltigsten Fragen der Gesellschaftswissenschaft und der Geschichte. In allen offenbart sich der Schwung einer großen Seele und gibt ihnen ihr Gepräge. Gleichwohl sind sie ebenso klar in den Gedanken, wie im Ausdruck. Er schreibt immer lebendig und, wenn es ihm nötig erscheint, malerisch; doch ist er niemals auf Kosten der Wahrheit dramatisch und anschaulich. Er will seinen Leser fesseln, nicht blenden.

Insgemein schreibt man, um gelesen zu werden, allein es fehlte nicht an Zunftgelehrten, die es Treitschke nicht verzeihen konnten, daß er vor dem Publikum Achtung zeigte, daß er sich auch von künstlerischen Rücksichten leiten ließ. Er gab sich selbst darüber keiner Täuschung hin. „Mit den rechten Zunftgelehrten," schreibt er 1865 an Freytag, „werde ich niemals auf guten Fuß gelangen!" Seinem Lehrer Dahlmann war er für die empfangenen Anregungen innig dankbar; mit Ranke, Sybel und anderen Autoritäten verband ihn aufrichtige, wechselseitige Hochachtung, doch, wie gesagt, nicht wenige Gelehrte wurden durch den glänzenden Stil, wohl auch durch Treitschkes Geringschätzung der seminaristischen Schulung verstimmt. Es erinnert mich an ein Scherzwort Karl Hillebrands. Wenn heute ein Thukydides vors Publikum träte, meint er, würde zweifellos ein Privatdozent aus Göttingen oder Leipzig dem unglücklichen Historiker, der nicht aus Waitz'schem Seminar hervorgegangen, in irgend einem litterarischen Centralblatt seinen Mangel an Methode alsbald gründlich auseinandersetzen. . . . Treitschke seinerseits machte sich über die Historiker lustig, die nur, was mit Paläographie oder mit einer anderen

Hilfswissenschaft verbunden ist, als „eigentliche“ Wissenschaft, dagegen die Krone der Geschichtswissenschaft, die Darstellung, einzig als angenehme Unterhaltung gelten lassen. Er spottete und lachte, und doch wird er es als schmerzliche Beleidigung empfunden haben, daß ihm die Berliner Akademie fast bis an sein Lebensende verschlossen blieb und zwar mit der Begründung, daß er nur ein „geistreicher Publizist“ sei!

Nur ein geistreicher Publizist! Daß in den Essays ernsteste und verdienstvollste Denkarbeit enthalten sei, konnte schließlich niemand mehr leugnen. Doch Schlagwörter, wahr oder falsch, haben zähes Leben, wie die Sprichwörter, die ja größtenteils auch nur halbe Wahrheiten enthalten. Auch als Treitschke die Nation mit einem standard work beschenkte, dem nichts Ebenbürtiges an die Seite gestellt werden kann, wurde da und dort fortgefahren, zu rufen: „Ein Politiker, kein Historiker!“ —

Die „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ wurde während der Arbeit etwas ganz anderes, als es der Verfasser beabsichtigt hatte. 1860 griff der Sechsundzwanzigjährige einen Stoff auf, den schon sein Lehrer Dahlmann ins Auge gefaßt hatte. In den Aphorismen Dahlmanns heißt es: „Wie wär's? Ein Buch vom deutschen Hader und deutscher Eintracht?“ Dahlmann wollte die Reformationszeit als Ausgangspunkt nehmen. Treitschke zog Beschränkung auf die Zeit des deutschen Bundes vor. Es war ihm in erster Reihe um eine politische Arbeit mit bestimmter Tendenz zu thun. Er wollte, wie er am 21. April 1861 an Aegidi schrieb, „den Stumpfen und Gedankenlosen handgreiflich zeigen, in welch erbärmlicher Kleinlichkeit, welcher sündhafter Vergeudung köstlichster Kräfte dies große Volk dahinlebte!“ „Wäre es mir um wissenschaftlichen Ruhm zu thun,“ schrieb er an Frantzius, „wahrlich, ich wählte ein anziehenderes, bereits klarer durchforschtes Thema, aber ich weiß, kaum ein andres historisches Werk ist für die Aufklärung des großen Publikums notwendiger.“

In München, wohin ihn die reichen Schätze der Staatsbibliothek lockten, wurden die ersten Vorstudien gemacht. Im Früh-

jahr 1861 bezog er eine Stube in der Barerstraße, von wo aus er „meilenweit die Isarmoose überblicken" konnte. Begreiflicherweise reizte ihn die süddeutsche Selbstgenügsamkeit zu hellem Zorn. Übrigens klangen seine Vorwürfe genau so wie das Lamento, das man unsrerseits gegen die Norddeutschen anstimmte. In seinen Augen waren die Schwaben „die Dünkelhaften, die sich Mann für Mann für die eigentlichen Deutschen halten und den Norden für ein halbbarbarisches Land". Er vermißte den Staatsgedanken, das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Erst wenn darin Wandel geschaffen sei, würden diese häßlichen Züge der Süddeutschen verschwinden. „Es sind trotz alledem herrliche Menschen, und ich habe sie herzlich lieb gewonnen!" Auch am bayerischen Schlag fand er immer mehr gute Seiten. „Ich fühle mich unter den verschrieenen Altbayern ganz heimisch!" Eine Fahrt in die nahen Berge versetzt ihn in Entzücken. Ein Besuch des Münchner Friedhofs am Allerseelentage dünkt ihm „das Schönste und Herrlichste, was von katholischen Bräuchen zu sehen".

Nachdem in München die Litteratur durchgearbeitet war, wurde das Karlsruher Archiv ausgebeutet. Den reichsten Stoff bot das Berliner Staatsarchiv, dessen unbeschränkte Benützung dem Forscher durch einen eigenhändigen Brief Bismarcks gestattet wurde.

Über den Umfang an Zeit und Mühe, den die „Geschichte des deutschen Bundes" beanspruchen werde, täuschte sich der Autor gründlich. „Diese deutsche Geschichte," schrieb er am 13. November 1864 an Freytag, „wird mir noch mehrere (!) Jahre rauben. Wüßte ich nicht gewiß, daß die Geschichte des deutschen Bundes geschrieben werden muß und großen Nutzen stiften kann: ich wählte jede andere Arbeit lieber als diese, die aller Größe, alles ästhetischen Reizes bar ist. Endlich wird aber doch die Zeit kommen, wo auch diese Arbeit überstanden ist und ich mich Aufgaben zuwenden kann, die dem Herzen wohlthun. Einstweilen lese ich im Tacitus und studiere den Ton, welcher dem Erzähler schmählicher Dinge geziemt."

Das Sammeln und Sichten des historischen Materials und

seine Verarbeitung ist Kopfarbeit, aber ebenso mühselige, mannigfaltige und langwierige, wie die „Förderung“, „Aufbereitung“ und das „Zugutemachen“ der Erze.

Die Frucht dieser Arbeit wurde nun ein ganz Andres, als beabsichtigt gewesen war, wurde ein jedermann verständliches, aber streng wissenschaftliches Werk, auf ernstestem Quellenstudium beruhend. Wissenschaftlichkeit schließt warmen Herzschlag nicht aus. Allerdings, die Objektivität, womit ein Ranke die Weltentwicklung verfolgt, und das gleichmäßige, ich möchte sagen, ästhetische Behagen, mit dem Ranke jedes Volk und jedes Jahrhundert betrachtet, fehlen Treitschke gänzlich. Mit olympischer Ruhe die weltlichen Bestrebungen und Irrungen, das Wohl und Weh der Völker vorzutragen, war ihm nicht gegeben. Er hielt mit seiner entgegengesetzten Ansicht über Geschichtschreibung nicht hinterm Berge. „Jene blutlose Objektivität, die gar nicht sagt, auf welcher Seite der Darstellende mit seinem Herzen steht, ist das gerade Gegenteil des echten historischen Stils. Alle großen Historiker haben ihre Parteistellung offen bekannt.“ Er hielt es lieber mit der „tugendhaftigen, unerschrockenen Mutsamkeit“, die Ulrich von Hutten einem Ahnherrn der Mutter Treitschkes, dem „Ritterhäuptling“ Franz von Sickingen, nachrühmte: „Und wünsch' dir damit, nicht als wir oft unsern Freunden pflegen, eine fröhliche, sanfte Ruh, sondern große, ernstliche, tapfere und arbeitsame Geschäft, darin du vielen Menschen zu gut dein stolzes, heldisch Gemüt brauchen und üben mögest.“ Wie Tacitus seine Schrift über Germanien mit ausgeprägter Absicht auf seine Römer verfaßte, schrieb Treitschke seine Deutsche Geschichte mit einer sehr bestimmten Tendenz für seine Deutschen. Er ist nicht Kosmopolit, sondern Deutscher. „Es ist,“ sagt Hermann Grimm, „als klänge aus seiner Erzählung der deutsche Marsch heraus, nach dem das deutsche Volk marschiert.“ Alles, was ihm undeutsch erscheint, bekämpft er ohne Nachsicht. Er ist eine aus höheren Rücksichten rücksichtslose Natur. Wer Vaterlandsliebe und deutsches Pflichtgefühl vermissen läßt, wird mit Peitschenhieben verfolgt; dagegen hat, wer zur Förderung der deutschen Macht und

Einigkeit sein Scherflein beigetragen hat, auf liebevolles Verständnis zu zählen. Erst durch Treitschkes gewissenhafte Durchforschung eines ungeheuren Aktenmaterials erhalten wir genauere Kenntnis von den vielen selbstthätigen, ihrer patriotischen Pflicht bewußten Beamten, die nicht, wie die Helden der Befreiungskämpfe, im Liede leben.

Insbesondere die Erzählung vom Werden und Wachsen des Zollvereins ist ein Meisterstück. Immer dem deutschen Volke, keiner Partei zu Ehren schreibt er. Zeigen will er, „wie Deutschlands Einheit gewiß nicht durch den Liberalismus, doch ebenso gewiß nicht ohne ihn möglich wurde, wie bald die Kronen, bald die Opposition das nationale Leben gehemmt oder gefördert haben.“ Die Darstellung von Friedrich Wilhelms IV. Glück und Ende im fünften, leider letzten Bande wirkt bei aller Verstandesschärfe, bei aller Herbheit des Urteils erschütternd. Wie Treitschke die Zeit der neuen Aussaat und köstlichen Ernte geschildert haben würde, wenn ihm ein längeres Leben vergönnt gewesen wäre, läßt seine Jubiläumsrede auf den König und Kaiser Wilhelm I. ahnen.

Von Band zu Band steigerte sich die Teilnahme für das große Werk. Daß es ein Triumph historischer Kunst sei, fühlte jeder, erkannte jeder an. Niemals die Genialität des Verfassers, wohl aber seine Urteile wurden bemängelt. Und es ist wahr: In der Überzeugung, das Beste des großen Ganzen zu wollen, im leidenschaftlichen Drang, ohne Furcht und ohne Rückhalt seine Meinung zu sagen, hat Treitschke nicht nur fromme Legenden zerstört, sondern auch manchem braven Manne, namentlich im deutschen Süden, ans Herz gegriffen. Ihm selbst entging nicht, daß sein Urteil durch leidenschaftliche Gemütsart allzusehr beeinflußt werde. „Mein Blut ist leider zu heiß für einen Historiker,“ schrieb er 1882 an Sybel, „aber wie die Darstellung im zweiten Bande schon ruhiger ist, als im ersten, so denke ich auch fernerhin an mir selbst zu arbeiten, fleißig im Thukydides zu lesen und allmählich mehr in den historischen Stil hineinzukommen.“

Auch für einen der wärmsten Bewunderer und feinsinnigsten

Kritiker Treitschkes, Paul Bailleu, ist die Gerechtigkeit mancher Urteile zweifelhaft. Jedenfalls ging aber Heinrich Baumgarten im Tadel viel zu weit. Er findet nur schiefe Urteile und unwahre Darstellung; höchstens als „Wahrheit und Dichtung“ verdiene die Deutsche Geschichte gelesen zu werden.

Solch ein Verdammungsurteil über die Arbeit eines Lebens hätte vom Richter weit besser begründet werden müssen. Daß dem Verfasser eines Riesenwerkes da und dort ein sachlicher Irrtum nachgewiesen wird, kann nicht allzu schwer zu seinen Ungunsten ins Gewicht fallen. Für Kritik der Urteile aber sind Vorsicht und Mäßigung ganz besonders geboten. Über manche Behauptung Baumgartens läßt sich auch wieder streiten, andere sind schon von Treitschke selbst in einer ernsten und würdigen Entgegnung widerlegt worden. „Den Gegensatz der deutschen Politik Österreichs und Preußens scharf zu beleuchten,“ sagt er, „erscheint mir nicht nur als eine wissenschaftliche Pflicht der historischen Gerechtigkeit, sondern auch als eine politische Pflicht gegen die Nation.“ Ein Historiker, der sich die Aufgabe gestellt habe, die Geschichtsphantasien der liberalisierenden Gervinus'schen Schule zu zerstören, müsse auf leidenschaftliche Bekämpfung gefaßt sein; es erheische mehr Mut, liberale Dogmen zu bekämpfen, als der preußischen Regierung alle früheren Mißerfolge der deutschen Entwicklung aufzubürden.

Mochte er auch die Angriffe erwartet haben, schmerzlich fühlte er sie doch. „Die Frage mag Ihnen sonderbar erscheinen,“ schrieb er am 24. Januar 1883 an mich, „aber Sie werden sie dem schmerzlich bewegten, älteren Kollegen zu gute halten. Glauben auch Sie, daß ich mich in der Darstellung der bayerischen Verhältnisse in meinem zweiten Bande einer ungerechten Beurteilung schuldig gemacht habe? Ja oder Nein?“

So schroff gestellt, läßt sich die Frage weder mit Ja noch Nein beantworten. Ich erwiderte ihm also, daß ich seiner Auffassung und Darstellung nicht in allem beipflichte, ohne deshalb an seinem besten Willen, wahr und gerecht zu sein, zu zweifeln. Zwischen Nord- und Süddeutschen, meinte ich, würde in manchen

Punkten eine Einigung überhaupt unmöglich sein. Darauf erwiderte Treitschke (2. Februar 1883): „Die Meinungsverschiedenheit, deren Sie in Ihrem Briefe gedenken, ist doch nicht so sehr groß. Ich bin ja nur politisch ein Preuße; menschlich fühle ich mich in Süd- und Mitteldeutschland heimischer, als im Norden; fast alle meine liebsten Erinnerungen haften an Oberdeutschland; meine Frau ist vom Bodensee, und meine in der Pfalz geborenen Töchter gelten hier als Süddeutsche. Ich hoffe, Sie werden nicht zu denen gehören, die sich durch Baumgartens Gehäßigkeit ihr Urteil trüben lassen. Nach meiner Meinung besteht die historische Objektivität darin, daß man das Große groß, das Kleine klein behandelt. Es war meine Pflicht, zu zeigen, daß der alte preußische Absolutismus noch nach 1815 Großes und Gutes geschaffen hat und das süddeutsche konstitutionelle Leben erst schwere Lehrjahre durchmachen mußte, bevor es sich abklärte. Wenn diese unbestreitbaren Thatsachen der heutigen liberalen Fraktionspolitik unbequem sind, so darf ich sie doch darum nicht verschweigen oder verhüllen. Wie Sie auch darüber denken mögen, norddeutsche Vorurteile werden Sie in meinem Buche hoffentlich nicht finden. In meinen Augen war umgekehrt gerade Baumgarten immer die Verkörperung des häßlichsten Fehlers der Norddeutschen, der galligen Krittelei, und es mutet mich fast spaßhaft an, daß er sich zum Anwalt der Süddeutschen aufwirft, während ich aus dem Süden beharrlich zustimmende Berichte erhalte."

Ein kritikloser Lobgesang ist von mir nicht beabsichtigt. Ich lege den Finger auf die wunde Stelle. Auch jene Briefe Treitschkes haben mir nur aufs neue die Gerechtigkeitsliebe des großen Historikers in hellstem Lichte gezeigt, haben mich aber nicht von der Gerechtigkeit aller Urteile überzeugt. Sehr viele Österreicher und andere Süddeutsche werden verschiedene schroffe, einseitige Aussprüche niemals verzeihen. Ich zwar stimme Bruno Gebhardt bei, Treitschke schreibe so schön, so herrlich, daß man auch seine Ausfälle nicht mit Widerwillen, sondern mit Humor liest. Leider jedoch ist sehr vielen Menschen der Humor versagt.

Und so bewiese uns denn gerade das schönste Buch über die Deutschen aufs neue das deutsche Leid, daß wir zwar heute ein Bundesstaat sind, aber kein Freundesbund? Doch wenn ich den Haß sehe, den das ganze Ausland dem jungen Reich so herzlich entgegenbringt, wenn ich der lauten Drohungen der Nachbarn und der heimlichen Lockungen der Vaterlandslosen gedenke, an die Wetter denke, die uns die bewölkte Zukunft birgt, so wird mir klar, daß die strengen Mahnworte Treitschkes für uns Deutsche nur allzusehr von nöten waren, — durchdringt mich aber auch der feste Glaube, daß ein Heinrich von Treitschke nicht umsonst gelebt hat, und die zuversichtliche Hoffnung, daß wir, vielleicht erst durch neue Kämpfe und Gefahren geläutert, ein Volk von Brüdern sein werden.

Ihn aber, den ungestümen, zuweilen ungerechten Freund entschuldigt Vieles. Abgesehen davon, daß in den späteren Bänden viel ruhiger über Wien und München geurteilt wird, darf eins nicht vergessen werden. Als ich mir in dem erwähnten Briefe erlaubte, ihm vorzuhalten, daß er bei seiner Deutschen Geschichte fast ausschließlich das preußische Staatsarchiv, d. i. die Berichte der preußischen Gesandten benütze, was notwendigerweise eine einseitige Beurteilung außerpreußischer Verhältnisse zur Folge haben müsse, erwiderte Treitschke, auch er könne nur bedauern, daß man sich in den süddeutschen Residenzen noch nicht zu dem wahrhaft liberalen Standpunkt aufgeschwungen habe, auch die Kabinettspapiere der neuesten Zeit der Forschung freizugeben.[1]) Da hat nun freilich Treitschke recht, und mindestens die süddeutschen Regierungen müssen ihm „mildernde Umstände" zugestehen.

Eine gewisse Schroffheit und Einseitigkeit läßt sich auch aus einem unseligen, seit seiner Jugendzeit auf ihm lastenden Mißgeschick erklären: er war taub. Von einer Masernkrankheit war dem kräf-

[1]) Der Vorwurf ist erfreulicher Weise durch die jüngste Instruktion des k. geh. Staatsarchivs in München hinfällig geworden. Auch in Karlsruhe und Stuttgart ist die Archivbenützung in liberalster Weise geregelt.

tigen Knaben ein Gehörleiden zurückgeblieben. Es blieb unheilbar Der Genuß lebendiger Wechselrede war dem jungen Manne verkümmert, dem Alternden gänzlich versagt. Mitten im „wildbewegten Schauspiel des Lebens“ blieb er ein Einsamer.

Freilich, ein Trost und kein geringer war es, daß er seine Lehrthätigkeit nicht aufzugeben brauchte. Nachdem er schon mehrere Jahre in Kiel und Heidelberg als Professor gewirkt hatte, eröffnete ihm 1874 die Berufung an die Berliner Hochschule ein noch günstigeres Feld.

Welch ein Lehrer! Durch seine hinreißende Beredsamkeit in den Vorlesungen über Politik und deutsche Geschichte hat er viele tausend Jünglinge fürs Vaterland begeistert und jenen Spöttern, die mit dem Auge Zarathustras verächtlich auf den „wartburghaften Couleurpatriotismus“ herabblicken, tapfer abgerungen. Auch sein Lieblingswunsch, ins Parlament gewählt zu werden, ging in Erfüllung, indes war ihm im Reichstag nicht nur sein körperliches Gebrechen hinderlich, sondern auch sein idealer Schwung. Unbeugsamkeit läßt man am Parlamentarier nur als Tugend, nicht als wünschenswerten Vorzug gelten. Wie schmerzlich mußte den begeisterten Patrioten die düstere Wandlung der sozialen Zustände im Vaterlande berühren! Auch an den Gesinnungsgenossen verdroß ihn die Gleichgültigkeit gegen gemeinsame Pflichten, die Jagd nach dem Mammon. Grollend wandte er Utilitariern und Utopisten den Rücken und vertiefte sich um so eifriger in sein wissenschaftliches Unternehmen. Doch ach, trotz unermüdlichem Fleiße war das Werk, das er einst in drei Jahren fertig zu stellen gehofft hatte, nach dreißigjähriger Arbeit noch Stückwerk!

Leider sollten noch dunklere Wolken den Lebensabend des großen Mannes verdüstern. Schwere Schicksalsschläge in der Familie trafen ihn. Sein einziger, vielversprechender Sohn starb eines jähen Todes. Die treue Gattin verfiel hoffnungslos einer Gemütskrankheit.

Noch konnte sich der Tiefgebeugte an die Arbeit klammern, — da raubte ihn ein schweres Augenleiden auch diesen Trost. Er

mußte sein großes Lebenswerk unvollendet, das „andere“ Werk, von dem er mit Vorliebe sprach und in dem er die ganze Erfahrung seines Lebens widerlegen wollte, das Buch über „Politik“, ungeschrieben lassen.

Was er uns aber gegeben, das literarische Vermächtnis Treitschkes an die deutsche Nation ist nichts desto weniger ein unerschöpflicher Schatz. Getrost darf ich Sie, meine jungen Freunde, zum Studium dieser Werke ermuntern. Zumal wir Süddeutschen können aus der deutschen Geschichte vor allem die Lehre ziehen, daß im bürgerlichen, wie im Staatenleben die energischen Naturen immer die siegreichen sind! Willensstark und rastlos thätig sein und doch der Begeisterung fähig bleiben, das sei unsre Lebensweisheit. Heinrich von Treitschke gab die Beispiele und war selbst ein Beispiel.

Wenn er heute noch unter uns weilte: kein Leid, kein Mißverständnis, keine traurige Erfahrung würde die heilige Flamme in ihm ersticken. Eindringlicher denn je würde er „predigen und sprechen“ für Kaiser und Reich.

Es darf für uns kein Zurück geben, so würde er uns zurufen, also müssen wir vorwärts, und wenn die Nachbarstaaten uns friedlichen Aufschwung nicht gönnen, dann Waffen her, Schiffe her! Kultur war vor dem Staat, doch die Kultur eines Volkes, das nicht eines Tages vom stärkeren Nachbar erst gedemütigt, bald geknebelt sein will, muß nicht nur eine Schule guter Sitte und schöner Künste sein, sondern auch die beste Waffenschmiede!

---

II.

# Die Verlegung der Ludwigs-Maximilians-Universität nach München im Jahre 1826.*

Nicht an das geringe Maß meiner Verdienste darf ich in dieser für mich so festlichen Stunde denken, sonst würde mich die Ehrenkette drücken, sondern freuen will ich mich des schönsten Geschenkes, das Mensch dem Menschen, eine Gemeinde ihrem Bürger bieten kann, und das Sie, meine verehrten Kollegen, mir gewährten, freuen will ich mich Ihres Vertrauens! Ich bin mir über die Bedeutung meiner Pflichten ebenso klar, wie über mein bescheidenes Vermögen, aber ich hoffe auf die Balmung-Klinge der Schwachen, meinen redlichen und festen Willen! —

Treitschke nennt es eine alte Wahrheit, daß die Bildung eines Volkes am Ende durch den Zustand der höchsten Unterrichtsanstalten bestimmt wird. Der Ruf und das Ansehen unserer Universität in ganz Deutschland verbürgen ihren Wert. Wenn ich nun heute die Ehre genieße, die Meister und die Jünger eines so trefflichen und wichtigen Gemeinwesens zu Hörern zu haben, ergibt sich mir, dem Historiker, die Aufgabe für diese Stunde von selbst: Darzuthun, warum und in welcher Weise unsere Alma mater ward, was sie heute ist: für das geistige Leben des deutschen Südens ein Brennpunkt, der alle Strahlen sammelt und wiedergibt, die unersetz-

* Rede beim Antritt des Rektorats der Ludwigs-Maximilians-Universität, gehalten am 20. November 1897.

liche Mittlerin zwischen den ober- und niederdeutschen Bruderstämmen!

Freilich muß ich darauf verzichten, alle die Schicksale unserer Schule von ihren Anfängen bis heute zu erzählen, doch die Wende, auf deren Darstellung ich mich beschränke, die Übersiedlung nach München, war für sie eine Lebensfrage. Eine Pflanze mag in einem Beet Wurzel schlagen und doch nicht gedeihen. Sie hat nicht den rechten Boden. Der Gärtner, der ihre Bedürfnisse erkennt und sie in das ihr zuträgliche Erdreich versetzt, schenkt sie uns zum zweitenmal. Die schriftlichen Verhandlungen über die Verlegung der Hochschule waren bisher unbekannt; ich habe die Akten zum erstenmal benützt und bin dadurch in den Stand gesetzt, den urkundlichen Beweis zu liefern, daß ein erleuchteter Wittelsbacher diese Verpflanzung nicht nur in der besten Absicht, sondern auch mit weiser Einsicht und sicherem Fernblick beraten und durchgeführt hat. Was Bacon von der Natur sagt: Natura non vincitur nisi parendo, gilt auch von menschlichen Einrichtungen. Nur der wird Großes schaffen, der für den Pulsschlag der Zeit das Ohr des Arztes hat!

Während das heilige römische Kaiserreich deutscher Nation alle Anzeichen des Verfalls verriet und nur noch das Schemen der einst sehr realen Erscheinung, seit langem nicht mehr heilig, nur laut dem Titel, nicht dank seiner Macht kaiserlich und auch nicht mehr deutsch war, in dieser Zeit politischer Schwäche und Ohnmacht gingen aus dem Volke Denker und Dichter hervor, welche im Reich der Ideen für alle Kultur segenschwere Umwälzungen ins Werk setzten. Ein deutsches Schrifttum entsteht, so fruchtbar an schönen und unvergänglichen Schöpfungen, wie nur je das goldene Zeitalter fremder Literaturen. Die Wissenschaft von den Grenzen der Vernunft, wie Kant die Philosophie bezeichnet hat, gewinnt durch deutsche Jünger eine Tiefe, einen Reichtum, daß auch der Franzose nach 1870 seinem Staunen Ausdruck geben muß. „Ces bonnes gens," sagt Taine, „qui se chauffaient en fumant au coin d'un poêle et ne sem-

blaient propres qu'à faire des éditions savantes, se trouvent tout d'un coup les promoteurs et les chefs de la pensée humaine!“

Wie ein herrliches Gewitter bricht der wiedererwachte germanische Genius in die dumpfe Schwüle; allenthalben, wenn auch nicht schon auf allen Gebieten der Wissenschaft, rühren sich schöpferische Geister. In der Ostmark wirkt der schlichte, große Weise, der für sich allein eine Hochschule bedeutet. Fichte veröffentlicht in Jena in rascher Folge seine Wissenschaftslehre, das Naturrecht, die Sittenlehre. Schelling führt seine naturphilosophischen Anschauungen aus. Winkelmanns erhabene Begeisterung zündet in den Herzen. Friedrich August Wolf entfaltet in Halle eine großartige Thätigkeit. Für alle Zeit wiedergewonnen ist der Schatz des klassischen Altertums und in aller Zeit unerschöpflich. In den naturwissenschaftlichen Disziplinen sind die Deutschen noch hinter den Franzosen und Engländern zurück, doch (um mich eines Ausdrucks des Aristoteles zu bedienen) potenziell sind die Sieger schon da. An der Bergschule zu Freiburg hat der „Begründer der Mineralogie“, Abraham Gottlob Werner, zwei märkische Adelige zu Hörern, von denen die Welt reden wird: Leopold von Buch und Alexander von Humboldt!

Von diesem festlich frohen Aufschwung der Schulen Nord- und Mitteldeutschlands war an der bayerischen Landesuniversität Ingolstadt kaum ein Hauch zu spüren. Der enge Festungsgürtel schien die Geister zu beklemmen. Mechanisches Lernen war die Methode, totes Wissen die Errungenschaft. Zu den Schöpfern und Heroen unserer großen Literaturepoche stellte Bayern nicht einen Mann. Wenn Nicolai 1762 behauptete: „Man kann wohl sagen, daß die katholischen Provinzen in Deutschland, sobald von den schönen Wissenschaften die Rede ist, fast ganz auszuschließen sind,“ so war das nicht die einseitige Ansicht eines partikularistischen Berliners; auch bayerische Gelehrte haben die geistige Verwahrlosung ihrer Umgebung auf das düsterste geschildert, — man lese nur die rührenden Klagen Westenrieders, dessen Wahrhaftigkeit und

echtes Bayertum über allem Zweifel stehen. Döllinger hat in seiner Rektoratsrede von 1872 Ingolstadt als das Kindes-, Landshut als das Jünglings- und München als das volle Mannesalter der Ludovica-Maximilianea bezeichnet. Gegen diese Auffassung haben Ringseis und andere laudatores temporis acti Verwahrung eingelegt. Auch mir will der Vergleich nicht gerade glücklich erscheinen, doch sei darauf hingewiesen, daß Döllinger schon im Jahre 1828, da er noch den nämlichen Standpunkt einnahm, wie Ringseis in den siebziger Jahren, über die letzte Ingolstädter, wie über die Landshuter Periode in einem merkwürdigen Aufsatz über die neue Münchener Universität im Mémorial catholique ein höchst ungünstiges Urteil fällte.

Das Volk war träge geworden. Um es aufzurütteln, um es wieder für geistige Güter zu erwärmen und dauernd an sie zu fesseln, mußte vor allem die Hochschule eine Hochwarte werden! Doch eine gründliche Umwandlung derselben war an der alten Stelle nicht zu erwarten. Das Universitätsarchiv verwahrt eine darauf bezügliche Denkschrift, die wahrscheinlich aus der Umgebung des Universitätsdirektors von Ickstatt stammt und im Jahre 1769 geschrieben wurde. Es kann nicht besser werden, sagt der unbekannte Verfasser, solange die Lehrer der Hochschule zwischen Soldatenhelmen und Jesuitenhüten spazieren gehen müssen; das öde, beengte Leben in der Festungsstadt läßt keinen frischen Atemzug zu uns dringen; soll unsere Schule wirklich eine hohe werden, so muß sie unter die Augen des erleuchteten Regenten, der aufgeklärten Lenker des Staates kommen, sie muß nach München verlegt werden!

Dies ist meines Wissens die erste Äußerung des Gedankens: die Hochschule gehört nach München! Fortan wurde er bei verschiedenen Gelegenheiten wieder erörtert, verwirklicht aber erst zwei Menschenalter später.

Als 1779 die Regierung in Landshut aufgelöst wurde, regte Kurfürst Karl Theodor selbst die Frage an, ob nicht zur Entschädigung der Stadt Landshut die Universität dorthin verlegt werden sollte.

Rektor und Senat, von der Hofkammer zu gutachtlicher Äußerung aufgefordert, sprachen sich auf das entschiedenste gegen eine Verlegung aus, vor allem wegen Mangels an den nötigen Gebäuden und Anstalten. Rat und Bürgerschaft von Landshut meinten freilich in ihrer Gegenvorstellung, der wahre Grund der Abneigung der Professoren gegen eine Auswanderung bestehe darin, daß viele von ihnen eigene Häuser in Ingolstadt haben. Der Ingolstädter Stadtrat, „durch so eine entsetzliche Nachricht ganz erstaunend darniedergeschlagen," beschwor die Regierung, eine Maßnahme zu vermeiden, die den gänzlichen Verfall der bürgerlichen Gewerkschaft nach sich ziehen werde. „Unsere Weiber und Kinder ringen mit uns die Hände und seufzen und weinen über das Elend, so über uns donnert und das nahe und unausbleibliche Verderben droht." Auch im Namen des Alumnats wurde Verwahrung eingelegt, da die Anstalt im Fall einer Verlegung nicht mehr, wie bisher, die nötigen Lebensmittel aus den bei Ingolstadt gelegenen Hofmarken beziehen könnte. In einem zweiten Berichte erklärte der Senat, er könne sich zwar im allgemeinen nur gegen jede Verlegung aussprechen, möchte aber, wenn die Regierung unnachsichtlich darauf bestände, wenigstens der Hauptstadt den Vorzug vor Landshut geben; in München würde in vieler Beziehung für Bildung und Unterricht besser gesorgt sein, würde es auch nicht schwer fallen, „die akademischen Studenten im Gesicht des höchsten Hoflagers und Ministerii in guter Ordnung zu halten." Gegen dieses Zugeständnis legte aber die juristische Fakultät Verwahrung ein. In der Hauptstadt müßten ihre ohnehin zurückgesetzten Mitglieder in elendeste Lage und bedrängteste Hausumstände geraten. Dort, „wo durch den beständigen Zuwachs der Bevölkerung auch die Theuerung der Viktualien überhand nehmen muß", würde es unmöglich sein, „die zum Dozieren erforderliche Heiterkeit des Geistes nicht zu verlieren." Die theologische und die philosophische Fakultät bedrohe dieser Nachteil weniger, denn sie beständen nur aus Mitgliedern „ohne zahlreiche Familie", und die Mediziner seien im stande, „durch besser sich abwerfenden Geld-

ertrag sich zu indemnisieren"; für die Juristen aber bedeute der Abzug aus Ingolstadt den materiellen Untergang. Auch die theologische Fakultät sprach sich in einem Sonderbericht gegen die Verlegung aus, weil die der Gottesweisheit Beflissenen „in der weitschichtigisten und zahlreicheſten Hauptstadt" — München zählte damals etwa 37,000 Einwohner! — „kaum oder gar nicht" überwacht werden könnten. Die Meinungen der übrigen Professoren gingen auseinander. Während der Rektor Leveling für die Hauptstadt eintrat, da sie zugleich die Residenz eines Fürsten, der „selber ein erleuchtetster Apoll ist" und für die Wissenschaft mit liebevollem Eifer sorgt, sprach sich z. B. der Stifter des Illuminatenordens, Adam Weishaupt, aufs entschiedenste gegen München aus, wo „Lehrer und Lernende in dem Toben und Lärmen der Welt zu viele Zerstreuung" fänden, und wollte nur allenfalls eine Verlegung nach Stadtamhof „wegen dem freyen Religionsexercitium" gelten lassen. Mit dieser ablehnenden Haltung der akademischen Kreise war auch die zur Beratung der Frage niedergesetzte Kommission einverstanden, und die kurfürstliche Hofkammer sprach sich am 23. Februar 1780 „aus praktischen Gründen" gegen jede Verlegung aus. Quieta non movere, war ihr Wahlspruch.

Erst unter dem thatkräftigen, freilich auch rücksichtslosen Neuerer Montgelas wurde der Plan wieder aufgenommen. Wenn sich auch in den Akten keine ausdrückliche Bestätigung findet, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß die Entfernung der Hochschule aus Ingolstadt mit den aufklärerischen Grundsätzen des leitenden Staatsmannes in Zusammenhang stand. Bald nach dem Regierungsantritt Max Josephs IV., schon am 25. November 1799 wurde die Übersiedlung nach Landshut angeordnet, doch sollte sie erst nach dem Sommersemester 1800 ins Werk gesetzt werden. Jetzt wurde auch in Professorenkreisen gegen einen Auszug aus der seit Ausbruch des Krieges ungastlichen Festungsstadt kein Einwand erhoben. Am 14. Mai 1800 baten Rektor und Senat, da „der bekannte Rückzug der k. k. Armee in Schwaben der Universität eine sehr schreckenvolle Lage drohe", um augenblickliche Versetzung

in eine offene Stadt, nach Landshut oder Straubing. „Die Lehrsäle müssen sich der höheren militärischen Gewalt unterwerfen, das Gewühl der Heereszüge und Troßwagen läßt keine Stimmung zu ruhigem Studium aufkommen“, — kurz, der Beweis, daß eine Universität nicht in eine Festung gehöre, sei aufs bündigste geliefert. Um dem Gesuch durch mündliche Vorstellungen stärkeren Nachdruck zu geben, wurden die Professoren Schrank und Gönner nach München abgeordnet. Sie fanden namentlich an dem kurfürstlichen Rat Zentner, der sich später um das bayerische Verfassungswerk so rühmliche Verdienste erwarb, einen warmen Fürsprech. Nach seiner Meinung hatte Ingolstadt als Heimstätte einer Universität alles gegen sich, nichts für sich; dagegen schien ihm München nicht nur ein geeigneter, sondern der bestgeeignete Platz. Allein andere einflußreiche Beamte hielten minder bevölkerte Städte für empfehlenswerter zum Musensitz und entschieden sich für eine provisorische Übersiedlung nach Landshut.

Umsonst überbrachten Abgeordnete des Ingolstädter Stadtrates „in dem kritischen Zeitpunkt, da das Wohl und die Erhaltung der Bürgerschaft von Ingolstadt samt den inkorporierten Gemeinden, zugleich aber auch der gänzliche Untergang und unübersehbares Elend derselben auf der Wagschale liegen“, eine „wehmütige“ Bitte um Belassung der Universität an der durch so hohes Alter ehrwürdigen Stätte und versicherten, die nach München gekommenen Deputierten der Universität hätten sich arger Übertreibung schuldig gemacht; in Wirklichkeit errege die Möglichkeit einer bevorstehenden Belagerung weit weniger Furcht, als die Gefahr, daß der Stadt die Grundlage bürgerlichen Fortkommens entzogen werden könnte. Kurfürst Max Joseph nahm die von Zentner warm befürworteten Anträge der Professoren an, die Hörsäle in Ingolstadt schlossen sich — 342 Jahre nach ihrer Eröffnung — und der Landshuter Stadtrat ließ die akademischen Schätze auf Leiterwagen nach dem neuen Heim befördern. Am 20. Mai 1800 berichteten Schrank und Gönner mit heller Freude über den glücklichen Vollzug „der Flucht aus dem Kerker, in welchem bisher die

Musen schmachteten". „Der Kontrast, in welchem Ingolstadt mit Landshut in Rücksicht auf Gegend, Industrie, Schönheit und Reinlichkeit des Ortes, guten Ton, — kurz, auf alle Attribute des menschlichen Lebens steht, ist so auffallend, daß wir mit vollester Überzeugung in der schlechten Lokalität von Ingolstadt den Grund mitfinden, der dem Aufblühen der hohen Schule bisher unbesiegbare Hindernisse entgegenstellte. Soviel wir bis jetzt wahrgenommen haben, ist allgemeiner Jubel über die Ankunft der Universität in Landshut."

Während an dem nicht mehr gastlichen Ufer der Donau die Bürger Zeugen der unheimlichen Rüstungen gegen die nächste Belagerung wurden, konnten die Landshuter noch in jenem Sommer das friedliche Schauspiel der Doktorpromotionen genießen.

Als der Krieg zu Ende war, richteten die Vertreter von Ingolstadt am 24. Februar 1801 an den Kurfürsten die dringliche Bitte, es möge nunmehr die hohe Schule, deren Abzug den Verlust eines jährlichen Geldumlaufes von 250,000 Gulden bedeute, in die vom Stifter ausersehene Stadt zurückverlegt werden. Auch eine von Stadtsyndikus Hübner verfaßte Schrift „Von dem Vorhaben, die Universität Ingolstadt nach Landshut zu versetzen" verteidigte die „echte Heimat" der hohen Schule gegen die von ein paar Ausländern dem Kollegium eingeimpften Auswanderungsgelüste. Allein die aus den Räten Zentner, Branca und Vacchiery bestehende „geheime Universitäts-Curatel" faßte den Beschluß, es sei die Hochschule vorerst in Landshut zu belassen, da in Ingolstadt das Klima nicht gesund und das gesellige Leben nicht angenehm sei und da Gefahr bestehe, daß gerade die angesehensten Professoren lieber ihre Stellung aufgeben, als in die verhaßte Festungsstadt zurückkehren würden. Die Entscheidung der kurfürstlichen Regierung blieb bis zur Auffindung einer geeigneten Entschädigung für Ingolstadt ausgesetzt, doch ließen die im Herbst 1801 vorgenommenen Umbauten in dem für die Universität bestimmten Landshuter Gebäude nicht mehr daran zweifeln, daß die Verlegung als vollendete Thatsache anzusehen sei.

Immatrikuliert waren in Landshut im ersten Jahre 146 Inländer und 26 Ausländer.

Obgleich die Zahl der Studierenden in den folgenden Semestern zunahm, blieb der Aufschwung der Hochschule weit hinter den Erwartungen zurück. Zunächst waren die kriegerischen Zeitläufte daran schuld, aber auch die endlosen Zwistigkeiten im Schoße des Lehrerkollegiums, wie der Studentenschaft waren einem fröhlichen Gedeihen abgünstig. Gönner schrieb seine Schmähbriefe gegen das Kollegiatstift, Dietl, der „bayerische Yorick", hatte sich der heftigen Angriffe von geistlichen Amtsgenossen zu erwehren, Feuerbach führte die bekannte Fehde mit Gönner und den übrigen „Landshuter Teufeln", die Rationalisten standen gegen die Romantiker, die norddeutschen Berufenen gegen die Autochthonen, der Senat stritt sich mit dem Stadtrat, die Studentenschaft mit dem Militär, — kurz, die Landshuter Jahre sind die eigentlichen Not- und Kriegsjahre unserer Hochschule. Auch die von Montgelas beliebte neue Organisation napoleonischen Stiles wirkte schädlich. Der rheinbündischen Bureaukratie war die Unabhängigkeit der deutschen Universitäten ein Greuel. Die Lehrfreiheit wurde beschränkt, dafür der Lernzwang eingeführt. Aller Wortprunk der Aufklärungsrhetorik konnte diese Gewaltthat gegen das innerste Wesen, gegen die Vitalität der deutschen Hochschule nicht beschönigen. Auch die persönliche Freiheit der Studierenden wurde auf das bescheidenste Maß herabgedrückt. Sie durften am anmutigen Gestade der Isar nicht fischen, nicht jagen, auf der Straße nicht rauchen, ja nicht einmal eigene Hausschlüssel führen!

Trotz alledem bot das Landshuter Universitätsleben auch viel Erfreuliches. Da lebte und wirkte Sailer, der Lehrer echter Gottesweisheit, der priesterliche Friedenswart. Savigny, schon durch sein erstes, sein klassisches Buch „Das Recht des Besitzes" ein berühmter Mann, sammelte einen Kreis geistvoller, hochstrebender Menschen um sich. Auch Bettina von Arnim war in seinem Hause zu Gaste und schrieb darüber mit herzlicher Wärme. Ihr Bruder Clemens Brentano schwärmte für das „liebe Landshut mit den

geweißten Giebeldächern und dem geblackten Kirchthurm, mit dem Springbrunnen, aus dessen Röhren nur sparsam das Wasser lief und um den die Studenten bei nächtlicher Weile Sprünge machten und sanft mit Flöte und Guitarre accompagnierten und dann aus fernen Straßen ihr ‚Gute Nacht!' hören ließen!" Was ein fröhliches Leben entfaltete sich Sonntags auf dem freundlichen Hofberg, wo damals noch nach einem Landshuter Chronisten „die sauersüße Pracht und Lust des Weinstocks an Deutschlands mildere Zone erinnerte", — Balde drückt sich in einem Verschen auf den Landshuter Hofberg weniger galant aus:

„Wo natürlichen Essig weint das Rebengelände! —

Von Zeit zu Zeit tauchte wieder der Gedanke auf: die Hochschule des Landes gehört in die Hauptstadt. Ein Münchener Advokat Jakob empfahl in einer 1802 veröffentlichten Flugschrift die Verlegung, damit die Professoren in der größeren Stadt ihre Streitsucht und ihren Hochmut ablegen und ebenso wie die Studierenden ans praktische Leben sich gewöhnen möchten. Um der Hebung des akademischen Wesens willen regte Zentner 1807 amtlich die Verlegung an, doch Max Joseph erklärte: „Die Universität soll in Landshut bleiben." Auch ein neuer Antrag vom 8. August 1815 wurde „vor der Hand und bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse" abgelehnt.

Inzwischen geriet die Universität in eine peinliche finanzielle Notlage. Während die Ausgaben stiegen, minderten sich die Einnahmen. Als im Jahre 1819 der erste bayerische Landtag zusammentrat, hatte der Staat einen Zuschuß von 30,000 Gulden zu leisten. Deshalb stellte der Abgeordnete Häcker den Antrag, die gut dotierte Münchner Akademie, die „allzusehr im innersten Heiligtum der Wissenschaft stehen geblieben" sei und für Volk und Staat nicht den erwarteten Segen bringe, und die Universität, die sich guter Lehrerfolge, nicht aber geordneter Finanzen erfreue, miteinander zu vereinigen; dadurch werde das Zentrum des Staates eine Lehranstalt erhalten, die mit den größten des Auslandes wetteifern könne. Das Geräusch und die Zerstreuungen der Residenz

seien allerdings eine Störung und Versuchung für Professoren und Studenten, immerhin edlerer Natur. München sei der Sitz der Regierung, an geschichtlichen Erinnerungen nicht ärmer als Landshut, ausgestattet mit mannigfachen Kunstsammlungen und der Schauplatz einer regen Gewerbsthätigkeit, — lauter Vorgänge, die den jungen Mann frühzeitig an den Ernst des Lebens erinnern, über das wahrhaft Nützliche aufklären und ihm eine auf gründliche Kenntnisse gestützte, selbständige Weltanschauung sichern. Auch der Abgeordnete Baron Pelkhoven sah in der Vereinigung von Akademie und Universität das Heil für beide. Auch er wies auf die Vorteile für Theologen, Juristen und Mediziner hin, dort zu studieren, wo sie ihre künftige Berufsthätigkeit am lebendigsten und kraftvollsten ausgeübt sehen, also in München, wo der Erzbischof und die höchsten Richterkollegien ihren Sitz haben und hygienische Anstalten in großem Stil vorhanden sind. Auch er mahnte an den Nutzen der Münchner Sammlungen für die Geschmacksbildung und an den wohlthätigen Einfluß, den der Einblick in die Staatsverhältnisse auf den Lebensernst des Jünglings, die Teilnahme an den edleren Vergnügungen einer Großstadt, Musik und Schauspiel, auf die Schönheit seiner Lebensführung haben würden. Aus ähnlichen Gründen schloß sich der Präsident der Kammer, von Seuffert, den Rednern für die Vereinigung an. Diejenigen, welche dagegen sprachen, wie Professor Behr, meinten, daß

„ein Talent sich in der Stille bilde“,

und daß eine Hauptstadt mit ihrem Geräusch den Studierenden zerstreue, mit ihren gefährlicheren Lockungen bedrohe. Außerdem sei das Leben in München teurer als in Landshut. Auch die Schädigung der getreuen niederbayerischen Stadt wurde hervorgehoben.

Dieser Anschauung schloß sich auch die Regierung an; der Vorschlag Häckers blieb unbeachtet.

Doch schon im nächsten Jahre mußte der Verwaltungsausschuß der Universität zur Anzeige bringen, daß das Sinken der Getreidepreise ein neues beträchtliches Defizit verschuldet habe. Nun faßte das Ministerium selbst wieder die Verlegung nach

München ins Auge, allein man fand für Universität und Georgianum keine passenden Gebäude und für die Kosten des Umzuges, der notwendigen Aufbesserung der Gehälter u. s. w. keine Deckung. Deshalb riet Ministerialrat von Zentner, der früher wiederholt so warm für München eingetreten war, am 21. Februar 1821, es möge der Verlegungsplan endgültig aufgegeben werden, und König Max Joseph genehmigte diesen Antrag.

Die Verwirklichung des heiß umstrittenen Planes schien in weitem Felde zu stehen, aber die Aussichten waren günstiger, als man ahnen konnte, denn der hochbegabte, damals schon auf das Staatswohl eifrig bedachte Kronprinz war für die Verlegung. Er hatte als Student die trefflichen Einrichtungen und das rührige wissenschaftliche Leben der Georgia Augusta in Göttingen kennen gelernt; er sah das leuchtende Vorbild einer großstädtischen Hochschule in der Berliner Universität, die, während der schwersten Prüfungszeit Preußens gegründet, binnen kurzem die bestberühmte und bestbesuchte in Norddeutschland war.

Auch in Preußen hatte das Unternehmen, die Berliner Akademie mit einer Hochschule zu verbinden, viele Gegner gefunden, allein Friedrich Wilhelm III. hielt an seiner Absicht fest, und das schöne Wort, womit er sie rechtfertigte: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat“, fand seinen Lohn: diese geistigen Kräfte wirkten wie ein elektrischer Strom weithin, wirkten mannigfach, als Licht und als Wärme, und ihre Unterstützung beschränkte sich nicht auf Ideen, sie stellten dem geknebelten Staat 1813 auch todesmutige Soldaten.

Seit der Stiftung der Prager Universität hatten die deutschen Hochschulen den kräftigsten Anteil am nationalen Leben Deutschlands. Das wird auch von Franzosen, z. B. von dem Historiker Lavisse, anerkannt. Der bayerische Kronprinz aber war ein feuriger deutscher Patriot. Nun zeigte sich in Berlin, wie Hauptstadt und Hochschule einander wechselseitig zum Segen gereichen. Da lag die Antwort auf die Frage: Landshut oder München. Diese Nutzanwendung ist dem klaren Blick des Prinzen

sicherlich nicht entgangen. Es ist daher kaum wörtlich zu nehmen, wenn Ringseis in seinen „Erinnerungen“ sagt, er zuerst habe den Kronprinzen auf den Gedanken der Universitätsverlegung gebracht. Während der Reise des Prinzen nach Sicilien im Dezember 1817, kurz nach der Wartburg-Feier, auf dem Wege zwischen Girgenti und Syrakus kamen der Prinz und sein Leibarzt auf die deutschen Universitäten zu sprechen. Ringseis meinte, wenn man die Landshuter Universität aus den dortigen kümmerlichen Verhältnissen nach der Hauptstadt verlegte, würde sie bald mit Göttingen und Berlin wetteifern können. „Elektrisiert von dem Gedanken, malte der Kronprinz denselben aus, nannte Namen, die zu berufen, andere, die auszuschließen seien. Denken Sie weiter darüber nach, ermahnte er mich, — Gott erhalte meinen lieben Vater noch lange am Leben, aber es ist Pflicht, solche Dinge für die Zukunft ins Auge zu fassen.“

Wie ich gezeigt habe, war die Frage schon seit nahezu vierzig Jahren flüssig. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Erörterungen dem Kronprinzen, der für alle Staatsangelegenheiten die regste Teilnahme hatte, bis zum Jahre 1817 unbekannt geblieben seien. Immerhin mag der von Ludwig hochgeschätzte Arzt an den entscheidenden Entschlüssen dankenswerten Anteil haben.

Von Ringseis wurde denn auch nach der Thronbesteigung Ludwigs die treffliche Denkschrift verfaßt, welche die Universitätsfrage auf Grund mehrerer Besprechungen mit dem König behandelt. Ihr wesentlicher Inhalt ist folgender. Die Verschmelzung von Universität und Akademie ist unumgänglich geboten. Pulsierendes Blut, Leben erhält die Akademie erst, wenn sie mit der Hochschule unauflöslich, innigst verbündet ist; dann erst können Religion, Wissenschaft und Kunst, das Gute, Wahre und Schöne, zusammenwirken, wie ehedem in Florenz und Rom; dann erst werden sich Männer heranbilden, die den verdoppelten Pflichten der neuen Zeit gewachsen sind. Der glühende Wunsch des Königs ist eine Steigerung der allgemeinen Volksbildung: dem g a n z e n Volk müssen die geistigen Güter zum Segen werden! Eine solche Erhebung aber

kann nur von der Hauptstadt ausgehen, denn nur da stehen die nötigen Männer, Anstalten und Geldmittel zur Verfügung. München muß den Anfang machen; da ist die Axt dem bayerischen Philistertum an die Wurzel zu legen! Der Kampf gegen die träge Gewohnheit ist in Bayern die wichtigste Aufgabe, denn dieser Staat wie kein anderer muß in der Anspannung und Entwicklung aller geistigen Kräfte seine Stärke suchen, um das wohlverdiente Vorurteil zu besiegen und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Es wurden aber abermals in gelehrten Kreisen die schon gehörten Einwände gegen die tiefeindringende Neuerung erhoben. Die Akademie, hieß es, habe die Wissenschaften im großen zu fördern, und es widerspreche ihrem Zweck und Wesen, eine Schule oder administrative Anstalt daraus zu machen. In den Ministerialakten liegt die handschriftliche Abhandlung eines ungenannten Gelehrten: „Ob als Sitz der Ludwigs-Maximilians-Universität Landshut oder München vorzuziehen sei?" Der Verfasser kämpft mit Entschiedenheit, wenn auch mit altem Rüstzeug für die kleinere Stadt. Er beruft sich auf Bacon, der in seinem Buche De dignitate et augmentis scientiarum (lib. II, c. 1) die Sorge für die Musensitze mit der Sorge für die Bienenstöcke vergleicht und seinerseits den Virgil (Georg. IV, 8) citiert:

„Principio sedes apibus statioque petenda,
Quo neque sit ventis aditus (nam pabula venti
Ferre domum prohibent), neque oves hoedique petulci
Floribus insultent etc."

In alten Zeiten wurde deshalb den Kollegienhäusern, wie den Wohnungen der Professoren das Privilegium verliehen, daß in ihrer Nähe kein lärmendes Gewerbe oder Geschäft getrieben werden durfte. Aus dem gleichen Grunde wurde z. B. der Wiener Hochschule von ihrem Stifter Rudolph IV. ein von der Stadt abgesonderter Bezirk eingeräumt. Dieselbe Abgeschlossenheit und Ruhe bietet Landshut, das auch durch die Salubrität der Straßen, die Fruchtbarkeit des Bodens, die reichen Vorräte an Lebensmitteln,

die Anmut der Gegend empfohlen wird. Mit Unrecht beklagt man den Mangel an Anstalten für Anatomie, chirurgische Operationen und Krankenpflege, denn nicht die praktische Ausbildung ist für eine Universität das Wichtigste, sondern die theoretische Vorbereitung. Auch vom christlichen Standpunkt ist die Verlegung nicht zu empfehlen. Die Studierenden werden in München in ungläubige Kreise geraten, werden ausgedehnte Gelegenheit zu Unfleiß und Sittenlosigkeit finden: man bleibe also in der lieblichen, billigen, bescheidenen Landstadt und meide das verwirrende, verführerische Getriebe der Großstadt!

Es ist das unanfechtbar hohe Verdienst des Königs selbst, die widerstreitenden Potenzen richtig gewürdigt zu haben. Ihn persönlich hat sicherlich unter allen Gründen für die Verlegung am tiefsten der von Ringseis so stark betonte berührt, daß auf der Münchner Hochschule nicht bloß die exakt-wissenschaftliche Richtung wie in Göttingen eingeschlagen werden sollte, sondern auch die Kunst zu ihrem Recht kommen und eine gegenseitige Rückwirkung von Kunst und Wissenschaft erzielt werden könne. Unter den großen Plänen, mit denen er sich seit langem trug und die er jetzt als Regent verwirklichen wollte, lag ihm keiner mehr am Herzen, als die Hebung und Verschönerung Münchens. Dem Aufschwung Münchens war bisher ebensowohl eine allzu sparsame Staatswirtschaft, wie ein Übermaß höfischen Prunkes hinderlich gewesen. Jetzt regierte ein Fürst, der für seine Person und seinen Hof nur die bescheidensten Ansprüche machte, voll Wagemuts aber war zu Unternehmungen für das allgemeine Beste. Dank diesem edlen Beispiel regte sich auch wirklich in der städtischen Bevölkerung frischeres Leben, und das Bedürfnis geistiger Förderung wurde in Kreisen, die bis dahin nur dem Kultus des Steinkruges gehuldigt hatten, empfunden. Johannes Müller hat einmal den bayerischen Stamm Deutschlands aufgespartes Kapital genannt, — jetzt durfte man hoffen, daß dieses gesunde, brave Volk auch für höhere Ideen sich erwärmen werde! Die ersten Bauschöpfungen Ludwigs erhoben sich so rasch, daß die Zeitgenossen wie über ein Wunder staunten.

Doch dieser neue Aladin hatte andere Ziele, als nur das Staunen und den Beifall der Menge. Gleichwie er wollte, daß alle Künste gefördert werden und darum alle Künste an jedem einzelnen Werke mitschaffen sollten, so war er sich darüber klar, daß Kunstpflege allein ein Volk nicht vorwärts bringt, sondern auch die Wissenschaft an den Wohlthaten wie am Wetteifer teilnehmen muß. „Kunst und Wissenschaft" war sein Wahlspruch.

„Zwei Sterne kreisen nicht in einer Sphäre"

doch uns sind beide gleich teuer, denn wer könnte ohne den einen, wer möchte ohne den anderen leben?

Als gewissenhafter Regent ließ sich aber König Ludwig nicht von der eigenen Überzeugung allein leiten. Eine Kommission sollte nochmals alle Gründe für und wider die Übersiedelung nach bestem Wissen und Gewissen erwägen und wägen. Zum Vorsitzenden ernannte der König einen hochgebildeten, feinfühligen Beamten, Ministerialrat Eduard von Schenk, den Dichter des Belisar; ihm standen die Oberkirchen- und Studienräte Schamberger, Deutinger und Hoffmann, sowie Sekretär Mehrlein zur Seite. Die erste Sitzung fand am 6. April 1826 statt. Schenk eröffnete sie mit einem historisch-kritischen Überblick der bisherigen Verhandlungen. Da sie uns schon bekannt sind, beschränke ich mich auf solche Stellen in seinem Vortrag, welche die Angelegenheit in einem neuen Lichte zeigen.

Die Verlegung sei längst eine spruchreife Sache, die nur deshalb immer wieder zurückgelegt worden sei, weil man in München keine passenden Gebäude und für Landshut keine ausreichende Entschädigung gefunden habe.

Doch die Notwendigkeit der Verlegung besteht noch immer und die Gründe für München sind noch gewichtiger geworden. Die alten Kunstsammlungen sind durch die neuerworbenen Schätze an Gemälden großer Meister und klassischen Skulpturwerken vermehrt und ebenso wie die reiche Bücherei jedermann zugänglich. Keine andere Stadt in Deutschland bietet jetzt solche Fülle von Anregung wie München. Alle diese künstlerische Schönheit wird

auch auf das künftige Berufsleben der dort Studierenden einen Schimmer werfen. Selbst von urbanem Geiste erfüllt, wird der junge Mann höhere Gesittung und feinere Geschmacksrichtung auch in ein weltverlorenes Landstädtchen tragen.

Aber auch der Nutzen, der für München aus dem Besitz einer Hochschule erwächst, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Nicht bloß pekuniärer, sondern unermeßlicher intellektueller Gewinn! Jener liegt auf der Hand, dieser ist ebenso gewiß. Unter den besseren Ständen der Hauptstadt trifft man in der Regel entweder eine oberflächliche Salonbildung mit entschiedener Vorliebe für französische Sprache und Mode oder nur auf Erwerb gerichteten Geschäftssinn. Kommt eine Hochschule nach München, wird der Respekt vor der Wissenschaft geweckt und mehr deutsche Bildung verbreitet werden.

Auch Schenk hätte hier an ein Wort Bacons erinnern können, daß es Zweck und Wohlthat der Wissenschaft ist, commodis humanis inservire (De augmentis l. 7 c. 1), dem Nutzen der Menschheit zu dienen.

Der Aufenthalt in einer großen, thätigen Stadt wird die Lehrer der Hochschule praktische Lebensansicht gewinnen lassen und vor theoretischer Einseitigkeit bewahren. Der wohlhabende Student findet ein behagliches Heim und eine Geselligkeit, die seinem Stande angemessen und seinen Studien nicht nachteilig ist; dem armen bietet sich auch außerhalb der Lehrsäle eine Fülle von Bildungsmitteln und leichtere Gelegenheit, durch Privatunterricht seine Lage zu verbessern.

Alle die Vorzüge und Vorteile Münchens erwogen, meinte Schenk, darf man mit Bestimmtheit auf einen zahlreichen Besuch der Ausländer rechnen, um so mehr, wenn „der tödtliche Collegienzwang, das höchst unzweckmäßige, auf Täuschung und Lüge gebaute Zeugnißwesen, das polizeiliche, jeden freien Geistesschwung hemmende Unwesen verbannt wird". „München kann in geistiger Hinsicht einen herrschenden Einfluß auf ganz Deutschland begründen, wenn es durch seine Hochschule zum wissenschaftlichen

Sammelplatz und Vereinigungspunkte der deutschen Jugend geworden ist."

Die Widersacher, die sich gegen München auf die Lockungen und Gefahren einer großen Stadt berufen, werden von Schenk auf die blühenden Schulen von Prag, Wien und Paris und ihre unbestrittenen Lehrerfolge verwiesen. Die größte Gefahr liegt immer im Menschen selbst! Der junge Germane hat sich vor allem vor Trunksucht zu hüten, aber gerade dieses Laster gehört in der Landshuter Idylle zu den studentischen Gewohnheiten! In München winken so viele edlere Freuden, daß für den Jüngling, wenn er sich diesen Lockungen nicht absichtlich verschließt, auch die Erholung gewinnbringend für sein ganzes Leben wird.

Die moralischen Einwände sind also nicht stichhaltig. Die finanziellen Bedenken müssen gehoben werden. Für die 300,000 Gulden, welche Landshut jährlich durch seine Hochschule gewinnt, halte man es dadurch schadlos, daß man entweder das Oberappellationsgericht oder das Appellationsgericht des Isarkreises, ferner die Steuerkataster-Kommission, das Kadettenkorps, die chirurgische Schule und das Lyceum nach Landshut verlegt.

Als Heimstätte für die Münchner Hochschule schlug Schenk das Justizgebäude im Augustinerstock, für das Priesterseminar das Angerkloster vor.

Alle Gründe sprechen für die Verlegung, schloß der Redner, warum sie also noch länger verzögern? Nach seiner besten Überzeugung rate er dem Könige, sie unverzüglich anzuordnen.

Auf Umfrage erklärten sich alle Mitglieder der Kommission mit Schenks Anträgen einverstanden. Der in allen Punkten wohlbegründete Bericht wurde von Minister Graf Armansperg dem König am 13. April 1826 unterbreitet, und schon am 15. April erfolgte dessen Antwort: „Der ich bereits, ehe mir dieser Antrag wurde, für die Verlegung der Universität von Landshut nach München mich ausgesprochen, wiederhole dieses hiemit schriftlich, und daß selbe in den nächsten Herbstferien ins Werk gesetzt werde. Die vier erwähnten Anträge mit dem Kostenverzeichnisse erwarte

ich.“ Sodann folgen Bestimmungen über den Gehalt der Professoren, welche übersiedeln, der Akademiker, welche fortan an der Hochschule lehren, und über die Pension derjenigen, welche in den Ruhestand treten sollen. Neue Kräfte seien zu berufen, wenige, aber hervorragende Männer. „Recht wirthschaftlich geschehe die Übersiedlung, die Fuhrwesenspferde haben nach Landshut hinzuführen, ebenfalls des Hausrathes. Der botanische Garten in Landshut soll erhalten bleiben, aber nicht als solcher, demnach wohlfeiler. Die Studierenden auf der Universität sollen ferner nicht mehr Akademiker, sondern wie in Göttingen Studenten genannt werden, Schühler alle die übrigen Lehranstalten Besuchende. Auch keine Namensverschwendung darf stattfinden. Wegen des Cadettencorps Verlegung bin ich noch unentschieden, was jedoch keinen Einfluß auf die der Universität hat. Von den Gründen, die für Verlegung der Universität nach München sprechen, reden auch einige für Belassung des Cadettencorps dortselbst: nur in einer größeren Stadt finden sich die sprachenkundigen Meister.“

Schließlich wurden alle Anträge Schenks angenommen, nur von Versetzung des Kadettenkorps und der höchsten richterlichen Behörde wurde Umgang genommen, während das Appellgericht, die Steuerkataster-Kommission, die chirurgische Schule und das Lyceum nach Landshut verlegt werden sollten.

Nun wurde der wichtige Beschluß der Münchner Stadtvertretung mitgeteilt. Sie mußte sich verpflichten, die Leitung des städtischen Krankenhauses fortan Professoren der medizinischen Fakultät zu überlassen und das Stiftsgebäude am Anger zur Verfügung zu stellen.

Zwei Ausschüsse, aus Akademikern, Professoren und Staatsbeamten zusammengesetzt, waren mit den Übersiedlungsgeschäften betraut, die Entscheidung im großen und kleinen lag beim König. Überaus zahlreiche Urteile und Bestimmungen in den Akten zeugen von seiner umfassenden Thätigkeit. Häufig sind die Mahnungen zur Sparsamkeit. „Es ist streng darauf zu wachen, daß nur die nothwendigen Veränderungen vorgenommen werden und diese nicht

mehr kosten, als sie kosten müssen." „Que les efforts provisoires ont epuisé les forces réelles, das soll von mir nicht gesagt werden!" (24. Juli 1826.) Bis auf weiteres sollte der Augustinerstock der Hochschule eingeräumt werden, doch entschied man sich später für das Wilhelminum.

Am 15. November 1826 wurde der Einzug gefeiert. Die Karmeliterkirche war zur Aula umgewandelt. Von dort begaben sich in festlicher Ordnung, die Träger der akademischen Insignien voran, die Professoren in ihrer neuen Amtstracht, dem Scholarchentalar, und die Studierenden in die Michaelskirche zum Hochamt. Danach kehrte der Zug in die Aula zurück, wo auch der König eintraf. Rektor Dresch hielt die Festrede; er sprach über die Bedeutung der Wissenschaft für das Leben. Nachdrücklich bezeichnete er die aufrichtige, unbeschränkte Mitteilung der Denkresultate als den Quell aller Wissenschaft. Die Freiheit des Wortes sei daher die Lebensbedingung und das Palladium der Hochschulen. Allein nicht losgelöst von der Gesellschaft sei die Universitätsgemeinde, nicht bürgerlichem Brauch und Sitte feindselig darf sie sein. Die Universitätsjahre sind die Vorbereitung für das Berufsleben und somit schon dessen sittlichen Gesetzen und gesellschaftlichen Forderungen unterworfen.

In ähnlichem Sinne sprach der König, als er Rektor und Senat noch am nämlichen Tage in seinem Schloß empfing. Zensur und Zwang, das sei seine feste Überzeugung, könnten nur verderblich an der Hochschule wirken. „Jede Freiheit ist freilich auch dem Mißbrauch ausgesetzt, wie jedes Gesetz der Übertretung, doch den Folgen zu begegnen, habe ich den Willen und die Macht. Ich will die Religion, aber ich will sie im Herzen, in den Gesinnungen und Handlungen; ich will die Wissenschaft, aber in ihrer ganzen, unverkümmerten Gestalt und werde mich glücklich fühlen, wenn meine Bayern auf ihrer Bahn rasch und weit vorschreiten."

Die Studentenschaft veranstaltete dem Rector magnificentissimus zu Ehren einen Fackelzug. Auf die Ansprache ihrer Abgeordneten erwiderte der König: „Ein vormaliger Studierender

der Ludwigs-Maximilians-Universität dankt vielmals. Religion muß die Grundlage sein und durch das Leben geleiten. Bigotte und Obskuranten mag ich nicht, auch keine Kopfhänger. Die Jugend soll auf erlaubte Weise fröhlich sein. Raufereien dulde ich nicht. Kleiden können sich die Studierenden, wie sie wollen."

Doch nicht bloß eine Übersiedlung, sondern eine Neugestaltung und Neubelebung der altbayerischen Hochschule lag in des Königs Absicht.

„Ein Feldherr ohne Heer
Scheint mir ein Fürst, der die Talente nicht
Um sich versammelt ...."

Aus dem Schriftenwechsel zwischen dem König und dem 1827 zum Minister des Innern ernannten Eduard von Schenk spricht in jedem Stück die warme, unermüdliche Sorge Ludwigs für die Bedeutung und das Ansehen der neuen Hochschule.

Ein Historiker ohne Wahrhaftigkeit ist so wenig wert, wie ein Dichter ohne Phantasie. Ich würde Ihnen kein treues Bild jener Episode geben, wenn ich alles in rosigem Licht, die Universitätskreise in Freundschaft, Begeisterung und Zuversicht schwelgend darstellte. Ich bringe durch wahrhafte Schilderung keinen Mißklang in die festliche Stunde. Jene Zeiten sind vergangen. Die gewitterschwüle Gegenwart findet uns in einem Lager, als verbündete Kämpfer gegen den Pessimismus der oberen Stände, den Nihilismus der Massen. —

Der Philosoph Salat war nicht aus Landshut an die neue Schule berufen worden. Daran knüpfte sich eine erbitterte Fehde in der Wochenschrift Hesperus und der Allgemeinen Zeitung. Im Hesperus und auch in anderen Organen wurde über den finsteren Geist geklagt, der bei der neuen Gründung gewaltet habe. Hinwider zürnte der junge Döllinger in dem schon erwähnten Bericht im Mémorial catholique, daß bei der Wahl der Professoren so wenig auf die Gläubigkeit, noch weniger auf die Konfession geachtet worden sei. Namentlich die philosophische Fakultät habe man geradezu an die Protestanten ausgeliefert. Im Lehrerkollegium

sei eine bestimmte, einheitliche Richtung überhaupt nicht erkennbar, Kinder Gottes und Kinder der Welt seien darin vertreten; man setze also voraus, daß die Studenten jene Gabe besäßen, welche die alte Muhme Schlange dem ersten Menschenpaar versprach, sie sollten gleich Gott das Gute vom Bösen unterscheiden können. Der Jurist Feuerbach fand weder die Klagen des einen noch des andern recht und billig. „Unser König," schreibt er an Thiersch, „scheint nach einem wohlangelegten Plane aus entgegengesetzten Elementen seine neue Schöpfung bauen zu wollen. Und so ist's gut! Wasser und Feuer verträgt sich in der Natur auch nicht, und doch grünt die Saat und keimt die Frucht!"

Eine Musterung der neugewählten Lehrer zeigt am klarsten, daß Döllinger in seinem Vorwurf zu weit ging. Neu berufen wurden Gönner, der Mann scharfer philosophisch-juristischer Analyse, — der junge Maurer, der eben seine Geschichte des altgermanischen Gerichtsverfahrens veröffentlicht hatte, — das merkwürdige Brüderpaar Baader, Franz, der über „Natur- und Societätsphilosophie" las, den Döllinger auch noch 1872 hohen Lobes würdigte und als „christlichen Heraklit" feierte, und Joseph, der ausgezeichnete Techniker und geniale Erfinder, — Gotthilf Heinrich Schubert, der sich in seinen Schriften zu einer theologischen Naturanschauung bekennt, — der feinsinnige Kenner des griechischen Altertums, Friedrich Thiersch, der „praeceptor Bavariae", — der Ästhetiker Schorn, der Botaniker Martius, der Mineraloge Fuchs, der Chemiker Vogel, der Sanskritist Frank, — lauter Gelehrte, die unmöglich unchristlicher Gesinnung und destruktiver Richtung beschuldigt werden können.

Als es gelang, Schelling für München zu gewinnen, sagte der König, die Erwerbung dieser Kraft schätze er so hoch wie einen Schlachtensieg. Schelling zog ihn namentlich deshalb an, weil er der Ästhetik, dieser ars voluptaria, ihre Würde und Souveränität zurückgeben wollte; er war also in München an seiner rechten Stelle, war in der glücklichen Stunde nach München gekommen, wo man wieder, um mit Goethes Worten zu sprechen, „redlichste

Bemühung, Aufmerksamkeit, Fleiß und Treue der Kunst widmete". Schellings Vorträge, inhaltlich bedeutend und von platonischer Formenschönheit, wirkten mächtig auf die Hörer, wirkten weit über die Universität hinaus. Schon an diesem einen Beispiel ersehen wir, wie richtig die Voraussetzung war, daß der Aufschwung der Hochschule auch der Stadt, ja dem ganzen Lande zu gute kommen werde. Schelling und nicht wenige seiner Kollegen unterhielten den lebhaftesten Verkehr mit den Münchner Künstlern, sich selbst wie diesen zu köstlicher Förderung. Bedeutende Fremde nahmen deshalb dauernden Aufenthalt in der Isarstadt, der gesellige Austausch war zugleich unterrichtend und ein Genuß. Es erblühte ein neues, edleres Leben, wo es bisher, wie Schiller gespottet hatte, „an Salze gebrach".

Auf einen weiten Kreis anregend wirkte auch Görres, den der König auf Ringseis' Rat nach München berief, um der Universität auch in demjenigen Wissenszweige, welcher bisher am meisten vernachlässigt worden, der Geschichte, einen bedeutenden Lehrer zu geben. Mit seiner übermächtigen Phantasie und seiner zündenden Beredsamkeit eroberte sich Görres rasch die erste Stellung unter den Münchner Lehrern, ohne freilich diesen Platz behaupten zu können.

Ringseis vermittelte wunderlicherweise auch die Berufung Okens, der sich seiner demokratischen Gesinnung wegen in Jena nicht mehr behaupten konnte. „Diese Koryphäe der modernen Naturphilosophie," sagt Döllinger, „läßt alles aus dem Urschlamm entstehen, vom Infusionstierchen bis zum Menschen, der nach dem Affen kommt, als Geschöpf der nämlichen Gattung." „Die Naturgeschichte," so fährt Döllinger fort, „scheint überhaupt das Schoßkind der Regierung zu sein, das die ganze mütterliche Sorgfalt auf sich gezogen hat; es gibt zwei Professoren für Mineralogie, zwei für Botanik, zwei für Physik, zwei für Chemie, einen für Zoologie, zwei für allgemeine Naturgeschichte, macht zusammen 11 Professoren." „Wenn ein solches System länger fortdauern würde, hätten wir bald Professoren für Entomologie, Elmintho-

logie, Kryptogamie. Wir wissen, daß die Deutschen eine entschiedene Neigung für diese Art von Wissenschaft haben, wo man sich so billig den Ruf eines Gelehrten erwerben kann. Das ist ein charakteristisches Zeichen für die Dummheit und das Elend unseres Jahrhunderts, das die Sucht hat, groß zu sein in dem, was klein ist."

Wir sehen, daß auch große Gelehrsamkeit und sittliche Tüchtigkeit nicht vor Einseitigkeit schützen. Es würde die Kultur um eine Fülle der großartigsten und nützlichsten Entdeckungen ärmer sein, wenn man Platons Wort befolgt hätte: „Was am Himmel vorgeht, lassen wir beiseite." Die Klagen Döllingers beweisen auch, daß von manchen auf die Regierung ganz andere Hoffnungen gesetzt worden waren. Dagegen hielten alle elf Professoren der Naturwissenschaften den Rationalisten Paulus nicht ab, die neue Hochschule in seinem Sophronizon für eitel Jesuitenwerk zu erklären, und wieder in Berliner Hofkreisen war man verletzt durch die Berufung Görres' und Okens: „Also der König von Bayern sammelt die Demagogen!"

Vor Görres war dem Freiherrn von Hormayr die Geschichtsprofessur angetragen worden, demselben Hormayr, der die Tiroler Erhebung so geschickt eingeleitet und den künstlich gezüchteten Haß des Tirolers gegen den Bayern wacker geschürt hatte. Der Baron lehnte das Lehramt ab, „um nicht seinen Töchtern die opinion ihrer adligen Abkunft zu verderben", doch nach München ging er, — als Rat und Hilfsarbeiter des Königs in Kunst- und Literatursachen. Dagegen ließ sich leider Savigny nicht bewegen, seine Lehrthätigkeit in München fortzusetzen, auch Thibaut, Mittermaier und Raumer lehnten ab.

Alle diese Namen zeigen uns: der König achtete bei der Wahl auf die Tüchtigkeit, nicht auf das politische und kirchliche Bekenntnis. Es war ihm vielmehr erwünscht, daß an der Ludwigs-Maximilians-Universität verschiedene Richtungen und Weltansichten vertreten seien. Wenn vor einem Vierjahrhundert die alten gotischen Kreuzgangsgewölbe von Ingolstadt mit schmucken, aber engen

Biedermaierstuben vertauscht worden waren, so hatte die Hochschule jetzt geräumige Hallen bezogen, in welchen Luft und Licht, die schönsten Gaben Gottes, freien Zutritt hatten.

Sollte aber die neue Hochschule erfolgreich mit Göttingen und Berlin wetteifern, mußte man ihr auch eine zeitgemäßere Verfassung geben und mit dem Zwangsystem brechen, das noch von Ingolstadt her den Satzungen zu Grunde lag. König Ludwig berief eine Kommission akademischer Lehrer, die unter dem Vorsitz Schenks eine neue Verfassung beriet. Maßgebend waren für sie die Vorschläge Friedrich Thierschs. „Die mir seyende Muße benützend," schrieb Ludwig am 25. Mai 1827 an Schenk, „habe ich nebst anderem auch Thiersch ‚Ueber die Universitäten' gelesen, ein Heft; das folgende wird es gleichfalls von mir werden. Viel Gutes fand ich darinnen, und ungesäumt soll sich die Münchner Universität daran machen, ihre Statuten zu durchsehen und die nützlichsten Abänderungen vorzuschlagen. Dabei soll sie jene der Georgia Augusta in Erwägung ziehen, namentlich was die Studenten betrifft, denen dort nicht vorgeschrieben ist, welche Kollegien sie hören müssen; diese in Göttingen bestehenden Satzungen, sowohl was das Verhältniß zwischen der Hochschule und der Regierung betrifft, als die Einrichtung von Ersterer, sowohl der Lehranstalt, als was die Studierenden betrifft, soll mir alsdann zugleich vorgelegt werden, und wenn es nicht in München, sie kommen zu lassen. Es wäre sehr traurig, wenn nicht vor Beginn des nächsten Semesters die erforderlichen Veränderungen bereits ausgesprochen wären, um mit denselben sogleich einzutreten." In den nächsten Briefen an Schenk bespricht Ludwig die Änderungen der Satzungen Satz für Satz und nimmt entschieden gegen die ministerielle Fassung für die freisinnigere Thierschs Partei. Was er als Kronprinz am 1. Januar 1815 in sein Tagebuch eingetragen, war noch immer seine Überzeugung und diente ihm als Richtschnur: „Jedem das schöne Recht, zu sagen und zu schreiben, quae sentiat, solange der Anstand gewahrt; da, wenn die Meinungen frei sind, nicht ausbleiben kann, daß die Wahrheit mit der Zeit

die Oberhand bekömmt, welches Endergebniß nicht zu fürchten, da, wenn es gute Regierung ist, sie nicht zu fürchten hat, was die gesunde Vernunft sagt."

Unter so günstigen Umständen mußte das Werk geraten. Vom Alten wurde das Bewährte beibehalten und mit dem neuen Inhalt harmonisch verbunden. Die Hochschule ward nicht schlechtweg eine Staatsanstalt nach französischem Muster, sondern behielt noch Selbständigkeit genug, um ihre Kräfte frei entfalten und als ein würdiges Ganzes wirken zu können. Die Universitäten haben heute nicht mehr ihren eigenen Gerichtsstuhl, nicht mehr das Recht und die Macht, wie im Mittelalter. Die Umgestaltung der Staatsidee setzte der Unabhängigkeit der Hochschulen ein Ende, doch da der Zweck des Staates wie der Wissenschaft die allgemeine Wohlfahrt ist, Wissenschaft aber unter Zwang nicht gedeihen kann, muß und wird der Staat infolge seines organischen Charakters die letzten und wichtigsten Privilegien der Pflegestätten der Wissenschaft hochhalten und für unverletzlich ansehen.

Die Schlußverhandlungen der mit Reform der Statuten betrauten Kommission wurden im Arbeitszimmer des Königs selbst geführt. Neben Thiersch trat vornehmlich der neu berufene Schelling für die Aufhebung der alten Zwangsmaßregeln auf. Thiersch beschreibt die interessante Sitzung in einem Briefe an Lange; sie schloß mit den Worten des Königs: „Nun, auch wir wollen der Jugend vertrauen!" Mit Veröffentlichung der neuen Satzungen der Hochschule vom 26. November 1827 war der gesetzliche Schlußstein ihrer Begründung gelegt, einer Begründung auf Freiheit der Wissenschaft und Selbstbestimmungsrecht der studierenden Jugend.

Der enge Rahmen dieses Vortrages verbietet mir, auf die literarischen Fehden für und wider die neue Schöpfung einzugehen. Die Übersiedlung in die Hauptstadt fand nur wenige Gegner, die vom König angestrebte Parität um so mehr. „Sie sehen, mein Freund," — so schließt Döllingers Schilderung — „die neue Universität bietet viel des Guten und viel des Schlechten; die

Zeit wird lehren, ob Oromasius oder Ariman den Sieg davontragen wird."

Nach Verlauf von zwei Menschenaltern ist ein Urteil darüber wohl möglich. Man darf heute sagen: die leitenden Grundsätze von damals haben sich bewährt. Wahrlich! Die Universität München bedarf keines Cicero pro domo. Was ich einzig hervorheben möchte, das ist ihre stets wachsende Bedeutung für ganz Deutschland. Im vergangenen Jahre haben beträchtlich mehr nicht in Bayern Gebürtige in München studiert, als Bayern. Ist diese auf den ersten Blick verblüffende Erscheinung nur aus der Billigkeit des hiesigen Lebens und anderen Vorteilen materieller Natur zu erklären? Gewiß nicht. Da spielen noch ganz andere Faktoren mit. Der Zug nach dem Süden wurzelt im deutschen Volkscharakter, und es ist keine leere Behauptung und kann dem Norddeutschen nur zum Lobe gereichen, daß in ihm der Drang, Land und Leute im Süden kennen zu lernen, weit stärker ist als der Trieb bei Süddeutschen, sich über den Norden durch Anschauung zu belehren.

Die akademische Freiheit teilt unsere Hochschule mit ihren Schwestern. Aber ein anderer wichtiger Faktor ist die Fülle idealer Güter in München, die in gleichem Maße nur Berlin bieten kann. Hier leben die Bildner des alten Hellas, die großen Maler aller Zeiten und Schulen in ihren Werken fort; hier ist das Schrifttum aller Kulturvölker in einladenden Räumen gesammelt; edle Tonschöpfungen werden in mustergültiger Weise zu Gehör gebracht, die vaterländischen Dichtungen in würdiger Gestaltung vorgeführt. Hier kann der Reichste und der Ärmste Frucht für sein ganzes Leben sammeln.

Allein nicht der Anblick der Berge, nicht alle die ästhetischen und gesellschaftlichen Genüsse würden die Studierenden an unsere Stadt fesseln, wenn sie nicht die Überzeugung hätten, daß sie hier auch die tüchtigen Lehrmeister für ihren Beruf und die guten Beispiele für ihre Gesinnung finden. Bayern ist längst nicht mehr die Veste mittelalterlicher Unduldsamkeit, Bayern und seine

Hauptstadt nicht mehr das deutsche Böotien, die Stacheln Heines sind stumpf geworden. Sie, meine jungen Freunde, blicken getrost auf die Lehrer, die Ihnen die Wege zum Guten, Wahren und Schönen zeigen. In der Redlichkeit unseres Willens, im Glauben an die Würde und den Segen der Wissenschaft sind wir alle einig, wie die Männer auf dem Rütli!

Möge der gute Geist, der bisher in unserer Ludovico-Maximilianea mächtig war, fortleben, so daß sie sich immer wieder verjüngt, insofern nicht bloß Jahr für Jahr neue Jugend zu ihr wandert, sondern ihr auch immer frische Kräfte erwachsen und ihre Hilfsmittel sich mehren, ohne daß der alte Geist sich wandelt, ohne daß an dem Willen des königlichen Gründers und seinem Vermächtnis: an der Lehr- und Lernfreiheit gerüttelt und geändert wird!

Für die Wissenschaft gibt es keinen Stillstand! So wenig in der Philosophie und Geschichtsforschung, wie in den exakten Wissenschaften!

Unsere Erde ist im Weltraum nur ein Atom, fortgerissen im allgemeinen Wirbel mit rasender Geschwindigkeit. Gegen den lähmenden Schauder vor diesem unermeßlichen, rätselhaften Abgrund retten nur der Glaube und die Arbeit, unermüdliche Arbeit, um unser wehbeladenes Geschlecht „mit neuen Werken und Kräften zu bereichern" (genus humanum novis operibus et potestatibus continuo dotare), die feindselige Natur zur Helferin zu wandeln, die zahllosen Übel auszurotten oder wenigstens zu mildern und die Menschen unter sich zu versöhnen! Erwägen Sie alles, was die Wissenschaft bis heute vollbracht, alle die geistigen und realen Güter, mit denen sie uns beschenkt hat, und fragen Sie sich dann, ob Sie sich aufrichtig in ein Zeitalter zurückwünschen könnten, in dem alle diese Wohlthaten noch nicht vorhanden und die Wissenschaften noch in der Kindheit waren! Da nun der Segen der geistigen Arbeit so offenbar, so kaum noch des Beweises bedürftig ist, darf die höchste Lehranstalt des Staates auch von diesem unabläßige und ausgiebige Unterstützung verlangen. Nicht wir erheben die An-

sprüche, sondern die alles wandelnde Zeit und die Jugend, die sich uns anvertraut. In dem friedlichen Wettbewerb der Schulen wird nur mit lauteren Mitteln gekämpft, doch der Besiegte hat nichts desto weniger den Schaden. Wir würden schlechte Söhne unserer Alma mater sein, wenn wir im Bitten und Drängen für sie jemals ermüdeten! Deshalb werden wir nie zufrieden sein, aber auch niemals undankbar. Um so dankbarer, als wir wissen, mit welchen Schwierigkeiten unsere Gönner, die Vertreter der Staatsregierung, zu kämpfen haben!

Und nun noch wenige Worte an Sie, meine jungen Freunde! Freundesworte!

Der Kampf ums Dasein verlangt heute mehr denn je einen ganzen Mann. Um das zu werden, muß man vor allem seiner selbst sicher sein, sich selber kennen. Wie kann man sich selbst kennen lernen? fragt Goethe und antwortet darauf: Durch Betrachten niemals, wohl aber durch Handeln, versuche deine Pflicht zu thun, und du weißt gleich, was an dir ist!

Was ist aber „deine Pflicht"? Die Forderung des Tages! Was an Sie als Studierende die Forderung des Tages ist, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Sicherlich sollen Sie Ihre Jugend genießen! Doch Sie haben selbst in Ihrem Innern eine Instanz, die Ihnen genau Maß und Übermaß angibt. Vergessen Sie niemals, daß auch Sie über die Ehre der Universität zu wachen haben! Vergessen Sie niemals, was der Neubegründer unserer Universität denjenigen entgegenrief, welche der studierenden Jugend in der Großstadt Verrohung und Verderben prophezeiten: „Wir wollen der Jugend vertrauen!" Dieses königliche Wort muß Ihnen heilig sein!

Vertrauen Sie dem Segen der Arbeit! Reine Hingabe an sie wird immer belohnt, ist selbst schon Lohn. Vertrauen Sie Ihren Lehrern! Verschließen Sie Ihr Herz dem Pessimismus! Der wunderbare Baum mit dem tausendfältigen Geäst, unsere Kultur, wächst und blüht noch immer. Das Vaterland ist noch immer das höchste Gut!

Vergessen wir alle nicht die Forderungen des Tages, dann wird unsere Alma mater positive Geister, Männer von fester Gesinnung, reinem Charakter und unerschütterlicher Vaterlandsliebe in die Welt senden und unser liebes München von seiner Hochschule den Nutzen haben, den die Bulle von 1472 der Stadt Ingolstadt zugedacht: sie möge sich schmücken mit dem Geiste der Wissenschaft, aus dessen Fülle jeder schöpfen kann, der von Durst nach Wissenschaft getrieben wird!

---

III.

# Der Übergang des Kurfürstentums Pfalz-Bayern an das Haus Pfalz-Zweibrücken.*

Die Ludovico-Maximilianea begeht heute ihr 427. Stiftungsfest.

Vor wenigen Wochen feierte ganz Bayern ein Jubelfest, denn hundert Jahre waren vergangen, seit der erste Fürst aus dem erlauchten Hause Pfalz-Zweibrücken zur Regierung über die wiedervereinigten bayerischen Lande gelangte.

Da ist es denn für mich als Historiker wie als Landeskind eine ebenso klare, wie schöne Pflicht, heute davon zu sprechen, was Bayern vor einem Jahrhundert gewesen, was es innerhalb der hundert Jahre geworden ist.

Ranke wirft einmal die Frage auf: Gibt es einen Fortschritt in der Geschichte der Völker? und verneint es.

Bei aller Bewunderung für den Meister kann ich mich seiner Meinung nicht anschließen.

War nicht ein Fortschritt die Mysterienhoffnung der hellenischen Welt, die *καλαὶ ἐλπίδες* eines künftigen Daseins, die Lehre von unserer Wiedergeburt nach dem leiblichen Tod? War nicht ein Fortschritt die Verbreitung der stoischen Philosophie in Rom und ihr Einfluß auf die römische Gesetzgebung? „Die Natur",

---

* Festrede, gehalten beim Stiftungsfest der Universität München am 26. Juni 1899.

schrieb Cicero, „weist uns darauf hin, die Menschen zu lieben, und dies ist die Grundlage des Gesetzes!" Bedeutet nicht einen Fortschritt der Menschheit die Erscheinung eines Kaisers, wie Marc Aurel? Der mächtigste Fortschritt endlich war es, als auch den zarteren Tugenden, vor allem der Barmherzigkeit Raum und Weihe gegeben ward.

Als die römische Weltherrschaft zu zerbröckeln begann und der Begriff von der Hoheit und Allmacht des Staates wie der Puls eines Fieberkranken in Verwirrung geriet, war das Christentum, d. h. der Glaube an die Einheit der Menschen, an das Recht des Weibes, der Armen und Elenden, der Sklaven und Besiegten das Zeichen, in dem und für das die Völker fortan ringen und wirken sollten. Das εὐαγγέλιον, die „glückliche Botschaft" der Menschenliebe war nicht nur an und für sich ein Fortschritt, sondern ein entwicklungsfähiger Keim, der Schoß, Lohde, Baum wurde! Die lächerlichen und doch so verhängnisvollen Haarspaltereien der Sektierer, die Herrschsucht der Hierarchie, die Ketzergerichte des Mittelalters, die Hexenprozesse der späteren Zeit konnten die Seele des Christentums nicht ersticken, der kalte Rationalismus der Encyklopädisten, wie die Feuersbrunst der französischen Revolution vermochten nur dem Kultus, nicht dem Wesen die Gemüter zu entfremden. Heute nach 19 Jahrhunderten ist das Evangelium der Liebe lebendiger denn je. Dafür zeugt sogar die Erscheinung, die der Lehre von der allgemeinen Brüderschaft so sehr widerspricht: Der Krieg! Noch zu Anfang des Jahrhunderts von einem militärischen Talent ohne Gleichen aus Machtbegierde geführt, galten die Kriege bald einem höheren Zweck: Die Völker kämpften für die Nationalität! Und am Pfingstfest dieses Jahres versammelten sich Vertreter aller Mächte zu einer Friedenskonferenz. Den Krieg wird diese Tagung nicht aus der Welt schaffen, und sehr vielen fehlt der Glaube an die Frucht dieser Verhandlungen überhaupt, — dennoch ist die Botschaft wenigstens symptomatisch erfreulich: nicht mehr der glorreiche Krieg, sondern der segensreiche Friede dünkt auch die Starken das Wünschenswerte, das Ideal!

Dieser allgemeine Wille zur Verständigung, zu friedlicher Gemeinschaft ist doch wohl ein Fortschritt.

Auch heute fehlt ebensowenig wie vor hundert Jahren in den Tagen der großen Revolution die schwarze Wolke! Doch stehen wir an der Neige unsres Jahrhunderts, um das Wort aus Hermann und Dorothea zu gebrauchen, der „fürchterlichen Bewegung“ gegenüber nicht fester, als unsre Vorfahren am Ende des vergangenen?

Und blicken wir auf unser engeres Vaterland! Was war Bayern vor hundert Jahren? Für den nächsten Nachbar eine willkommene Beute, für das fremde Kriegsvolk ein jeder Gewaltthat preisgegebenes Gebiet und in den Augen des bayernfreundlichen Friedrichs II. „ein von Schweinen bewohntes Paradies!“

Auf der Weltkarte ist Bayern ein verschwindendes Fleckchen, doch ein Fest, wie es Bayern im Frühling beging, wird, gewiß auch ein Wahrzeichen der Zeit, in unsren Tagen von der Allgemeinheit des deutschen Volkes teilnahmsvoll mitgefeiert. Denn auch aufrichtige, aufrechte Männer huldigten einem Fürstenhause, das in hundertjähriger Herrschaft dem Volk und Land Aufschwung, Fortschritt, Segen brachte! Die germanische Treue war in Bayern immer lebendig, diese Dynastie hat Treue mit Treue vergolten!

Die Zeit vor hundert Jahren kann der verstockteste laudator temporis acti nicht die „gute, alte Zeit“ nennen.

Karl Albert von Bayern, als Träger der kaiserlichen Dornenkrone Karl VII., kein Übermensch, wie sein Zeitgenosse Friedrich, aber wohlwollend und volksfreundlich, hatte den kurzen Kaisertraum mit dem Ruin seines Landes gebüßt. Die dem Deutschen Reiche aggregierten Völker des Ostens hatten Bayern in so furchtbarer Weise verheert, daß man in der deutschen Geschichte bis zu den Ungarnzügen des frühen Mittelalters zurückblättern muß, um ein Beispiel ähnlicher Kriegführung zu finden. Auch in Friedenstagen stach gegen den Glanz des Hofes die Armut des Landes häßlich ab. Und das Geistesleben, die Volksbildung war in gleichem Maße zurückgegangen, wie der Volkswohlstand. König Friedrich nennt Bayern in seinen Denkwürdigkeiten ein „von Schweinen be-

wohntes Paradies". Das grobe Wort war vor allem von Abneigung gegen Rom und Römlinge eingegeben, doch auch Eingeborne, wie Westenrieder, der sowohl an seiner Kirche, wie an seiner Heimat hing, fanden die Kulturzustände in Bayern unwürdig und beklagenswert. Was war aus dem Stamme geworden, dem das deutsche Volk die erste klassische Literaturepoche, das tiefsinnigste Kunstepos und herrlichen Minnesang verdankte! Und kaum daß es unter Max Joseph III. und seinen treuen Helfern, den Münchner Akademikern, zu dämmern begann und für die Volkswirtschaft, wie für die Schule bessere Tage kamen, vernichtete der Tod des beliebten Fürsten diese Hoffnungen, wie Mehltau eine junge Saat. Denn der neue Regent brachte dem Volk, in dessen Mitte er nach den Hausverträgen fortan leben sollte, kein Herz entgegen. Karl Theodor von der Pfalz, „der erste Kavalier des heiligen römischen Reiches", wie er von seinen Höflingen genannt wurde, zog dem vieltürmigen München das „feine" Mannheim und den bayerischen Bergen seinen Schwetzinger Park vor. Diese Kühle des zur Regierung in Bayern berufenen Fürsten war in Wien wohl bekannt; darauf stützte sich der Plan Kaiser Josephs II., durch Einverleibung Bayerns um so leichter die Germanisierung der vielsprachigen österreichischen Monarchie durchzusetzen und zugleich dem Erzhause für alle Zeiten die Übermacht in Deutschland zu sichern. Wie der unwürdige Länderschacher eingefädelt wurde, ist bekannt. Welche Entrüstung er in Deutschland hervorrief, bezeugt das zornige Wort Schlözers: Der Landgraf von Hessen habe nur ein paar tausend Landeskinder verkauft, der Kurfürst von Bayern aber wolle gleich sein ganzes Land losschlagen und preisgeben. Allerdings, nach Amerika sollten die Bayern nicht, aber der Kurfürst wollte aus Bayern!

Es ist klar, daß sich Friedrich II. nicht aus Großmut mit der patriotisch-bayerischen Partei, deren Seele die Witwe des Herzogs Klemens, Maria Anna, war, und mit dem mutmaßlichen Erben von Pfalz-Bayern, Herzog Karl August von Zweibrücken, verbündete. Friedrich hatte die schwer errungene Stellung Preußens

in Deutschland und Europa zu verteidigen. Do, ut des! ist die Seele aller politischen Verträge und Uneigennützigkeit nur eine Privattugend. Wenn Friedrich sich Bayerns annahm, dachte er sicherlich nicht an Bayern, sondern an Preußen. Doch die Beweggründe verbergen sich früher oder später, die That und ihre Früchte bleiben. Thatsache ist, daß nur durch Friedrichs Hilfe die Selbständigkeit Bayerns gerettet wurde.

Das wurde damals in Bayern auch willig anerkannt. Der Kabinetssekretär Karl Theodors, Karl von Stengel, erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, nicht zur Freude der Pfälzer sei der Namenstag Friedrichs in München allenthalben mit Beleuchtungen, Gastmählern und Bällen gefeiert worden. Der Buchhändler Strobl hatte im Ladenfenster das Bildnis des Königs zum Verkauf ausgestellt; als eines Morgens die Wache vorbeimarschierte, kommandierte der Feldwebel: Halt! Rechtsum! Front! und ließ die Mannschaft vor dem Bilde das Gewehr präsentieren. Unzählige Gedichte feierten den „Alleinzigen", wie ihn die Karschin preist, den „Unersetzlichen", den „Ewiglebenden". Die liebenswürdigste Huldigung widmete ihm in der Münchner Zeitung ein nicht berühmt gewordener bayerischer Poet Franz Xaver Hueber in Versen von schlichter Herzlichkeit:

„Der Vater wird es seinem Sohn
Und der dem Enkel sagen,
Wie gut es war dem Bayerland
In König Friedrichs Tagen!
Sie werden dann mit Segen noch
Sein Angedenken feiern,
Der keiner war von Wittelsbach
Und doch so gut den Bayern!"

Im Teschener Frieden erlangte Kaiser Joseph ein stattliches Stück bayerischen Landes, das Inn- und Hausruckviertel; im großen und ganzen aber war sein Plan gescheitert. Nicht aufgegeben. Was mit Waffengewalt nicht zu erzwingen war, sollte nun durch Lockmittel aller Art erreicht werden. Fünf Jahre später gab das Wiener Kabinett nach Berlin einen Wink, daß eine neue Teilung

Polens eine schöne Gelegenheit zu freundlicher Einigung wäre; das Erzhaus werde gern die Abtretung von Thorn und Danzig an Preußen begünstigen, falls der König den Verhandlungen des Grafen Lehrbach in München keinen ernsten Widerstand entgegensetze. Doch König Friedrich war auch dafür nicht zu haben. Er erklärte rundweg seinen Ministern, für das Wachstum einer so gefährlichen Macht nicht arbeiten zu wollen.

Ein besonderes Verdienst um die Abwehr der Josephinischen Gelüste erwarb sich der zweibrücken'sche Minister von Hofenfels. Dieser Staatsmann war es, der zuerst, um seinem Herrn die bayerische Erbfolge zu retten, einen Bund der deutschen Staaten unter preußischer Führung ins Leben zu rufen trachtete, während die Projekte andrer süd- und mitteldeutscher Minister nur eine Partikularunion der kleineren Staaten in Vorschlag brachten. Seit September 1783 war Hofenfels in Berlin für seinen Plan unermüdlich thätig. Am zweibrücken'schen Hofe nahm er mit Entschiedenheit Partei gegen das da und dort beliebte Buhlen um französischen Schutz. Noch immer habe dieser ausschließlich Frankreich Vorteil gebracht; nur die patriotische Gesinnung des Siegers von Roßbach und Leuthen verbürge den Vollbestand des Deutschen Reiches und der deutschen Rechte. Mit ausdrücklicher Genehmigung seines Herzogs legte Hofenfels diese Ansichten in der Denkschrift vom 10. Februar 1784 dar; sie enthält im Keim die deutsche Reichsverfassung von heute.

Die preußischen Minister, Hertzberg an der Spitze, zauderten; man müsse, meinten sie, bis zum Tode des Kurfürsten von Bayern warten, man dürfe Rußland nicht ins österreichische Lager treiben u. s. w. Da war es König Friedrich selbst, der in einem Signat vom 6. März 1784 gegenüber der wachsenden Übermacht und Vergrößerungssucht des Kaiserhauses festes Zusammenhalten der deutschen Fürsten forderte und den „Entwurf eines Bündnisses der deutschen Fürsten nach dem Vorbilde desjenigen von Schmalkalden“ niederschrieb.

Mit ihrer Ahnung russischer Einmischung hatten Friedrichs

Minister recht. Im Januar 1785 erschien Graf Romanzow, russischer Botschafter in Wien, bei Herzog Karl August in Zweibrücken als Versucher. Der Kurfürst sei bereit, Bayern gegen ein Königreich Burgund auszutauschen; der Vertrag zwischen ihm und dem Kaiser sei dem Abschluß nahe und werde schon demnächst und unwiderruflich in Kraft treten. Dennoch wolle man den Herzog für freundliche Zustimmung belohnen. Eine Million Gulden dem Herzog, eine halbe seinem Bruder Max Joseph!

Karl August war durch seine kostspieligen Schloßbauten tief verschuldet, doch stärker als seine noblen Passionen war sein dynastisches Gewissen. Ohne Zögern wies er das lockende Anerbieten zurück und rief den Schutz Preußens an „gegen ein Vorhaben, das nur die Entfernung des Wittelsbachischen Hauses aus Deutschland bezwecke“.

Der Hilferuf fand nicht nur in Berlin Gehör. So beunruhigend wirkten die Umtriebe des kaiserlichen Kabinetts, daß Zeichen und Wunder geschahen: geistliche und weltliche, katholische und evangelische Reichsstände einigten sich zu einem Schutz- und Trutzbündnis unter preußischer Führung.

Wir sind über die Stiftung des Fürstenbundes insbesondere durch Ranke gut unterrichtet, doch bei einer Nachlese in den darauf bezüglichen diplomatischen Papieren ließ sich noch manche neue und überraschende Thatsache finden.

So war bisher nicht bekannt, daß in Berlin die Absicht bestand, die Kaiserkrone wieder einem Wittelsbacher zu übertragen, und zwar war in erster Reihe Karl August, eintretendenfalls Max Joseph ins Auge gefaßt; es sollte nur gewartet werden, bis durch den Tod Karl Theodors dem Hause Zweibrücken die Nachfolge in Bayern und damit die nötigen Einkünfte zur standesmäßigen Lebensführung gesichert wären. Nur weil dies noch nicht der Fall war, wurde von Preußen der Erhebung Leopolds II. auf den Kaiserthron zugestimmt. Es war bisher auch nicht bekannt, daß Friedrich Wilhelm II. beträchtliche Summen vorstreckte, um die Herzoge von Zweibrücken über Wasser zu halten. Karl August war, wie er-

wähnt, durch den Bau des phantastischen Schlosses Karlsberg in drückende Schulden geraten. Seine Gläubiger, wie man in Zweibrücken argwöhnte, vom Wiener Hof gewonnen und gestachelt, bedrängten ihn ohne Gnade. Auf Bitten Hofenfels' wurde ihm von Preußen ein Darlehen von mehr als einer Million Thaler bewilligt, damit er, wie bisher, „das in des Hauses Zweibrücken Staatsangelegenheiten zu dessen Größe und Erhaltung beobachtete System fortsetzen" könne. Im Jahre 1803 wurde die Schuld, da inzwischen die kurpfälzischen und zweibrückenschen Lande an Frankreich gekommen waren, von der französischen Regierung übernommen.

Daß es der Herzogin Klemens um das Land, nicht um die Dynastie zu thun war, beweist ihr Versuch, mit den durch die Katastrophe von 1180 aus Bayern verdrängten Welfen anzuknüpfen. Im August 1788 verhandelte die Herzogin mit Graf Goertz, dem Vertreter Preußens am Regensburger Reichstag, über einen Plan, zur Abwehr der österreichischen Gelüste die Hilfe der Welfen dadurch zu gewinnen, daß die Herzoge von Zweibrücken und Birkenfeld mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel eine geheime Erbverbrüderung eingingen. Der preußische Hof sollte nicht bloß seine Zustimmung geben, sondern auch die Vermittlung übernehmen und damit das Werk der Rettung Bayerns krönen. Da Max Joseph von Zweibrücken und Wilhelm von Birkenfeld nur je einen männlichen Erben hätten, müsse mit der Möglichkeit eines Erlöschens der Wittelsbachischen Dynastie gerechnet werden; volles Recht auf die Nachfolge habe gar keine Familie aufzuweisen, immerhin stehe den Herzogen von Braunschweig als den Nachkommen Heinrichs des Löwen das nächste Anrecht zu, doch lege die Anerkennung dieses Anspruches auch die Verpflichtung auf, das gefährdete Erbe gegen Vergewaltigung zu schützen. Goertz teilte den Plan der Herzogin dem preußischen Ministerium mit; Hertzberg meinte, derselbe sei „diskutabel", doch werde die Ausführung mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Am 26. Juli 1788 wandte sich Maria Anna unmittelbar an den König, und

dieser erwiderte in höflich zustimmender Weise. Bei Karl August sowie bei Herzog Karl von Braunschweig-Lüneburg machte Graf Goertz den Vermittler; es wurden vom Herzog von Braunschweig fast alle Bedingungen, darunter auch die Forderung, daß er in gegebenem Falle seinen Hofhalt nach München verlegen müßte, angenommen. Die Verhandlungen, hauptsächlich von Goertz und in München von dem Präsidenten Graf Toerring mit lebhaftem Eifer betrieben, zogen sich bis zum Jahre 1791 hin. Als das preußische Ministerium davon Kenntnis erhielt, machte es (1. Dez. 1791) den König aufmerksam, daß eine solche Erbverbrüderung des welfischen und des wittelsbachischen Hauses für Preußen leicht nachteilige Folgen haben könnte. Darauf gab Friedrich Wilhelm Befehl, dem Herzog von Braunschweig „eine verbindliche Antwort" zu geben dieselbe jedoch so einzurichten, daß daraus keine dem Interesse Preußens nachteilige Verpflichtung erwachse. Was damit gemeint war, erhellt aus einer den Akten beigelegten, von Geheimrat v. Steck ausgearbeiteten Denkschrift, die den Beweis zu führen suchte, daß zwar das braunschweigische Haus ein gewisses Anrecht auf die Erbfolge in bayerischen Landen habe, das wittelsbachische Haus aber nicht den Schatten eines Erbfolgerechts in Braunschweig; hier werde das brandenburgische Haus selbst weit fester begründeten Anspruch erheben können.

Wie innig die Beziehungen des zweibrückener Hauses zu dem preußischen Hofe auch unter dem Nachfolger Friedrichs des Großen waren, erhellt aus folgendem Vorgang. Im Februar 1788 überreichten der zweibrückensche Minister v. Cetto und Oberst Gailing dem König einen ausführlichen Entwurf, wie nach Ableben Karl Theodors Bayern gegen einen militärischen Gewaltstreich zu behaupten sei; auch die Pläne der bayerischen Festungen wurden mit übergeben. Für den Fall des Todes des Kurfürsten waren schon die Besitzergreifungsurkunden gedruckt, die Verhaltungsmaßregeln für die Civil- und Militärbehörden zur Sperrung der Archive, des Schatzes, der Amtskassen u. s. w. lagen bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet vor. „Die Papiere derjenigen Parti

kuliers, welche von Amtswegen oder in Rücksicht ihres persönlichen Verhältnisses mit dem verstorbenen Kurfürsten geheime herrschaftliche oder des letzteren Privatpapiere hinter sich haben können, sollen obsignieret werden; von diesen Personen werden wohl Pater Frank, Dusch und Rogister die vorzüglichsten sein.“ Auch die Aufhebung der englisch-bayerischen Malteser-Ordens-Zunge war in Aussicht genommen. Pfalzgraf Wilhelm von Birkenfeld sollte das Ganze leiten und von Graf Brühl und Baron Kinkel dabei unterstützt werden. Maria Anna — denn natürlich war auch dieser Schachzug zur Rettung Bayerns ihr Werk — wollte mit der militärischen Verteidigung einen preußischen Offizier betraut wissen, doch darauf ließ sich Friedrich Wilhelm nicht ein, während er allen übrigen Anordnungen seinen Beifall zollte (28. März 1788). Mit besondrem Nachdruck empfahl man in Berlin den Schutz der Festung Ingolstadt und der bayerischen Salinen, auf die der erste Vorstoß der Österreicher erfolgen werde.

Doch was nützten die klugen Pläne und alle Vorsicht in dem Sturm, der nun von Paris aus über ganz Europa brauste, wie ein richtiges Elementarereignis nichts verschonte und morschen Plunder wie heilige Altäre über den Haufen warf!

Auch in Straßburg, wo Max Joseph von Zweibrücken bisher als Oberst des Regiments d'Alsace verweilt hatte, war bald kein Platz mehr für deutsche Fürsten und königstreue Offiziere. Max Joseph verließ die ehedem so gastliche, jetzt von Revolutionären der radikalsten Richtung regierte Stadt und zog nach Mannheim. Als der Koalitionskrieg ausbrach, erbot er sich zu Kriegsdiensten in der preußischen Armee. Herzog Karl August trug den Wunsch seines Bruders dem König vor. „Mein Bruder, von Jugend auf im Dienst der Waffen, die er mit einer gewissen Auszeichnung getragen, brennt vor Begierde, sich in diesem Beruf auszubilden in der ersten Armee der Welt, unter dem Befehl des Helden, der die Sache der Monarchen und des Rechts rächen, dem das pfälzische Haus zum zweiten Mal die Rettung und Erhaltung seiner Staaten zu danken haben wird. Ich bin in Verzweiflung, Sire,

daß meine Gesundheit mir nicht erlaubt, die nämliche Laufbahn einzuschlagen, und ich werde mich darüber nicht eher trösten, als bis ich von Ew. Majestät die Gnade erlangt haben werde, daß mein Bruder in Ihre Armee eintreten, unter Ihren Augen sich schlagen und, wenn nötig, sein Blut für unseren erhabenen Schutzherrn vergießen darf (6. Juni 1792)." Max Joseph selbst schrieb an den König (7. Juni 1792): „Das Beispiel, das Ew. Majestät allen Fürsten Europas vor Augen stellen, indem Sie selbst dem unglücklichen König von Frankreich zu Hilfe eilen, muß alle Herzen entflammen. Ich wenigstens, Sire, brenne vor Begierde, mich unter Ihrem Oberbefehl zu schlagen und mein Blut zu vergießen für den Ruhm Eurer Majestät und für die Verteidigung des Deutschen Reichs. Soldat mit ganzer Seele, bedarf ich nur noch der Erfahrung, und wo könnte ich mir die besser erwerben als unter einem Helden, wie Ew. Majestät, und in der ersten Armee der Welt!" Friedrich Wilhelm II. mußte jedoch das Anerbieten des Prinzen ablehnen, weil nach Vereinbarung mit dem Wiener Kabinet weder bei preußischen noch bei österreichischen Truppen Freiwillige aufgenommen werden sollten.

Durch das unerwartete Ableben seines älteren Bruders (1. April 1795) wurde Max Joseph regierender Herzog von Zweibrücken, doch er war nur ein Fürst ohne Land, denn die Sansculotten hielten sein ganzes Gebiet besetzt. Karlsberg, das achte Wunder der Welt, wie sein Erbauer das Schloß genannt hatte, war ein Raub der Flammen geworden. Wie sehr auch das bayerische Erbe gefährdet war, bezeugt ein Brief der Kurfürstin Marie Amalie von Sachsen an ihren Bruder Max Joseph vom 22. August 1796: „Ich fürchte sehr, daß Bayern unsrer Familie für immer verloren gehen wird, aber ich hoffe zuversichtlich, daß wenigstens Sie, teurer Bruder, zu solchem Handel niemals Ihre Zustimmung geben werden und kein privater Vorteil Sie der Bahn der Ehre und der Festigkeit abwendig machen wird, wie Sie es sich und Ihren Nachkommen schuldig sind!" Max Joseph, obwohl ohne nennenswerte Einkünfte, kaum gegen die nackte Not geschützt,

entsprach in uneigennützigster Weise diesen Erwartungen. Der französische Emigrant General Heymann, der das besondere Vertrauen des Herzogs genoß und deshalb vom Berliner Kabinett zum Geschäftsträger an dem kleinen Hofe in Mannheim und Rohrbach ausersehen worden war, berichtet eine Menge von Zügen, die das eifrige Werben des Wiener Hofes um den Prinzen beweisen. Schon zwei Tage nach dem Tode der ersten Gemahlin Max Josephs, Augusta von Hessen, erschien ein höherer österreichischer Offizier, um dem Witwer die Hand einer Erzherzogin anzubieten, erntete jedoch für seine Bemühungen keinen Dank. Im Oktober 1797 sagte ein mit den Münchener Verhältnissen vertrauter Kavalier zu Heymann: „Es scheint, daß der Appetit auf Bayern wieder im Wachsen ist; einige Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß gewisse Herren in München davon genaue Kenntnis haben; diese Leute würden nicht gern sehen, daß der Herzog von Zweibrücken sich in den Staaten des Königs von Preußen niederließe, sondern sie legen es darauf an, ihn nach Bayern zu ziehen und sodann dadurch, daß man ihm den Brotkorb höher oder tiefer hängt, seine Zustimmung zu allem, was man von ihm haben will, zu erzwingen. Sie kennen aber den Herzog zu gut, um nicht zu wissen, daß er für etwas, was seinen Grundsätzen widerstreitet, schlechterdings nicht zu haben ist und daß keine Entbehrung ihn bewegen wird, zu solchen Machenschaften seine Hand zu bieten." Heymann spricht von der Absicht des Herzogs, sich in Berlin niederzulassen, falls ihm die Franzosen den weiteren Aufenthalt in der Pfalz unmöglich machten. „In der Lage zu sein, recht oft dem besten aller Könige meine Aufwartung zu machen," schrieb Max Joseph (14. Februar 1797) an Friedrich Wilhelm III., „wird für mich immer das höchste Glück ausmachen." Der König bot ihm Gemächer in seinem Schlosse an, allein die Berliner Reise unterblieb ebenso wie die im nächsten Jahre geplante Übersiedelung nach Ansbach.

Dank dem Anekdotenklatsch, den der bekannte Ritter von Lang in seinen Memoiren über seinen Wohlthäter Max Joseph zum

besten gibt, hat sich die Legende gebildet, daß dieser Fürst in behaglichem Lebensgenuß sich verloren, die Regierungssorgen andren aufgebürdet habe. Doch wenn nicht schon andre Zeugnisse dem widersprächen, — der amtliche und der private Briefwechsel mit dem Berliner Hofe bieten den unanfechtbaren Beweis, daß der Herzog ebenso für die Erleichterung des Loses seiner in Feindeshand geratenen pfälzischen Unterthanen, wie für die Existenz und Unabhängigkeit Pfalz-Bayerns unermüdlich thätig war. Seine stärkste Hoffnung setzte er nach wie vor auf Preußen — „es gibt keine andere Richtschnur für mein Verhalten," schreibt er an Friedrich Wilhelm, „als die Ratschläge Preußens zu befolgen und seine Absichten zu erraten!" — doch suchte er sich vorsichtigerweise auch von Frankreich Schutz seiner Rechte zu sichern. Die unverkennbare Hinneigung Max Josephs zu Frankreich erklärt sich aus seiner früheren Stellung, wie aus dem Wunsche, mit Hilfe der Republik für seine elsäßischen Herrschaften ausgiebigen Ersatz zu gewinnen. Bei der schimpflichen Übergabe Mannheims an die Franzosen am 20. September 1795 spielte der Minister und Vertrauensmann Max Josephs, Abbé Salabert, eine mehr als zweideutige Rolle; nach der Wiedereinnahme Mannheims durch die kaiserlichen Truppen wurde der „Verräter" zugleich mit dem „Verführten", dem bayerischen Minister Graf Oberndorff, in Haft genommen. Die Gefangenschaft der Minister zweier angesehener Reichsstände war zwei Jahre lang Gegenstand lebhafter Verhandlungen am Regensburger Reichstag. Während Karl Theodor durch demütige Nachgiebigkeit gegen den Wiener Hof die Freilassung seines Dieners zu erwirken suchte, wies Max Joseph das Ansinnen des Wiener Kabinetts, den mißliebigen Minister zu opfern, mit Entrüstung zurück und suchte durch den Beistand Preußens zu obsiegen. „Ich habe dabei", schrieb er an Friedrich Wilhelm, „weniger die Person des Abbé Salabert und meine eigene Würde im Auge, als die verhängnisvollen Folgen, denen die deutsche Freiheit ausgesetzt ist." „Im Interesse des allgemeinen Besten habe ich mich entschlossen, mich der Rache eines Hofes auszusetzen, der in seinen

weitgehenden Plänen die Vernichtung meines Hauses mit dem Ruin des Reiches vereinigen will. Meine nach allen Seiten kritische Lage könnte mich erschrecken, wenn ich mich nicht erinnerte, daß mein Bruder ohne alle Mittel, nur durch die großmütige Hilfe Preußens über alle Gefahren triumphiert hat. Unter der Ägide der königlichen Huld und Macht hoffe ich, mein politisches System nicht nach den Gesetzen richten zu müssen, die man mir aufnötigen will, und die mir persönlich nicht minder wie meiner Ergebenheit für den König widerstreben."

Da aber der Vertreter Preußens am Reichstag zwar seinem Mitgefühl mit dem Gefangenen Ausdruck gab, aber keineswegs entschieden und thatkräftig für ihn Partei ergriff, und da immer deutlicher zu Tage trat, daß das Berliner Kabinett auf Grund der Abmachungen zu Basel noch weiter mit Frankreich unterhandle, sandte Max Joseph seinen Minister Cetto nach Paris, um auch für sich die Gunst des Siegers zu erwirken. Cetto sollte hauptsächlich den neuerdings auf Einverleibung Bayerns gerichteten Umtrieben des Wiener Hofes entgegenwirken, und da der Vertreter Preußens ihn nachdrücklich unterstützte, wurden die Bestrebungen der Gegner, die Führer der Republik für die Wünsche des Kaisers günstig zu stimmen, glücklich vereitelt. So oft ein neues Verdachtsmoment auftauchte, wandte sich Max Joseph unverzüglich mit Bitten und Beschwerden nach Berlin, nach Petersburg, nach Paris. Als in Rastatt ein Kongreß zur Ordnung der Reichsangelegenheiten auf Grund der offenen und geheimen Abmachungen zu Basel und Berlin eröffnet wurde, galt der Herzog von Zweibrücken schon als Mittelpunkt der Franzosenfreunde in Deutschland. Doch gab er die Fühlung mit Berlin nicht auf. „Der Moment", schrieb er an Graf Haugwitz, „wo der Rastatter Kongreß zusammentritt, um die Dinge Deutschlands zu ordnen, ist auch der Zeitpunkt, wo man offen Farbe bekennen muß, um die französische Regierung zur Einlösung ihres Versprechens zu veranlassen und die ehrgeizigen Pläne Österreichs zu vereiteln, das fortwährend bereit ist, die großen Staaten zu schwächen, um so das Corps Germanique zu beherrschen."

Im Winter 1798 tauchte das erste Projekt eines Rheinbundes auf. Das preußische Ministerium schrieb am 14. Dezember an Heymann, er werde wohl schon gehört haben, daß deutsche Fürsten ein Bündnis mit Frankreich zu schließen gedächten, um sich willkommene Entschädigungen zu erwirken. „Ein ruchloser Plan, dessen Ausführung schließlich nichts anderes zur Folge haben würde, als daß alle diese Fürsten zu Vasallen herabsinken würden, zu gehorsamen Dienern des französischen Despotismus." Insbesondere bemühe sich der hessische Minister v. Waitz, den Herzog von Zweibrücken zu bereden, daß er an die Spitze eines solchen Bundes trete. „Es läßt sich voraussetzen, daß der Herzog, falls ein solches Ansinnen wirklich an ihn gerichtet werden sollte, dasselbe nach seinem wahren Wert schätzen und sich in keinem Falle zu verhängnisvollen Irrtümern verleiten lassen wird durch die Unterstützung, die ihm die französische Regierung gewähren könnte." Auf die Anfrage Heymanns bestätigte Max Joseph, daß ihm dergleichen Anerbietungen gemacht worden seien, doch — so versicherte er — seine Unterhandlung mit Frankreich, die er nicht ohne die Zustimmung Preußens angeknüpft habe, bezwecke nichts, als das Los seiner Unterthanen zu erleichtern und auch Frankreich zum Protest gegen die Auslieferung Bayerns an Österreich zu bewegen. Die Lage Bayerns sei ja so traurig wie denkbar. „Gänzlich besetzt von österreichischen Truppen, die darin wie in einer Provinz ihres Staates schalten und walten, die Unterthanen erschöpft durch Frohndienste und Lieferungen aller Art, entmutigt, beunruhigt, voll Abneigung gegen eine Regierung, gegen die man sie unablässig gehetzt hat und die sich nicht mehr halten kann." Was die Besetzung durch die Österreicher für das Land bedeute, erhelle schon daraus, daß die Kosten für die angeordneten Fouragelieferungen allein mehrere Millionen übersteigen; dazu kämen noch die Ausgaben für den Unterhalt der Soldaten. Das ganze Land sei mit kaiserlichen Truppen so übersponnen, daß es, wenn heute der Kurfürst stürbe, ganz ins Belieben der kaiserlichen Befehlshaber gestellt wäre, ob sie den Nachfolger zum Regiment gelangen

lassen wollten oder nicht. Die eigene Regierung ohne Ansehen, der Staatsschatz leer, die Schulden in keinem Verhältnis zu den Einnahmen, aber alles mit einem dichten Schleier verhüllt, um dem Kurfürsten zu verbergen, wie ein großer Teil der Einnahmen in den Taschen feiler Beamten verschwinde. Die Steuern ungerecht verteilt, fast ausschließlich auf Bürger und Bauersmann lastend. Die Armee schwach, auch mangelhaft verteilt und aller Zucht entwöhnt. Das Volk zurückgeblieben unter geistlichem und weltlichem Druck, zu häßlichem Radikalismus gewaltsam herangezogen durch die Frank und Lippert und Leiningen, die dem Wahne ergeben, den vorwärts trachtenden Volkswünschen könne nur dadurch der Stachel entzogen werden, daß man auch die offensten Mißstände als unantastbare Heiligtümer hüte.

„Die Leiden Bayerns", schreibt Heymann am 28. Januar 1799, „wachsen mit jedem Tage; schon im vorigen Monat waren die Ausgaben für die einheimischen und fremden Truppen auf 1,400,000 Gulden gestiegen, und die Summen mußten von den Einnahmen für das kommende Jahr vorweggenommen werden" ... „Alle Berichte, die aus dem Lande kommen, sprechen nur vom Verlust des Eigentums, von der Unzufriedenheit des Volkes, vom Ruin, der alles bedroht, wenn es nicht gelingt, die Österreicher zur Zurückziehung ihrer Truppen bei gleichzeitiger Räumung der Rheinufer durch die Franzosen zu bewegen." Der Herzog erwarte Hilfe gegen die einen, wie gegen die anderen nur von Preußen. „Man wird mich vermutlich", sagte Max Joseph zu Heymann, „der Hinneigung zu Frankreich zeihen; ich weiß, daß Viele sich diese gewagte Behauptung erlauben, aber man erwäge nur meine Lage und beurteile dann, ob ich mich geradsinniger und offenherziger verhalten konnte!"

Zu Beginn des Jahres 1799 waren österreichische Truppen über das ganze bayerische Gebiet verteilt, Erzherzog Karl stand an der Grenze. Herzog Wilhelm von Birkenfeld machte seinem Vetter Max Joseph wenig tröstliche Mitteilungen über eine Unterredung mit dem Führer der österreichischen Truppen. Der Erz-

herzog sprach ganz offen von einer zwischen den Höfen von Wien und München getroffenen Vereinbarung, wonach 15000 Bayern in die österreichische Armee eingeteilt werden sollten. In Bezug auf die Erbfolge äußerte sich der Erzherzog mit erschreckendem Freimut. „Es unterliegt keinem Zweifel", fährt Herzog Wilhelm fort, „wenn der Wiener Hof beabsichtigt, sich Ihrer Besitzergreifung nach dem Tode des Kurfürsten zu widersetzen und wenn seine Truppen so wie gegenwärtig über das Land verteilt sind, so sehe ich kein Mittel, das verhindern könnte, daß wir dem Gesetz des Stärkeren uns beugen müssen, und das einige Gewähr leisten könnte, daß die Würde und die Sicherheit Ihrer Person nicht gefährdet wäre. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, in die Hauptstadt zu kommen; sich darin zu behaupten, scheint mir Alles zu sein, was sich thun läßt, und nicht einmal dies wird sich 24 Stunden lang durchführen lassen, wenn man gegen offene Gewalt anzukämpfen haben wird. Ich flehe Sie an, theurer Herr Bruder, mir für diesen Fall bestimmte Anweisung zu geben, wie weit man im Widerstand gehen soll, denn es handelt sich nicht blos darum, daß wir nicht als Feiglinge erscheinen, sondern auch daß kein unnützes Blut vergossen wird." Darauf erwiderte Max Joseph, er müsse die Enscheidung dem König von Preußen überlassen; wenn dieser wie sein Vorgänger für Bayerns Rettung eintreten wolle, sei er für seine Person zu jeglichem Widerstand bereit.

Am 3. Februar 1799 gibt der preußische Geschäftsträger am Münchener Hofe die Zahl der in Bayern und der nächsten Umgebung lagernden österreichischen Truppen auf 55 Bataillons Fußvolk und 81 Eskadrons Reiterei, im ganzen also etwa 80000 Mann, an. Was von der Zuchtlosigkeit dieser Soldateska erzählt werde, übersteige alles Glaubhafte. „Der Eindruck, den diese, wie ich wohl annehmen darf, übertriebenen Gerüchte auf das Publikum machen, ist leicht begreiflich."

Eben noch hatte die Münchener das Gerücht erregt: der Kurfürst verläßt demnächst die Stadt, flüchtet nach Wien oder Prag, und die Hauptstadt Bayerns kommt unter österreichisches

Regiment, da verbreitete sich — am 12. Februar — neue Kunde: Karl Theodor ist vom Schlag gerührt! Und so war's. Während der Kurfürst mit General von Hertling L'hombre spielte, trat die Katastrophe ein. Die Ärzte gaben keine Hoffnung. Bei Hofe war man entschlossen, den Ernst der Lage solange wie möglich zu verheimlichen; nur an den Herzog von Zweibrücken ging sofort ein reitender Bote ab. Allein das Gerücht drang doch auch in das österreichische Hauptquartier, und Erzherzog Karl entsandte den Grafen Colloredo nach München. Als dieser mit dem österreichischen Botschafter Graf Sailern in der Residenz erschien und den Kranken sehen wollte, wurde ihnen der Zutritt von der Kurfürstin verweigert. Sailern beschwor sie, die Hilfe des Kaisers anzurufen; sie wies auch diesen Rat zurück.

In den Höfen und Empfangszimmern der Residenz sieht man zwar eine Menge Menschen und feierliche Mienen. Das ist so Brauch, dahin ziehen Anstandsgefühl — bienséance, sagt Harnier — und Neugierde. Doch die Kirchen, wo für die Genesung Karl Theodors Andachtsübungen gehalten werden, bleiben leer. So wenig ist man bei Hofe der Liebe des Volkes sicher, daß an den Herzog die Bitte gerichtet wird, er möge nachts und heimlich in die Stadt kommen; man ahnte, mit welchem Jubel die Bürgerschaft ihren Liebling begrüßen würde, und wollte diese Kränkung des Landesfürsten, des Sterbenden vermeiden.

Vier Tage lang lag Karl Theodor noch atmend, doch bewußtlos. Am 16. Februar nachmittags 3 Uhr verschied er.

Nun kamen die umsichtigen Bestimmungen der Herzogin Maria Anna und die kluge Verteilung der Rollen doch zur Geltung. Alles ging am Schnürchen. Der Herzog von Birkenfeld ließ unverzüglich alle Hofbeamten, Minister und Generäle dem rechtmäßigen Nachfolger Treue schwören, die Garnison stellte sich auf den Plätzen der Stadt in Reih und Glied und wurde vereidigt; ein Hofbeamter, von einer Reitertruppe begleitet, fuhr dem neuen Landesherrn mit der amtlichen Nachricht vom Ableben des Oheims entgegen. Die Papiere des Grafen Zeschwitz und des

Kabinettssekretärs von Lippert, den Westenrieder in seinem Tagebuch mit wunderlicher Übertreibung den „bayerischen Robespierre" nennt, wurde versiegelt, dem Fürsten von Bretzenheim, Karl Theodors natürlichem Sohn, die Auflösung der bayerischen Ritterloge vom Malteserorden angezeigt.

Die Bevölkerung machte Feiertag. Trotz der Februarkälte und dem Schnee auf den Straßen war es allenthalben lebendig. Zahlreiche Flugblätter erschienen, gedruckt und geschrieben, alle siegesfrohen, aber nicht alle reinlichen Inhalts. Geschmacklose Gesellen begeiferten mit Hohn und Spott den Mann, der doch für immer die Waffen gestreckt, der München den Englischen Garten geschenkt hatte.

Zu den einigermaßen anständigen Nachrufen zählt eine Flugschrift: „Gespräch im Reiche der Todten zwischen Karl Theodor und Max Joseph III., seinem Regierungsvorfahrer." Max Joseph spricht dem ins Reich der Toten herabgestiegenen Nachfolger sein Bedauern aus, daß er so unbeweint aus dem Leben geschieden sei. Karl Theodor gibt dies zu; als er während der letzten Krankheit auf einen Augenblick zur Besinnung gekommen sei, habe er zwar viele Leute um sich gesehen, weinend aber nur seine Söhne und Herrn von Lippert. Dagegen jauchze das Volk dem Zweibrückener zu, — eine wohlfeile Auszeichnung, die nur dem allgewaltigen Trieb zur Neuerung entstamme! Nun belehrt ihn aber sein Vorgänger, daß der Grund tiefer liege. „Der philosophische Historiker wird anders über Karl Theodor urteilen als Iffland." Dem bestürzten Pfälzer wird ein langes Sündenregister vorgetragen; nur durch die Begünstigung ruchloser Subjekte und das gewaltsame Vorgehen gegen Gschall, Zaupser u. a. sei verschuldet worden, daß der Bayern offener Charakter sich ganz ins Gegenteil verwandelt habe; hoffentlich werde sich aber unter dem beliebten Nachfolger Alles wieder zum Besseren wenden. „Dein rächendes Gewissen zeige dir zur stäten Strafe das Glück, das du mit Füßen von dir stießest: die Wohlfahrt Baierns unter einem guten Fürsten!"

In einem handschriftlichen Gedicht: Ein paar Worte an die

Baiern-Nation! das dem Berichte Harniers an den Berliner Hof beigelegt ist, heißt es:

„Auf, auf! wem's Herz im Leibe schlägt,
Wer Feuerröhr' und Säbel trägt,
Für unser Löwenhaus!
Der schwarze Adler streckte schon
Mit Schadenfreude und mit Hohn
Nach uns die Klauen aus!
. . . . . . . . . . . . . . . .
Nun, Baiern, schnaubet wieder frey
Und jauchzt und singt und ruft, es sey
Für uns nur Wittelspach!
Es lebe hoch Maximilian,
Ruft Weib und Kind und Greis und Mann
Und unsre Zukunft nach.
Schließt auch in euren Freudenchor
Karl Ludwig und den Theodor
Als unsre Prinzen ein!
Ha! Schwänkt die Gläser hoch,
— Nur nicht mit Östreichs Wein!"

Am 20. Februar traf Max Joseph in München ein, vom Herzog von Birkenfeld und von den städtischen und ständischen Würdenträgern empfangen, mit frohem Zuruf von den dichtgedrängten Massen auf Straßen und Plätzen und aus den Fenstern der geschmückten Häuser begrüßt.

„Bis zu diesem Augenblick", schreibt Heymann offenbar erstaunt am 21. Februar nach Berlin, „haben sich der Graf Sailern und sein Hof nicht gerührt!" „Die ernsten Vorstellungen Eurer Majestät," schrieb der neue Kurfürst an den König von Preußen, „haben in Wien den gewünschten Eindruck hervorgerufen, und auch das zielbewußte, rasche und sichere Ineinandergreifen der von uns getroffenen Maßnahmen hat überrascht und von ungesetzlichen Schritten zurückgehalten!"

Am 21. Februar wurde Baron Montgelas zum Leiter der auswärtigen Politik ernannt.

Mit der Wahl dieses Mannes waren alle Zweifel über den neuen Kurs gehoben.

Max Joseph selbst hatte noch in einem aus Mannheim

datierten Briefe an Friedrich Wilhelm vom 18. Februar die Versicherung gegeben, daß der Wechsel seiner Stellung keine Änderung seiner politischen Anschauungen mit sich bringen werde. „Den Frieden so rasch wie möglich herbeizuführen auf Grund eines Übereinkommens, das gerechte, mäßige Entschädigungen zusichert, die, so weit es möglich, für die Verluste Ersatz bieten, ohne allzu empfindlich die Reichsverfassung zu verletzen: das ist der Inbegriff meiner Wünsche, das ist die Aufgabe, der meine ganze Politik in der neuen und wichtigen Stellung, die mir die Vorsehung zugedacht hat, gewidmet sein soll. Dazu den kostbaren Beistand Eurer Majestät zu erlangen, auf Ihren Einfluß mich stützen, auf Ihren mächtigen Schutz rechnen zu dürfen: das ist das Ziel meiner Wünsche!" Doch trat bald zu Tage, daß auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich stärkeres Gewicht gelegt wurde. „Der neue Kurfürst", so erklärt Montgelas in seinen Denkwürdigkeiten — „befand sich ganz natürlich und infolge der schon früher berührten Umstände (des intimen Verkehrs Salaberts mit den Franzosen und der Verhandlungen Cetto's in Paris) in freundschaftlichen Verhältnissen zu Frankreich; da nun inzwischen nichts vorgefallen war, was hierin eine Änderung bedingte, glaubte man alles in dem bisherigen Stand belassen zu sollen." Als der Kurfürst bald darauf den französischen Residenten Alquien in Audienz empfing, erlaubte sich der Vertreter Österreichs die Bemerkung, die Vorgänger des Fürsten würden einen solchen Schritt nicht gethan haben. Der Kurfürst erwiderte, er habe den Franzosen nur als Privatmann, nicht als Vertreter seiner Nation empfangen, er strebe nichts anderes an, als einen glimpflichen Reichsfrieden; im übrigen sei er Herr im eigenen Hause und nicht gewillt, irgend welche Einmischung sich gefallen zu lassen.

Doch auch das Berliner Kabinett warnte vor allzu freundlichen Demonstrationen gegenüber Frankreich und riet zum Festhalten am Bündnis mit Österreich. Diese Forderung einer Lammsgeduld kränkte den Kurfürsten. Er beklagte sich bitter bei dem preußischen Gesandten. „Ich war Preuße mit Leib und Seele

und werde es auch bleiben! Im übrigen wissen Sie, welch aufrichtige Anhänglichkeit an Preußen in meinem Lande herrscht und welche berechtigte Abneigung gegen die Österreicher. Sie wissen, wie weit diese öffentliche Meinung beigetragen hat zu dem Mißtrauen und dem Haß, den mein Oheim und seine Regierung auf sich geladen haben. Soll ich jetzt auf das Vertrauen meiner guten Bayern verzichten? Nein, ich bin nicht dazu gemacht, ein Österreicher zu werden, ich vermag auch nicht daran zu glauben, daß Preußen mich zurückstoßen könnte!" Zu Heymann sagte Max Joseph: „Ich weiß, welche Pflichten mir meine Eigenschaft als Reichsstand auferlegt; ich werde deshalb das meinige thun, um die Grenzen und den ungestörten Fortbestand des Reiches zu sichern, aber auch nicht darüber hinausgehen; was hat das Reich gethan, um meinem Hause die rechtmäßige Erbfolge in Bayern und die Selbständigkeit dieser uralten Provinz zu erhalten? Ich hoffe, daß mich Preußen nicht verlassen wird, aber für alle Fälle muß ich mich auch mit Frankreich gut halten, denn die Rücksicht auf die freundschaftlichen Vorstellungen Preußens und die Weigerung Frankreichs, auf die Wünsche des Wiener Hofes einzugehen, haben allein Bayern gerettet! Freilich, es ist nur ein verarmtes, gänzlich herabgekommenes Land, aber mit Gottes Hilfe wird sich eine Hebung bewerkstelligen lassen!"

Heute weiß man, wie dankenswert dieses Versprechen eingelöst wurde. Der Einzug Max Josephs in München und die Ernennung Montgelas' sind die Anfänge des modernen Bayerns, das heute nach hundert Jahren als angesehenes Glied des neuen Deutschen Reiches selbstsicher und blühender dasteht denn je, — ein Beweis der staatserhaltenden Kraft im Volke und in der Regierung.

Zwar die auswärtige Politik des ersten Zweibrückeners auf bayerischem Throne, sein Bündnis mit Frankreich ist von Arndt und Pertz, Häußer und Treitschke gnadenlos gerichtet, der „Satellit Napoleons" mit Hohn und Spott beladen worden. Doch wer die damaligen Handlungen nach der damals allein giltigen und von allen befolgten Moral beurteilt, im Geiste jenes Zeitalters

voll Sturm und Drang die politischen Verhältnisse, die Not Bayerns erwägt, wird milder von Max Joseph und seinen Räten denken. Das ausgesogene, entkräftete Ländchen hatte noch immer für seine Existenz zu fürchten und zu ringen. Allein, mit eigenen Kräften war es dem gefährlichen Nachbar nicht gewachsen. Sollte die Regierung selbstmörderische Politik treiben? Mußte sie nicht Schutz und Unterstützung suchen, wo sie Schutz und Unterstützung fand? Leider blieb ihr keine Wahl. Anfangs wollte Max Joseph nur, was auch Preußen vor Jahren und zwar in keineswegs gefährlicher Lage für sich gewollt und erlangt hatte: Neutralität. Am 5. April 1799 wurde Baron Posch, der pfalzbayerische Geschäftsträger in Berlin, angewiesen, im Namen seines Herrn die Gefühle unverbrüchlicher Anhänglichkeit an Preußen und den Fürstenbund zum Ausdruck zu bringen. „Der Kurfürst ist nunmehr als Erbe seiner Vorfahren in den Besitz einer solchen Macht gelangt, daß er hoffen kann, ein nützlicher Bundesgenosse zu werden und wenigstens einen Teil seiner Dankesschuld an Preußen abtragen zu können; ist er doch einer der Wächter und Vorposten dieser Monarchie geworden. Er wünscht nichts sehnlicher als die Befestigung der Bande des Bündnisses und der Interessengemeinschaft, deren Grundlage der deutsche Fürstenbund ist, dessen Bestimmungen der Kurfürst allzeit gewissenhaft befolgen wird. Er wird dazu um so leichter im stande sein und dem Bunde selbst um so mehr Gewicht und Bedeutung geben können, je allseitiger die Hindernisse, die noch seine Energie niederhalten und seine Kräfte aufreiben, beseitigt werden. Sein ganzes Vertrauen richtet sich auf Preußen, das doch sicherlich eine Lockerung dieser Interessengemeinschaft nicht zugeben und vom alten System nicht abweichen wird; dadurch würde ja ein Werk zerstört werden, das dem Ruhme des großen Friedrich die Krone aufgesetzt hat!“ Auf Preußens Rat habe sich der Kurfürst an den Kaiser angeschlossen; trotzdem sei es bis zum heutigen Tag noch nicht möglich gewesen, vom Wiener Hof in der Entschädigungsfrage eine bindende Erklärung zu erlangen. „Ja, seit der Schleier, der bisher die Verhandlungen in Rastatt deckte,

etwas gelüftet worden ist, hat sich gezeigt, welch neuen Attentaten Bayern ausgesetzt gewesen wäre, hätte nicht der König selbst großmütig auf jede Entschädigung verzichtet, und wie wenig Sicherheit sogar eine solche Erklärung gewährt hätte. Abgesehen vom Groll über die österreichischen Pläne muß noch ein andrer wichtiger Grund dem Kurfürsten Bedenken einflößen, sich noch weiter mit Österreich einzulassen; die Rücksicht auf die in ganz Bayern herrschende Stimmung! Der Kurfürst würde dadurch sofort das Vertrauen einer Nation einbüßen, die ihrem Landesherrn in rührender Weise ergeben und anhänglich ist, — sollte nicht auch darauf in unsren Zeiten die zarteste Rücksicht zu nehmen sein?“ Bisher sei man allen durch das Zusammengehen mit Österreich auferlegten Pflichten mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit nachgekommen, aber der Erfolg habe nur darin bestanden, daß die Lage Bayerns heute trostloser sei denn je. „Die rheinischen Provinzen sind noch immer in den Händen der Franzosen, Bayern selbst ist Gefahren aller Art ausgesetzt, und die jüngsten Erfolge der österreichischen Armee in Schwaben können keine ausreichende Sicherheit bieten, daß die Franzosen unter besserer Führung wiederkehren und dann noch feindseliger schalten und walten werden. In der Lage, in der sich der Kurfürst im gegenwärtigen Augenblick befindet, hieße es seinen Untergang heraufbeschwören, wollte er sich der einen oder andren Macht in die Arme werfen“ ... „Alles vereinigt sich, um diesen Fürsten zu überzeugen, daß das Gesetz, das ihm sein Herz vorschreibt, eins ist mit dem, was die Staatsraison fordert, und daß die Vereinigung der Systeme und das Beispiel Preußens der einzige Kompaß ist, nach dem sein Verhalten sich richten soll.“ Erst als Preußen sich dagegen erklärte — dem Neutralitätsplan der Südstaaten stehe Preußen zwar sympathisch gegenüber, erklärte das Berliner Kabinett (26. April 1799), aber er sei nicht durchzuführen, wenn Österreich es nicht wolle, — und in München auf Fortsetzung des Kriegs an der Seite und unter dem Kommando Österreichs bestand, als dieser Krieg aber nur die Besetzung des Landes und Niederlagen und Elend im Gefolge hatte, wurde mit Frank-

reich über ein Bündnis verhandelt. Am Wiener Hofe tauchten ja immer wieder die alten Anschläge auf, und Preußen sah jetzt mit verschränkten Armen zu. Die Grenze für die Wünsche des einen und für die Geduld des anderen war nicht abzusehen. Und wenn in der Folge Montgelas noch gefügiger war, als es notwendig gewesen wäre, und die Pläne Napoleons unterstützte, um nicht bloß Schutz, sondern auch Gewinn zu erlangen, — wer hebt den ersten Stein gegen ihn? Wirkte nicht allerwärts die Erscheinung Napoleons wie ein Zauber? Mit seinen Fahnen war der Sieg, wo immer sie wehten. Wie einst Hellas dem Makedonier, dem großen Feldherrn und Räuber Alexander Altäre errichtete, berauschte der Dämon Bonaparte auch die, die ihn fürchteten. Vor dem ungeheuren Erfolg beugten sich alle.

Montgelas' Verdienst ist es, erkannt zu haben, welch unvergleichlichen Vorteil die Erwerbung der fränkischen und schwäbischen Gebiete mit ihrer blühenden Kultur und ihrer rührigen Bevölkerung — man denke nur an Nürnberg, Augsburg, Würzburg! — für das zurückgebliebene Altbayern bedeuten würde. Erst durch die Verschmelzung der schwer beweglichen altbayerischen Bevölkerung mit den regeren, lebhafteren Volkselementen der Nachbargebiete war die Möglichkeit geboten, daß Bayern ein Staat wurde, in dem sich süddeutsches Volkstum ebenso konzentrierte, wie das norddeutsche in Preußen, so daß Österreich in der Folge ohne Schaden für das gesamtdeutsche Volkstum aus dem Reichsverband ausscheiden konnte.

Die erstrebenswerten Nachbargebiete waren in der Faust des siegreichen Imperators. Dem war es gleich, ob sie ein französischer General oder ein deutscher Prinz erhielte. Montgelas sah auf die Gabe, nicht auf die Hand. Er war nicht Geschichtsprofessor, sondern Staatsminister. Kluge Lenker der Politik hätten zu allen Zeiten und in allen Staaten in gleicher Lage gleich gehandelt. Jedenfalls gilt von ihnen das Wort Macaulay's: „Wenn sie Versuchungen ausgesetzt sind, welche das gewöhnliche Maß übersteigen, sollten sie auch ein mehr als gewöhnliches Maß von Nachsicht beanspruchen dürfen.“

Und wenn es trotz alledem eine trübe Erinnerung ist, daß Napoleon in München als Cäsar und großmütiger Wohlthäter gefeiert wurde, daß man sich ihm zu Liebe in der Idee einer Verwandtschaft der angeblich Boischen Vorfahren mit den Galliern gefiel, daß die Verbindung des ältesten deutschen Fürstenhauses mit der Familie des Emporkömmlings als der Gipfel des Glücks begrüßt wurde, — es fehlt uns nicht der Trost, nicht der Mann, den wir dem zürnenden deutschen Patrioten mit Genugthuung nennen können. In den Tagen, da in Berlin die Siege Napoleons mit Hymnen und Freudenfeuern gefeiert wurden, da in den Palästen unter den Linden französische Generäle wohnten, während die erhabene Dulderin Luise das Brot der Verbannung aß, ging der bayerische Kronprinz Ludwig in der preußischen Hauptstadt zu Schadow, um eine Büste Friedrichs des Großen zu bestellen, für einen Ehrentempel bestimmt, den er dem deutschen Genius erbauen wollte!

Diese deutsche Gesinnung, die weder der schmeichelnde, noch der drohende Imperator zu erschüttern vermochte, beseelte auch den Mann, glühte noch im Greise. Als noch der Eifer für Deutschlands Einheit und Größe von den Regierungen als Verbrechen geahndet wurde, bekannte König Ludwig seine germanischen Hoffnungen bei jedem nationalen Unternehmen durch Wort und That. Im Jahr der Erhebung — 1813 — hatte er beklagt, nicht selbst mitziehen zu dürfen in den heiligen Kampf. Er blieb jenes Jahres eingedenk. In trostloser Zeit, während der schwächliche Bundestag weder den schwelenden Haß der zwei Großmächte, noch den Hader der Konfessionen zu dämpfen vermochte, errichtete Ludwig den Helden von Leipzig zum Ruhme, den Lebenden zur Mahnung die Befreiungshalle bei Kelheim. Noch als Achtzigjähriger, da er zum Besuch der Weltausstellung nach Paris gekommen war, wartete er in den Tuilerien, wo Louis Napoleon seinem Gast nur bis zur Hälfte der Treppen entgegenkam, ruhig unten, bis der Kaiser verwundert herabstieg. „Ich war ein König und bin ein Deutscher, hätte ich mir die Zurücksetzung gefallen lassen sollen?“

Nicht minder national dachten und handelten die Nachfolger. Heute steht fest, daß der Entschluß, dem beleidigten und bedrohten Bundesgenossen ohne Verzug hilfreiche Hand zu bieten, dem freien, ureigenen Willen Ludwigs II. entsprungen ist. Unvergänglich ist der Ruhm der Bayernsöhne, die löwenmutig für die deutsche Ehre fochten — aber unvergessen bleibe auch der Sieg, den nach den glänzenden Erfolgen der deutschen Waffen Bayerns König über seinen stolzen Geist und sein leidenschaftliches Herz gewann! Auch das war eine Heldenthat, und sie brachte seinem Volke Segen die Fülle, denn heute blicken auch wir aus unsrer Enge auf den wogenden Ozean! Bayern, bis dahin ein kleines Handelsgeschäft, sozusagen selbständig, aber ohne Kredit zur Ausdehnung seiner Verbindungen und zur Nutzbarmachung seiner Kräfte, wurde Teilnehmer am Ruhm und Gewinn des Welthauses „Germania“!

Mit staatsmännischem Blick vereinten Max Joseph und seine Nachfolger ein lebendiges Gerechtigkeitsgefühl. Die Neuerungen des Ministeriums Montgelas begannen mit dem Erlaß über die Gleichstellung der christlichen Konfessionen. Uns, die wir in Dorf und Stadt Katholiken und Protestanten in friedlicher Gemeinschaft sehen, die wir Zeugen von dem ungetrübten Glück gemischter Ehen sind, dünkt jener Beschluß selbstverständlich und eine natürliche Folge der entwickelten Humanität. Doch der erste Schritt aus dem gewohnten Geleise erfordert jederzeit Mut und Selbstüberwindung. Elisabeth von England war eine große Königin, aber das Recht der Überzeugung anzuerkennen, gewann sie nicht über sich. Wie so oft, war auch in unsrem Falle eine hochherzige Anschauung die größte Staatsklugheit. Mit der früher beliebten Abschließung und Strenge gegen Andersgläubige würde es niemals gelungen sein, die Bürger der lutherischen Hochburgen, der schwäbischen und fränkischen Reichsstädte, die Bewohner der markgräflichen Gebiete den Altbayern anzubrüdern.

Unleugbar wäre dem scharfblickenden Minister bei seinen Bemühungen für „mehr Licht“ mehr Wärme für das historisch Gewordene und mehr Schonung der auch in der rauhen Gebirgswelt

feinfühligen Volksseele zu wünschen gewesen. Die Heißsporne mit kühlem Verstand sind gewöhnlich gewaltsamer als die enthusiastischen. Schon dem Übereifer Montgelas indes wurde vom gemütvolleren Fürsten Schranken gezogen; noch schonender gingen die Thronfolger mit „operativen Eingriffen" in das kirchliche Leben vor, ohne jemals eine unduldsame Richtung zu begünstigen.

Der Wohlstand Altbayerns beruhte ausschließlich auf dem Ackerbau. In der Einsicht, daß Handel und Gewerbe nicht Wirkung, sondern Ursache und Veranlassung der Fortschritte der Bodenkultur sein können, erblickten Bayerns Könige immer ihre Aufgabe darin, das Gleichgewicht zwischen Ackerbau und Gewerbefleiß zu erhalten. Sie sorgten gewissenhaft für den Aufschwung der Städte, die alle durch die harten, langen Kriegsjahre geschädigt waren, sorgten also für den Fortschritt der Technik und Kapitalvermehrung. Mit einem Wort: sie förderten die allseitige Volkswirtschaft, die Civilisation!

Zeitiger und williger, als alle andren deutschen Fürsten verzichtete der erste König von Bayern auf seine Selbstherrlichkeit und gab seinen Unterthanen eine Verfassung. Dadurch erst wurde die Staatseinheit eine Thatsache; Dank diesem Vertrage zwischen Fürst und Volk fühlten sich fortan Franken und Schwaben, Pfälzer und Bayern eins und gleich für alle Zeiten.

Gegen Karl Theodor hatte in Bayern Abneigung bestanden, nicht weil er ein Pfälzer war, sondern weil er das Volk, das seit sieben Jahrhunderten dem Haus der Schyren in Kampf und Not unverbrüchliche Treue gehalten hatte, hingeben wollte für fremdes Gut. Dem Pfälzer Max Joseph öffneten sich alle Herzen. Er war in München, wie in Nürnberg oder Bayreuth daheim, bei den Seinen. Der behäbige Niederbayer, wie der Älpler, der schwäbische Patrizier wie der Rhönbauer blickten auf ihn mit dem gleichen Vertrauen. Ihm war der Adel nicht störrisch, und der gemeine Mann sah zwischen sich und der Königsburg keine Kluft. Während im Mittelalter der bestgefürchtete, der unerbittliche Fürst des Macchiavelli der mächtigste war, machte Max Joseph seinen

Thron stark und sicher durch den Grundsatz: Liebe um Liebe, Treue für Treue! Nicht Höflinge und Hofhistoriographen, sondern das Volk gab ihm den holden Namen: Vater Max!

Und in seinem Geist regierten seine Nachfolger. Volkserziehung, die nicht allein durch gute Schulen, durch Pflege der Wissenschaft und Kunst, sondern durch jede Verbesserung der staatlichen Einrichtungen gefördert wird, war ihre erste Sorge.

Was König Ludwig I. für die Kunst in seinem Lande gethan hat, was durch Cornelius und Schnorr, Klenze und Gärtner, Thorwaldsen und Schwanthaler und hundert andre gottbegnadete Künstler auf Anregung und unter eigenster Leitung des Königs auf allen Gebieten künstlerischen Lebens geleistet wurde, darüber braucht man in München kein Wort zu verlieren. König Ludwig gab der deutschen Kunst die Würde wieder. Doch bei aller seiner Begeisterung für diese Aufgabe erschöpfte er sich in der einen Thätigkeit nicht. Es war kein geringes Verdienst, daß er musterhafte Ordnung in die Finanzwirtschaft des Staates brachte. Er hatte einen Blick für Zukunftswerte.

Treitschke sagt sehr richtig, seit dem Pariser Frieden sei für Deutschland kein so folgenwichtiges, erspießliches Werk geschaffen worden, als der deutsche Zollverein. Je genauer wir über die Anfänge des großen Unternehmens unterrichtet werden, desto klarer tritt zu Tage, daß Ludwig I. von Bayern für die nationale, wie für die materielle Bedeutung des Gedankens von vorne herein das rechte Verständnis hatte und daß ihm an dessen Verwirklichung das beste Teil gebührt.

In Ludwigs I. Regierungszeit fällt die erste Anlage jener „wunderbaren Kurven", von welchen Thaer spricht, „der gesegneten Wege, welche geometrisch entfernte Grundstücke wirtschaftlich näher rücken". Wenn es heute nicht mehr ein Phantasiebild ist, daß der deutsche Kaiser unter dem Denkmal des großen Kurfürsten am alten Hohenzollernschloß eine Yacht besteigen wird, um durch den Mittellandkanal zum alten Zoll nach Bonn zu fahren: Ludwig I. von Bayern war in der Erkenntnis, welche Wichtigkeit Wasserwege und Kanal-

anlagen für Handel und Wandel haben, seiner Zeit voran. Der Gedanke Karls des Großen, durch einen schiffbaren Kanal die Donau mit dem Main zu verbinden, lockte schon den Jüngling. Als König brachte er den langgehegten Plan zur Ausführung. Die Früchte wird sicherlich die Zukunft ernten. An und für sich widerstrebte es der Künstlerseele König Ludwigs, die schöne Willkür der Natur durch schnurgerade Schienenwege zu unterbrechen, die Stille der Wälder und Auen durch den Lärm und Rauch geschäftiger Maschinen zu stören, doch alle ästhetischen Einwände und persönlichen Empfindungen vermochten nicht seinen klaren Geist über den ungeheuren Wert der neuen Verkehrsmittel und die Forderung der neuen Zeit zu trüben:

„Vom müden Saumroß, das sich wund getragen,
Nimmt sie das Joch und schirrt vor ihrem Wagen
Den Dampf, den wilden Riesen, an ....“

Und Ludwig erfüllte seine königliche Pflicht. Zur Zeit, da Paris noch keinen Bahnhof besaß, und der deutsche Philister das Dampfroß Stephensons nicht viel höher schätzte als den Pegasus der Dichter, rollte der erste deutsche Bahnzug zwischen Nürnberg und Fürth. Die Volksvertreter besaßen weniger Fernblick; daß die Regierung bei allem stürmischen Widerstand beharrlich blieb und den Ausbau des bayerischen Eisenbahnnetzes durchsetzte, dankt ihr heute jeder Vernünftige. Auch die Vorteile der Verstaatlichung der Eisenbahnen wurden in Bayern frühzeitig und darum zur rechten Zeit erkannt.

Maximilian II. hatte nicht den sprühenden Geist und die ehernen Nerven seines Vaters; er war ein ernstes, doch nicht verdüstertes Gemüt, unermüdlich zu lernen, aus Büchern wie im Umgang mit Gelehrten. Der Groll, den dieser echte Friedensfürst durch die Berufung norddeutscher Forscher und Dichter in den altbayerischen Landen erregte, war atavistischer Natur. Heute weiß man auch in München, daß nicht nur reiche Lords, sondern auch um Kunst und Wissenschaft verdiente Fremde den Eingesessenen Gewinn bringen und daß auf die Stätte, an der z. B. ein Liebig

lehrte, von seinem Ruhm ein ebenso unvergänglicher Abglanz fällt. Heute sind wir uns über die patriotische Absicht des Fürsten vollständig klar. Nicht aus Unterschätzung der einheimischen Kräfte, sondern zu gesundem Wetteifer mit ihnen lud er jene Lehrer und Meister nach München ein.

Geistige Kämpfe wirken wohlthätig wie Gewitter. Der Wille zur Wahrheit, der höchste Begriff von der Pflicht des Lehrers war in beiden Lagern, und dieses gemeinsame Band war schließlich stärker, als der Unterschied zwischen nord- und süddeutscher Eigenart. Wie wunderbar hat sich die Meinung über den Hauptvertreter des bayerischen Autochthonentums, Döllinger, geändert! Und so wird niemand mehr vom finstern Bayern sprechen! Auch in unsren Schulen ist Licht und ozonreiche Luft!

Der friedlichen Kulturaufgaben gab es so viele, daß lange Zeit auf das Heer nicht ausreichende Sorge verwendet wurde. Sagen wir es nur, der soldatische Geist war im bayerischen Volk nicht so lebendig, wie in Preußen. Der Offizier war hochgeachtet, doch im tressenlosen Waffenrock sah der Bürger seinen Sohn nicht gern. Das rächte sich, als 1866 der Krieg ausbrach und uns die Lehre gab, daß für den politischen Wert eines Staates noch immer in erster Reihe seine Wehrkraft maßgebend sei.

Welches Verständnis Ludwig II. bei aller seiner Vorliebe für romantischen Überschwang auch für wichtige Tagesfragen und sehr reale Dinge hatte, bewies er nach unsrer militärischen Niederlage. Er gab sich, seine eigenen Empfindungen zurückdrängend, nicht einen Augenblick fruchtlosem Groll und müßiger Verstimmung hin, er erkannte sofort einen Umschwung der bayerischen Politik als das Notwendige und bot offen und ehrlich dem siegreichen Gegner die Hand. Um Bayern bei der unabwendbaren Neuordnung der deutschen Verhältnisse eine ehrenvolle Stellung zu sichern, wurde fortan die größte Sorgfalt auf die Umgestaltung des Heerwesens verwendet. Und schon nach kurzer Zeit, in schwerster Probe, in den blutigen Kämpfen von 1870/71 zeigten unsre Bayern, daß sie an Schulung und Mannszucht keiner Truppe mehr nachstanden.

Und was persönliche Tapferkeit anbelangt, so war der General wie der Gemeine, der königliche Prinz wie der Bauerssohn ein ganzer Mann.

Auf jene Ehrentage glorreicher deutscher Waffenbrüderschaft sind viele thaten- und siegesreiche Friedensjahre gefolgt. Am Ausbau des Reiches, an allem nationalen Werk hat Bayern immer redlich mitgeholfen. Unser erlauchter Regent, der uns noch lange erhalten bleibe, unser Regent, in treuer Freundschaft mit den deutschen Kaisern, in warmer Liebe für sein Land, hat den Schwur, den er in trüber, schwerer Zeit geleistet, in vollem Maße erfüllt, des Volkes Rechte gewahrt, des Volkes Wohlfahrt gefördert.

Seit dem Einzug Max Josephs hat sich die ganze Welt gewaltig verändert. Vollkommen ist sie auch heute nicht. Doch neben der schnödesten Selbstsucht sehen wir tagtäglich edelste caritas, neben dem wahnsinnigen Tanz um das goldene Kalb das höchste, uneigennützigste Pflichtgefühl in der Gelehrtenstube wie in Werkstätten, bei den ersten Würdenträgern des Staates wie beim bescheidenen Subalternbeamten.

Die Hand aufs Herz: Können wir bei der Abrechnung mit dem scheidenden Jahrhundert als Deutsche wie als Bayern nicht zufrieden sein?

Freilich, die Deutschen waren weiland in der Welt viel beliebter, sie waren so schlicht und geduldig, unsre Reichszustände und Reichsgeschichten boten draußen so viel Stoff zur Heiterkeit, unsere Nachbarn blickten auf uns mild lächelnd, wie die Athener auf die Abderiten. Heute sind die Deutschen die bestgehaßte, d. h. eine mächtige Nation, denn heute sind wir ein einig Volk. Auch wir, Lehrer und Jünger, die Alten und die Jugend, wissen uns eins mit unsern Brüdern im Reich, wie wir uns eins fühlen mit unserm Landesherrn.

---

IV.

# Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck.

(1898.)

Noch als der große Staatsmann unter uns weilte, wurde im Gespräch und in der Presse häufig die Frage erörtert, ob er Schriftliches über sein Leben und Wirken hinterlassen werde; kaum war uns nach seinem Tode das Dasein von Denkwürdigkeiten verbürgt, wurde das unbekannte Werk schon einer Kritik unterzogen. Neues, hieß es, sei unmöglich zu erwarten. Man erwäge, wie riesig im Laufe der Jahre die Bismarck-Litteratur angewachsen! Wie viele Forscher haben über ihn geschrieben! Seine sämtlichen Reden sind gedruckt worden und in aller Händen. Der Fürst selbst hat, nachdem er seine amtliche Thätigkeit eingestellt, bei unzähligen Gelegenheiten, in festlicher Rede wie in zwangloser Tafelunterhaltung auf seine Vergangenheit zurückgegriffen und Ernstes und Heiteres aus seinem Hof- und Lagerleben, von seiner Thätigkeit als Gesandter, Parlamentarier, Minister und Reichskanzler zum besten gegeben. Auch diese Geschichten und Geschichtchen sind ebenso wie hundert Briefe von ihm und an ihn, Mitteilungen von Schul- und Amtsgenossen gesammelt und im Bismarck-Jahrbuch, in Zeitungen, Büchern und Flugschriften veröffentlicht worden. So schien uns alles Werk Bismarcks gewissenhaft gebucht, die Kenntnis davon ein eiserner Besitz zu sein, den der Erblasser wohl geistreich erläutern, schwerlich vermehren könne. Widersacher des Ge-

waltigen gingen noch weiter und weissagten eine Gabe ohne Wert, indem sie sich auf eine Behauptung Moritz Busch's stützten, der sich selbst hinwieder auf einen Stoßseufzer Lothar Bucher's berief.

Nun liegt das zweibändige Werk vor uns, beschämt unsere Zweifel und macht das voreilige Lächeln der Gegner zu schanden. Ich bemerke voraus, daß die laue Aufnahme in der ausländischen Presse nicht befremden kann. Im Ausland ist Bismarck heute noch der bestgehaßte Mann, denn ihm geben sie Schuld, daß der deutsche Michl nicht mehr im Vorzimmer dienert, sondern mit an der Tafel sitzt und mit John Bull und anderen hohen Herren als mit seines Gleichen redet! Für das deutsche Schrifttum aber sind die „Gedanken und Erinnerungen" ein unschätzbarer Zuwachs, für das deutsche Volk das herrlichste Geschenk „an des Jahrhunderts Neige".

Wenn wir, die sein Genius bezwungen, die er früher oder später auf seinen Bahnen mit sich fortgerissen, genug von ihm zu wissen glaubten, um von ihm singen und sagen zu können, — erst jetzt aus seinen „Gedanken und Erinnerungen", aus diesem seinem politischen Testament erkennen wir ihn ganz. Wie so manche Philisterweisheit hat Bismarck auch den Spruch, auf den seit Jahrhunderten alle Flachköpfe stolz waren, widerlegt, daß ein lebendiger Esel mehr wert sei, als ein toter Löwe. Was an Bismarck sterblich war, wurde in den Sarg gelegt, aber sein Geist und seine Kraft sind ungebrochen. Der Unsterbliche hält nach wie vor die Wacht am Rhein. Ja, wenn sich die Hoffnung seiner Feinde erfüllte, von Heeren oder Horden das Werk Bismarcks, das einige und starke Deutschland, vernichtet würde, sein Testament ist unvergeßlich, unvergänglich, und in seinem Geiste wird ein zweiter Hermann wirken, werben, siegen!

Niemand wird bestreiten wollen, daß das Werk eine Fülle bisher unbekannter Thatsachen und überraschender Aufschlüsse bietet. Auf die Staats- und Welthändel während der Regierung Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I. fällt neues Licht, und was Bismarck spricht und wie er es spricht, offenbart seine gewaltige Persönlichkeit.

Seine Darstellung, wie in den Jahren 1862 bis 1890 alles kam, ist zugleich eine glänzende Beweisführung, daß alles so kommen mußte — kommen mußte, weil endlich nach Jahrhunderten wieder ein Staatsmann mit großer Auffassung und staunenswertem Fernblick, ein allen diplomatischen Künsten gewachsener und doch immer aufrechter Mann am Steuer saß.

Wir sind dem deutschen Verleger Adolf Kröner zu großem Dank verpflichtet, daß er dem Fürsten die erste Anregung gab, seine Erinnerungen zu Papier zu bringen. Über die Anfänge und den Fortgang des Werkes hat sich eine Legende gebildet. Nach Äußerungen von Moritz Busch, den man mit Recht oder Unrecht für den Vertrauten Bismarcks und der Familie Rantzau hielt, konnte man glauben, daß nicht der Fürst selbst, sondern Lothar Bucher die Denkwürdigkeiten geschrieben hätte. Durch den Herausgeber Horst Kohl ist der Sachverhalt endgiltig klar gelegt. Allerdings sind Bucher's Verdienste um das Werk nicht gering. Er war nicht etwa darauf beschränkt, niederzuschreiben, was ihm der Fürst in die Feder sagte, sondern hatte den überreichen Stoff zu sammeln und zu sichten, aus Briefen und Urkunden jeder Art die nötigen Belege oder Ergänzungen beizubringen, er wird auch an manchem Satz gefeilt und den einen und andern Gedächtnisfehler des Fürsten berichtigt haben. Doch Bismarck ging den Text genau und wiederholt durch, er nahm stilistische Änderungen vor und machte oft seitenlange Zusätze. „Bucher war nur der treue Gehilfe und hat auch nie etwas anderes sein wollen.“ (Horst Kohl.) Wer die Urheberschaft einem andern als Bismarck selbst zueignet, muß mit dessen Briefen und Kammerreden schlecht vertraut sein; Inhalt und Form der „Gedanken und Erinnerungen“ sind so echt Bismarckisch, daß auch nicht ein leiser Zweifel aufsteigen kann, ob wir das eigenste Werk des Unvergeßlichen in Händen halten.

Noch einer anderen Behauptung Moritz Busch's müssen wir gedenken. Bucher soll sich über das Verhalten des Fürsten bei Abfassung der eigenen Lebensbeschreibung bei Busch bitterlich beklagt haben. „Danken Sie Ihren Sternen, daß Sie dabei nicht

an meiner Stelle sind!" Der Fürst habe absichtlich Falsches in die Feder gesagt, wolle alles verschweigen, was ihm mißlungen sei, und keinem Andern Einfluß und Bedeutung zugestehen, außer sich selbst, wolle dem alten Kaiser nur räuchern, um den jungen zu ärgern ꝛc. Es sei denn auch unwahrscheinlich, daß die Söhne die Denkwürdigkeiten veröffentlichen, da sie wüßten, wie sehr in denselben die Thatsachen entstellt und wie ungerecht hohe Persönlichkeiten und ehemalige Amtsgenossen beurteilt würden.

Dem gegenüber versichert Horst Kohl, der dafür den urkundlichen Beweis antreten kann, daß sich gerade aus den Änderungen und Zusätzen von Bismarcks Hand erkennen lasse, wie er von Jahr zu Jahr milder über Menschen und Ereignisse urteilte und immer vorsichtiger die Ausdrücke abwog, um nicht durch ein „Zuviel" ungerecht zu werden.

Freilich fehlt es trotzdem nicht an schroffen, harten Urteilen. Wenn Waitz einmal von Friedrichs II. Denkwürdigkeiten sagt, sie seien mit „erschreckender" Offenheit geschrieben, so gilt dieses Wort auch von der Erzählung Bismarcks. Er nennt alle Dinge bei ihren Namen und macht keinen Unterschied des Standes und der Person. Der Einfluß der Kaiserin Augusta z. B. wird wiederholt als unheilvoll bezeichnet. Der Kanzler war eben ein frommer Herr, aber kein sanfter Fridolin. Ein anderes ist es, vierzig Millionen Deutsche unter einen Hut zu bringen, als der Gräfin von Savern zu dienen. Die unbefangene Geschichte wird gewiß nicht allen von ihm gegen die „Weiberintriguen" gerichteten Anklagen zustimmen, aber werden wir den Staatsmann tadeln, der seinem Unmut Ausdruck gibt, wenn er alle Jahre hindurch seine großen Pläne durch kleine Ränke in Frage gestellt sah?

Ebenso rücksichtslos deckt er die Widersprüche in Kaiser Friedrichs Tagebuch auf, ja auch die Schwächen seines hochverehrten alten Herrn und Kaisers, z. B. dessen Abhängigkeit von seinem Vorleser Louis Schneider verhehlt er nicht, wenn er ihnen auch meistens ein Mäntelchen umhängt. Jede Seite offenbart die Wahrhaftigkeit des Erzählers, obwohl er niemals wie so viele andere

Memoirenschreiber den Lesern seine Wahrheitsliebe und Unparteilichkeit beteuert.

Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß Bismarck als Geschichtschreiber den Personen und Ereignissen immer objektiv gerecht wird. Stimmungen und rein persönliche Abgunst trüben nicht selten das Urteil. Doch wo ist der weise Thebaner, der immer und jedesmal unfehlbar urteilt, wo ist der Entselbstete, der sich niemals von Temperament, Schule und persönlichen Sympathien beeinflussen läßt?! Auch ist manch ein herbes Wort dem Manne zu verzeihen, dem sein Leben lang im großartigen Kampfe für die Macht und Hoheit seiner Nation, für die Einigung des Vaterlands Neider und Ränkeschmiede, aristokratische Spießbürger und demokratische Portefeuillejäger ein Bein stellten, — manches ist dem Manne zu verzeihen, der aus dem Maiergut herausgeärgert wurde, nachdem er es in Flor gebracht. — —

Aufgabe der historischen Kritik ist es, die Zuverlässigkeit der einzelnen Mitteilungen, die Treue der gezeichneten Charakterporträts zu prüfen. Unter allen Umständen ist es aber für die Nachwelt schon von Wert, darüber unterrichtet zu sein, wie Bismarck die Ereignisse und Persönlichkeiten sah — oder gesehen wissen wollte.

Von der Prahlerei, worüber sich Bucher beklagt haben soll, findet sich keine Spur. Es ist das Recht des Braven, sich seines Wertes bewußt zu sein, und es war Pflicht gegen sich selbst, seinen Anteil an der Zeitgeschichte festzustellen.

Sein Blick ist dabei immer auf die Gesamtheit der bestimmenden Verhältnisse gerichtet. Wie groß in seinen Absichten dieser Staatsmann war, läßt sich am besten ersehen, wenn man die „Gedanken und Erinnerungen“ mit den jüngst veröffentlichten Denkwürdigkeiten Talleyrands vergleicht, der, mehr Fuchsnase als Adlerauge, wenn er Lunte roch, immer nur um eine Hinterthür für sich selber sorgte. Auch von dem letzten Werke Bismarcks gilt, was Charles Lowe von seinen früheren Schriften sagt, er beherrsche im gleichen Maße die ungezwungene, überzeugende Schreibweise Lord Palmerstons, das geistreiche, vollendete Schilderungsvermögen des

Herzogs von Wellington und den litterarischen Schwung des Marquis von Salisbury. In den Briefen Bismarcks sprühen Witz und Humor häufiger, als in seinem Geschichtswerk, aber die scharfe Beobachtung, die Gabe, ein Urteil ohne Wortverschwendung in die glücklichste Form zu fassen, das unvergleichliche Erzählertalent erfreuen uns auch in diesem. Der Vortrag ist im bestem Sinne des Wortes „pragmatisch". Überall sucht der Erzähler, was ja auch Ranke als sein Ziel bezeichnet, „aus dem Kreise der Anklage und Verteidigung herauszutreten und eine historische Anschauung zu begründen". Die Darstellung wird nicht mit urkundlichen Nachweisen belastet; leicht und flüssig liest sich, was oft nur aus umfangreichen, schwulstigen Verhandlungsberichten zu entnehmen war. Hin und wieder werden aber auch einzelne Briefe und Memoranda, die dem Verfasser besonders kennzeichnend schienen, im Wortlaute mitgeteilt, wie z. B. die von König Ludwig II. an Bismarck gerichteten Briefe. Man wird von mir, dem Bayern, begreiflich finden, wenn ich zunächst und nachdrücklich auf diesen Abschnitt des Werkes verweise. Auch die getreuesten Verehrer König Ludwigs haben bisher, wenn nicht seine deutsche Gesinnung, so doch seinen staatsmännischen Scharfblick unterschätzt. Das Werk Bismarcks setzt gerade diese Eigenschaften in helleres Licht. Der geistig bedeutende und herzliche Verkehr zwischen Bayerns König und dem ersten Staatsmann Deutschlands wird und muß jeden in unserm Lande wohlthuend berühren. Wie hat man seinerzeit darüber gespottet, daß der Brief Ludwigs an König Wilhelm über die Wiederaufrichtung des Kaisertums von Bismarck verfaßt wurde! Und wie natürlich und selbstverständlich stellt sich jetzt der ganze Vorgang dar! Als Bismarck den Bayernkönig zum entscheidenden Schritt einlud, berief er sich in seinem Schreiben bekanntlich auf das Wohlwollen, das die Wittelsbacher vor Zeiten, da sie in der Mark Brandenburg regierten, den Vorfahren Bismarcks bewiesen haben. In seinen Denkwürdigkeiten nun gibt Bismarck freimütig zu, daß jene „Erinnerung" eine auf die Eigenart Ludwigs berechnete captatio benevolentiae gewesen sei, nimmt aber sofort den

König selbst in Schutz, indem er versichert, ganz unzweifelhaft sei bei ihm nicht die Rücksicht auf solche Kunstgriffe oder auf die Persönlichkeit des Briefschreibers, sondern nur die politische und dynastische Würdigung des Unterschieds zwischen kaiserlich deutschen und königlich preußischen Präsidialrechten entscheidend ins Gewicht gefallen. „Ich bin mit König Ludwig bis an sein Lebensende in günstigen Beziehungen und in verhältnismäßig regem brieflichem Verkehr geblieben und habe dabei jederzeit von ihm den Eindruck eines geschäftlich klaren Regenten von national deutscher Gesinnung gehabt, wenn auch mit vorwiegender Sorge für die Erhaltung des föderativen Prinzips der Reichsverfassung und der verfassungsmäßigen Privilegien seines Landes." Für viele wird die Mitteilung neu sein, daß König Ludwig anfänglich wünschte, daß die deutsche Kaiserwürde erblich zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach wechseln sollte. Der Sorge, fährt Bismarck fort, wie dieser unpraktische Gedanke etwa doch praktisch zu machen, wurden wir dadurch überhoben, daß die Vertreter des Königs in Versailles inzwischen schon die Rechte, die jetzt von Preußen verfassungsmäßig ausgeübt werden, bewilligt hatten.

In den Denkwürdigkeiten eines Staatsmannes ist natürlicher Weise hauptsächlich von Politik die Rede. Doch indem Bismarck an der rechten Stelle anekdotenhafte Züge einflicht, bringt er uns die Staatskünstler und Exzellenzen menschlich nahe. Wie lebendig weiß er uns zum Beispiel die Vertrauten König Friedrich Wilhelms IV., denen er in Sanssouci im Jahre 1848 näher trat, vor Augen zu rücken! Das Brüderpaar, der Präsident Ludwig v. Gerlach und Leopold, der General, steht leibhaftig vor uns. Wenn die beiden zusammen aus dem Fenster einen Unfall auf der Straße sähen, meint Bismarck, so würde der Präsident daran eine geistreiche Betrachtung über unseren Mangel an Glauben und die Unvollkommenheit unserer Einrichtungen knüpfen, der General würde genau angeben, was unten geschehen müsse, um zu helfen, aber sitzen bleiben. „Ich — Bismarck — würde hinuntergehen oder Leute rufen, um zu helfen." So sei der General, sicher der einfluß-

reichste Politiker in der Kamarilla Friedrich Wilhelms IV., ein vornehmer und selbstloser Charakter, ein treuer Diener des Königs, aber geistig vielleicht ebenso wie körperlich durch das Schwergewicht seiner Person an der prompten Ausführung seiner richtigen Gedanken behindert worden. Wenn der König das eine und andere Mal ungerecht oder ungnädig gegen ihn gewesen sei, habe man in der Abendandacht wohl das alte Kirchenlied gesungen:

Verlasse dich auf Fürsten nicht,
Sie sind wie eine Wiege,
Wer heute Hosianna spricht,
Ruft morgen: crucifige!

Doch unter solchem christlichen Erguß seiner Verstimmung habe Gerlachs Hingebung für den König nicht die mindeste Abschwächung erlitten; auch für den seiner Meinung nach irrenden Fürsten habe er sich immer voll mit Leib und Leben eingesetzt, und nach dem Tode seines Herrn habe auch er nicht mehr leben mögen; trotz seiner Krankheit sei er bei Wind und hoher Kälte stundenlang barhäuptig der Leiche seines Königs gefolgt, sei denn auch mit der Kopfrose nach Hause gekommen und nach wenigen Tagen gestorben, wie ein germanischer Gefolgsmann seinem Fürsten freiwillig im Tode nachging.

Nach allem, was Bismarck von den Absichten und Zielen seiner eigenen Wirksamkeit in Politik und Staatswirtschaft berichtet, war er bei der Durchführung seiner Pläne gleich rücksichtslos gegen sich selbst wie gegen andere, doch immer von sittlichen Beweggründen geleitet. Manchen dünkt es heute noch rätselhaft oder — was dasselbe ist — wunderbar, wie aus dem preußischen Junker der allen deutschen Stämmen gleich gerechte Staatsmann großen Stiles, aus dem Gehaßten und Verfehmten der bewunderte Liebling der Mehrheit der Deutschen wurde. In den Erinnerungsblättern können wir die Entwicklung von Stufe zu Stufe verfolgen. Sie ist so sachte, folgerichtig und unwiderruflich, wie das Wachstum eines Schößlings zum breitästigen, starken Baum. Da ist kein Salto wie bei den großen und kleinen Talleyrands.

Ein echter und rechter Junker, das heißt, ein vornehmer, königstreuer, frommer Herr ist er immer geblieben. Zum Renegaten hatte er zu viel Charakter. Ein Junker im verächtlichen Sinn, das Gespenst eines mittelalterlichen Raubritters ist er nie gewesen. Dazu besaß er zu viel Geist. Auch er wuchs mit seinen höheren Zwecken, doch die geistigen und moralischen Eigenschaften mußten als Keime schon im Knaben liegen. Sicherlich war Bismarck als laudator temporis acti aufrichtig, doch mit seinen scharfen Sinnen sah er auch schon 1847 und 1848, was morsch, und was verweset war, und mußte über den Leichnam vorwärts mit dem brausenden, raschen Strom des modernen Lebens.

Und vergessen wir über dem Einzigen nicht die Massen, die durch hunderttausend Interessen zerklüftete, dennoch zusammengehörige Gemeinde, das Volk! Ja, Deutschland bedurfte eines Bismarck, aber dies vorbereitete und gereifte, opferwillige und furchtlose Volk bildete und trug auch Ihn! — —

Das Werden und Wachsen des Reichs, die unermüdliche Arbeit beim wüsten Feldgeschrei der politischen Parteien, unter den eifersüchtigen Augen der Großmächte, im friedlosen Frieden und furchtbaren Krieg bildet den Inhalt des Werkes. Zu einer leichten, flüchtigen „Lektüre" oder zum Schlafmittel eignet es sich nicht.

Ich muß mich bei dem embarras de richesse nur auf flüchtigen Überblick beschränken.

Von seiner Kindheit spricht Bismarck überhaupt nicht, von seiner Knabenzeit wenig, von seinen ersten Lehrjahren mit Bitterkeit. „Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei." Dazu hatte er von der Turnschule deutsch-nationale Eindrücke mitgebracht, doch weder diese Einflüsse Vater Jahns, noch jene theoretischen Betrachtungen waren stark genug, um die angeborne preußisch-monarchische Gesinnung zu ersticken, und so blieben denn seine Sympathien auf Seiten der Auto-

rität. Immerhin war deutsches Nationalgefühl in ihm so stark entwickelt, daß er zu Anfang der Universitätszeit zunächst zur Burschenschaft in Beziehung trat; allein bei näherer Bekanntschaft gewann er den Eindruck einer Mischung von „Utopie und Mangel an Erziehung“ und brach die Verbindung wieder ab. „Gleichwohl bewahrte ich innerlich meine nationalen Empfindungen und den Glauben, daß die Entwicklung der nächsten Zukunft uns zur deutschen Einheit führen werde; ich ging mit meinem amerikanischen Freunde Coffin die Wette darauf ein, daß dieses Ziel in zwanzig Jahren erreicht sein werde.“

Seine Beteiligung am Korpsleben erwähnt er ebensowenig wie seine akademischen Lehrer. Wir wissen, daß er kein Musterschüler war und in Göttingen nicht durch seine Studien, sondern durch seine Trinkfestigkeit und seine Mensuren „berühmt“ wurde. In Berlin vermochte der Ruf Savigny's den Rechtskandidaten nicht öfter als zweimal in den Hörsaal zu locken. Daß er es deshalb bis zum Reichskanzler und Fürsten gebracht hat, wird auch der gewandteste Dialektiker nicht beweisen können. Übrigens ist auch längst das Märchen beseitigt, daß er seine Universitätsjahre nur mit Pauken und Pokulieren verbracht habe. Schon die Briefe Bismarcks an seinen Studienfreund, den Amerikaner Motley, bezeugen, daß er bei aller Lebensfreude fleißig über Büchern saß und zu seiner fabelhaften Geschichtskenntnis, die immer das Erstaunen der Fachleute wachrief, damals den Grund legte. Höchst unerquicklich muß für ihn die juristische Praxis gewesen sein. Das verrostete Triebwerk des Gerichtswesens bot dem jungen Rechtsbeflissenen mehr Stoff zur Kritik als zur Belehrung und gibt nachträglich dem welterfahrenen Verfasser Anlaß zu einer scharfen Aussprache über den Bureaukratismus von sonst und jetzt.

An stofflichem Reichtum gewinnt die Darstellung erst mit dem Eintritt Bismarcks in die politische Laufbahn. Das Leben wurde fortan für ihn die hohe Schule.

Bismarcks Widersacher werden immer Legionen sein, doch kein Redlicher unter ihnen kann zumal seit der Veröffentlichung der

„Gedanken und Erinnerungen" sagen: das Glück nur habe den Junker, der je nach den Umständen ein schlauer Cunctator oder toller Draufgänger gewesen sei, begünstigt, das Glück habe ihn groß gemacht, nicht sein Genius. Freilich: wer oder was entwickelt sich nicht unter Bedingungen? Die Zeit zeugt den Propheten, aber nicht jeder hebräische Volksredner war ein weiser Daniel. Ein Eichenschößling wird immer eine Eiche, aber nicht jeder Eichenschoß ein starker stolzer Baum.

Öffentlich vollzog sich Bismarcks Eintritt in die Laufbahn eines Politikers mit seiner Wahl in den sogen. vereinigten Landtag von 1847. Bismarck verwahrt sich gegen die gang und gäbe Anheftung der „Vorurteile seines Standes", indem er darlegt, wie die bisher empfangenen Eindrücke durchaus nicht geeignet gewesen seien, ihn zu verjunkern. Auch als Abgeordneter war er niemals, was ihm von demokratischer Seite vorgeworfen wurde, der „engherzige Geist des Mittelalters im Fleische", der Royalist quand même, dessen politische und religiöse Überzeugung in dem Satze: A Deo rex, a rege lex! gipfle. „Ich bin schon 1847 dafür gewesen, daß die Möglichkeit öffentlicher Kritik der Regierung im Parlamente und in der Presse erstrebt werde, um den Monarchen vor der Gefahr zu behüten, daß Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten ihm Scheuklappen anlegten, die ihn hinderten, seine monarchischen Aufgaben zu übersehen und Mißgriffe zu vermeiden oder zu korrigieren. . . . Mir hat immer als Ideal eine monarchische Gewalt vorgeschwebt, welche durch eine unabhängige, nach meiner Meinung ständische oder berufsgenossenschaftliche Landesvertretung so weit kontrolliert wäre, daß Monarch oder Parlament den bestehenden gesetzlichen Rechtszustand nicht einseitig, sondern nur communi consensu ändern könnten, bei Öffentlichkeit und öffentlicher Kritik aller staatlichen Vorgänge durch Presse und Landtag." Wenn er sich Äußerungen erlaubte, die mit seiner „ständisch-liberalen" Gesinnung nicht übereinstimmten, geschah's im Unwillen über die abgedroschenen Redensarten und den Mummenschanz der Opposition, „die Sentimentalität von Beckerath, den rheinisch-fran-

zösischen Liberalismus von Heydt und Mevissen und die polternde Heftigkeit der Vincke'schen Reden."

Von höchstem Interesse ist Bismarcks Schilderung der Vorgänge in Berlin in den Märztagen von 1848, wie er, „vier Schuß in der Tasche", nach Berlin kam, um der bedrängten Regierung Zuzug aus den königstreuen Dörfern anzubieten, wie sich der Minister v. Bodelschwingh an ihm, dem verfehmten „Reaktionär" vorbeizudrücken suchte, wie er bei Hofe vergeblich zu energischem Vorgehen gegen die Volksverführer drängte, mit Barrikadenmännern und Bürgerwachen verhandelte, umsonst den Generalen Möllendorff und Prittwitz in Potsdam auf dem Klavier den Infanteriemarsch zum Angriff vorklimperte, „mit verwundetem Gefühl" die Ansprache des eingeschüchterten Königs an die Offiziere des Gardekorps im Marmorsaal zu Potsdam hörte: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger!", wobei sich „ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden erhob, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird." In Randbemerkungen bekräftigt der Verfasser wiederholt, daß ihm die seiner Erinnerung widersprechenden Berichte in den Denkwürdigkeiten Gerlachs, in royalistischen und demokratischen Zeitschriften wohl bekannt seien. In hohem Grade überraschend ist die Nachricht von einer Verhandlung zwischen Vincke und Bismarck. Dieser sollte den Prinzen von Preußen zur Abdankung bereden und dafür die Regentschaft der Prinzessin Augusta im Namen ihres minderjährigen Sohnes empfehlen. „Die Verhandlung fand bei mir im Hotel des Princes, Parterre rechts, statt und enthielt beiderseits mehr, als sich niederschreiben läßt. Von diesem Vorgange und von der Aussprache, welche ich von seiner Gemahlin während der Märztage in dem Potsdamer Stadtschlosse zu hören bekommen hatte, habe ich dem Kaiser Wilhelm niemals gesprochen und weiß nicht, ob andere es gethan haben. Ich habe ihm diese Erlebnisse verschwiegen auch in Zeiten wie die des vierjährigen Konflikts, des österreichischen Krieges und des Kulturkampfes, wo ich in der Königin Augusta

den Gegner erkennen mußte, welcher meine Fähigkeit, zu vertreten, was ich für meine Pflicht hielt, und meine Nerven auf die schwerste Probe im Leben gestellt hat." Prinzessin Augusta ließ den treuen Vertreter des spezifischen Preußentums häufig zu sich laden, gab ihm ihre politischen Auffassungen und Wünsche zu vernehmen und verabschiedete ihn, ohne ihn jemals zum Wort kommen zu lassen, mit der immer gleichen Redensart: „Es freut mich, Ihre Meinung gehört zu haben!" Prinz Friedrich, der spätere Kaiser, pflegte dem treuen Eckart des Hohenzollernhauses seine Hochachtung dadurch zu offenbaren, daß er ihn im Dämmer vor der abendlichen Abfahrt mit lebhaftem Händedruck begrüßte, „in einer Art, als ob ihm eine offene Bekundung seiner Gesinnung bei Licht nicht gestattet wäre". Als auf einer Ministerliste auch Bismarcks Name sich befand, schrieb Friedrich Wilhelm dazu: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet!" So unrecht hatte der König nicht. Bismarck hoffte damals nur von Gewaltmitteln Heilung, wie jugendliche Mediziner rasch mit einem „operativen Eingriff" bei der Hand sind. Sein Losungswort im Privatgespräch und auf der Rednerbühne war: „Ernst zeigen und die Ehre wahren!" Damals wurde der „Städtevertilger" — er hatte einmal geäußert, es wäre nicht schade, wenn die großen Städte, diese Herde der Revolutionen, vom Erdboden vertilgt würden — im Landtag nur mit „Heiterkeit" oder „Unwillen" angehört.

Kein Zweifel, jener Bismarck vom vereinigten Landtag war nicht der welterfahrene und weltmüde Bismarck, der die „Gedanken und Erinnerungen" in die Feder sagt, und doch kein anderer, nur ein Jüngerer, ein Feuerkopf, von höchstem Ehrbegriff, aber unbesonnen und unbedenklich in der Wahl der Mittel, um die „verbannte Ehre" zurückzuholen, ein märkischer Michel Kohlhaas, der um des beleidigten Rechtes willen zum Rechtsbrecher wird. Auch an Percy Heißsporn wird man erinnert. Ihn

„peitscht's mit Ruten, brennt wie Nesseln
Und sticht wie Ameishaufen",

wenn er von Zugeständnissen an Abtrünnige und von Verständigung

mit den Heiden hört, denn Heiden sind für ihn alle, die nicht dem König von Preußen dienen. Das Antlitz aus dem „tollen Jahr“ sieht uns im Lauf der folgenden vierzig Jahre noch öfter an. Das Programm von 1866 ist im Grunde nur eine Umschreibung des Bismarck'schen Ausspruches von 1848: „Es wäre eine echt nationale, preußische Politik, mit demselben Recht, mit dem einst Schlesien erobert wurde, den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein sollte, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen.“ Allerdings handelte es sich im Jahre 1866 nicht mehr um Verfassungsfragen, doch der Ton ist derselbe, und bekanntlich macht der Ton die Musik. Auch noch in den „Gedanken“ tadelt der Fürst den General Wrangel, daß er beim Einzug der Truppen in Berlin mit der Bürgerwehr in Verhandlungen trat. „Wenn es zum kleinsten Gefecht gekommen wäre, so wäre Berlin nicht durch Kapitulation, sondern gewaltsam eingenommen worden, und dann wäre die politische Stellung der Regierung eine andere gewesen.“

Damals war Bismarck auch gegen die von den „Frankfurter Zungendreschern“ angebotene Krone, weil ihr Gold erst durch das Einschmelzen der preußischen Königskrone gewonnen werden müßte, doch fügte er hinzu: „und weil es zweifelhaft ist, ob der Umguß gelingen werde.“ In den Memoiren äußert er ebenfalls seine Befriedigung über die Ablehnung, doch hauptsächlich nur, weil die Annahme verfrüht und Friedrich Wilhelm IV. nicht der geeignete Träger der Kaiserkrone gewesen wäre. „Unter ihm wäre eine Fortbildung und Kräftigung der Reichsinstitutionen, wie sie unter Kaiser Wilhelm stattgefunden hat, kaum zu erwarten gewesen. Die Kriege, welche der letztere geführt hat, würden nicht ausgeblieben sein, nur würden sie nach der Konstituierung des Kaisertums als Folge derselben, und nicht vorher, das Kaisertum vorbereitend und herstellend, zu führen gewesen sein. Ob Friedrich Wilhelm IV. zur rechtzeitigen Führung derselben hätte bewogen werden können, weiß ich nicht; es war das schon schwierig bei seinem Herrn Bruder, in dem die militärische Ader und das preußische Offiziersgefühl vorwiegend

waren." Wenn Bismarck 1849 Verwahrung einlegte, daß Preußen den Don Quixote spiele für „gekränkte Kammerzelebritäten", und ausrief: „Der preußische Geist ist ein edles Roß, das den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarzrotgoldenen Zäumung auf die Erde setzt", so treffen wir ihn auch in den Denkwürdigkeiten noch auf demselben Standpunkt. Anstatt der theoretischen Erörterungen über Verfassungsparagraphen, meint er, hätte man besser die vorhandene lebenskräftige, preußische Militärmacht in den Vordergrund stellen sollen, wie es bei dem Aufstand in Dresden geschehen war, und hätte man besser „ohne Rücksicht auf Beifall und Popularität bei verwandten Fürstenhäusern, bei Parlamenten, Historikern und in der Tagespresse" gehandelt. „Solange nur das Geschrei der rerum novarum cupidi in größeren Zentren, das Emotionsbedürfnis der Presse und des parlamentarischen Lebens den Lärm machen, tritt für den Realpolitiker die Betrachtung Coriolans über populäre Kundgebungen in Kraft, wenn auch in ihr die Druckerschwärze noch keine Erwähnung findet. Die leitenden Kreise in Preußen ließen sich aber durch den Lärm der großen und kleinen Parlamente betäuben, ohne deren Gewicht an dem Barometer zu messen, den ihnen die Haltung der Mannschaft in Reih und Glied oder der Einberufung gegenüber an die Hand gab." Daß er in Erfurt als trotziger Verächter des Unionswerkes auftrat, weil es den Krieg mit Österreich bringen würde, erklärt er in den Memoiren damit, daß er den Krieg nur aufgeschoben haben wollte, bis Preußen hinlänglich gerüstet wäre. Aus seinen damaligen Reden tritt jedoch klar zu Tage, daß auch er noch ebenso wie der König von Preußen der Überzeugung war, daß Preußen sich Österreich unterzuordnen oder wenigstens an innigster Verbindung mit Österreich festzuhalten habe, da die beiden großen Kontinentalmächte den Beruf hätten, den demokratischen Zeitgeist zu bekämpfen.

Freilich als er 1851 zum Bundestagsgesandten in Frankfurt ernannt wurde, war für ihn die Politik des „Hand in Hand-

Gehens mit Österreich" nicht lange mehr maßgebend. Damals wurde die Berufung des Junkers, der nie ein richtiges Staatsexamen gemacht und den größten Teil seiner Lebensjahre unter Ochsen und Bauern zugebracht habe, von den Zeitungen mit Halloh aufgenommen. „Dieser Bursche", schrieb ein liberales Organ, „wäre unverschämt genug, auch das Kommando einer Fregatte zu übernehmen oder eine ärztliche Operation auszuführen!" Friedrich Wilhelm selbst sagte zu Bismarck: „Sie haben ja viel Mut, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen." Bismarck erwiderte: „Der Mut ist ganz auf Seiten Eurer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen."

Schon aus den von Poschinger veröffentlichten Berichten aus Frankfurt wissen wir, wie der verspottete „diplomatische Säugling" alle seine Kollegen um Haupteslänge überragte, wie er sie „mit der Ruhe eines Naturforschers" studierte, sie wog und samt und sonders zu leicht befand. In den Memoiren geht er verhältnismäßig rasch über die Frankfurter Zeit hinweg; immerhin wird die Galerie berühmter Zeitgenossen um manches Bildnis bereichert.

Auch über den Romantiker auf dem Throne und die Dissonanz in seinem Wesen spricht Bismarck das treffende Wort: „Seine reiche Phantasie war flügellahm, sobald sie sich auf dem Gebiete praktischer Entschlüsse geltend machen wollte." Deshalb nahm auch Bismarck das ihm wiederholt angebotene Portefeuille nicht an. „Mir fehlte die schmiegsame Gefügigkeit zur Übernahme und ministeriellen Vertretung von politischen Richtungen, an die ich nicht glaubte oder für deren Durchführung ich dem Könige den Entschluß und die Konsequenz nicht zutraute." Ein Mann wie Bismarck wäre eben nicht der Mann gewesen, die Camarillathätigkeit der Gerlach, Rauch, Bunsen u. a. zu dulden und ruhig „fortzuwursteln", wie es Manteuffel nicht ungern that. „Die Situation wurde nicht unter dem Gesichtspunkte einer vorwärts strebenden preußischen Politik betrachtet, sondern in dem gewohnheitsmäßigen Bestreben, sich den Beifall der deutschen Fürsten, des Kaisers von Österreich und zugleich der deutschen Presse zu erwerben, in dem

unklaren Bemühen um einen idealen Tugendpreis für Hingebung an Deutschland, ohne irgend eine klare Ansicht über die Gestalt des Zieles, die Richtung, in der, und die Mittel, durch die es zu suchen wäre."

Deshalb fühlte sich Bismarck von Anfang an mehr zu dem Prinzen Wilhelm hingezogen. Er fand in diesem damals von allen andern unterschätzten, schlicht soldatischen Manne bei aller Unkenntnis des Staatswesens und der politischen Lage „ein ungewöhnliches Maß von klarem, durch Erlerntes weder unterstützten, noch beeinträchtigten gesunden Menschenverstand, common sense."

Wie reimt sich dieses und manches andere Wort über Wilhelm I., wie reimt sich Kritik überhaupt mit der Ehrfurcht des „Dieners" vor seinem Herrn? Nur Übelwollende oder Überschwängliche können so fragen.

Aus den „Gedanken und Erinnerungen" lernt man nicht bloß den Staatsmann bewundern, sondern auch den Menschen schätzen in seinem schmerzlichen Ringen. Denn dieser Mann hatte zwei schwer vereinbare Eigenschaften: größte staatsmännische Klugheit und ein leidenschaftliches Herz. Der Ehrfurcht vor seinem Herrn und König ordnete er oft seine bessere Einsicht unter, doch er verteidigte und behauptete seine Meinung ebenso unerschrocken dem Monarchen wie der Volksvertretung gegenüber, wenn sie für das Wohl des Königs und des Staates entscheidend war.

Doch auch der Geschichtschreiber Bismarck darf nicht „in Ehrfurcht ersterben". Wenn er in Einem Punkte nicht Farbe bekennte, wer würde ihm dann in den anderen trauen? Er gibt dem Kaiser, was des Kaisers ist: common sense, das erste Gebot und die höchste Tugend in den Augen eines Realpolitikers. Wenn der Landpächter Cromwell, vor die Notwendigkeit gestellt, ohne militärische Vorbildung ein großer Feldherr wurde, warum sollte nicht ein General ohne Staatswissenschaft, aber von „ungewöhnlich klarem Menschenverstande", ein ausgezeichneter Regent werden? Die Krone ward dem Prinzen Wilhelm nicht als Wiegenangebinde gegeben. Er wurde also auch nicht dafür erzogen. Trotz-

dem bewies er, zur Herrschaft berufen, seinen Beruf zum Regenten sofort und für alle Zeiten, indem er den Tüchtigsten zu seinem Rat erwählte. Hunderte von geschmeidigeren Königsdienern würden es nicht über sich bringen können, so offen und freimütig über ihren Herrn zu sprechen; in kritischen Zeiten aber würde die Pietät diese Herren niemals bewegen, ihr liebes Ich einer ernsten Gefahr auszusetzen. Bismarck hat schon zu Lebzeiten frank und frei mit den Mächtigsten der Erde geredet, hat auch sogar seinem Herrn gegenüber niemals ein Blatt vor den Mund genommen, aber er hat für ihn mehr geschafft, geduldet und gelitten als alle jene Rücksichtsvollen, und er würde jeden Augenblick mit Freuden für ihn sein Herzblut gegeben haben, — das ist der Unterschied zwischen Wesenheit und blendendem Schein!

Eine schöne Stelle in den „Gedanken und Erinnerungen" schließt jeden Zweifel an der germanischen Treue Bismarcks aus. „Es ist eine Eigentümlichkeit royalistischer Gesinnung, daß ihren Träger, auch wenn er sich bewußt ist, die Entschließungen des Königs zu beeinflussen, das Gefühl nicht verläßt, der Diener des Monarchen zu sein. Der König selbst rühmte eines Tages gegen meine Frau die Geschicklichkeit, mit der ich seine Intentionen zu erraten und — wie er nach einer Pause hinzusetzte — zu leiten wüßte. Solche Anerkennung benahm ihm nicht das Gefühl, daß er der Herr und ich sein Diener sei, ein nützlicher, aber ehrerbietig ergebener. Dieses Bewußtsein verließ ihn auch dann nicht, als er bei erregter Erörterung meines Abschiedsgesuches 1877 in die Worte ausbrach: ‚Soll ich mich in meinen alten Tagen blamieren? Es ist eine Untreue, wenn Sie mich verlassen!' — auch unter solchen Gefühlen stand er in seiner königlichen Einschätzung und in seinem Gerechtigkeitssinn zu hoch, um jemals dem Gefühl einer Saulischen Eifersucht gegen mich zugänglich zu sein." —

Wie wir oben sagten, war Bismarck schon in Frankfurt nicht mehr der feurige Vertreter der „Solidarität der konservativen Interessen" und der dadurch gebotenen Intimität zwischen Österreich und Preußen; die Hauptsorge war bereits, über die Gleich-

berechtigung Preußens mit dem Erzhaus keinen Zweifel aufkommen zu lassen und die Hegemonie des jugendkräftigeren Staates anzubahnen. In Frankfurt lernte er die Ziele und die Mittel der österreichischen Excellenzen geringschätzen und die Ärmlichkeit der Kleinstaaterei verachten. Um so stärker wuchs das Verlangen, von Preußen die staatliche Reform und nationale Einigung Deutschlands durchgeführt zu sehen. Diese Ziele suchte er ebenso als Gast am Hofe Napoleons, wie als Gesandter in Petersburg zu fördern. Wie scharf er Dinge und Menschen beobachtete, bezeugt das Charakterbild, das er nach seiner Pariser Reise (1858) an der königlichen Tafel vom dritten Napoleon entwarf: „Ich habe den Eindruck, daß der Kaiser Napoleon ein gescheiter und liebenswürdiger Mann, aber so klug nicht ist, wie die Welt ihn schätzt, die alles, was vorgeht, auf seine Rechnung schreibt, und wenn es in Ostasien zur unrechten Zeit regnet, das aus einer übelwollenden Machination des Kaisers erklärt. Man hat sich besonders bei uns daran gewöhnt, ihn als eine Art génie du mal zu betrachten, das immer nur darüber nachdenke, wie es in der Welt Unfug anrichten könne. Ich glaube, daß er froh ist, wenn er etwas Gutes in Ruhe genießen kann; sein Verstand wird auf Kosten seines Herzens überschätzt; er ist im Grunde gutmütig, und es ist ihm ein ungewöhnliches Maß von Dankbarkeit für jeden geleisteten Dienst eigen." Friedrich Wilhelm lachte über die Zumutung, Napoleon für einen gutmütigen, aber beschränkten Kopf zu halten, — und doch hat die Geschichte dem Urteil Bismarcks Recht gegeben.

Der panische Schrecken, den Bismarcks Ernennung zum Minister in Wien verursachte, beweist, daß seine Bedeutung im Ausland früher erkannt wurde, als von der großen Mehrzahl seiner Landsleute. Vom Kaiser Napoleon selbst wurde Bismarck über den Eindruck seiner Beförderung in Wien unterrichtet. Jenem hatte der Botschafter Metternich die Sache mitgeteilt und für ein Bündnis zwischen Frankreich und Österreich verblüffende Anerbietungen gemacht. Worin diese bestanden, verschwieg der diskrete Cäsar. „Ich war aber schon in Frankfurt zur Überzeugung

gelangt, daß die Wiener Politik unter Umständen vor keiner Kombination zurückschrecke; daß sie Venetien oder das linke Rheinufer opfern würde, wenn damit auf dem rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Übergewicht Österreichs über Preußen zu kaufen sei."

Solche Überzeugung bestärkte den neuen Minister noch mehr in seinem politischen Programm: Einigung Deutschlands ohne Österreich, und da dieses Ziel nicht ohne Kampf zu erreichen war: Verstärkung der Wehrkraft Preußens um jeden Preis. Seinen liebsten und bedeutendsten Bundesgenossen in der Förderung dieser Haupt- und Lebensfrage für Preußen fand er in Roon; das Fürwort Roons hatte auch die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten entschieden. Die mitgeteilten Briefe der beiden Freunde gewähren den klarsten Einblick in das preußische Hof- und Staatsleben.

Es ist unmöglich, aus dem strömenden Segen einzelnes herauszulangen. Bismarcks Verkehr mit König Wilhelm und den Seinen, mit Ministern und Abgeordneten, Gesandten und Höflingen! „Wo Ihr's packt, da ist es interessant!" Dazwischen sind immer politische Aperçus eingeflochten, Erinnerungen an Vergangenes, Mahnungen und Warnungen für Gegenwart und Zukunft. Die umfassenden und aufklärenden Mitteilungen über die Politik der Nachbarstaaten, insbesondere der Abschnitt „Zukünftige Politik Rußlands" mit seiner strengen Sachlichkeit und seinen klaren, überzeugenden Urteilen erinnern an Friedrichs des Großen politische Testamente — und zwar fiele ein eingehender Vergleich nicht zum Nachteil für den Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts aus.

Die Wichtigkeit der Mitteilungen wächst mit der Wichtigkeit der geschilderten Zeitläufe. Wir können unser Mitgefühl nicht dem Anwalt der Heeresreform versagen, der die widerstrebenden Volksvertreter überreden soll, ohne daß er seine großartigen Pläne auch nur ahnen lassen darf, der mit den preußischen Torys, die in ihm einen Verehrer Napoleons erblicken, wie mit den Whigs, die ihn

den preußischen Polignac nennen, sich herumschlagen muß. Nicht der hitzige Widerstand seiner Landsleute, nicht die Drohung der Ministeranklage schüchtern ihn ein. Das abfällige Urteil von ganz Europa macht ihn nicht an seiner besseren Überzeugung irre. „Nun ja, er hatte eben Erfolg!" sagen die ganz Klugen, „auf den Erfolg kommt's an!" Das Werk steht über dem Erfolg. Man prüfe redlich, unparteiisch, gründlich sein Werk und sage dann, ob es die Bürgschaft des Erfolges in sich getragen. Mit Wenn und Aber kann man aus Alexander einen verrückten Räuberhauptmann machen.

Über die inneren Kämpfe, wie über die auswärtigen Verwicklungen, die zur Entscheidung der deutschen Frage drängten, spricht Bismarck mit rückhaltloser Offenheit, noch in der Erinnerung an die Anstrengungen und Gefahren erregt und leidenschaftlich. Er spricht pro domo und oft sicherlich ungerecht über seine Widersacher. Auch die Erinnerung an die jähe, gezwungene Räumung des Hauses in der Wilhelmstraße scheint immer wieder in ihm aufzuzücken. „Ein alter Mann ist stets ein König Lear", sagte Goethe. Aber auch im Zorn ist dieser Lear von erschütternder Größe.

Ja, erschüttert lesen wir, wie der glühende Patriot mit dem Widerstand derer, die ihn nicht verstanden, gegen die Ränke derer, die ihn nicht verstehen wollten, immer aufs neue zu kämpfen hat und endlich sie alle besiegt, um sie zu Siegern zu machen, endlich ein großes, mächtiges Deutschland und seinen Herrn im Kaiserpurpur sieht! Und erschüttert erfahren wir — genauer, ausführlicher und eindringlicher als aus der Darstellung Sybels und aus früheren Erzählungen —, daß mit dem Erfolg seine Prüfungen und Bitternisse kein Ende hatten. Nicht bloß den Generalen mußte häufig ein Halt zugerufen werden, weil sie im kriegerischen Elan die Mäßigung des „Zivilisten" nicht respektieren wollten, — nicht bloß die Camarilla, der die Größe und namentlich die Unnahbarkeit des Mannes ein Greuel war, hatte er zu bekämpfen, er mußte sich auch mit seinem königlichen Herrn in Widerspruch und Zwie=

spalt sehen. Nur nach langen und verzweifelten Verhandlungen kann Bismarck den König bewegen, daß er mit Rücksicht auf die Verbündeten auf den Titel „Kaiser von Deutschland" verzichtet. Und am glorreichen 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, da das Kaisertum verkündet ist, die Fanfaren schmettern und die Fahnen wehen, steht Bismarck allein, — weil der Kaiser ihn nicht beachtet.

Gerade in den Tagen, da die Welt ihm als Triumphator zujubelte, war er, wie Prometheus „von tausendfacher Qual und Pein gebeugt." Wer wird die schlichte Erzählung dieser Kämpfe lesen und nicht erschüttert sein?

Bismarck selbst hat einmal gesagt: „Was ein guter Gaul ist, stirbt in den Siehlen." Es war ihm nicht vergönnt, im Amt zu sterben. Dennoch fiel er auf der Walstatt. Patriae inserviendo consumptus! Denn er war bis zu seinem letzten Tag ein Kämpfer und ein Held.

Trotz aller Verbitterung blieb er der treue Patriot. Dafür zeugt der heilige Eifer, womit er in seinen Denkwürdigkeiten über die großen Fragen, gegenwärtige und künftige, spricht. Einen Schritt vom Grab, denkt er liebend der kommenden Geschlechter und mahnt und warnt mit der Glut und hinreißenden Gewalt eines Sehers!

So lang es Deutsche gibt, wird diese Stimme nicht verhallen! — — —

Mit einer feinen Charakteristik Kaiser Friedrichs, die mehr die freundlichen Berührungspunkte, als die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Kaiser und Kanzler hervorhebt, schließt der zweite Band.

Ohne Zweifel sind auch über das letzte Jahrzehnt Aufzeichnungen vorhanden. Aus begreiflichen Gründen ist dieser abschließende Teil nicht mit den beiden anderen schon jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden; den Lebenden ist man Rücksicht, den Toten nur die Wahrheit schuldig.

Die vorliegenden beiden Bände dürfen wir getrost als das politische Testament Bismarcks bezeichnen, — ein Vermächtnis für das ganze deutsche Volk, wie für die Träger der deutschen Krone. Und auch vom Testator gilt das Dichterwort am Denkmal des Helden Blücher:

„In Sturz und Sieg
Bewußt und groß.“

V.

# Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges.

(1896.)

Wenn ein Forscher von so anerkannter Bedeutung wie der Verfasser des „Scharnhorst“ sich nicht damit begnügt, die Darstellung einer geschichtlichen Episode aus der Feder eines Fachgenossen zu verurteilen, sondern, aus dem Einzelfall weitreichende Folgerung ziehend, gegen das „Borussentum“ in der Geschichtsforschung die schwersten Anklagen erhebt, so muß ein solcher Vorgang in weitesten Kreisen der gelehrten Welt Aufsehen hervorrufen. Es ist denn auch, seit Max Lehmann, an Naudés Aufsatz über Friedrich den Großen vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges anknüpfend, die „Orthodoxen“, die jede Kritik der „Friedericianischen Legende“ als unvereinbar mit preußischem Patriotismus verketzern, so heftig angriff, in den meisten Fachzeitschriften und vielen anderen Organen für und wider die Anklage Partei genommen worden. Die überwiegende Mehrheit sprach sich gegen Lehmann aus, doch wäre der Einwand nicht unberechtigt, daß in solchen Fragen die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen. Um ein zuverlässigeres Urteil zu ermöglichen, sei festgestellt, daß sich auf Lehmanns Seite, wenn auch nur in bedingter Weise, Hans Delbrück gestellt hat, daß ferner Luckwaldt und Ferdinand Wagner bei Untersuchungen über Preußens Verhältnis zu England und Frankreich im kritischen Jahre die Ansicht Lehmanns als richtig

voraussetzen, daß endlich Onno Klopp und ein Anonymus in den „Historisch-politischen Blättern“ — wie muß dem treuen Mitarbeiter Sybels das Herz gepocht haben, als er in Jörgs gelben Heften sein Lob erblickte! — die „Bekehrung“ Lehmanns zur allein richtigen Auffassung, d. i. zur Verurteilung der Politik des Preußenkönigs mit Genugthuung begrüßt haben.

Der siebenjährige Krieg — so läßt sich diese Hypothese Lehmanns kurz zusammenfassen — wurde nicht, wie König Friedrich selbst glauben machen wollte und wie bisher allzu leichtgläubig nachgebetet wurde, zur Verteidigung Preußens geführt, sondern war ein Angriffskrieg, dem die schon längst gehegte Absicht, Sachsen zu erobern, zu Grunde lag.

Wie spricht sich nun König Friedrich selbst über seine Initiative aus?

Von den offiziellen Manifesten nach dem Einmarsch in Sachsen kann füglich abgesehen werden; die Schriftstücke dieser Gattung gleichen sich samt und sonders, wie ein Ei dem andern. Doch welche Erklärung gibt Friedrich in seinen Denkwürdigkeiten, die ja so freimütige Sprache führen, daß gegen den Verfasser deshalb der Vorwurf des „groben Cynismus“ erhoben wurde?

In der „Geschichte des siebenjährigen Krieges“, die nach Friedrichs eigener Angabe stückweise und unter dem frischen Eindrucke der geschilderten Thatsachen entworfen, unmittelbar nach dem Friedensschluß in einheitliche Form gegossen wurde, setzt Friedrich mit ungekünstelter Ruhe auseinander, wie er durch Nachrichten aus verschiedenen Kanälen allmählich zur Überzeugung gelangte, daß das Komplott seiner Feinde zur Reife gediehen, daß zur Erhaltung Preußens ein neuer Krieg zu führen sei. „Indes war es wahrscheinlich, daß dieses Jahr noch verfließen werde, ohne daß Preußens Feinde den letzten Schritt unternähmen, weil der Petersburger Hof den Krieg bis zum nächsten Jahr verschieben wollte, und weil sich vermuten ließ, daß die Kaiserin-Königin noch warten würde, bis alle Bundesgenossen bereit wären, mit vereinter Macht den König anzugreifen. Diese Erwägungen gaben Anlaß, die Frage zu unter-

suchen, ob es vorteilhafter sei, den Feinden durch einen Angriff zuvorzukommen, oder zu warten, bis sie ihre großen Vorbereitungen beendigt hätten, so daß es dann nur von ihnen abhinge, welche Unternehmungen sie für gut befinden würden. Welchen Entschluß man immer unter diesen Umständen fassen mochte, der Krieg stand gleich sicher und unvermeidlich bevor; es war also bloß zu erwägen, was mehr Vorteil biete, den Krieg noch einige Monate hinauszuschieben oder ihn unverzüglich zu eröffnen?" Der Verfasser legt sodann dar, daß hauptsächlich aus militärischen Gründen ein weiterer Aufschub gefährlich erschien. „Wenn der König noch länger müßig zusah, gab er diesem übelgesinnten Nachbar (Sachsen) Zeit, sich zu verstärken, während in anderem Falle, da die Russen in diesem Jahre noch nicht auftreten konnten und Sachsen mit seinen Vorkehrungen noch nicht fertig war, die Umstände günstig schienen, den Feinden durch rasches Zuvorkommen im ersten Feldzuge Vorteile abzugewinnen, die man verlieren mußte, wenn man durch übel angebrachte Bedenklichkeit und Schonung die Operationen auf das nächste Jahr aufschob. Überdies hätte man durch solche Unthätigkeit den Feinden leichter gemacht, mit vereinten Kräften über die Staaten des Königs herzufallen, die dann gleich bei Eröffnung des Kriegs zum Schauplatz der Kämpfe gemacht worden wären; dagegen konnte durch einen Überfall des Gebiets der Nachbarn, über deren schlimme Absichten kein Zweifel möglich war, der Krieg in Feindesland gespielt werden, das preußische Gebiet verschont bleiben. Und was den so fürchterlichen Namen des Angreifers betrifft, so ist das ein leeres Schreckbild, das nur furchtsame Seelen täuschen konnte, und worauf in so schwieriger Lage, wo es die Rettung des Vaterlands galt, keine Rücksicht zu nehmen war. Denn der wahre Angreifer ist ohne Zweifel derjenige, der uns zwingt, die Waffen zu ergreifen und ihm dadurch zuvorzukommen, daß wir einen minder schwierigen Krieg auf uns nehmen, um einen gefährlicheren zu vermeiden, weil man von zwei Übeln das kleinere wählen muß. Mochten die Feinde des Königs ihn den Angreifer nennen oder nicht, das war gleichgültig und änderte

nichts an der Sache, nachdem einmal die Verschwörung der europäischen Mächte vollendete Thatsache war. Die Kaiserin-Königin, die Kaiserin von Rußland und der König von Polen hatten ihren Bund geschlossen und standen im Begriff, zu Thätlichkeiten überzugehen, so daß deshalb der König weder einen Freund weniger, noch einen Feind mehr bekommen haben würde. Endlich, es handelte sich um die Wohlfahrt des Staates und die Erhaltung des brandenburgischen Hauses. In einer so ernsten, so wichtigen politischen Angelegenheit wäre es ein unverzeihlicher Fehler gewesen, wenn man sich mit bloßen Formen aufgehalten hätte, die man ja im gewöhnlichen Lauf der Dinge nicht beiseite setzen darf, denen man sich aber in außerordentlichen Fällen, wie es der vorliegende war, wo Unentschlossenheit und Langsamkeit alles zu Grunde gerichtet hätten und Rettung nur durch einen tapferen und schnellen Entschluß und dessen rasche Ausführung möglich war, nicht unterwerfen darf."

Diese Erklärung soll nun nach Lehmann nicht dem wirklichen Sachverhalt entsprechen, sondern der Krieg soll zu Eroberungszwecken geplant und eröffnet worden sein.

Nur der Umstand, daß ein hervorragender Forscher der Sybelschen Schule mit solcher Anschuldigung vor die Schranken trat, kann das Aufsehen, das der Fall hervorrief, erklären: neu ist die Behauptung nicht. Da Lehmann selbst seinen Vorgängern keine Beachtung schenkte, mag hier in Kürze darauf hingewiesen werden.

Schon vor hundert Jahren ist die von Lehmann aufgestellte These zum erstenmal aufgetaucht, merkwürdigerweise in einer Schrift des nämlichen preußischen Staatsmannes, der 1756 das Mémoire raisonné abgefaßt hatte, wodurch auf Grund der zur Kenntnis Friedrichs gelangten sächsischen Korrespondenzen der Einfall der preußischen Truppen in Sachsen gerechtfertigt werden sollte. In dem Essay über das letzte Lebensjahr Friedrichs II., den der Kabinettsminister Graf Hertzberg in öffentlicher Sitzung der Berliner Akademie am 25. Janrar 1787 vorlas, wird die Entstehung

des dritten schlesischen Kriegs wesentlich anders motiviert, als in den während des Kriegs veröffentlichten Staatsschriften. Hertzberg berichtet, wie König Friedrich durch den Verrat eines sächsischen Sekretärs von den Anschlägen der Höfe von Wien, Petersburg und Dresden Kenntnis erlangte und daraufhin den Plan faßte, seinen Gegnern zuvorzukommen, indem er selbst Sachsen und Österreich angriffe, ehe noch die feindlichen Armeen bereit gestellt wären; dann fährt er fort: „Es steht fest, daß diese Pläne (Preußen zu bekriegen und zu teilen) wirklich existierten, allein da sie nur für gewisse Fälle gelten sollten und die Bedingung voraussetzten, daß der König von Preußen Anlaß zum Kriege gäbe, wird es immer eine offene Frage bleiben, ob diese Pläne jemals zur Ausführung gekommen sein würden, und ob es gefährlicher gewesen wäre, sie abzuwarten, als ihnen zuvorzukommen.“ Darüber läßt sich ja in der That streiten, denn auch die Offensive, zu welcher sich Friedrich entschloß, war mit eminenten Gefahren verbunden; immerhin ist es auffällig, daß Hertzberg die Möglichkeit zugibt, es wäre, wenn nicht die „Neugierde“ Friedrichs zum Losschlagen geführt hätte, überhaupt gar nicht zum Krieg gekommen. Man muß sich aber, um diesen Ausspruch richtig zu würdigen, vor Augen halten, daß Hertzberg, der schon in den letzten Regierungsjahren Friedrichs über ungerechte Zurücksetzung geklagt hatte, nach dem Tode des Königs, dem „neuen Kurs“ unter dem Nachfolger huldigend, in seine Betrachtungen über Friedrich neben überschwänglichem Lob allerlei dem Toten ungünstige Behauptungen einflocht. Immer geneigt, von diplomatischen Künsten jedes Wunder zu erwarten, kleidete er auch seine Auffassung der Lage Preußens im Jahre 1756 in Worte, „wie sie dem Charakter Friedrich Wilhelms II. und dem Wesen der unter ihm befolgten Politik entsprachen“ (Arnold Schäfer).

Auf General Winterfeldt als den eigentlichen Anstifter des Krieges wird zuerst in Retzows Charakteristik der wichtigsten Ereignisse des siebenjährigen Krieges (1804) hingewiesen. Winterfeldt, durch eigene Kundschafter in das Komplott der drei feind-

lichen Höfe eingeweiht, habe unablässig darauf gedrungen, „den Krieg sogleich anzufangen und durch Mut und Standhaftigkeit den ganzen Plan in seiner Geburt zu ersticken". Von Winterfeldt überredet, habe auch Friedrich Argwohn geschöpft, daß seine Feinde nur den günstigen Zeitpunkt abwarten wollten, um über ihn herzufallen und ihn niederzuschlagen; deshalb habe er zu Abwehr oder Angriff die nötigen militärischen Vorkehrungen getroffen, womit man im deutschen Sparta rasch fertig war. Sodann habe der König zur Beratung der entscheidenden Frage, ob man hoffen könne, das aufsteigende Gewitter nochmals durch Unterhandlungen zu zerteilen, oder ob man versuchen sollte, durch kühnes Wagen dem Anschlage des Feindes zuvorzukommen, die drei obersten Heerführer, Schwerin, Retzow (den Vater des Verfassers) und Winterfeldt zu sich geladen. Schwerin und Retzow warnten vor übereilter und überflüssiger Offensive. Winderfeldt dagegen drang auf rasche That; die Unthätigkeit, in welche die Russen zurückgefallen seien, müsse ausgenützt werden; Österreichs Kriegsmacht allein sei nicht im stande, der preußischen die Spitze zu bieten; jetzt werde es also noch ein leichtes sein, den Kriegsschauplatz nach Österreich zu verlegen und den überraschten Feind zu Paaren zu treiben; der ganzen Verfassung des preußischen Heerwesens sei es angemessener, anzugreifen, als sich angreifen zu lassen. Auch Friedrich selbst habe sich in diesem Sinne ausgesprochen, so daß nicht mehr zu zweifeln war, daß Winterfeldt ihn ganz und gar für seine Ideen gewonnen hatte. Deshalb habe auch Schwerin nicht länger widerstrebt, so daß schließlich Retzow allein das Odium des Widerstandes gegen ein verheißungsvolles Unternehmen zu tragen hatte. Unzweifelhaft habe der König bona fide gehandelt, da er von einem Angriffskrieg Rettung und Heil für seinen Staat erwartete; dagegen sei Winterfeldt nur von persönlichen Motiven geleitet gewesen, von ehrgeizigem Drange, sich im Kriege auszuzeichnen, sowie von Abneigung gegen die Zarin, die der Vermählung ihres Hoffräuleins von Maltzahn mit Winterfeldt widerstrebt hatte; ein Privatmann habe also das Feuer auflodern lassen, das bald den

größten Teil Europas in Flammen setzte, denn ohne den Einfall der Preußen in Sachsen wäre der österreichische Kriegsplan wohl in zehn Jahren noch nicht zur Reife gediehen.

Retzows Schrift ist im allgemeinen nicht frei von Animosität gegen Friedrich. Jedenfalls ist die Charakterzeichnung der vom König berufenen Vertrauensmänner als durchaus unrichtig zurückzuweisen, denn aus der politischen Korrespondenz Friedrichs erhellt zur Genüge, daß Winterfeldt den maßgebenden Einfluß, den der Verfasser der „Charakteristik“ ihm beigelegt wissen will, niemals geübt hát, und daß es Schwerin gar nicht in den Sinn gekommen ist, sich einem Angriffskriege zu widersetzen, — hätte er doch, als ihn am 16. Juli der König zum erstenmal in das „Geheimnis der Bosheit der Gegner“ einweihte, am liebsten sofort vom Leder gezogen!

In Heinrich von Bülows Biographie des Prinzen Heinrich von Preußen (1805) wird die Behauptung, daß General Winterfeldt zum Überfall der unvorbereiteten Feinde geraten habe, wiederholt, ohne daß dafür ein Beweis erbracht würde. Friedrich wird streng getadelt, doch nicht etwa, weil er auf Winterfeldts Rat sich eingelassen, sondern weil er ihn nicht sofort befolgt habe. Einen Angriff der Feinde habe Preußen in keiner Weise zu befürchten gehabt, da ihre Truppen noch nicht gerüstet, ihre Magazine noch nicht gefüllt waren; Friedrich hätte also entweder jeden Gedanken an Krieg niederschlagen oder sofort frisch und frank den Degen ziehen sollen. Statt dessen habe er die beste Zeit mit unnützen Unterhandlungen verloren, um dann doch zum Angriff überzugehen. „Er hatte zu viel gethan, um durch Mäßigung seine Feinde zu besänftigen; er that zu wenig, um sie durch Schrecken zu lähmen.“

Natürlich war Onno Klopp ohne weiteres bereit, die von Hertzberg und Retzow beliebte Darstellung als richtig anzunehmen. Freilich habe an allen europäischen Höfen Erbitterung über den Preußenkönig geherrscht, auch der Wunsch, ihm die Beute der schlesischen Kriege wieder abzujagen, habe bestanden, doch sei es nur Friedrichs Erfindung, daß ein Angriff auf ihn geplant ge-

wesen sei. Hertzberg selbst habe ja später unter Widerruf der Behauptungen des Mémoire raisonné zugestanden, daß Teilungsvorschläge nur unter der Voraussetzung eines Angriffs von preußischer Seite vereinbart gewesen seien. Friedrich habe nicht einmal seinen Brüdern Wilhelm und Heinrich Sand in die Augen zu streuen vermocht, denn diese hätten aus ihrer Überzeugung, daß nur ihr Bruder die Schuld an dem furchtbaren Kriege trage, niemals ein Hehl gemacht. Von einigen werde General Winterfeldt als der Ratgeber bezeichnet, dessen Einfluß den König bewogen habe, den Krieg anzuzetteln. Als Quelle führt Klopp Dohms Denkwürdigkeiten an; gerade an angezogener Stelle wird aber Winterfeldt gegen jenen unbegründeten Klatsch in Schutz genommen und der Versicherung des Königs, daß der Krieg unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidlich gewesen sei, beigepflichtet. „Die Behauptung thut Winterfeldt gewiß unrecht, denn Friedrich war gewiß nicht der Mann, der, besonders in einem so wichtigen Falle, sich durch irgend einen anderen, so groß auch dessen Ansehen bei ihm sein mochte, einen Entschluß einreden ließ, den er nicht selbst, nach eigener reifer Überlegung, für den besten gehalten hätte. Daß aber Winterfeldt der Meinung des Königs beistimmte, kann ihm durchaus nicht zum Vorwurf gereichen, noch seinem unruhigen Ehrgeiz, der bei einem Kriege Vermehrung des Ansehens und Ruhmes gehofft hätte, beigemessen werden; wenigstens können wir dieses nicht glauben, da wir, sechzig Jahre nach jenen Begebenheiten lebend, die Überzeugung haben, daß in den Umständen, in denen Friedrich war, sein Entschluß unumgänglich notwendig, und der Krieg ein ihm abgedrungener und gerechter Verteidigungskrieg gewesen sei."

„Neue Enthüllungen" versprach Graf Vitzthum von Eckstätt, der im aufgeregten Jahre 1866 ohne Nennung seines Namens eine „urkundliche Darstellung": „Die Geheimnisse des sächsischen Kabinetts, Ende 1745 bis 1756" veröffentlichte; er wollte, wie Onno Klopp, dasjenige bieten, „was die Franzosen le dessous des cartes nennen und Leibniz le pourquoi du pourquoi nannte."

Es läuft aber im wesentlichen auf eine Wiederholung des alten Vorwurfes hinaus, ohne daß derselbe auf neues, unanfechtbares Beweismaterial gestützt wäre. Friedrich habe, so wird versichert, die Angst vor gefährlichen Bündnissen seiner Feinde den eigenen Ministern und Generälen nur vorgespiegelt, um sie mit sich fortzureißen und um der Welt gegenüber seine Eroberungspläne später ableugnen zu können; erst die preußische Schilderhebung habe die europäische Koalition, welcher Friedrich II. angeblich zuvorkommen wollte, ins Leben gerufen; die dem Grafen Brühl unterschobenen „noirs complots“ hätten nur in der Einbildung des Preußenkönigs existiert; der Krieg sei in Wahrheit zu Eroberungszwecken unternommen worden, und zwar sei es auf Erwerbung Böhmens abgesehen gewesen; der Einfall in Sachsen habe bezweckt, die aktive Mitwirkung dieses Staates bei dem Angriffskrieg gegen Österreich zu erzwingen.

Doch gerade die neu aufgestellte, am schwersten wiegende Beschuldigung, es sei auf Eroberung Böhmens abgesehen gewesen, wird auch nicht durch den Schatten eines Beweises unterstützt; sie ist geradezu aus der Luft gegriffen. Dagegen lag der Gedanke, Sachsen mit sich fortzureißen und zum Verbündeten zu gewinnen, dem Könige gewiß nicht fern. In der „Deklaration derjenigen Gründe, welche Se. Kgl. Majestät in Preußen bewogen, mit deren Armee in Se. Majestät des Königs von Polen Erblande einzurücken“, wird „vor Gott und der ganzen Welt“ beteuert, daß Friedrich „aus persönlicher Freundschaft für den König von Polen und Hochachtung sich nimmermehr zur Ergreifung dergleichen Maßregeln resolviert hätte, wenn nicht die Gesetze des Krieges, die unglücklichen Zeitläufte und die Sicherheit seiner eigenen Lande ihn dazu gleichsam gezwungen hätten“, daß Preußen „ebenso wenig wider den König von Polen, als wider Dero Lande die allergeringsten Offensivabsichten vor Augenmerk hätte“, daß die preußischen Truppen „nicht als Feinde, sondern schlechterdings zur Sicherheit des Königs“ in Sachsen eingedrungen seien. Was von solchen Freundschaftsversicherungen, wodurch die Anwendung

der Waffengewalt zur „douce violence“ abgeschwächt werden soll, zu halten ist, liegt auf der Hand; immerhin darf nicht unbeachtet bleiben, daß bei Beginn des Waffenganges offen und feierlich jede Absicht einer Schädigung des sächsischen Staates in Abrede gestellt ward. Friedrich wußte, daß Sachsen formell noch nicht zu seinen Feinden übergetreten sei und erst den Erfolg des österreichisch-russischen Angriffs abwarten wolle; Brühl möchte gern, schrieb der König an Knyphausen, daß ich von andern festgehalten werde, um mir dann selbst den Dolch ins Herz zu stoßen! Es mußte ihm also darum zu thun sein, diese Verstärkung der feindlichen Liga zu verhüten und die Hilfsmittel des wohlhabenden Nachbars mit oder ohne dessen Zustimmung zur Fortsetzung des Krieges sich anzueignen.

Wenn nun zu allgemeiner Überraschung auch Max Lehmann in die Fährten jener älteren Anklagen eingelenkt hat, so ist natürlich bei ihm der Gedanke an parteipolitische Tendenz von vorneherein ausgeschlossen. Mag auch bei seinem Angriff gegen Naudé ein persönliches Moment mitgespielt haben, so hat ihn doch jedenfalls in erster Reihe das Bewußtsein, daß der Historiker ebensowenig etwas als wahr Erkanntes verschweigen, als etwas Unwahres berichten darf, bei seinem Auftreten geleitet. Lehmann will auch nicht wie Graf Vitzthum oder Onno Klopp die Gegner Friedrichs auf dessen Kosten weiß waschen; auch Maria Theresia, erklärt er, habe nur den günstigen Augenblick abwarten wollen, um zur Wiedergewinnung Schlesiens den Krieg anzufachen. „Es waren zwei Offensiven, die 1756 aufeinander trafen: die der Maria Theresia gerichtet auf den Wiedergewinn von Schlesien, die von Friedrich auf die Eroberung von Westpreußen und Sachsen.“

Immerhin wären aber diese zwei Offensiven von gar verschiedener Art gewesen. Wer möchte der durch den Verlust einer herrlichen Provinz tief verletzten Kaiserin verargen, daß sie Himmel und Erde in Bewegung setzte, um entweder auf diplomatischem Wege oder durch Waffengewalt das geraubte Land zurückzugewinnen! Bei ihrem Gegner läge aber die Sache anders; Friedrich würde

8*

die Schmähungen, die von der Presse der angegriffenen Staaten auf ihn gehäuft wurden, in der That verdient haben, wenn er, kaum daß er eine reiche Provinz gewonnen hatte, nur von abenteuerlicher Kriegslust getrieben, nach frischer Beute die Hand ausgestreckt und nur um deswillen sein eigenes Volk und die Nachbarstaaten den Wechselfällen und Schrecken des Krieges preisgegeben hätte.

Um so schweren Vorwurf zu begründen, sind auch schwer wiegende, vollgültige Beweise nötig.

Das Verdienst, dieselben gefunden und damit die ganze „Legende" zerstört zu haben, nahm Lehmann unbedenklich in Anspruch.

Die Beweisführung war ungemein bestechend. „Mit großem Geschick", sagt Wilhelm Wiegand in der deutschen Litteraturzeitung, „ist in knapper Fassung die Argumentation angelegt, in sicherem, selbstbewußtem Gange schreitet sie vorwärts, nur dies eine Ziel vor Augen. Es steht mit Recht zu befürchten, daß sie auf weite Kreise bestechend wirkt, trotzdem wage ich die Voraussage, daß die historische Forschung sie ablehnen wird."

Wiegand hat recht behalten. Heute werden kaum noch viele bezweifeln, daß der Angriff Lehmanns abgeschlagen ist, ja man wird sich wundern, daß ein so bewährter Fechter mit unzulänglicher Waffe und ohne ausreichende Deckung so gewagten Angriff unternahm. Durch Naudés Replik „Beiträge zur Entstehungsgeschichte des siebenjährigen Krieges" ist der Auffassung Lehmanns der Boden entzogen. Lehmann selbst freilich fühlt sich keineswegs geschlagen; er hält seine Darlegung des Ursprungs des siebenjährigen Krieges unbedingt aufrecht und glaubt versichern zu dürfen, daß Naudé gegen die Hauptpunkte auch nicht den Schatten einer Widerlegung vorgebracht habe, ja, nicht einmal das Problem ahne, um welches es sich handele.

Leider begnügten sich die beiden Gegner nicht damit, ihre Quellenkritik und Interpretation wechselseitig zu bemängeln, sondern ließen sich zu persönlicher Polemik verleiten.

Mag aber deshalb der Streit zwischen den zwei verdienstvollen Gelehrten unerquicklich anmuten, so haben wir uns doch eines Ergebnisses zu freuen. Zur Aufstellung, wie zur Nachprüfung der Lehmann'schen These wurde in den österreichischen und preußischen Archiven eifrige Nachforschung gehalten, und auf grund der dabei gefundenen Briefe und Akten läßt sich heute von der Politik der europäischen Kabinette im Jahre 1756 ein weit getreueres, zuverlässigeres Bild entwerfen, als es bisher möglich gewesen war.

Hier kann natürlich nur flüchtig auf die Beweisführung Lehmanns und die Widerlegung Naudés eingegangen werden.

In einer Selbstanzeige seiner Schrift in den Göttinger gelehrten Anzeigen legt Lehmann großes Gewicht darauf, daß er zuerst darauf hingewiesen habe, daß Friedrich der Große nach dem Dresdener Frieden für seine Politik ein finanzielles und militärisches Programm aufstellte, das sich seit 1750 mit raschen Schritten der Verwirklichung näherte, im Jahre 1756 nahezu verwirklicht war. „Im Jahre 1756 hatte Friedrich so viele Waffen vorrätig, daß er seine Reiterei verdoppeln, sein Fußvolk um die Hälfte vermehren konnte". Dagegen wird von Naudé glaublich gemacht, daß es sich bei diesen Vorbereitungen nur um Reservevorräte für den Notfall handelte, daß von einer Heeresvermehrung, wie sie nach Lehmann beabsichtigt gewesen sein soll, keine Rede war, daß das als auffällige „Rüstungsmaßregel" angeführte „Komplettsein" der Regimenter nach des Königs Anordnung alljährlich bei sämtlichen Regimentern erfolgen sollte. Gewiß, der König plante eine Steigerung seiner finanziellen und militärischen Kräfte; die Armee sollte um 44 000 Mann vermehrt werden — allein bis zum Juni 1756 betrug die faktische Vermehrung 1711 Mann — ist da von „nahezu verwirklicht" zu sprechen? „Nicht 1755, nicht 1756, sondern erst im Winter 1756/57, nach dem ersten Feldzuge, fand die außerordentliche Armeeverstärkung statt, die den König in stand setzte, so vielen Gegnern die Spitze zu bieten . . . . Damals bewies Friedrich, daß er sogar mehr als 180 000 Mann aufstellen

konnte. Ist es glaublich, daß er 1756 einen Eroberungskrieg gegen übermächtige Feinde begonnen haben soll, zu einer Zeit, wo er noch gar nicht all die militärischen Machtmittel bereit gestellt hatte, die wirklich aufzubringen ihm möglich war?"

Der bloße Gedanke, Rüstungen in umfassenderem Maße zu betreiben, hat gar nichts Auffälliges, da er in dem ewigen Wechsel und der immer drohenderen Gestaltung der europäischen Lage hinreichende Erklärung findet. Friedrich wäre eben nicht Friedrich, nicht der staatskluge Regent gewesen, wenn er nicht erkannt hätte, daß das Ansehen, das er für sein kleines Land in erster Reihe durch seine Siege errungen hatte, nur dann aufrecht zu halten war, wenn Preußen der immer schlagfertige militärische Musterstaat blieb und an Vermehrung und Ausrüstung der Truppen unablässig fortgearbeitet wurde.

Lehmann selbst hat, auf neues Material gestützt, darauf aufmerksam gemacht, daß auch auf österreichischer Seite früher und entschiedener, als es bisher angenommen worden war, eine Komplettierung der Streitkräfte angestrebt wurde. Allein diese Heeresreform, so versichert Lehmann, habe wieder eingestellt, der Versuch, das preußische Militärsystem auf den österreichischen Staat zu verpflanzen, aufgegeben werden müssen. Während das preußische Heer schon in Friedenszeiten so kampfbereit und kampflustig gewesen sei, „daß über die Nachbaren eine sonderbar aus Achtung, Grauen und Erbitterung gemischte Empfindung kam", habe die österreichische Infanterie trotz aller Anstrengungen der Regierung bei Ausbruch des Krieges ein Manko von acht Prozent gehabt, und noch während der Monate Juli und August seien die Rüstungen nur langsam und schwerfällig vor sich gegangen. Aus solcher Gegenüberstellung der preußischen und der österreichischen Kriegsbereitschaft könne also keine andere Folgerung gezogen werden, als daß trotz der „zwei Offensiven" der eigentliche Angreifer nur König Friedrich gewesen sei.

Dagegen sucht Naudé darzuthun, daß in Bezug auf die beiderseitigen Rüstungen gerade das Gegenteil richtig ist. „Nur

durch eine schiefe und ganz tendenziöse chronologische Gegenüberstellung, indem er auf der einen Seite den ersten Teil der preußischen Rüstungen (ohne zu sagen, daß dieser sich fast ganz gegen Rußland richtete), auf der andern Seite aber den zweiten Teil der österreichischen Rüstungen vorführt, und nur durch Fortlassen der gesamten österreichischen Kriegsmaßregeln vor dem 8. Juli, d. h. des ganzen ersten Teiles der österreichischen Rüstung, nur durch solche Mittel ist es Lehmann gelungen, den falschen Eindruck von der Priorität der preußischen Rüstungen und von dem Kausalzusammenhang der preußischen Juni- und der österreichischen Rüstungen hervorzurufen." Schon im April begannen die geheimen Rüstungen in Österreich; offen wurden sie betrieben, seit die Kunde von der Zusammenziehung eines „Lagers bei Schweidnitz, nahe an unseren böhmischen Grenzen" eingetroffen war. Dieses Lager aber, das in den österreichischen Ordres eine so große Rolle spielt, hat in Wahrheit niemals existiert; die Nachricht scheint sich nur darauf zurückführen zu lassen, daß zwei preußische Kürassierregimenter den Befehl erhielten, anfangs Juli ihre gewöhnlichen Exerzierübungen zu beginnen. Die sensationelle Kunde wurde nun aber dazu benutzt, um die österreichischen Truppenabteilungen an den Grenzen zusammenzuziehen; Kaunitz selbst nennt diese Manipulation in einem Briefe an Starhemberg vom 24. Juli den „natürlichsten Vorwand", den „billigen Vorwand" (an Starhemberg, 11. August), den „besten Vorwand" (an Esterhazy, 17. Juli).

Aus Lehmanns Darstellung läßt sich nur der Eindruck gewinnen, daß das Scheitern der militärischen Organisation eine gedrückte Stimmung in den Wiener Regierungskreisen hervorgerufen hätte. Hören wir aber, wie zufrieden und hoffnungsvoll Kaunitz, nachdem die Würfel bereits gefallen waren, sich aussprach! Am 27. August schrieb er an Starhemberg: „Ob nun zwar nicht Alles so geschwind und vollkommen, als zu wünschen wäre, veranstaltet werden können, so ist doch seiter der Mitte des verflossenen Monats July, als der Zeit, wo die Anstalten erst ihren Anfang ge-

nohmen haben (d. h. die offenen Rüstungen), schon viel geschehen. Und es dörfften nicht viele Beispiele zu finden seyn, daß von seiten des durchlauchtigsten Erzhauses mit mehrerer Eylfertigkeit zu Werk gegangen und die ganze Machine in Bewegung gesetzet worden."

Das schwierigste und wichtigste Moment war die Heranziehung der fast ausschließlich in Ungarn liegenden Reiterei. Naudé weist aus den Protokollen des Hofkriegsrates nach, in welcher Weise die Verschiebung der Regimenter schon im April und Mai begann und in den nächsten Monaten fortgesetzt wurde. Zu welchem Zwecke die Armee aufgerollt wurde, deckt ein Schreiben Kaunitzens an Esterhazy vom 26. Juni auf: „Die in Ungarn zerstreute Kavallerie wird zusammengezogen und ein Camp bei Raab oder Kittsee formiert werden, um sowohl gegen einen gählingen preußischen Überfall unsere Lande zu vertheidigen, als zu großen Unternehmungen jederzeit bereit zu sein!" Dies kann doch wohl nichts anderes heißen, als: nicht bloß zu Schutz und Verteidigung, sondern zur Offensive sollen die militärischen Vorbereitungen getroffen werden. Naudé legt sehr hohen, vielleicht gar zu hohen Wert auf die Auffindung dieses nach seiner Ansicht entscheidenden Schriftstücks. „Wo ist sie nun, die neue von Lehmann verbreitete ‚Legende' von der Priorität der preußischen Rüstungen? Wo ist die stolze ‚Entdeckung', die unser Autor der staunenden Mitwelt verkündet hat, auf die hin er die preußischen Historiker so übermütig verhöhnt und verächtlich zu machen sucht? Ein einziges österreichisches Aktenstück und — die ganze Entdeckung ist kläglich zusammengebrochen. Aber nicht dieses eine, sondern 40, 50, 100 Aktenstücke, österreichische und preußische, werden folgen und werden gegen Lehmann zeugen."

In seiner jüngsten Erwiderung sucht nun Lehmann die Beweiskraft des Schriftstückes dadurch zu entwerten, daß er von Naudé den Nachweis verlangt, daß das Schreiben Kaunitzens nicht etwa ein „ostensibles" und nur zu dem Zweck verfaßt gewesen sei, die Russen über den Ernst der österreichischen Pläne zu be-

ruhigen. Da aber jedenfalls — und vor allem gilt dies von Kaunitzens Kabinettspapieren — die große Mehrheit der an Gesandte gerichteten Erlasse nicht „ostensibel“ zu sein pflegt, so wäre es vielmehr an Lehmann, einen überzeugenden Nachweis zu liefern, daß das Schreiben vom 26. Juni ausnahmsweise zur Vorzeigung in Petersburg bestimmt und zu diesem Zwecke mit falschen Angaben ausgestattet worden sei. Weiter bemerkt Lehmann, die Österreicher würden wohl, da sie ja die Offensive auf das nächste Frühjahr verschoben hätten, Bedenken getragen haben, im Sommer ihre Kavallerie zusammenzuziehen und dann in Raab und Kittsee den Unbilden des ungarischen Winters auszusetzen. Diesen Einwand beseitigt aber der Inhalt der von Lehmann selbst veröffentlichten Denkschrift des geheimen Kabinettssekretärs Baron Koch vom 16. Mai, die gerade den Anstoß zum Aufschub des Angriffs gegeben hat. Darin wird angeraten, zwar die Operationen bis künftiges Frühjahr auszusetzen, zugleich aber die Rüstungen in größtem Maßstab fortzusetzen und insbesondere möglichst viel Kavallerie noch im Sommer nach Böhmen und Mähren kommen zu lassen.

Überhaupt enthüllt gerade diese Denkschrift, die gewiß nicht als eine „ostensible“ diskreditiert werden kann, am offensten und aufrichtigsten die Absichten des Wiener Kabinetts.

Nach eingehender Erörterung aller für und wider sprechenden politischen und militärischen Gründe kommt Baron Koch zu folgenden Schlüssen. „Bei dermaliger Verfassung“ könne zwar eine „considerable Armee“ gegen Preußen aufgestellt werden, aber „zu Vornehmung einer offensiven Operation“ sei sie nicht ausreichend; es müsse noch eine zweite Armee entweder aus österreichischen oder aus fremden Truppen gebildet werden, „um dem Kriege ein baldiges glückliches Ende zu machen“. Daß damit ein Angriffskrieg gemeint ist, wird nochmals offen erklärt; da zur Zeit „noch sehr viele zu einem offensiven Krieg vorzukehrende Anstalten mangeln“, sei der Angriff aufs nächste Jahr zu verschieben; bis dahin könne die Rüstung, wenn man mit einer Reihe von pressan-

testen Maßregeln unverzüglich „ohne besonderes Geschrei und Aufsehen“ beginne, vollendet werden.

Lehmann hatte behauptet, Baron Koch habe nur der Kaiserin nahe legen wollen, einige Vorsichtsmaßregeln gegen einen preußischen Überfall zu ergreifen. Gegenüber dem Vorwurf Naudés, daß damit die Tendenz der Denkschrift falsch charakterisiert sei, verweist Lehmann nunmehr auf das Begleitschreiben Kochs an den österreichischen Staatskanzler, worin es heiße: „Ich habe in kurzem bezeichnet, was das Dringendste sein könnte, und wenn wir nicht sehr achtsam sein werden (bei der gegenwärtigen Stellung unserer Truppen mit dem geringen Bestand von Kavallerie in Böhmen und Mähren, sogar ohne einen Verteidigungsplan [Lücke in der Vorlage] oder sie im Fall plötzlichen Eindringens des Königs von Preußen zusammenzuziehen) und wenn wir, sage ich, nicht sehr achtsam sein werden, so wird es uns vielleicht mehr Mühe kosten, ihn aus Böhmen oder Mähren zu vertreiben, als Schlesien wieder zu gewinnen.“ Daraus erhellt aber nichts anderes, als daß Koch auch einen preußischen Überfall für möglich ansah und deshalb rechtzeitig Vorsichtsmaßregeln getroffen wissen wollte; der Kernpunkt der Denkschrift aber bezieht sich auf einen Offensivkrieg gegen Preußen, der nur vorerst noch aufgeschoben werden soll, weil die österreichischen Streitkräfte noch allzu zersplittert seien.

Maria Theresia ließ sich auch durch Kochs Vorstellungen überzeugen, ohne zu erkennen, daß die Dinge schon zu weit gediehen seien, als daß die Entscheidung, ob Krieg, ob Frieden, noch von ihr allein abhange. Das Geheimnis konnte nicht mehr gewahrt werden. Der russische Kanzler Bestushew ließ zuerst in einem Gespräch mit dem Holländer Swart die Äußerung fallen, der Angriff der Russen und Österreicher sei auf das nächste Frühjahr verschoben worden. Aus der Depesche des Holländers, die auf dem Berliner Postamt aufgefangen wurde, erfuhr König Friedrich die überraschende Einstellung der kriegerischen Vorbereitungen in Rußland. Für den ersten Augenblick mochte er geneigt sein, zu glauben, daß es der englischen Diplomatie gelungen sei, den

Dingen in Petersburg „eine andere und bessere Tournüre zu geben.“ Als er aber durch andere Nachrichten die Gewißheit erhielt, daß der englische Einfluß am Zarenhofe gänzlich abgehaust habe und dort „mit aller Macht und Gewalt“ auch die Hereinziehung Frankreichs in den Bund der Kaiserhöfe angestrebt werde, reifte in ihm der Entschluß, selbst zum Angriff zu schreiten, da es, wie er an König Georg schrieb, „für ihn klüger sei, praevenire quam praeveniri.“

Auch Lehmann gibt zu, daß es in der Absicht des Grafen Kaunitz gelegen war, im günstigen Augenblick über den Staat Friedrichs herzufallen und ihm die Beute des Dresdener Friedens abzunehmen, allein nach seiner Darstellung wären die Unterhandlungen in Petersburg auf eigenes Betreiben des Kanzlers wieder eingestellt worden, während in Versailles infolge der preußenfreundlichen Stimmung des Kabinetts nur eine gleichgültige Defensivallianz mit Österreich zum Abschluß kam.

Doch auch nach dieser Richtung führte eingehenderes Studium der Wiener Archive zu anderem Ergebnis. Die schon von Adolf Beer veröffentlichte große Denkschrift Kaunitzens vom August 1755, die den Ausgangspunkt für die Unterhandlungen in Petersburg und Versailles bildet, bezeichnet als letztes Ziel nicht etwa bloß die Zurückerwerbung Schlesiens, sondern die Herabdrückung des preußischen Staates auf den Stand vor dem dreißigjährigen Krieg. Der Sieger von Mollwitz und Chotusitz soll „wieder Markgraf von Brandenburg werden.“ Um dies zu erreichen, sollten die vereinigten russischen und österreichischen Streitkräfte dem preußischen Staat „auf den Leib fallen.“ Dagegen sollte von Frankreich nichts anderes gefordert werden, als daß es dem Bündnis mit Preußen entsage. „Man verlangt“, sagt Kaunitz, „gar nichts Wesentliches von Frankreich, sondern nur die Verlassung eines Alliierten, welchem ohnehin nicht getraut werden kann.“ Auch während der Unterhandlungen, die zum Defensivbündnis vom 1. Mai führten, wurde nicht, wie Lehmann angenommen hat, die aktive Teilnahme Frankreichs am Kriege als notwendige Voraus-

setzung zum Angriff bezeichnet; mithin darf auch die zögernde Haltung Frankreichs nicht unter den Gründen aufgeführt werden, die das österreichische Kabinett bewogen hätten, von seinen Offensivplänen abzusehen.

In ein neues Stadium trat die Frage erst, seitdem von Abbé Bernis die Abtretung der Niederlande an Frankreich zur Sprache gebracht wurde, also seit Mitte Mai 1756. Darauf wurde von österreichischer Seite erwidert, es wäre vielleicht an solche Abtretung zu denken, jedoch nur unter der Bedingung, daß Frankreich „an dem Unternehmen gegen den König von Preußen werkthätigen Anteil nehme und entweder ein namhaftes Corps seiner Truppen unmittelbar gegen den König gebrauchen lasse oder doch wenigstens nach Westfalen abschicke oder aber an den Grenzen bereit- und andurch die protestantischen Mächte von aller Hilfeleistung und Unterstützung des Königs in Preußen abhalte." Da also die letzte conditio sine qua non nur in der Abwehr und Festhaltung etwaiger Bundesgenossen Preußens bestand, konnten die französischen Staatsmänner leicht darauf eingehen; am 2. August verpflichtete sich denn auch die französische Regierung, England, Hannover und Hessen von der Unterstützung Preußens zurückzuhalten.

Lehmann erwähnt die Forderung einer Abtretung der Niederlande gar nicht; auf solche Weise erhält man aber von der Stellung Frankreichs zu Österreich im Sommer 1756 ein schiefes Bild, denn ohne diese lockende Aussicht wäre es freilich zu einer Offensiv-Allianz mit Österreich wohl kaum gekommen. In Wirklichkeit war Kaunitz vor Mai 1756 gar nicht willens, aktive Hilfeleistung von Frankreich zu verlangen; später wußte er, daß sie, wenn auch um hohen Preis, zu haben sei.

Ebensowenig ist Lehmanns Annahme zutreffend, daß Kaunitz im August „mit der Möglichkeit einer jähen Änderung in Petersburg rechnete." Allerdings hat Kaunitz in Versailles vorstellen lassen, daß Rußland, wenn nicht bald die Koalition gegen Preußen zu stande käme, sich wieder an England anschließen könnte, daß man jeden Augenblick mit der Möglichkeit eines Systemwechsels

in Petersburg rechnen müsse. Allein durch diese grau in grau gemalten Stimmungsbilder vom Zarenhofe sollte nur erreicht werden, daß sich Bernis um so rascher zum Anschluß an die Kaiserhöfe verstände. Wie Graf Kaunitz in Wahrheit über Rußland dachte, ist nicht aus der tendenziös gefärbten Korrespondenz mit Stahremberg in Paris, sondern in den Erlassen an Esterhazy in Petersburg und noch ungeschminkter aus den geheimen Vorträgen bei Maria Theresia zu entnehmen. Gerade in diesen beweiskräftigsten Quellen wird dem festen Vertrauen sowohl auf die Standhaftigkeit der Zarin, als auf die Zuverlässigkeit des Großkanzlers Bestushew Ausdruck gegeben; nichts rechtfertigt die Annahme, daß Kaunitz im Sommer 1756 einen Umschwung der russischen Politik befürchtet und deshalb der geplanten Offensive entsagt hätte. An dieser Auffassung braucht weder der Umstand, daß der russische Kanzler einmal dem Verdacht Ausdruck gab, ob es den Österreichern mit ihrem angeblichen Kriegseifer Ernst sei, noch die Thatsache, daß Kaunitz das von Rußland angebotene Offensivbündnis nicht thatsächlich abschloß, irre zu machen. Russische Hilfe gegen Preußen, dies wußte Kaunitz, war immer zu haben.

Die Abschnitte über die preußisch-österreichischen Rüstungen und die österreichische Politik wurden von Lehmann selbst in der oben erwähnten Selbstanzeige als die wichtigsten seines Buches bezeichnet, als die „Citadelle, an die sich die Kritiker gar nicht herangewagt.“ Auch den Angriff Naudés glaubt Lehmann siegreich abgeschlagen zu haben. Ob aber so stolze Sprache berechtigt ist? —

Lehmann wollte nicht bloß feststellen, daß die Lage keineswegs so drohend gewesen sei, wie Friedrich sie schildert, und daß die Priorität der preußischen Rüstungen eher auf preußische als auf österreichische Offensivpläne schließen lasse, sondern glaubte auch den positiven Beweis liefern zu können, daß König Friedrich es auf Eroberung Sachsens und Westpreußens abgesehen hatte.

Am klarsten soll dies hervorgehen aus dem sogenannten

politischen Testament Friedrichs von 1752, das als „echte“ Urkunde gelten könne, während Friedrich in so vielen anderen Schriftstücken nur die Kunst geübt habe, andere über seine wirkliche Meinung zu täuschen. In der That wird hier nicht, wie Lehmann angibt, in den eingeflochtenen „politischen Träumereien“, sondern, wie Naudé selbst konstatiert, in dem Abschnitt, in welchem Friedrich die festen und realen Grundlagen für die preußische Politik darlegt, die Erwerbung von Sachsen, Polnisch-Preußen und Schwedisch-Pommern als besonders wichtig und wünschenswert bezeichnet. Man könnte, heißt es, z. B. in einem siegreichen Krieg mit Österreich Böhmen erobern und dann Sachsen gegen Böhmen eintauschen.

Ist aber durch diesen Ausspruch etwas anderes bewiesen, als daß König Friedrich auch nach dem Dresdener Frieden nicht ein für allemal auf alle weiteren Erwerbungen verzichtet hatte?

War überhaupt daran zu zweifeln, daß ihm die Erwerbung Sachsens wünschenswert erschien? Wenn der Gedanke nicht schon früher aufgetaucht wäre, so hätten die feindlichen Umtriebe des Grafen Brühl den Fingerzeig gegeben, nach welcher Seite der preußische Staat am zweckmäßigsten abgerundet und befestigt werden könnte. Allein wer etwas wünscht, muß nicht notwendigerweise zugleich die Hand ausstrecken, um sich dasselbe gewaltsam anzueignen. Schon Ranke hat darauf hingewiesen, daß der Gesamtcharakter des politischen Testaments von 1752 durchaus nicht als kriegerisch, sondern als eminent friedlich bezeichnet werden muß. „Was wir auch vom Kriege für uns erwarten könnten“, erklärt der König, „mein gegenwärtiges System ist, den Frieden zu erhalten, solange es mit der Ehre des Staates nur irgend vereinbar ist.“ An welch weitreichende Bedingungen wird die Erlaubnis, an Krieg überhaupt nur zu denken, geknüpft! Da müßte erst Bestushew gestorben oder gestürzt sein, England unter den Wirren einer Minorennitätsregierung zu leiden haben, ein Soliman wieder auf dem türkischen Throne sitzen, ein ehrgeiziger und thatkräftiger Premierminister in Frankreich am Ruder stehen: erst wenn diese

und noch andere Bedingungen erfüllt wären, könnte allenfalls für den preußischen Staat aus kriegerischer Politik Vorteil erwachsen. Nun war aber im Frühjahr und Sommer 1756 keine einzige von diesen Voraussetzungen gegeben! Auch Lehmann muß dies zugestehen, doch will er den Einwand durch die Behauptung entkräften, daß König Friedrich jene Bedingungen nur für seine Nachfolger, nicht für sich selbst aufgestellt habe. „Die ganze Urkunde wendet sich an seine Nachfolger. Niemand vermochte zu sagen, wie bald sich bei ihnen das politische Genie des Testators wiederholen würde; es war in der Ordnung, daß er die Empfehlung einer so grundstürzenden Eroberung, wie die von Sachsen es war, mit möglichst vielen Kautelen umgab. Sich selber traute er schon etwas mehr zu, das beweist der Abschnitt des Testamentes, der von Westpreußen handelt.“ Allein auch in einem etwa ein halbes Jahr nach Abfassung jenes Testaments an den Prinzen von Preußen gerichteten Briefe macht Friedrich sogar die Aussichten eines Verteidigungskrieges, den wohl er selbst noch zu führen haben werde, davon abhängig, ob Preußen hinreichend starke Bundesgenossen finden werde oder nicht. „Wenn wir ebensoviel Bundesgenossen wie Feinde haben werden, können wir uns mit Ehren aus der Verlegenheit ziehen.“ Also traute sich auch Friedrich selbst keineswegs die Kraft zu, ohne ausreichende Bundeshilfe mit überlegenen Feinden fertig zu werden. Und wo wäre im Sommer 1756 die ausreichende Bundeshilfe gewesen?

Auch Ferdinand Wagner, der den Standpunkt Lehmanns teilt, vertritt die Auffassung, daß, soweit der bis jetzt bekannte Teil des Testaments eine Folgerung zulasse, das Bündnis mit Frankreich als Eckstein des dort ausgeprägten politischen Systems anzusehen sei. Nun waren aber im Jahre 1756, um die Worte Wagners zu gebrauchen, „alle seine seit 1752 unternommenen Versuche, Frankreich zu einer thatkräftigen Politik nach außen zu bewegen, ohne Erfolg geblieben; seinen wiederholten Aufforderungen, die Osmanen gegen Österreich zu hetzen, Hannover zu besetzen, den englischen Übergriffen auf der See entgegenzutreten, wurde nicht

Folge gegeben; die Hoffnungen, welche er an den letzten Ministerwechsel in Versailles nach dem Tode von St. Contest geknüpft, hatten sich nicht erfüllt.“ Gerade unter so ungünstigen Umständen sollte er einen Angriffskrieg für angezeigt erachtet haben? Denn daß die Konvention von Westminster in Friedrichs Augen das Bündnis mit Frankreich nicht aufwog, wird niemand bestreiten.

Naudé macht noch auf einen anderen Punkt aufmerksam. Im Testament wird für den Feldzug, der unter den oben erwähnten Voraussetzungen gegen Österreich zu eröffnen wäre, ein großartiger Plan vorgezeichnet. Nach Unterwerfung Sachsens soll sofort Mähren angegriffen und hier eine Entscheidungsschlacht geschlagen, dann auf die feindliche Hauptstadt losmarschiert werden; im zweiten Jahre soll Ungarn revolutioniert und das wehrlose Böhmen mit den in Sachsen ausgehobenen Truppen besetzt werden. Von all diesen Anschlägen wurde 1756 mit Ausnahme der Überrumpelung Sachsens kein einziger durchgeführt; insbesondere von einem Drängen nach einer Entscheidungsschlacht ist keine Spur zu entdecken. Sehr begreiflich, da ja Preußen nicht, wie im Testament vorgesehen war, die Franzosen, Sardinier und Türken zu Bundesgenossen, sondern Frankreich sogar zum Feinde hatte. Und in so kritischer Lage, unmittelbar nach und noch während der ungünstigen Wandlung der politischen Verhältnisse sollte der König ohne Nötigung Krieg begonnen haben, nur um eine wünschenswerte Abrundung seiner Monarchie zu erreichen? Es ist nicht zu glauben! Schon diese Erwägung dürfte die Hypothese Lehmanns unannehmbar erscheinen lassen.

Überdies versichert Naudé, der Wortlaut des königlichen Testaments selbst würde am beredtesten den Folgerungen widersprechen, die Lehmann aus einzelnen, aus dem Zusammenhang herausgerissenen Stellen gezogen hat. Leider ist vom auswärtigen Amt der Abdruck nicht gestattet worden. Es wird also in gewissen Kreisen noch heute an dem Grundsatz festgehalten, daß auch aus Zeiten, die längst der Geschichte angehören, gewisse Dinge als „Staatsgeheimnisse“ der Forschung entzogen bleiben müßten, oder es wird vielmehr,

was noch weniger verständlich ist, die Praxis geübt, daß einzelne Gelehrte zwar solche sekrete Schriftstücke einsehen, nicht aber den vollen Inhalt in die Öffentlichkeit bringen dürfen. Man kann sich also an maßgebender Stelle nicht zur Überzeugung aufschwingen, daß mit der Kleinstaaterei auch die kleinstaatliche Engherzigkeit in Bezug auf Benützung der Archive ein Ende haben müsse, daß die Geheimniskrämerei, die früher als erstes Gesetz und Lebensbedingung der Archive angesehen war, ein für allemal über Bord zu werfen sei.

Auch das Testament Friedrichs von 1768 wird von Lehmann herangezogen, denn auch in dieser „echten" Urkunde werde die Forderung: zuerst und vor allem Sachsen, dann Westpreußen! wiederholt. Endlich wird noch besonderes Gewicht gelegt auf ein „die geheimsten Gedanken des Königs kundgebendes" Schriftstück aus den siebziger Jahren: „Exposé du gouvernement prussien des principes sur lesquels il roule, avec quelques réflexions politiques." „Die Erwerbung Sachsens", heißt es darin, „ist schlechterdings notwendig, um dem Staate die Festigkeit zu geben, die ihm fehlt."

Was ist aber dadurch bewiesen? Doch wiederum nichts anderes, als was auch Koser und Naudé und alle „Borussen" jederzeit zugeben werden: daß dem König eine Abrundung seines Staates durch Sachsen aus militärischen und finanziellen Gründen hocherwünscht gewesen wäre und daß er, falls sich eine zweifellos günstige Gelegenheit geboten hätte, unbedenklich zugegriffen haben würde. Der König selbst machte am allerwenigsten ein Hehl daraus, daß er sich als Regent nicht mehr an die selbstlosen Grundsätze, die er als Kronprinz im Antimacchiavell aufgestellt hatte, für gebunden erachte. Wer sich mit der Geschichte und den Schriften Friedrichs etwas vertraut gemacht hat, weiß, daß er, wenn es die Wohlfahrt seines Staates und den Vorteil seines Hauses galt, im Gebrauch der Mittel nicht viel Rücksicht und Bedenken gelten ließ. Ist solche Politik zu rechtfertigen? Nein, aber es muß auch das zu ihrer Erklärung Notwendige zur Kenntnis gebracht werden. Man darf, wenn man Friedrichs „unmoralische"

Politik tadelt, nicht verschweigen, daß weder Kaunitz, noch Fleury, noch Bestushew einen Augenblick gezögert hätten, die nämlichen Mittel anzuwenden. Diese Staatsmänner waren nicht moralischer, nur schwerfälliger und weniger gewandt und gerieben, als der König von Preußen; daraus erklären sich dessen diplomatische und militärische Erfolge, und aus diesen hinwieder der Zorn und die Erbitterung über den „machiavellistischen Autor des Antimacchiavell." Wenn alle mit gekneipten Würfeln spielen, sagt Carlyle, warum wird über den König allein gezetert, daß er zu seinem Vorteil auch List und Ränke nicht verschmähte?

Ohne weiteres kann also zugestanden werden, daß König Friedrich Eroberungspläne und Eroberungspolitik nicht schlechtweg von der Hand wies, doch der Vorwurf ist sicherlich unbegründet und unzulässig, daß er gerade den ungünstigsten Augenblick, da sich die mächtigsten Staaten Europas gegen ihn erhoben, für den geeignetsten zum Fang einer fetten Beute angesehen haben soll. „Wenn sich in Friedrichs Nachlaß", sagt Ranke mit Bezug auf das Exposé du gouvernement, „ein politischer Erguß über die für seinen Staat wünschenswerten Erwerbungen gefunden hat, welcher auch Sachsen umfaßt, so ist dieser mehrere Jahrzehnte später unter ganz anderen Konjekturen entstanden, — und auch dann von sehr eventueller Natur, — auf die damaligen hat er keinerlei Beziehung."

Doch auch aus dem kritischen Jahre selbst soll nach Lehmann eine Äußerung des Königs den Beweis liefern, daß der Krieg zu Eroberungszwecken begonnen worden sei. Durch ein Schreiben Friedrichs vom 23. Juni 1756 wird Feldmarschall Lehwaldt beauftragt, für den Fall, daß er die Russen und König Friedrich die Österreicher total geschlagen hätten „und Meine Avantages so anwüchsen, daß Ich nichts vom Feinde zu befürchten", an eine „Indemnisation wegen der Mir und Meinen Landen zugefügten Schäden" zu denken; wenn der „Terreur" in Petersburg sehr groß wäre, sollte die Abtretung von ganz Polnisch-Preußen, derenwegen sich die Russen mit den Polen zu verständigen

hätten, gefordert werden; wenn der Schrecken nicht so groß, müsse man sich mit Elbingen und einigen Starosteien begnügen; der vornehmste Artikel aber müsse bleiben, daß sich die Russen nicht weiter in den deutschen Krieg einmischten.

Aus dieser Weisung erhellt, daß König Friedrich, durch das Komplott seiner Gegner vor die Notwendigkeit gestellt, selbst den Degen zu ziehen, für die dadurch auferlegten Opfer eine Entschädigung zu erlangen hoffte; wie sollte aber daraus zu folgern sein, daß der Krieg nur zu Eroberungszwecken angezettelt worden sei? Und ganz Westpreußen hätte zugleich mit ganz Sachsen für den preußischen Staat gefordert werden sollen? Wäre denkbar gewesen, daß die Nachbarmächte, auch die geschlagenen Nachbarmächte so enorme Vergrößerung Preußens zugelassen hätten?

Großes Gewicht legt Lehmann ferner auf einen Brief des Königs an seinen Bruder August Wilhelm vom 19. Februar 1756, worin die Frage aufgeworfen wird, ob denn sein Bruder das Vergnügen für gar nichts halte, „d'humilier ou, pour mieux dire, anéantir la Saxe, de désespérer Bestuchew? Voilà quelles sont les suites qu'aura un petit coup de plume?"

Naudé übersetzte seiner Zeit: „Sachsen zu demütigen oder noch besser gesagt, es zur politischen Null herabzudrücken."

Diese Verdeutschung bezeichnete Lehmann als inkorrekt und tendenziös; „anéantir" könne nur mit „vernichten" wiedergegeben werden. „Denn jeder Quartaner sieht ein, daß vernichten etwas anderes ist, als zur politischen Null herabdrücken. Der zur politischen Null herabgedrückte Staat bleibt bestehen, der vernichtete hört auf zu bestehen." Allein im Zusammenhang mit dem Nachsatz und dem Inhalt des ganzen Schreibens kann das Wort „anéantir" doch wohl kaum als „vernichten" in dem Sinne, daß Sachsen aufgehört hätte, zu bestehen, aufgefaßt werden. Der „kleine Federstrich" bezieht sich auf die Unterzeichnung der Westminsterkonvention; „die Wirkung eines kleinen Federstrichs" kann sich also auf nichts anderes beziehen, als auf die Entziehung der von England bisher an Sachsen bezahlten Subsidien.

„Wer aber“, fährt Lehmann fort, „von dem Jahre 1756 eine größere Zahl annexionistischer Äußerungen des Königs verlangt, der möge sich daran erinnern lassen, daß Friedrich das Geheimnis als eine der wichtigsten Bedingungen des Erfolges ansah.“ „Es ist das Prinzip, welches von jeher die Meister der diplomatischen Kunst befolgt haben: Dissimulare est regnare.“ Dann wäre aber erst recht zu verwundern, daß er seinen wichtigsten Plan in einem Briefe an den Bruder so nebenher und ohne Umschweife ausgeplaudert hätte!

Wenn solche einzelne Worte und Redewendungen überhaupt Beweiskraft haben sollen, müssen sie völlig klar und unanfechtbar aussprechen, was sie beweisen sollen; andernfalls wird es gestattet sein, gegenüber Äußerungen, die so oder so ausgelegt werden können, größeres Gewicht zu legen auf den Gesamteindruck, der sich aus allen noch erhaltenen amtlichen und vertraulichen Schriftstücken gewinnen läßt. Durch die Herausgabe der „Politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen“ sind wir in stand gesetzt, von Tag zu Tag zu verfolgen, welche Nachrichten der König in der kritischen Periode empfangen und was er davon seinen Gesandten, Beamten und Offizieren mitzuteilen für gut befunden hat. Aus diesen Quellen läßt sich aber, wenn man nicht annehmen will, daß er alle und jeden absichtlich täuschen wollte, nichts anderes schließen, als daß die Stimmung des Königs noch zur Zeit des Abschlusses der Westminsterkonvention nicht kriegerisch war. Immer wieder wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der für den inneren Ausbau des Staates so notwendige Friede erhalten bleiben möge. Die Nachrichten von den russischen und österreichischen Rüstungen beunruhigten den König offenbar nicht allzu sehr, solange er auf eine wohlwollende Haltung Frankreichs rechnen zu dürfen glaubte; auf die vor dem Herzog von Nivernais gemachte Äußerung, er müsse zu seiner Schande eingestehen, daß er sich vor den Russen gefürchtet habe, ist wohl kaum Gewicht zu legen. Doch der Sieg Kaunitzens in Versailles veränderte mit einem Schlag die ganze Lage, und ebenso drohend trat die Gewißheit auf, daß

der englische Einfluß in Petersburg nicht mehr im stande sein werde, den russischen Hof von kriegerischen Operationen zurückzuhalten. Nun konnte der König nicht mehr daran zweifeln, daß er zur Behauptung des Gewinns der beiden schlesischen Kriege, ja zur Erhaltung des preußischen Staates zum Schwert werde greifen müssen. „Die beste Lösung unter allen“, schreibt er (8. Juni) an das Kabinettsministerium, „wäre der Friede, aber für den Fall, daß man ihn zwischen heute und dem Schluß des Jahres nicht sollte sichern können, muß man von Stund an auf die Verteidigungsmittel denken und nichts für unsere Erhaltung verabsäumen.“ Mag sein, daß er gegenüber dem englischen Gesandten und den eigenen Ministern die Gefahren noch drohender ausmalte, als sie ihm in Wahrheit erschienen; jedenfalls war es keine Übertreibung, wenn er davon sprach, daß das Komplott der Feinde, wenn auch nicht für den Augenblick, so doch im nächsten Jahre einen Überfall der preußischen Lande zur Folge haben könne. Auch Ferdinand Wagner räumt ein, daß der König, der nie Bedenken trug, Diplomaten zu täuschen, seinen Offizieren immer reinen Wein eingeschenkt und die wahre Bedeutung ihrer Aufgaben enthüllt habe. Ohne Zweifel hat also Friedrich die Lage wirklich so düster und drohend angesehen, wie er sie am 23. Juni seinem Feldmarschall Lehwaldt schilderte: gerade der Zusatz, der Marschall werde wohl selbst wissen, daß „die Sachen von weitem sehr viel größer ausgeschrieen werden, als sie sind“, beweist, daß der König sich nicht mit der Absicht trug, zu übertreiben. Als Gewißheit, erklärte er, sei nunmehr anzusehen, daß sich Rußland zur österreichischen Partie geschlagen und mit solcher gefährliche Concerts genommen habe. „Dieses alles aber würde mich noch nicht in Bewegung gebracht haben, wenn ich nicht durch viele Kanäle und auch selbst durch den Anmarsch derer russischen und derer österreichischen Truppen merkete, daß die Absicht darunter auf Mich zielete, indem die Russen ein großes Corps Truppen zusammenziehen, so teils bei Riga, teils bei Mitau ihre Lagers nehmen sollen.“ Allerdings traf bald darauf Kunde ein, daß die russischen Rüstungen ins

Stocken geraten seien; der König selbst sprach gelegentlich die Meinung aus, daß „vor dieses Jahr alles vorbei", aber er war nicht völlig beruhigt, ob auch „die Leute da unten" (die Österreicher) den Vorschub ihrer Truppen einstellen würden, und die Nachrichten aus Petersburg und Paris enthielten immer neue Züge von feindseliger Stimmung der tonangebenden Kreise. „Die göttliche Vorsicht lenke noch alles zum Besten", klagte der in die gesamte politische Korrespondenz eingeweihte Kabinettssekretär Eichel in einem vertraulichen Briefe an Minister Podewils vom 14. Juli, „es ist aber nicht ohne, daß die jetzigen Aspekten überall die fürchterlichsten und epineusesten seind, worüber Ew. Excellenz sich des Königs Majestaet Beunruhigung gar leichte vorstellen werden." Aus so peinlicher Ungewißheit und unerträglicher Unruhe erlöst zu werden, gab es nur ein Mittel: unmittelbar von Maria Theresia, die ja doch im Mittelpunkt aller feindlichen Anstiftung stand, Aufklärung zu heischen, ob sie Krieg oder Frieden wolle. Deshalb erging am 2. August der Auftrag an Klinggraeffen, von der Kaiserin eine bestimmte Zusage zu erbitten, daß sie weder im laufenden, noch im nächsten Jahre Preußen angreifen werde. Diese Anfrage in Wien, meint Wagner, habe schon den Krieg bedeutet. „Bei dem stolzen Charakter Maria Theresias und der Haltung ihres Ministers Kaunitz war keine zufriedenstellende Antwort zu erwarten." Zugegeben, doch dann ist auch das Vorgehen Friedrichs in seinen Denkwürdigkeiten richtig charakterisiert. Denn wenn zwei Feinde, zwischen denen eine friedliche Verständigung ausgeschlossen ist, aufeinander stoßen, und es sich nur noch darum handelt, wer zuerst die Büchse in die Höhe bringt, ist der erste Angriff nicht als die eigentliche Herausforderung anzusehen. Auch vom völkerrechtlichen Standpunkt ist solche Offensive zu verteidigen. Man braucht nicht Montesquieu beizupflichten, der den Satz aufstellt, die Sicherheit des eigenen Staates dürfe überhaupt durch jede Schädigung des Nachbarn befestigt werden, allein schon ein zeitgenössischer Bewunderer Friedrichs im österreichischen Lager, der Verfasser der „Geständnisse eines österreichischen Veteranen", Cogniazo, hat eine

Stelle aus dem Kriegsrecht des Oxforders Albericus Gentilis angezogen: „Eine gerechte Verteidigung ist es, wenn man schon ausgesonnenen und bereit gestellten, ja sogar noch nicht ausgesonnenen, aber wahrscheinlich zu erwartenden Gefahren zuvorkommt.“ Freilich wird die öffentliche Meinung immer geneigt sein, in demjenigen, der zuerst seine Truppen in Feindesland oder neutrales Gebiet einrücken läßt, den Angreifer zu sehen. Deshalb wollte auch der vorsichtige Podewils den schon vor der Anfrage in Wien feststehenden Entschluß des Königs nicht gutheißen. In der letzten Unterredung zwischen dem Monarchen und seinem Minister, die am 22. Juli in Sanssouci stattfand, offenbarte sich der Gegensatz. Podewils berichtete darüber noch am nämlichen Tage dem Kabinettssekretär Eichel. Der Monarch eröffnete dem Minister, daß zwar die Gerüchte von bevorstehenden Märschen französischer Truppen an Maas oder Rhein sich als irrtümlich herausgestellt hätten, daß er aber „solche authentique Nachrichten habe, welche Sie vollkommen au fait von dem gegen dieselbe geschmiedeten Concert setzeten und mehr als jemalen in der Idee, das Praevenire zu spielen, bestärketen.“ Der Wiener Hof habe sich mit dem russischen dahin geeinigt, im nächsten Jahre anzugreifen; von englischer Vermittlung in Petersburg sei nichts mehr zu hoffen; Frankreich habe sich wenigstens dazu verpflichtet, Preußen keinen Beistand zu leisten. Im gegenwärtigen Augenblick seien aber die Gegner mit den Rüstungen noch nicht fertig: lieber wolle er also sofort selbst angreifen, als den Angriff eines wohlvorbereiteten, übermächtigen Feindes abwarten! Als Podewils die Frage einwarf, ob denn die beunruhigenden, zum Krieg drängenden Nachrichten wirklich als authentische gelten könnten, schien der König „einigermaßen Feuer zu fassen, als wenn ich zu incredule wäre und nicht, was Höchstdieselbe mir mit gutem Fundament avancirten, Glauben beimessen wollte.“ Trotzdem glaubte Podewils nochmals all „die inconvenienzen und terriblen suiten“ eines Angriffs auseinandersetzen zu müssen; nach seiner Ansicht hätte es sich empfohlen, „das beneficium temporis, so von nun an bis künftige Operations-

saison beinahe 10 Monate wäre", auszunützen; inzwischen hätte sich die preußische Partei inner- und außerhalb des Reichs verstärken, die Friedensverhandlung zwischen Frankreich und England wieder eröffnen lassen u. s. w. Allein der König ließ diese Einwände nicht gelten und entließ zuletzt den Minister ziemlich ungnädig: „Adieu, Monsieur de la timide politique!" Allein Podewils selbst räumt gegenüber Eichel ein, daß der Bericht Mitchells aus Petersburg nicht gerade tröstlich laute: „Sunt mala mixta bonis!" Auch ist in dem vertraulichen Berichte des Ministers nicht mit einem Worte angedeutet, daß ihm der „gute Glaube" des Königs verdächtig erschienen wäre, daß der König nicht wirklich in kühner Initiative nur das letzte und beste Mittel der Rettung erblickt hätte. Hinwieder wollte Eichel, der über des Königs geheime Nachrichten besser unterrichtet war, den in den Worten des Ministers enthaltenen Vorwurf der Leichtgläubigkeit nicht gelten lassen. „Ich muß doch", erwiderte er, „die Justice thun und bekennen, daß wenn sich auch nur einige sichere Lueur von Hoffnung fände, darauf man in gewissem Maße tablieren könnte, man hiesigen Orts sicher gern ruhig bleiben würde."

Mithin haben auch wir keinen Grund, in die Worte des Königs, daß er nur, um sich aus peinlicher Zwangslage zu befreien, zum Degen gegriffen habe, Mißtrauen zu setzen. Auch die bisher aus preußischen und nichtpreußischen Archiven ans Tageslicht gezogenen Schriftstücke, insbesondere die von Naudé den Wiener Archiven entnommenen Nachrichten über die österreichischen Rüstungen und die Offensivpläne des Fürsten Kaunitz beweisen, daß der Krieg unvermeidlich war, mochte es auch den Verbündeten rätlich erschienen sein, den Angriff bis zum nächsten Frühjahr zu verschieben. Diese Gewißheit war es, die den König zur Initiative drängte, zu einem Entschluß, den freilich ein weniger kühner Kopf auch unter den gegebenen Verhältnissen nicht gefaßt hätte, der möglicherweise den preußischen Staat verderben konnte, der ihn aber thatsächlich gerettet hat. „Da ich keine Sicherheit mehr habe," schrieb Friedrich an Klinggraeffen, „weder für die Gegen-

wart, noch für die Zukunft: so bleibt mir kein anderes Mittel übrig, als das der Waffen, um die Anschläge meiner Feinde zu zerstreuen. Ich setze mich in Marsch und hoffe, in kurzem werden die Leute, die jetzt von ihrem Stolze verblendet sind, anderer Meinung werden. Dabei habe ich jedoch so viel Selbstbeherrschung, daß ich Vorschlägen einer Verständigung, sobald sie mir geschehen, Gehör geben werde. Denn ich hege keine ehrgeizigen Entwürfe, noch eigennützige Wünsche. Das Motiv meines Verfahrens liegt einzig darin, daß ich mir Sicherheit verschaffen und meine Unabhängigkeit behaupten will."

„Es scheint ein greller Widerspruch zu sein", bemerkt dazu Ranke, „der dringende Wunsch, den Frieden zu erhalten, und die waffenmutige Kriegseröffnung, aber eins bedingt das andere."

Diesem Worte dürfen wir uns auch heute noch anschließen. Kein Historiker wird dem Wunsche Goethes, daß die historische Kritik vor patriotischen Überlieferungen Halt machen möge, sich anschließen. Lehmann handelte zweifellos in gutem Glauben, als er die „Legende", daß König Friedrich im August 1756 nur zur Verteidigung seines Staates den Krieg begonnen habe, zerstören wollte. Es war auch von Nutzen, daß solcher Zweifel angeregt wurde: erneute, eingehendere Untersuchung wurde der Frage gewidmet, doch das Ergebnis — gerade als Süddeutscher empfindet Referent darüber herzliche Genugthuung, — war: Bestätigung der patriotischen Überlieferung.

Naudé hat aus den Akten der preußischen Militärverwaltung und anderen unbenützten Quellen noch umfassendere Nachweise zur Widerlegung Lehmanns in Aussicht gestellt. Ohne Zweifel wird dadurch noch manches, was bisher dunkel blieb oder nicht genügend festgestellt werden konnte, in das helle Licht der Geschichte gerückt werden, doch schon jetzt haben wir die erfreuliche Gewißheit: der große Friedrich darf nicht als leichtfertiger Brandstifter für das Unheil des siebenjährigen Kriegs verantwortlich gemacht werden.

---

VI.

# Das Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli 1792.

Am 25. Juli 1792 erließ Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, dem der Oberbefehl über die zum Einmarsch in Frankreich bestimmten preußischen und österreichischen Truppen übertragen war, einen Aufruf an die Franzosen. Nicht gegen Frankreich, so wird erklärt, richte sich der Angriff der deutschen Armeen, nicht eine Schmälerung des französischen Gebiets werde beabsichtigt, sondern nur die Wiederaufrichtung des legitimen Thrones und der gesetzlichen Macht. Deshalb sollten alle Besonnenen und Gutgesinnten sich an die Befreier anschließen, insbesondere die Nationalgarden in der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe ihre wichtigste Aufgabe sehen. Wer sich aber weigert, zur Wiederherstellung der Ordnung die Hand zu bieten, soll als Rebell angesehen und zur Strafe gezogen werden. Die Mitglieder der Nationalversammlung, der Munizipalitäten, der Nationalgarde sind mit Leib und Leben für jedes unziemliche Vorgehen gegen die königliche Familie verantwortlich. „Endlich soll sich die Stadt Paris mit allen Einwohnern ohne Unterschied sogleich und ohne Zögern dem Könige unterwerfen, ihn in volle Freiheit setzen und dadurch ihm und der ganzen königlichen Familie die Achtung und Ehrfurcht, welche durch Natur- und Völkerrecht den Unterthanen gegen ihre Landesherrn zur Pflicht gemacht wird, beweisen. Daher machen Ihre Majestaeten der Kaiser und der König alle Mitglieder der Nationalversammlung, der Behörden des Departements,

des Distrikts, der Munizipalität und der Pariser Nationalgarde, die Friedensrichter und Alle und Jeden, die es angeht, für alle Vorkommnisse mit ihrem Leben verantwortlich, auf daß nach Königsrecht ohne Hoffnung auf Begnadigung gegen sie verfahren werde. Ihre Majestaeten erklären auch bei Ihrem kaiserlichen und königlichen Wort: wenn das Tuilerienschloß noch einmal gestürmt oder der geringsten Gewaltthat ausgesetzt oder wenn dem Könige, der Königin oder einem andren Mitglied der königlichen Familie die mindeste Beleidigung zugefügt werden sollte, wenn nicht sofort für ihre Sicherheit und Freiheit die sorgfältigsten Maßnahmen getroffen würden, so wollen Ihre Majestaeten zu ewigem Andenken dafür eine exemplarische Strafe verhängen, die Stadt Paris einem militärischen Strafgericht und gänzlicher Zerstörung preisgeben und die widerspänstigen, solcher Frevelthat schuldigen Einwohner der furchtbarsten Rache ausliefern (Artikel 8)." Dagegen soll den Parisern, wenn sie sich schleunig unterwerfen, beim Könige Verzeihung ausgewirkt und für die Sicherstellung von Personen und Eigentum Sorge getragen werden.

Das Manifest trägt das Datum: 25. Juli. Am 28. Juli verbreitete sich die erste Kunde in Paris. Am 3. August wurde es durch eine Botschaft des Königs in der Nationalversammlung bekannt gegeben.

Aus diesen Daten erklärt sich die Bedeutung des Schriftstückes: es fällt zwischen den 20. Juni, an welchem der König in den Tuilerien bedroht worden war, und dem 10. August, der den König zum Gefangenen seines Volkes machte. Unzweifelhaft ist das Manifest durch die schmachvollen Auftritte vom 20. Juni veranlaßt oder doch beeinflußt worden, und ebenso steht fest, daß die Bekanntmachung des Aufrufes, der als Beleidigung der Nation aufgefaßt werden mußte, den Sturz des Thrones beschleunigt hat.

Die verhängnisvolle Wichtigkeit des Schriftstücks wurde denn auch nie und von Niemand angezweifelt, dagegen gingen in der Frage, wer dafür verantwortlich zu machen sei, die Ansichten auseinander.

Schon bald nach der Veröffentlichung war ein Gerücht verbreitet, der Herzog von Braunschweig habe das Schriftstück nur unterzeichnet, aber weder selbst verfaßt, noch angestiftet. Alle Welt sei überzeugt, schrieb schon 1793 der bekannte Abenteurer Laukhard, der 1792 als Soldat nach Frankreich mitgezogen war und sich in Landau mit einem französisch gesinnten Bürger Brion über das Manifest unterhalten hatte, daß ein so unverständiges Machwerk, das „eine der Hauptursachen geworden ist an dem Verfall des Königtums in Frankreich, an dem Unglück der preußischen Armee und an dem Tode des unglücklichen Louis Capet und seiner Familie", nicht dem aufgeklärten Herzog von Braunschweig in die Schuhe geschoben werden dürfe; der barsche Ton der Schrift lasse deutlich erkennen, daß sie von keinem Anderen als dem famosen Gönner des Grafen Artois, Herrn von Calonne, verfaßt worden sei. Auch ein nach der Niederlage der Deutschen im ersten Koalitionskrieg unter dem Pseudonym Löwenzahn erschienenes, radikales Pamphlet „Geheime Staatsnachrichten und Enthüllungen" berichtet, daß dem Herzog von Braunschweig bei Abfassung des Manifests, „wodurch er noch ewig in der Geschichte just nicht auf die rühmlichste Weise paradiren wird", „Schurke Calonne vorgearbeitet haben soll". 1793 erschienen, aus dem Französischen übersetzt, „Zwey Briefe eines Franzosen an den Herzog von Braunschweig über den unglücklichen Feldzug nach Frankreich". Der Verfasser — es ist der Italiener Gorani —, der von sich selbst versichert, daß er „weder ein Deutscher, noch ein Franzose, weder Demokrat, noch Aristokrat", mithin, da er „zu keiner Parthey zähle, die Gegenstände ohne Leidenschaft ansehe", der aber offenbar zur extremen Umsturzpartei gehört, hält das Manifest für ein Machwerk französischer Höflinge. „Das Manifest scheint mir nicht von Ihnen zu seyn, gnädigster Herr! Es scheint mir weder der Politik, noch den Umständen, noch der Würde des aufgeklärtesten Fürsten von Deutschland, ja von ganz Europa zu entsprechen, und ich glaube fast, daß es sich von den an sonderbaren Einfällen so fruchtbaren Köpfen der Thuillerien herschreibe." Es sei zu be-

dauern, daß der edle Herzog zu unedler Beleidigung der französischen Nation seinen Namen hergegeben habe, verführt von den Emigranten, „deren Unwissenheit, Immoralität, Ausschweifung jeder Art und vorzüglich wegwerfender Stolz gegen jeden Ausländer allgemein bekannt sind.“ Auch von einem „alten Stabsoffizier“ der französischen Armee, Baron Gay de Vernon, wird das Manifest als Emigrantenmache angesehen. „Wie konnte nur der Herzog von Braunschweig, der mit Leib und Seele Soldat war und mit Recht für den ersten Heerführer Europas galt, seinen Namen unter eine solche Schmähschrift setzen!“

Eingehender wurde die Frage, wer als der eigentliche Urheber des vielgenannten Schriftstücks zu gelten habe, von einem scheinbar eingeweihten Gewährsmann, dem ersten Biographen des Herzogs, dem braunschweigischen Hofrat und Canonikus Pockels, behandelt. Er sei im Stande, erklärt Pockels selbst, zum erstenmal die volle Wahrheit über das „noch immer so einseitig und ungünstig beurteilte“ Manifest zu enthüllen. „Man hat es nicht begreifen wollen, wie ein so aufgeklärter, hochgebildeter und humaner Feldherr sich einer so drohenden und donnernden Sprache bedienen und glauben konnte, durch diese Sprache einer damals für ihre Freiheit so exaltirten Nation Furcht einzujagen.“ Wer den Herzog gekannt habe, werde nie an dessen Autorschaft geglaubt haben; überdies habe Karl Wilhelm selbst das Manifest „mehrmals das unselige oder auch mit noch gehässigeren Ausdrücken benannt.“ Aus welchem anderen Kreise hätten so maßlose, ungelegene Drohungen kommen können, als aus „dem Schlupfwinkel der erbitterten und stolzen Emigranten, welche zuerst durch ihre vielfachen Exklamationen die deutschen Fürsten zum Kriege gegen Frankreich aufreizten?“ „Die ganze Drohung (mit der Einäscherung der Stadt Paris) ist nach allen ihren Ansichten, ihre tiefe Unsittlichkeit ungerechnet, so seltsam, daß sie weder aus Wien, noch Berlin, noch aus Braunschweig herstammen konnte und den alliirten Mächten erst dann in ihrer letzten Form bekannt wurde, als sie die französische Presse verlassen hatte.“ Allerdings sei dem Herzog

aus Emigrantenkreisen ein Entwurf vorgelegt worden, aber er habe sich geweigert, zu so schroffer Herausforderung der französischen Nation seinen Namen zu geben. „Das muß nur erbittern!" habe er mehrmals wiederholt. „Die Emigrirten widersprachen ihm nicht, man hörte aber auch seine Gründe nicht, und so wurde das Manifest wider seinen Willen in jener Form abgedruckt. Man hatte ihn darüber nicht weiter befragt, und man hatte es ihm mit seiner Unterschrift so gedruckt zugesendet, wie wir es besitzen. Die Sache war nun nicht mehr zu ändern, die unglückliche Schrift war in den Händen des Publikums, aber man weiß auch, daß von dieser Zeit an die große und gerechte Unzufriedenheit des Herzogs mit der ganzen Einleitung der Dinge anfing und durch die erdichteten Vorspiegelungen der Emigrierten täglich zunehmen mußte. Der Herzog war gegen den ersten Entwurf des Manifestes so aufgebracht, daß er ihn zerriß." Mit der Darstellung Pockels hängt die bekannteste Erzählung des Herganges in den „Denkwürdigkeiten aus den Papieren eines Staatsmannes" zusammen. Wie Ranke und Sorel nachgewiesen haben, bietet dieses umfangreiche, in den Jahren 1828 bis 1838 erschienene Werk, das man anfänglich sogar dem preußischen Staatskanzler Fürsten Hardenberg zugeschrieben hatte, gar keine originalen Mitteilungen, sondern ist nur eine von den Publizisten Schubart und Beauchamp gemeinsam zurecht gemachte Kompilation. Offenbar haben die Herausgeber den Bericht Pockels benützt, aber aus einer uns unbekannten Quelle ergänzende Mitteilungen über den Anteil der preußischen und österreichischen Staatsmänner, die nach Pockels Angabe mit der Sache gar nichts zu thun gehabt hätten, damit verbunden. Der angebliche „Staatsmann" weiß über die Herkunft des Aktenstückes Folgendes zu erzählen:

Die Minister des Kaisers und des Königs von Preußen, die sich aus Anlaß der Krönung Franz' II. in Frankfurt befanden, hielten für zweckmäßig, daß dem Einmarsch der Verbündeten in Frankreich ein Aufruf an die Bevölkerung vorausgehen sollte, wußten aber nicht recht, welche Gestalt demselben zu geben wäre.

„Man war des Glaubens, daß er in energischem, drohendem Tone abgefaßt sein müsse; da die Pariser Umsturzmänner den Versuch gemacht hatten, den Schrecken auf die königliche Familie und die königstreue Partei wirken zu lassen, so glaubte man einen nützlichen Gegenschlag auszuführen, wenn man den Verwegenen, deren Rücksichtslosigkeit unterschätzt wurde, mit Vergeltung drohte und heilsamen Schrecken einflößte.“ Angesichts dieser Unschlüßigkeit im deutschen Lager erbot sich auf Anregung Calonne's ein Emigrant, Herr von Limon, früher Finanzdirektor des Herzogs von Orleans, seit kurzem aber ein feuriger Anhänger der königlichen Sache, zur Abfassung eines Manifests, und die Minister gingen darauf ein. Das von Limon gefertigte Schriftstück wurde sodann in Frankfurt vom Kaiser, etwas später in Mainz vom König von Preußen gebilligt. Andrer Ansicht aber war der Herzog von Braunschweig; er fand das Machwerk abscheulich und hätte es am allerliebsten vernichtet, aber, eingeschüchtert durch die Zustimmung der beiden hohen Potentaten, wagte er nicht, die Unterzeichnung zu verweigern. Immerhin verlangte er erhebliche Abschwächungen, und damit waren auch die beiden Monarchen einverstanden. Der Herzog selbst kam mit dem österreichischen Bevollmächtigten, Feldmarschall Lacy, Graf Philipp Cobentzl und Baron Spielmann, sowie mit den preußischen, Minister Graf Schulenburg und Geheimrat Renfner, über wünschenswerte Änderungen überein. Allein Herr von Limon widersetzte sich so hartnäckig jeder Abschwächung, daß die Minister ihm schließlich nachgaben. Dem Herzog wurde ein nach seinem Wunsche abgeändertes Exemplar zur Unterschrift vorgelegt, dann aber die berüchtigte Stelle von der Bedrohung der Stadt Paris wieder eingesetzt. Als später der Herzog das gefälschte Dokument in die Hand bekam, riß er es zornig entzwei, doch er konnte den Mut nicht finden, es öffentlich zurückzuweisen. Einem vermutlich in böswilliger Absicht in Diplomaten- und Emigrantenkreisen verbreiteten Gerücht zufolge hätten die beiden Monarchen den Herzog deshalb genötigt, ein für die Franzosen so schimpfliches Aktenstück zu unterzeichnen, damit er ein für allemal verhindert wäre, den

Anerbietungen jener Partei, die ihn auf den französischen Thron erheben wollte, Gehör zu schenken. Das überraschende Gerücht habe eine Art Bestätigung gefunden durch eine Bemerkung, welche der Moniteur, also das offizielle Organ der Revolution, an die erste Mitteilung des Manifests geknüpft habe: „Wir sehen darin nur eine auffällige Berichtigung an die Adresse der herrschenden Partei, die so keck war, den Freunden der Verfassung die thörichte Absicht zu unterschieben, den Herrn Herzog von Braunschweig auf den konstitutionellen Thron Frankreichs zu berufen."

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß für den Kaiser und den König von Preußen die Absicht, den Herzog bei den Franzosen unmöglich zu machen, maßgebend war. Im Ernst wurde ja die Erhebung eines deutschen Fürsten auf den Lilienthron von keinem Franzosen geplant; höchstens handelte es sich um einen Kniff von ein paar Leuten, die den gefürchteten deutschen Heerführer in Verdacht bringen oder auch nur für sich selbst ein Trinkgeld erlangen wollten.

Einige Punkte im Berichte des „Staatsmannes" sind, wie wir sehen werden, richtig. Es mag auch der Wahrheit entsprechen, daß Karl Wilhelm, ein warmer Freund der Aufklärung und der französischen Litteratur, dessen von Mirabeau gerühmte „Finesse" an dem brutalen Tone des Manifests Anstoß genommen haben muß, in vertrautem Kreise dasselbe als „unselig" oder „beklagenswert" bezeichnet hat. Auch der freilich als Gewährsmann nicht unverdächtige preußische Oberst Massenbach erwähnt eine solche Äußerung des Herzogs: „Ich würde gern mein Leben hingeben, wenn ich die Unterzeichnung des Manifests ungeschehen machen könnte!" Ganz gewiß unrichtig ist aber die Fälschungsgeschichte! Brunetière sagt in einem hübschen Aufsatze über das Manifest: „Die Anwälte des Braunschweigers haben bei dem Versuch, diese Fabel in die Geschichte einzuschwärzen, nicht beachtet, daß gerade diese eine Bestimmung von der Bedrohung der Stadt Paris recht eigentlich das Manifest ist, und daß Alles, was ihr vorangeht, nur den Zweck hat, auf sie hinzuleiten. Man füge sie ein, und

man versteht, welchen natürlichen und patriotischen Zorn das Manifest hervorgerufen hat; man lasse sie weg, und das Manifest hat so zu sagen keinen Inhalt, keine Berechtigung mehr. Alles ist enthalten im Versuch der Einschüchterung der Nationalversammlung und der Kommune von Paris, sonst nirgends, und das Gegenteil behaupten wollen, hieße dem Unverstand des Herzogs von Braunschweig oder der Leichtgläubigkeit des französischen Lesers zu viel zumuten." Noch ein andrer Umstand läßt die von den Mémoires d'un homme d'état aufgetischte Erzählung als Legende erscheinen. Zwei Tage nach dem Manifest vom 25. Juli, am 27., erschien eine zweite, ebenfalls vom Herzog von Braunschweig unterzeichnete Erklärung, welche für den Fall, daß der König aus Paris weggeschleppt würde, alle Städte und Dörfer, die den Durchzug nicht verwehren würden, mit dem Schicksal der Stadt Paris bedrohte. Diese Erklärung wurde nach Angabe des preußischen Ministers Schulenburg von dem im Gefolge des Grafen von Artois befindlichen Grafen von Moustier abgefaßt; nie ist behauptet worden, daß auch mit ihr Fälschungen vorgenommen worden seien, und doch ist sie nicht weniger scharf und schroff, als der berüchtigte achte Artikel.

Der Herzog von Braunschweig hat das Manifest, so wie es veröffentlicht worden ist, unterzeichnet, daran ist nicht zu zweifeln. Abgesehen von der schuldigen Rücksicht auf Kaiser und König, Karl Wilhelm war zu sehr Soldat, als daß er sich im Augenblick des Einmarsches in Frankreich von philanthropischen Erwägungen oder persönlichen Neigungen hätte leiten lassen.

Wer war aber der Verfasser?

Noch Ranke in seiner 1875 veröffentlichten Schrift über Ursprung und Beginn der Revolutionskriege ließ diese Frage offen und glaubte behaupten zu dürfen: „Daß die Emigranten in der Hauptsache Einfluß darauf gehabt hätten, ist niemals nachgewiesen worden." Dieses Wort ist um so auffälliger, als damals schon zwei Hauptquellen zur Geschichte des Manifests, aus welchen sich der Einfluß des französischen Hofes, sowie der Emigranten auf die

Abfassung in allgemeinen Zügen erkennen läßt, schon vorlagen, die „Mémoires et Correspondances de Mallet du Pan“ und die Publikation von Feuillet de Conches „Louis XVI., Marie Antoinette et Madame Elisabeth“, von welcher nur die zwei ersten Bände — mit Recht! — beanstandet worden sind. Vollends nach der 1878 erfolgten Veröffentlichung von Klinkowström „Le comte de Fersen et la cour de France“ würde Ranke an der Auffassung, daß die Emigranten keinen Einfluß geübt hätten, nicht mehr festgehalten haben.

Noch zuverlässigere Kenntnis bieten die im k. geheimen Staatsarchiv zu Berlin verwahrten, zwischen dem preußischen Ministerium und Herrn von Limon gewechselten Briefe, sowohl aus jenen Tagen, da es sich um Abfassung und Verbreitung des Manifests handelte, als auch aus späterer Zeit. Nachdem nämlich Limon — nach seiner Versicherung — nur seiner königstreuen Gesinnung wegen sein ganzes Vermögen verloren hatte, machte er 1796 am preußischen Hofe Anstrengungen, um für seine den verbündeten Monarchen geleisteten Dienste, in erster Reihe für die Abfassung des Manifests, das er jetzt aber nur nach Anleitung der Minister abgefaßt und dessen schädliche Folgen er nicht verschuldet haben wollte, eine angemessene Entschädigung zu erlangen. Das Gesuch wurde abgewiesen, da es sich nicht um bestellte Arbeit gehandelt habe. Drei Jahre lang bestürmte Limon den König und die Minister, ohne günstigeren Erfolg zu erzielen. Diese von mir zum erstenmal eingesehenen, teilweise sehr ausführlichen Briefe von Limon, Schulenburg, Haugwitz u. a. bieten uns eine in die kleinsten Einzelheiten eingehende Darstellung der Vorgänge in Frankfurt und Mainz in den Sommermonaten 1792.

Brunetière hat gesagt, das Manifest sei der getreue Ausdruck des Rachedurstes der Emigranten. Dies ist in gewissem Sinne auch richtig. Schon seit mehr denn einem Jahre bildeten ähnliche Drohungen, wie sie der achte Artikel enthält, das ständige Tischgespräch in Brüssel und Koblenz, und nur allzu häufig fanden sie zum Schaden der königlichen Familie ein Echo in den royalistischen Organen.

Doch es wäre ungerecht, wollte man daraus folgern, daß der herausfordernde Ton des Manifests nur auf Rechnung der bramarbasierenden Prinzen zu setzen wäre, daß also der Erlaß des Manifests gewissermaßen einen Sieg der Prinzen über den König bedeutet hätte, weil dieser mit so drohender Sprache fremder Mächte nicht einverstanden gewesen wäre.

Der Erlaß eines Manifests von Seite der deutschen Mächte beschäftigte das königliche Paar schon seit geraumer Zeit. Marie Antoinette schickte bald nach der Kriegserklärung am 30. April 1792 dem Grafen Mercy-Argenteau „Ideen, welche die Grundlage des Wiener Manifests bilden sollen.“ Darin war noch keine Drohung enthalten. Die Königin fürchtete offenbar noch nichts für ihre persönliche Sicherheit. Vom König sollte so wenig wie möglich gesprochen und sogar der Schein, daß er des Schutzes bedürftig sei, vermieden werden. Anders aber dachte der König. Schon Anfangs Mai beauftragte er durch Vermittlung des Ministers Bertrand de Molville den Schweizer Publizisten Mallet du Pan mit dem Entwurf zu einem Manifest der Mächte und gab dafür die nötigen Richtpunkte. Man hat behauptet, die ablehnende Haltung der deutschen Staatsmänner gegenüber dem Entwurfe des geistvollen, besonnenen Genfers habe das über Deutschland und Frankreich hereingebrochene Unheil verschuldet. Mit Recht hat aber schon Brunetière darauf hingewiesen, daß die erste Niederschrift Mallets an Strenge und Schärfe dem wirklich ausgegebenen Schriftstück nicht viel nachstand. Mit Nachdruck, so heißt es in der königlichen Instruktion für Mallet, ist der Nationalversammlung, den Verwaltungsbehörden, den Ministern, den städtischen Behörden, den einzelnen Bürgern einzuschärfen, daß man sie persönlich mit Gut und Blut für alle gegen den König und die königliche Familie, sowie gegen Leben und Eigentum der Bürger gerichteten Angriffe zur Verantwortung ziehen werde.

Damals hegten wohl nur wenige die Befürchtung, daß der König oder die Königin persönlich gefährdet sein könnten. Graf Mercy soll nach dem Journal des Grafen Fersen noch am 16. Juni

gesagt haben, von einer Gefahr für das königliche Paar sei nicht die Rede, nur eine Abführung ins Innere des Landes sei nicht ausgeschlossen.

Nach dem 20. Juni aber, nach dem Überfall der Tuilerien durch den bewaffneten Pöbel von Paris, war an der Notlage des Oberhauptes der Nation nicht mehr zu zweifeln. Von diesem Tage an war man in den royalistischen Kreisen der Hauptstadt, wie an den Höfen des Auslandes darüber einig, daß die Rettung des Thrones nur durch Einschüchterung der Umsturzmänner erfolgen könne. „Möchte Ihr Koblenzer Kriegsrat," schrieb Abbé de Pradt an Mallet du Pan, „endlich einsehen, welche Art von Krieg und Herrschaft wir brauchen, und Ihr, entsagt euern Kammern, euern Versammlungen, euern Rednerbühnen, euern Vergleichen! Eisen her! Alle Wetter! Eisen her!" Graf Fersen, der Vertrauensmann der Königin, schrieb am 30. Juni an Marie Antoinette: „Man darf unter keinen Umständen Paris verlassen, das ist der Hauptpunkt, dann wird es ein Leichtes sein, zu Ihnen zu kommen, und diesen Plan verfolgt der Herzog von Braunschweig. Er wird seinem Einmarsch ein sehr kräftiges Manifest im Namen der verbündeten Mächte vorausschicken, wodurch ganz Frankreich und besonders Paris für die Sicherheit der königlichen Familie verantwortlich gemacht wird."

Für den 14. Juli, an welchem das Verbrüderungsfest aller Freiheitsfreunde gefeiert werden sollte, wurde eine Wiederholung der Vorgänge des 20. Juni befürchtet. Marie Antoinette schilderte ihre Lage dem Grafen Mercy mit den düstersten Farben. „Es ist höchste Zeit, daß die Mächte ein kräftiges Wort sprechen. Alles ist verloren, wenn es nicht gelingt, die Aufrührer durch Furcht vor drohender Strafe im Zaume zu halten. Sie wollen um jeden Preis die Republik; um dies zu erreichen, haben sie beschlossen, den König zu morden. Es wäre dringend geboten, daß ein Manifest die Nationalversammlung und die Stadt Paris verantwortlich machte für das Leben des Königs und seiner Familie!"

Und auch Mercy, der alte, kluge Diener Maria Theresias,

ein Mann von bewährter Kaltblütigkeit und Mäßigung, war von der Zweckdienlichkeit einer solchen Kundgebung überzeugt. „Es wird jedenfalls“, antwortete er der Königin, „eine drohende Erklärung erfolgen, der 20. Juni hat die Notwendigkeit bewiesen!“ In gleichem Sinne schrieb Exminister Montmorin am 13. Juli an den Grafen von der Marck: „Es scheint mir dringend geboten zu sein, daß ein Manifest der Mächte auseinander setze, daß man zum Kriege auf ungerechteste und gewaltsamste Weise herausgefordert worden sei ... Ich halte es ferner gleichfalls für nötig, die Pariser durch Schrecken zu bändigen und ihnen das Unheil anzukünden, dem sie sich aussetzen, wenn dem König oder der Königin das Geringste zugefügt werden sollte!“

Man sieht: ebenso im Kreise der königlichen Familie und der königstreuen Staatsdiener, wie der Emigranten hatte die nämliche Anschauung Wurzel gefaßt, wie sie bald darauf im braunschweigischen Manifest zum Ausdruck gelangte.

Nur der königstreue Parlamentarier Malouet äußerte Besorgnis, ob nicht das ausgesonnene Mittel eine verderbliche Wirkung haben könnte. „Man spricht jetzt,“ schrieb er an Mallet du Pan, „von einem Manifest der fremden Mächte, das die Drohung enthalten soll, alle Einwohner von Paris ohne Unterschied über die Klinge springen zu lassen und alle Nationalgarden aufzuhängen. Das wäre eine Thorheit; die Uebertreibung schießt über das Ziel hinaus.“ Also auch Malouet mißbilligte nicht den Versuch der Einschüchterung, nur die Übertreibung.

Im Juli 1792 ging Mallet du Pan im Auftrag des Königs nach Mainz.

Es braucht hier nicht im allgemeinen auf diese Mission eingegangen werden; nur auf die Verhandlungen bezüglich des Manifests sei ein Blick geworfen. Der 5. Artikel der königlichen Instruktion wies den Gesandten an, „den Höfen von Wien und Berlin Vorstellungen zu machen, wie nützlich es wäre, wenn sie gemeinsam mit den übrigen verbündeten Mächten ein Manifest erließen, und wie wichtig es wäre, in diesem Manifest einen Unter-

schied festzustellen zwischen den Jakobinern und dem anderen Teile der Bevölkerung, nämlich denjenigen, die noch fähig wären, von ihrer Verirrung zurückzukommen, und die, ohne gerade die gegenwärtige Verfassung zu wollen, die Abschaffung der Mißbräuche und die Herrschaft der gemäßigten Freiheit unter einem Monarchen mit gesetzlich beschränkter Machtvollkommenheit wünschen ......" Dem Manifest soll solche Fassung gegeben werden, daß die Grundwahrheit darin hervortritt, der Krieg werde nur geführt gegen eine der bürgerlichen Gesellschaft feindlich gesinnte Partei und nicht gegen die französische Nation; es gelte nur die Verteidigung legitimer Herrscher und Völker gegen eine tolle Anarchie, welche alle gesellschaftlichen Bande unter den Menschen zerreißen und alle Verträge zum Schutze der Freiheit, des Friedens und der öffentlichen Sicherheit brechen will. Es soll die beruhigende Erklärung gegeben werden, daß Frankreich keine Zertrümmerung von bestehenden Einrichtungen und keine Aufnötigung von Gesetzen zu befürchten habe, aber zugleich soll der Nationalversammlung, den Verwaltungsstellen, den Gemeindebehörden, den Ministern bedeutet werden, daß man sie persönlich und einzeln mit Gut und Blut verantwortlich mache für alle Angriffe gegen die geheiligte Person des Königs, der Königin und der ganzen königlichen Familie, gegen Leben und Eigentum aller Bürger.

Nach Anleitung dieser Instruktion hatte Mallet du Pan einen Entwurf ausgearbeitet. In Mainz wurde darüber mit Graf Cobenzl, Graf Haugwitz und General Haymann verhandelt. Sybel vermißt darin eine entschiedene Gewährleistung, daß die verbündeten Mächte nicht bloß keine Eroberung, sondern auch nicht die Wiederaufrichtung des Feudalstaates in Frankreich beabsichtigten. Es war aber wenigstens angedeutet in der Versicherung, daß zwischen der gesetzlosen Partei und den Freunden einer gemäßigten Freiheit unter einem Monarchen mit gesetzlich beschränkter Machtvollkommenheit unterschieden werden sollte. Allerdings hätte noch klarer und bestimmter ausgesprochen werden können, daß die Bundesgenossen des Königs ebenso wenig, wie dieser selbst, daran dächten, die

wichtigsten Errungenschaften des Jahres 1789: die Zugänglichkeit aller Ämter und Ehren für alle Stände, die Aufhebung der gutsherrlichen Rechte und die Abschaffung der Kirchenzehenten, rückgängig zu machen. Doch nicht einmal die abgeschwächte Betonung des Konstitutionalismus, wie sie Mallet du Pan sich erlaubt hatte, fand den Beifall der deutschen Staatsmänner; aus Mallets Entwurf wurde wohl der eine und andere Gedanke bei Abfassung des Manifests berücksichtigt, aber in so vergröberter Form, wie sie der kluge Schweizer nie gebilligt hätte.

Dagegen wurde ein andrer, mehr der Auffassung und den Wünschen der Emigranten entsprechender und auch aus ihrem Lager gekommener Entwurf von den in Mainz tagenden Monarchen und Staatsmännern zur Grundlage des wirklichen Manifests bestimmt. Am 18. Juli schrieb Graf Fersen aus Brüssel an Marie Antoinette: „Man arbeitet an dem Manifest. Ich habe eines verfassen lassen durch Herrn von Limon; von ihm hat es Herr von Mercy erhalten, ohne daß er weiß, daß es von mir ist. Es ist sehr gut und entspricht allen Anforderungen. Man macht niemand eine Zusage, keine Partei wird verletzt, keine Verpflichtung wird übernommen, und die Stadt Paris wird für den König und seine Familie verantwortlich gemacht.“

Noch ein dritter, im Auftrag der Zarin Katharina gefertigter Entwurf lag in Mainz vor. Im Tagebuch Fersens findet sich am 22. Juli der Eintrag: „Entwurf eines Manifests wird Caraman von Schulenburg gezeigt; gut, aber zu lang. Es war darin die Rede von der Einberufung der Generalstaaten. Caraman hat es gemißbilligt, Schulenburg gab ihm Recht, erklärte aber, es sei die Idee der Kaiserin, vom Fürsten von Nassau überbracht; versprach, es abzuändern. Caraman äußert, es müsse sehr kurz sein und sehr stark die Freiheit des Königs betonen, die Verantwortlichkeit von Paris oder jeder andren Stadt, wo sich der König aufhielte; Sicherheit und Schutz versprechen allen friedlichen Bürgern, dagegen sollen alle bewaffneten als Hochverräter am König behandelt werden.“

Wie erwähnt, wurde dem Entwurfe Limons der Vorzug gegeben. Am 26. Juli schreibt Fersen in sein Tagebuch: „Brief von Limon; er ist zufrieden mit der Proklamation; man hat teilweise die seine angenommen; er glaubt, daß Calonne die Prinzen verlassen wird. Mercy sagt mir, daß man im Manifest Paris für die königliche Familie verantwortlich machte.“ Am nämlichen Tage schreibt Fersen an Marie Antoinette: „Das Manifest ist fertig, und Herr von Bouillé, der es gesehen hat, sagte darüber zu Baron Breteuil: Man folgt durchweg Ihren Grundsätzen, die, wie ich zu sagen wage, auch die unseren sind, für das Manifest und den allgemeinen Plan, trotz der Intrigue, deren Zeuge ich war und die ich verlachte, da ich nach Allem, was ich wußte, sicher war, daß sie nicht die Oberhand gewinnen werde.“

Man hat die Frage aufgeworfen: wie war es möglich, daß das vom 25. Juli datierte Schriftstück schon am 28. in Paris bekannt wurde? und man hat aus der Verneinung dieser Frage den Schluß gezogen, daß das Manifest aus den Tuilerien gekommen sei. Davon ist aber gewiß nur so viel richtig, daß die allgemeinen Grundzüge dort bekannt waren, weil sie ja wirklich von dort ausgegangen waren. Das Manifest im Wortlaut kam auch dem Grafen Fersen erst am 28. Juli vor Augen. „Herrn Crawford gesehen,“ schreibt er in sein Tagebuch, „ich las ihm die Erklärung des Herzogs von Braunschweig vor, die vortrefflich ausgefallen ist; es ist diejenige Limons, nur ist die Einleitung weggelassen worden.“ Auch die Königin wußte nicht, welche Fassung für das Manifest gewählt worden war; dies erhellt aus dem Briefe Fersens an Marie Antoinette vom 28. Juli: „Ich erhalte in diesem Augenblick die Erklärung des Herzogs von Braunschweig, sie ist sehr gut; es ist diejenige Limons, und er hat sie mir geschickt; um jedem Verdacht auszuweichen, sende ich sie Ihnen nicht, aber Herr Cr(awford) wird sie an die englische Gesandtschaft zu Lord Kery senden; dieser wird sie dann an Herrn von Lamb(ese) übermitteln.“ Wann und wie der König davon Kenntnis erhielt, wissen wir nicht; in der amtlichen Mitteilung, die er am 3. August an die

Nationalversammlung gelangen ließ, spricht er davon wie von einem Dokument, von dem ihm keine offizielle Nachricht zugegangen sei. —

Sehen wir uns nun den Verfasser etwas näher an.

Herr von Limon, Baron von Hallnin, früher Finanzdirektor des Herzogs von Orleans, hatte sich gleich seinem Herrn mit der Idee einer Reform der Gesellschaftsordnung befreundet, hatte sich aber, wie er selbst versicherte, schon unmittelbar nach den ersten stürmischen Auftritten in der Nationalversammlung von den revolutionären Grundsätzen abgewendet und gleich anderen befreundeten Emigranten nach Brüssel gewendet. Im März 1792 suchte er mit Graf Schulenburg in Fühlung zu treten; er übersandte dem preußischen Minister seine Denkschrift „Elémens de la théorie de change et de l'agio des assignats." Nach leidenschaftlichen Klagen über die in Paris zur Herrschaft gelangten Verbrecher und Tollhäusler wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, der bevorstehende Nachezug des Kaisers und des Königs von Preußen werde in Bälde die Revolution zerschmettern. Denn auch im eigenen Interesse der legitimen Fürsten sei es geboten, den Zusammensturz des französischen Thrones nicht zu dulden, denn damit werde das Gleichgewicht Europas für immer zerstört sein. „Descartes sagt: ‚Gebt mir einen festen Stützpunkt, und ich will die Welt aus den Angeln heben!' So ist es auch mit der Revolution. Wenn sie erst einmal in Frankreich gesiegt hat, wird sie überall den Sieg davontragen. Hat man nicht gesehen, daß die bei uns aufgetauchte Freiheit seit ihrem ersten Ueberschäumen die belgischen Provinzen in Unruhe brachte, ebenso das Lütticher Land und Holland, und auch am Rheinufer einige Geister erhitzte?" An den Monarchen sei es also, die ruchlose Bewegung im Keime zu ersticken. Noch einen weiteren Aufschub, und alle Fürsten könnten genötigt werden, sich wie Cäsar in den Mantel zu hüllen oder wie Heinrich IV. die eigenen Staaten zurückerobern zu müssen. Doch werde wohl durch die Weisheit Leopolds, der im gegenwärtigen Augenblick das Geschick Frankreichs, ja der ganzen Welt in Händen habe, durch die

Großmut des Don Carlos, den Heldensinn Gustavs, dieses gekrönten Bayard, den Mannesmut Katharinas, die Wachsamkeit des Nachfolgers des großen Friedrichs, der jetzt noch mit ihm wetteifere, bald ihm ebenbürtig sein werde, endlich durch die Klugheit Amadeo's das drohende Unheil rechtzeitig abgewendet und der Wahlspruch Heinrichs IV. zur That werden: „Siegen und verzeihen!“

Schulenburg sprach für die „interessante“ Schrift verbindlichen Dank aus, gab aber der Anregung, mit Limon zur Beratung der gemeinsamen legitimen Interessen in Verbindung zu bleiben, keine Folge. Dagegen scheint Limon dem preußischen General von Haymann, der, selbst Emigrant, sich gern in politische Geschäfte mischte, näher getreten zu sein, doch ging der Auftrag zur Abfassung des Manifests, wie später von Schulenburg — freilich im Widerspruch mit Limon, der auch von den preußischen Ministern eine Einladung erhalten haben wollte, — bestimmt versichert wurde, nicht von preußischer, sondern von österreichischer Seite aus, von Mercy und Metternich.

In Frankfurt, wo am 14. Juli 1792 die Krönung Franz II. stattgefunden hatte und am 17. die Beratungen über den Feldzug in Frankreich eröffnet worden waren, überreichte Limon den kaiserlichen Ministern Cobenzl und Spielmann den Entwurf zu einem Aufruf an die Franzosen. Ohne Zweifel war es der nämliche, von dem in Fersens Tagebuch die Rede ist; in wie weit der Schwede selbst darauf Einfluß hatte, — die schon erwähnten Bemerkungen des Schweden scheinen auf solche Mitwirkung hinzudeuten — ist nicht festzustellen; Limon erwähnt in seinen Briefen den Grafen niemals, sondern spricht vom Manifest nur als von seiner eigenen Arbeit. Erst in Mainz, wo Kaiser Franz und König Friedrich Wilhelm am 19. Juli zusammentrafen, wurde auch Graf Schulenburg zur Beratung des Entwurfs, der in Frankfurt schon vom Kaiser gebilligt worden war, beigezogen; nach Vornahme einiger Änderungen kam das Schriftstück in den Druck.

Bei den Frankfurter Beratungen war Limon selbst nicht anwesend. Dies erhellt daraus, daß der Franzose am 25. Juli von Koblenz aus an Schulenburg die Bitte richtete, es möchten ihm doch einige Exemplare der Proklamation zur Verfügung gestellt werden, denn man werde doch wohl begreiflich finden, daß er die Änderungen, die sein Plan erfahren habe, wenigstens gedruckt kennen lernen möchte. Schulenburg entsprach dem Wunsche durch Übermittlung einiger Exemplare. „Sie werden sehen, daß das Manifest von Ihrem Entwurfe abweicht, aber wenn wir auch Änderungen vornahmen, so behielten wir doch mehrere wichtige Punkte bei, zu denen Sie die Ideen geliefert haben und denen allgemeiner Beifall zu teil geworden ist.“

Die wichtigste Änderung war der Abstrich der ganzen Einleitung des Entwurfes. Später — in einem Briefe an den König von Preußen vom 16. Oktober 1796 — stellte Limon die Behauptung auf, nur dieser Abstrich des ersten Teiles habe den üblen Eindruck des Manifests in Frankreich verschuldet, denn ohne die vorbereitenden, erklärenden Worte habe die Drohung mit der Einäscherung von Paris nur als brutale Prahlerei wirken können. Zugleich beklagte Limon die verfrühte Veröffentlichung des Manifests; man habe ihm versprochen, dasselbe erst, wenn die Armeen der Verbündeten vor den Thoren von Paris ständen, bekannt zu machen; statt dessen sei die Kundgebung schon bei dem ersten Einmarsch der Preußen auf französisches Gebiet erfolgt, also zu einer Zeit, da die Pariser noch keinen Anlaß hatten, sich beunruhigt zu fühlen.

Die eine Beschwerde Limons ist so wenig begründet, wie die andere. Der gestrichene Teil des Entwurfes ist im Tone nicht minder herausfordernd und beleidigend, als der beibehaltene, und in Bezug auf die Veröffentlichung ergibt sich aus den Briefen Limons an Schulenburg gerade das Gegenteil der späteren Behauptung. Nicht bloß war Limon auf Schulenburgs Wunsch sofort bereit, die Erklärung des Herzogs von Braunschweig in die Zeitungen zu bringen, sondern er drang unablässig in den Minister, durch allerlei Mittel die Wirkung des Manifests noch zu steigern.

Es seien Zweifel an der Echtheit der Proklamation in Frankreich aufgetaucht, schrieb er am 1. August; um sie zu beseitigen, sollten sofort große Massen von Exemplaren durch Trompeter an die Befehlshaber der französischen Festungen und durch Kuriere an die Bürgermeister der Städte und die Nationalversammlung verteilt werden. „Diese loyale Form der Bekanntmachung wird den Aufruf weit wirkungsvoller machen, und Ew. Excellenz werden sich, wie ich voraussetzen darf, dazu Glück wünschen, daß Sie es angenommen haben." Desgleichen schlägt er vor, das Manifest beim Vordringen der deutschen Truppen in allen Städten und Dörfern als Plakat bekannt zu machen; auch heimliche Massenverbreitung durch die Anhänger des Königs in Paris und anderen Städten wird empfohlen. Nur durch solche Mittel könne der Widerstand Frankreichs gebrochen, unnötigem Blutvergießen vorgebeugt und die Sicherheit der königlichen Familie verbürgt werden. Diesen feurigen Mahnungen gegenüber beschränkte sich Schulenburg auf die Anzeige, daß das Manifest bereits den fremden Höfen und den preußischen Zeitungen zugeschickt worden sei, und auf das Versprechen, die anderen Mittel in Erwägung zu ziehen.

Aus Schulenburgs Briefen ergibt sich aber auch, daß die Zusatzerklärung vom 27. Juli nicht von Limon herrührt, daß sie gegen den Willen Schulenburgs und des Vertrauensmannes König Ludwigs XVI., des Marquis von Breteuil, durch Umtriebe der emigrierten Prinzen zu stande gekommen ist. „Ich habe mich nach meiner Rückkehr," schrieb Limon am 1. August aus Brüssel an Schulenburg, „über den Vorschlag, den man Ihnen unterbreitet hat, in einer zweiten Deklaration den Fall einer Abführung des Königs in das südliche Frankreich vorzusehen, mit Baron Breteuil ins Benehmen gesetzt. Ich habe ihm gesagt, daß ich für meine Person eine solche Maßnahme, weil sie einem verhängnisvollen Gedanken Rückhalt geben kann, nicht gutheißen möchte, daß ich aber nicht wage, in einer so heiklen Frage Ihnen einen Rat zu erteilen, um mir nicht etwa einen unglücklichen Erfolg mein Leben lang vorwerfen zu müssen. Baron Breteuil aber, wie es sich

ziemt, entschlossener als ich, hat mich ersucht, Ihnen, falls ich einmal an Sie schriebe, die Versicherung zu geben, daß er es für sehr gefährlich und verhängnisvoll halte, sich anmerken zu lassen, daß die Mächte eine gewaltsame Fortschleppung des Königs befürchteten oder überhaupt für möglich hielten. Doch diese Erwägungen sind ohne Zweifel heute überflüssig, weil Ihr Entschluß in diesem Augenblick schon gefaßt sein wird." „Sie wissen schon," erwiderte darauf Schulenburg (8. August), „wie ich denke über diese zweite Deklaration, die also auch von Herrn von Breteuil in gleicher Weise beurteilt wird. Ich habe nicht unterlassen, dringend davon abzuraten, aber Ihre Landsleute haben immer stürmischer darauf bestanden und immer noch lauter geschrieen: auf die Deklaration verzichten, heiße den König von Frankreich ermorden! bis sie ihren Willen endlich durchsetzten. Das sonderbare Schriftstück existirt jetzt wirklich, was mich nicht weniger verdrießt als Sie." Herr von Montier, ein Höfling im Gefolge des Grafen Artois, war der Verfasser; dies erfahren wir aus einem Briefe des Grafen Schulenburg an die in Berlin zurückgebliebenen Kollegen Finkenstein und Alvensleben. Nach bitterer Klage über das anmaßende, selbstsüchtige Gebahren der französischen Prinzen und ihres Gefolges fährt Schulenburg fort: „Einem anderen aristokratischen Manöver verdankt die beiliegende Zusatz-Deklaration ihre Entstehung. Sie ist nichts anderes als eine Erweiterung des Artikels 8 des ersten Aufrufes des Herzogs von Braunschweig, und um mich ganz deutlich auszudrücken, nichts andres als eine Prahlerei, die dem König von Frankreich nur Schaden bringen kann. Die Idee kommt von Herrn von Montier, der sich in Koblenz umhertreibt und sich auch verpflichtet fühlt, sein Gerstenkorn in den Sack zu werfen. Es ist peinlich, mit Leuten solchen Schlages verhandeln und ruhig zusehen zu müssen, wie sie jeden Augenblick die besten Pläne durchkreuzen, aber ich fürchte, daß dies mein Schicksal bleiben wird, so lange wir die Emigranten auf dem Halse haben; es war ja vorauszusehen, daß uns von dieser Seite die schlimmsten Ungelegenheiten erwachsen würden."

Um auch den von den österreichischen und preußischen Ministern verworfenen, ersten Teil seines Entwurfes zur Geltung zu bringen, ließ ihn Limon, angeblich auf Wunsch Cobenzls und mit Zustimmung Schulenburgs drucken. „Ich werde dieser Schrift,“ schrieb er an Schulenburg (1. August), „den Namen ‚Manifest aller Völker gegen die französische Revolution‘ geben; Breteuil, den ich sie lesen ließ, ist der Meinung, daß sie große Wirkung in Frankreich üben werde, daß sie viel dazu beitragen könnte, die vorliegenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, den Widerstand zu brechen, allem Blutvergießen vorzubeugen und die Sicherheit der königlichen Familie zu befestigen.“ Acht Tage später legte Limon dem Minister die fertige Druckschrift vor und knüpfte daran die Forderung, es möchte auch diesem Manifest amtlicher Charakter verliehen werden. „Wenn Ew. Excellenz die Güte haben werden, dieses Manifest noch einmal durchzulesen, werden Sie darin, wie ich hoffen darf, ein Bild der Revolution finden, das sowohl auf die Franzosen, als auf die Fremden einen abstoßenden Eindruck machen wird; freilich würde es noch eine zehnfach stärkere Wirkung erzielen und vielleicht die Rettung unsres unglücklichen Monarchen zur Folge haben, wenn sich Ew. Excellenz entschließen könnten, dem Manifest zu höherem Ansehen und weiterer Verbreitung behilflich zu sein. Es entspricht Wort für Wort dem Plane, der in Frankfurt den Beifall des Herrn von Cobenzl gefunden hat. Es entspricht Wort für Wort den Grundsätzen und Anschauungen der beiden Höfe. Sie selbst waren der Meinung, daß eine Veröffentlichung von Vorteil sein könnte. Heute, Herr Graf, kann sie vom allergrößten Nutzen sein, um das Leben des Königs zu erhalten. Beeilen Sie sich also, die Augenblicke sind kostbar! Hilfe kann gar nicht rasch, nicht ausgiebig genug geleistet werden. Heute wagt ja bereits diese ruchlose Versammlung, über ihren König und Herrn zu Gericht zu sitzen und die Frage der Absetzung hitzig zu verhandeln. Das hieße nichts andres, als einen so tugendhaften König für vogelfrei erklären und sein erhabenes Haupt der Willkür der Verschworenen preiszugeben. O wie ge-

legen käme also das Lob der Tugenden, der Grundsätze, der Regierung dieses Königs, so wie es in dem Manifeste verkündet ist, wenn sich Seine Majestät der König von Preußen entschließen könnten, es an Kindesstatt anzunehmen. Eine solche Schutzrede würde die Verleumdungen zerstreuen und den König, wenn man sich eines solchen Ausdruckes bedienen dürfte, rechtfertigen, ohne die königliche Würde bloß zu stellen."

Schulenburg lehnte aber ebenso entschieden wie höflich ab, den pathetischen Panegyrikus unter offizieller Flagge in die Welt zu senden. Die Denkschrift mache dem Herzen des Verfassers alle Ehre, erwiderte er, aber schon die dafür gewählte Form lasse eine amtliche Verbreitung unstatthaft erscheinen; es müsse also dem Verfasser überlassen bleiben, für weitere Verbreitung Sorge zu tragen. Auch die Verwendung des Herrn von Tauenzien vermochte den Minister nicht umzustimmen. Er halte das „Manifest aller Völker" für nützlich und zeitgemäß, schrieb er nochmals an Limon (12. August), er habe auch gegen die Veröffentlichung in der Gazette des Pays-Bas nichts einzuwenden, aber von amtlicher Bekanntmachung könne nicht die Rede sein. „Wenn Sie einen Augenblick darüber nachdenken, wird Ihnen klar werden, daß man, nachdem Sie mit dichterischer Freiheit den Aufruf den beiden kriegführenden Monarchen in den Mund gegeben haben, die Schrift unmöglich im Namen der verbündeten Höfe erscheinen lassen kann." Nochmals versuchte Limon, den Minister von der Zweckmäßigkeit seines Vorschlags zu überzeugen. Das „Manifest aller Völker", schrieb er am 15. August, habe schon ersichtlich gute Wirkung erzielt. „Man ist sehr geneigt, darin eine amtliche Kundgebung zu erblicken, oder vielmehr, man sieht es thatsächlich als solche an. Alle öffentlichen Organe, die davon Notiz genommen haben, stimmen darüber überein, daß es als ein Meisterwerk von Staatsweisheit (!) anzusehen sei." Schulenburg wies jedoch auch diesmal das Ansinnen ab. Auch andere Vorschläge Limons, es möge ein eigenes Civilkabinett zu Wiederverbreitung königstreuer Gesinnung in Frankreich errichtet, ein weiteres Manifest mit Bezugnahme auf die heillosen Vorgänge des 10. August

erlassen, die Stadt Varennes zur Strafe für den am König verübten Verrat in Asche gelegt werden u. s. w., erlangten nicht die Zustimmung des Ministers, wie ruhmredig auch die Wirkung der antirevolutionären Heilmittel ausgemalt wurde. Die Ratschläge waren ja offenbar in erster Reihe nur darauf berechnet, die Verdienste Limons, der sich einmal selbst als „eine nicht unwürdige und durchaus notwendige Ergänzung zum ersten Kapitän Europas, dem Herzog von Braunschweig" bezeichnet, in helles Licht zu rücken.

Als das „Manifeste de tous les peuples" als Flugschrift und auszugsweise auch in rheinischen Blättern erschienen war, wurde, obwohl „ein ausgewanderter Franzose" als Verfasser genannt war, der „erneuten Verschärfung des ersten Manifests" sogar von den Ministern Finckenstein und Alvensleben amtlicher Ursprung zugeschrieben. Schulenburg klärte sie über die wirkliche Herkunft auf. „Sie fordern von mir Aufklärung über ein angebliches neues Manifest zur Bekämpfung der Revolution, das in der Kölnischen Zeitung abgedruckt ist. Ich lese dieses Blatt nicht, weiß also nicht, um was es sich handelt, doch ich glaube es zu ahnen. Baron Limon, einer der Vertrauten des Herrn von Breteuil und empfohlen durch loyale Dienste, hat ein Schriftstück verfaßt, betitelt ‚Manifeste de tous les peuples', und hat mir vorgeschlagen, dasselbe auf amtlichem Wege erscheinen zu lassen. Ich habe ihn abgewiesen, indem ich ihm vorstellte, daß schon die Form seines Werkes eine amtliche Verbreitung unmöglich mache; er hat es ja für gut befunden, im Namen der zwei Fürsten, die Frankreich ihren Schutz angedeihen lassen, das Wort zu führen. Er hat seither die Schrift als einfache literarische Arbeit drucken lassen, und ich darf wohl annehmen, er hat sie auch in der Kölnischen Zeitung untergebracht, aber die Eingeweihten brauchen sich dadurch nicht täuschen zu lassen, da dieses nachträgliche Manifest von uns nicht verbreitet und mit keinem amtlichen Charakter bekleidet worden ist."

Das „Manifest aller Völker" ist ein feuriger Aufruf zum

Kreuzzug gegen die gottlosen Jakobiner, die sich nicht scheuen, den besten aller Könige zu mißhandeln, und sich rüsten, ganz Europa in Brand zu stecken. Schon habe jakobinische Zügellosigkeit auch deutsche Unterthanen angesteckt, und es sei dringend geboten, der geheimen Verbindung aller demokratischen Kreise mit den Lehrern des Verbrechens in Paris sorgfältig nachzuspüren.

Doch obwohl Limon seine loyale Gesinnung und seinen Eifer für die legitime Sache sogar so aufdringlich bethätigte, daß sich die deutschen Diplomaten dadurch belästigt fühlten, mußte er doch die Erfahrung machen, daß seine Königstreue in Zweifel gezogen wurde.

Im Herbst 1792 siedelte er von Brüssel nach Wien über. Plötzlich, am 12. Februar 1793, erging an ihn und seinen bei ihm wohnenden Bruder die Weisung, binnen acht Tagen die kaiserlichen Erblande zu verlassen, ohne daß ein Grund der Ausweisung angegeben wurde. Noch am nämlichen Tage legte Limon beim Ministerium und unmittelbar bei Kaiser Franz Verwahrung ein. Es dürfte sich verlohnen, auch auf diese im Wiener Archiv verwahrten Schriftstücke näher einzugehen, weil sie für die Geschichte des Manifests nicht ohne Bedeutung sind.

„Ew. Excellenz wissen selbst," schrieb Limon an Cobenzl, „daß ich einen Lobspruch auf Kaiser Leopold verfaßt habe, daß ich auf Ihren Befehl in Frankfurt erschienen bin, daß ich das Manifest verfaßt habe, daß ich immer von bestem Eifer beseelt war, daß ich belgischer Unterthan bin und als solcher Anspruch auf den Schutz der Gesetze des Landes habe, daß ich aber nur die einzige Gnade erflehe, nicht durch eine schreiende Ungerechtigkeit entehrt zu werden, und daß ich verlangen kann, die Verleumdung kennen zu lernen, um sie zu widerlegen."

Zugleich legte Limon dem Minister ein Schreiben des in Wien lebenden Herzogs von Polignac, des Günstlings der Königin Marie Antoinette, vor, worin der Loyalität der beiden Limon das günstigste Zeugnis ausgestellt war. Allerdings habe einmal ein anonymes Pamphlet den älteren Bruder wegen angeblicher Be-

ziehungen zu einem Abbé Dubois und aus Anlaß einer Reise nach Chambery verdächtigt, doch eine strenge Untersuchung durch „Monsieur le régent“ und den Grafen von Artois habe die Unschuld des Verleumdeten festgestellt; von den königlichen Prinzen selbst sei in eigenhändig geschriebenen und gesiegelten Briefen, die der Herzog von Polignac vor sich gehabt habe, anerkannt worden, daß die beiden Brüder die Achtung aller guten Franzosen verdienten; den unwiderleglichsten Beweis seines Vertrauens habe der Regent dadurch gegeben, daß er seine Briefe an Polignac den nach Wien reisenden Brüdern zur Besorgung einhändigte. Mit gutem Gewissen könne also versichert werden, daß die bewährten Diener ihres Königshauses vollkommen würdig seien, in der Hauptstadt Kaiserlicher Majestät ihre Wohnung zu nehmen.

Auch in einer unmittelbar an den Kaiser gerichteten Eingabe sprachen die Brüder ihr schmerzliches Erstaunen über die ungerechte Ausweisung aus und verlangten nähere Untersuchung des Falles. „Wir hängen nicht am Leben, man mag darüber verfügen, aber unsre Ehre müssen wir schützen und wahren!“ Vermutlich habe sich der Verdacht eingenistet, daß der ältere Bruder noch immer als Gesinnungsgenosse des Herzogs von Orleans anzusehen sei. „Ich kann nachweisen, daß ich in die Dienste des Herzogs mit Ehren getreten bin, mit Ehren meinen Posten versehen und noch ehrenhafter verlassen habe.“ Seit die Brüder, als Bürger einer belgischen Stadt auch Unterthanen des Kaisers, durch die Raubzüge Dumouriez' aus ihren Besitzungen vertrieben, nach Wien gekommen seien, habe der jüngere immer die Pflichten seines geistlichen Standes vor Augen gehabt, der ältere an einer schon weit gediehenen Schrift über das Martyrium seines unglücklichen Königs gearbeitet; möge ihm also wenigstens Zeit gelassen werden, dieses Werk der Liebe zu vollenden.

In einem gesonderten Bericht spricht sich der ältere Limon noch eingehender über sein Vorleben und namentlich über sein Verhältnis zum Hause Orleans aus. Die Stellung im Dienste des Herzogs sei ihm vom Könige selbst verliehen worden; nur auf

Zureden des Herrn von Vergennes und des kaiserlichen Gesandten, Fürsten von Nassau, habe er sie 1786 angenommen; seither habe er nur mit Finanzgeschäften zu thun gehabt, niemals andre Aufträge übernommen. „Ich habe niemals über die Schwelle der Maitresse des Herzogs, Frau von Buffon, den Fuß gesetzt, sondern im Gegenteil immer der Frau Herzogin, deren Tugenden ihrem Unglück gleich kommen, meine Aufwartung gemacht.“ Er habe zuerst dem Grafen von Artois den Rat gegeben, Paris zu verlassen, und er selbst sei in Begleitung seines Bruders bald darauf, am 28. Juli 1789, nach österreichisch Flandern geflohen. Darauf habe man ihn auf die Proskriptionsliste des Stadthauses gesetzt, in seiner Wohnung alle Familienpapiere durchsucht und insbesondere wegen einer an ihn nach Ostende adressierten Papierschachtel strenge Untersuchung eingeleitet. Erst drei Monate nach der Schreckensnacht vom 5. Oktober habe er sich wieder nach Paris gewagt; die Reise sei über Tournay, Lille, St. Amand, Bouchain Albert, Lafère, Soissons und Meaux gegangen; da er an allen diesen Orten Holzlieferungen für Arme gemacht habe, sei die Richtung der ganzen Reise zu kontrollieren. Die Rückkehr sei überhaupt nur erfolgt, weil er es für ehrenhaft angesehen habe, zuerst über seine Verwaltung von 200 Millionen genaue Rechenschaft abzulegen und dann freiwillig, „ohne einen Tag zu verlieren“, auf seinen Posten zu verzichten. Seit Jänner 1790 habe er, abgesehen von Ausflügen nach seinen Besitzungen in der Normandie, in Paris gewohnt bis zur Rückkehr des Königs von Varennes; dann sei er zum zweitenmal über Abbeville und Lille nach den Niederlanden ausgewandert und teils in Menin, teils in Brüssel geblieben, bis ihm vom Grafen Mercy, den er vor Jahren in Paris bei Herrn de la Borde kennen gelernt, und vom Grafen Metternich die Einladung zugekommen sei, sich nach Frankfurt zu begeben und am geplanten Manifest mitzuarbeiten. Eine solche Einladung lasse doch wohl darauf schließen, daß sich die beiden hohen Beamten des Kaisers über die Gesinnungstüchtigkeit ihres Vertrauensmannes nicht im Unklaren gewesen seien. Nach der Abfassung des Mani

fests habe er wieder in Brüssel gelebt, bis ihm nach der Katastrophe von Mons der Gedanke gekommen sei, ausgerüstet mit Empfehlungen Monsieurs und des Grafen von Artois an den Herzog von Polignac, des Herrn von Metternich an Graf Cobenzl, des Kardinals Bernis an Kardinal Caprara und den spanischen Gesandten 2c., nach Wien überzusiedeln. In der Kaiserstadt habe er schlicht und zurückgezogen gelebt, nur mit ehrenhaften Leuten verkehrt und sich weder in politische, noch in finanzielle Geschäfte eingelassen. „Ich habe mich auch nicht eingemischt in die Anleihe von vier Millionen, welche der Agent Becker von Brüssel unter der Leitung des Herrn de la Touche, heute Piraten im Mittelmeer, für den Herzog von Orleans in Antwerpen und Holland gemacht hat. . . . Mit einem Wort, ich versichere auf meine Ehre, daß ich und mein Bruder seit mehr als sieben Jahren nicht mehr in Holland und England gewesen sind, daß wir uns binnen sieben Jahren nicht auf achtzig Meilen den Grenzen der Schweiz, Savoyens, Italiens und Spaniens genähert haben, daß wir in keinem fremden Lande gewesen sind, außer in Brüssel und den Niederlanden. Wir wollen unsere Köpfe auf den Block legen, wenn sich dies nicht als volle Wahrheit erweist.“ Als Bürger von Menin seien sie kaiserliche Unterthanen; ihr Besitztum in Flandern habe einen Wert von 500,000 Livres; er hege auch die Absicht, nicht mehr nach Frankreich zurückzugehen, sondern sich zwischen Menin und Courtray ein Schloß zu bauen, um den Rest seiner Tage unter dem friedlichen Scepter Kaiserlicher Majestät zu verleben.

Noch am nämlichen Tage (12. Februar) richtete Limon ein weiteres Schreiben an den Kaiser. Er wisse jetzt, von wem die Verleumdung ausgehe, die gegen ihn so beleidigendes Mißtrauen wachgerufen habe. „Laclos, die berüchtigte Kreatur des Herzogs von Orleans, voll Zorn darüber, daß ich das Palais Royal verließ, um mich zur guten Sache zu schlagen, verfolgte mich schon in den Niederlanden durch eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung; er gab an, daß ich in Chambery gewesen wäre, während ich doch dieser Stadt nicht auf hundert Meilen nahe gekommen bin,

und daß ich mit einem Abbé Dubois verkehrt hätte, während ich diesen Mann in meinem Leben niemals gesehen habe." Monsieur, dadurch irre geleitet, habe den Bischof von Lüttich bewogen, feindselig gegen Limon aufzutreten, doch bald habe er seinen Irrtum eingesehen und gemeinsam mit dem Grafen von Artois an alle Emigrantenausschüsse eine offene Erklärung gerichtet, sie seien nach wie vor überzeugt, daß die Herren von Limon als achtbare Leute volles Vertrauen verdienten. Graf Mercy sei über das Vorgehen des Bischofs von Lüttich und die Mißachtung des von Marschall Bender ausgestellten Passes nicht wenig aufgebracht gewesen, und Graf Metternich habe dem bischöflichen Ministerium sein Befremden ausgedrückt; beide würden sicherlich die Wahrheit der Aussagen der Brüder Limon ebenso gern verbürgen, wie Seine Hoheit der Regent und der Graf von Artois.

Limon befand sich aber mit der Vermutung, daß seine Ausweisung nur auf das Wiederaufleben jener alten Gerüchte zurückzuführen sei, auf falscher Fährte; der Kaiser war gewarnt worden, daß die Brüder Limon gegen ihn ein Attentat planten. Nach den Aufschlüssen Limons neigte Cobenzl zur Annahme, daß nur eine grundlose Verdächtigung vorliege. „Nach einer genauen Durchlesung und Erwägung der mir von Eurer Majestaet zugeschickten, hier wieder gehorsamst angebogenen Papiere," schrieb er am 13. Februar an den Kaiser, „kann ich über die Unschuld des Mr. de Limon und über den gänzlichen Ungrund des ihm angedichteten Attentats keinen Zweifel hegen und muß daher der allerhöchsten Milde lediglich unterziehen, ob Eure Majestaet gnädigst geruhen wollten, den wegen Abschaffung der beyden Limon an den Grafen Pergen erlassenen Befehl zurückzunehmen und gedachten zwey Brüdern den ungehinderten Aufenthalt hier zu gestatten." Kaiser Franz verfügte aber: „Es hat bey meiner Resolution zu verbleiben."

Nun spielte Limon eine andere Karte aus. Er und sein Bruder, erklärte er, seien zur Zeit von allen Geldmitteln entblößt; wenn also Kaiserliche Majestaet auf der Ausweisung beharre, müsse

er, wie schmerzlich es ihm auch falle, daran erinnern, daß das kaiserliche Kabinet gegen ihn noch gewisse Verpflichtungen habe. Auf Befehl des Grafen Mercy sei er seinerzeit nach Frankfurt gereist, nicht etwa, um sich die Krönung anzuschauen, denn diese sei schon vorüber gewesen, sondern um den Entwurf zum Manifest zu überbringen; diese in kaiserlichem Auftrag vollzogene Reise habe ihn 150 Louisdor gekostet. „Es ist höchst peinlich für mich, davon sprechen zu müssen, und ich würde mich gewiß niemals dazu verstanden haben, wenn ich nicht in die Zwangslage versetzt wäre, mir die zur Ausführung der kaiserlichen Befehle nötigen Mittel zu verschaffen; der Schmerz würde mich tödten, wenn meine Forderung allerhöchstes Mißfallen erregen würde, und obwol es sich nur um einen vollkommen gerechten und, ich darf wohl sagen, geheiligten Anspruch, um die Vergütung von wirklichen Auslagen handelt, bringe ich sie mit äußerstem Widerstreben, aber zugleich mit vollem Vertrauen auf die Billigkeit Kaiserlicher Majestaet, meines erhabenen Herrn, vor die Augen Eurer Excellenz; Sie haben ja meine Arbeit in Frankfurt empfangen, und an Sie war ich von Graf Mercy gewiesen." Cobenzl legte das neue Gesuch dem Kaiser vor mit der Bemerkung: „Daß es ihm bey dermaligen Umständen am Gelde mangeln möge, ist wohl leicht möglich, gewiß ist es aber, daß ihn Graf Mercy nach Frankfurth geschickt hat, um zur Entwerfung eines Manifests gegen Frankreich gebraucht zu werden, und daß er dafür nichts erhalten, noch begehret habe; wollten ihm nun Eure Majestaet in dieser Rücksicht, wie es nicht unbillig wäre, bey dem Universal-Cameral-Zahlamte etwas anschaffen, so hanget solches von Höchstderoselben Gnade und Großmuth ab." Darauf signierte Kaiser Franz: „Bey gegenwärtigen Umständen kann ich für diesen Limon nichts bewilligen."

Doch es scheint bei dem abschlägigen Bescheid nicht geblieben zu sein; wenigstens versicherte Limon selbst später, er sei vom Wiener Hofe für die Frankfurter Reise und seinen Anteil an der Abfassung des Manifests mit 200 Friedrichsdor entschädigt worden. Wir erfahren dies aus einem anderen Nachspiel, den Ver-

handlungen Limons mit dem Berliner Kabinett in den Jahren 1796 bis 1798.

Am 16. Oktober 1796 richtete Limon von Braunschweig aus an Friedrich Wilhelm II. ein Gesuch um Entschädigung für die Auslagen und Arbeiten aus Anlaß des von ihm verfaßten Manifests. Er erzählt dabei die Geschichte des Manifests, erlaubt sich aber Wendungen, die mit dem oben dargelegten Sachverhalt in Widerspruch stehen. Einerseits will er seinen Anteil an der Abfassung so bedeutungsvoll wie möglich darstellen, andrerseits aber nur nach den Weisungen der Minister — vom Grafen Fersen, der doch den ersten Befehl und die erste Anleitung gegeben hat, ist gar nicht die Rede — gearbeitet haben, so daß die schlimme Wirkung des Aufrufs nur auf Rechnung der Auftraggeber zu setzen wäre. Der Auftrag sei ihm gemeinsam von kaiserlicher und von preußischer Seite zugegangen. „Ich lebte im Jahre 1792 zurückgezogen auf meinem Landgut in den österreichischen Niederlanden, als ich durch meine alten Beziehungen zu General Haymann die Anregung erhielt, im Dienste Eurer Majestät mit dem Grafen Schulenburg, damals Ihrem Minister des Auswärtigen, in Briefwechsel zu treten. Bald darauf erhielt ich im Namen Eurer Majestaet und des Kaisers durch den Grafen Mercy, der inzwischen gestorben ist, und durch den Grafen Metternich, der noch am Leben ist, die Aufforderung, mich nach Frankfurt zu begeben, um dort an dem Manifest zu arbeiten, dessen Veröffentlichung im Namen Eurer Majestaet und des Kaisers damals für nötig erachtet wurde. Ich zögerte zuerst, allein man drängte mich, und ich gehorchte.“ ... „Ich machte die Arbeit, welche man von mir verlangt hatte und zwar so, wie man sie von mir verlangt hatte. Ich hatte deshalb mehrfach Besprechungen mit den Herren von Schulenburg und von Cobenzl. Man nahm mein Werk an, aber man zertrennte es in zwei Teile; die Auseinandersetzung der Gründe des Einmarsches bildete das ‚Manifest‘, die Ermahnungen wurden unter dem Namen einer Declaration des Herzogs von Braunschweig zusammengefaßt. Diese Trennung hatte den Nachteil, daß die Declaration zu streng

ausfiel, aber meine Einwendungen wurden nicht einmal angehört, und das Versprechen, den Aufruf erst vor den Thoren von Paris veröffentlichen zu wollen, wurde nicht gehalten. Ueberdies war mir der ganze Gedankengang angegeben worden, ich hatte dafür nur die Worte zu finden. Für die Art, wie ich mich dieser Aufgabe entledigte, wurde mir Dank ausgesprochen, dann kehrte ich nach Brüssel zurück.“ Niemand habe daran gedacht, ihm die Reisekosten zu ersetzen, und ihm selbst sei, da er damals noch über einen Teil seines Vermögens verfügte, eine Forderung gar nicht in den Sinn gekommen. Jetzt aber, nach dem Verlust seines ganzen Vermögens, beanspruche er eine Entschädigung seiner Reisekosten in der Höhe von 1000 Thalern; ein Honorar für seine Arbeit wolle er nicht fordern, er wolle nur dem Könige zurufen: „Sire, ich habe Alles verloren, ich habe meiner Pflicht und meinem unglücklichen Gebieter, dem ich, ach! so gern ins Grab gefolgt wäre, Alles geopfert, und es ist mir zu meinem Unterhalt nichts andres übrig geblieben, als die Summe, welche ich Eurer Majestaet vorgeschossen habe, und der Lohn, den mir Eure Majestaet für meine Arbeit zuerkennen wird. Auf Ihrer Güte, Sire, auf Ihrem Gerechtigkeitsgefühl beruht mein ganzes Hoffen!“

Auch Graf Schulenburg wurde von Limon um Verwendung bei dem Könige ersucht. „Ich wage es, Eurer Excellenz Folgendes in Erinnerung zu bringen. Sie befanden sich in Frankfurt, als ich dort an die Arbeit ging, um den Plan des Königs zur Ausführung zu bringen. General Haymann bot mir an, mich Eurer Excellenz vorzustellen und mir Ihre Bekanntschaft zu vermitteln. Ich nahm es dankbar an, und Sie hatten die Güte, mir für den nächsten Tag eine Stunde zu bestimmen. Für diesen Tag war ich auch zum Diner bei dem ersten preußischen Botschafter geladen, allein ich konnte weder der einen, noch der anderen Einladung Folge leisten, weil ich in der vorausgehenden Nacht von einem Fieber befallen wurde. Ich habe seitdem tausendmal den Unstern, der mich bei jener Gelegenheit verfolgte, beklagt. Ich würde jedoch dazu keinen Anlaß mehr haben, wenn Ew. Excellenz sich

gütigst an jene Umstände erinnern und sich einen Mann, der vielleicht noch bei mancher Gelegenheit seine tiefste Dankbarkeit und seinen Eifer bethätigen kann, auf immer verpflichten wollten. Ich habe nicht nötig, Herr Graf, darauf einzugehen, ob das Werk, das ich geschaffen habe, auf den Gang der Ereignisse nützlich oder schädlich eingewirkt hat und ob es nicht blos deshalb schlimme Folgen nach sich gezogen hat, weil es im Widerspruch mit den mir gegebenen Zusagen viel zu früh veröffentlicht worden ist. Es genügt mir, Eurer Excellenz zu versichern, daß ich mich darauf beschränkt habe, die mir angegebenen Gedanken in Worte zu kleiden, daß man mir in Bezug auf die Begründung des Aufrufes viel zu wenig Gehör geschenkt hat und daß, nachdem einmal die Form nicht bloß vom Minister, sondern auch vom König gebilligt und anerkannt wurde und der König selbst die Schrift in seinem Namen durch den Befehlshaber seiner Armee veröffentlichen ließ, die Folgen auf keinen Fall mir zur Last gelegt und gegen meine gerechte Forderung geltend gemacht werden können." Zur Empfehlung seines Gesuches legte Limon einen Auszug aus einem Briefe des Abbé Sabatier de Castres bei, worin sich dieser über eine neue (sonst unbekannte) Schrift Limons „Ueber den wahren Vorteil der preußischen Monarchie bei den gegenwärtigen Zeitläufen im Januar 1796" mit großer Anerkennung aussprach, obwohl er mit der Tendenz nicht einverstanden war.

Auch das an den König gerichtete Gesuch wurde an Schulenburg geleitet, mit dem Auftrag, den wahren Sachverhalt aufzuklären, denn aus den Kabinettsakten gehe zwar hervor, daß Limon die Zuthaten zum Manifest geliefert und mehrere Schriften gegen die Revolution verfaßt habe, aber es fehle an jedem Anhaltspunkt, daß dies im Auftrag des Königs oder des Ministeriums geschehen sei.

Ob etwa unmittelbar vom Könige eine Einladung ergangen sei, erwiderte Schulenburg (10. November 1796), sei ihm nicht bekannt, doch könne er es nicht glauben; keinesfalls sei ein Auftrag von ihm oder seinen Amtsgenossen erteilt worden. „Wir haben

Herrn von Limon in Frankfurt oder vielmehr in Mainz getroffen; das vielbesprochene (fameux) Manifest, dessen erster Verfasser er ist, hat nicht er selbst uns übergeben, sondern ich habe es aus den Händen des kaiserlichen Ministers entgegengenommen, wobei ich durchaus nicht des Glaubens war, daß Herr von Limon, den ich gar nicht kannte, die Absicht gehegt habe, ein Manifest für den Herrn Herzog von Braunschweig zu schmieden. Er hatte den Entwurf dem Kaiser oder dem kaiserlichen Minister in Frankfurt noch vor der Ankunft des Königs überreicht; derselbe war sodann in einer Sitzung in Frankfurt in Gegenwart des Kaisers besprochen und angenommen worden, und bei meiner Ankunft in Mainz legte Graf Cobenzl ihn mir vor, ohne den Verfasser zu nennen, nachdem schon Seine Majestaet und der Herr Herzog das Schriftstück im Kabinett des Kaisers gelesen hatten. Tags darauf wurde mir Herr von Limon vorgestellt; er vertraute mir an, das Schriftstück verfaßt zu haben und händigte mir, wie ich glaube, ohne jedoch dessen ganz sicher zu sein, eine genaue Abschrift ein. . . . Wenn also Herr von Limon berufen worden ist, so kann es nur vom kaiserlichen Minister ausgegangen sein, obwohl es mir viel natürlicher und dem Charakter dieses Menschen entsprechender erscheint, daß die Sucht, eine Rolle zu spielen und Ränke zu schmieden, ihn bewogen hat, sich aus eigenem Antrieb einzufinden."

Auf Grund dieser Aufschlüsse beantragten Haugwitz und Alvensleben die Abweisung Limons. „Graf Cobenzl hat dem Grafen Schulenburg den Entwurf übergeben, und man hat zwar denselben thatsächlich dem im Namen des Herzogs von Braunschweig veröffentlichten Manifest zu Grunde gelegt, aber von einer Berufung durch Eure Majestaet kann nicht die Rede sein, wofern nicht Ew. Majestaet selbst geruht haben, sich unmittelbar an ihn zu wenden."

Über die Auffassung des Königs sind wir nicht unterrichtet, doch läßt sich aus einem erneuten Gesuch Limons vom 4. März 1797 ersehen, daß ihm überhaupt keine Antwort erteilt wurde. Limon ergeht sich darüber in bitterer Klage; kein anderes euro-

päisches Kabinett habe die Gepflogenheit, Schuldforderungen einfach unberücksichtigt zu lassen; die Herren Minister möchten sich endlich doch die Zeit nehmen, die Giltigkeit des Anspruchs zu untersuchen und sodann der alten Verbindlichkeit nachzukommen. Doch auch auf diesem Schriftstück ist von der Hand des Geheimrats Renffner die Bemerkung eingetragen: „Ist ohnbeantwortet ad acta reponirt worden. Den 13. ejusdem. Renffner."

Am 16. November 1797 starb Friedrich Wilhelm II. Nun hielt Limon den Augenblick für gekommen, den Anspruch auf Autorenlohn und Ersatz seiner Auslagen zu erneuen. „Ich werfe mich nieder an den Füßen des Thrones Eurer Majestaet," schrieb er am 15. Jänner 1798 an Friedrich Wilhelm III., „und wende mich an Ihre Billigkeit und Gerechtigkeit; vor Allem flehe ich im Namen Ihrer Tugenden, daß Ew. Majestät mich gütig anhören und diese Zeilen bis zu Ende lesen möchten. Der verstorbene König, Ihr erhabener Vorfahre, schuldete mir — Ew. Majestaet mögen mir diesen durch die Umstände gebotenen und der Wahrheit entsprechenden Ausdruck zu gute halten, — die Kosten einer Reise, die ich, in seinem Namen von zwei Ministern aufgefordert, unternommen habe, und den Lohn für eine ansehnliche Arbeit, die vom Herrn Grafen Schulenburg beurteilt, von diesem geschickten Minister auch angenommen, von Seiner Majestaet dem verstorbenen König und dem Kaiser gebilligt und auf ihren Befehl und in ihrem Namen unterzeichnet worden ist." Wiederholt habe er für diese Dienste einen mäßigen Lohn gefordert, er sei aber bisher einer Antwort nicht gewürdigt worden; nur der Kaiser habe ihm nach langem Schweigen endlich für seinen Anteil 200 Friedrichsdor durch den Fürsten Colloredo aushändigen lassen; möge endlich auch der Berliner Hof seiner Verpflichtung nachkommen!

Zugleich wandte sich Limon nochmals an Graf Schulenburg, um ihm ins Gedächtnis zurückzurufen, wie er zuerst mit General Haymann und dann mit Schulenburg selbst Briefe getauscht und dann im Namen des Kaisers und des Königs von Preußen aufgefordert worden sei, nach Mainz zu kommen.

Darauf erwiderte Schulenburg mit einer „streng historischen“ Schilderung der Vorgänge im Juli 1792. „Sie haben sich 1792 schon in Frankfurt befunden und haben dem Kaiser und seinen Ministern den ersten Entwurf Ihres Manifests übergeben, noch ehe der verstorbene König in dieser Stadt eintraf. Ich bin dorthin überhaupt nicht gekommen; erst in Mainz haben mir Graf Cobenzl und Baron Spielmann Ihre Schrift überreicht, nachdem dieselbe in einer Sitzung in Frankfurt in Anwesenheit Seiner Majestaet des Kaisers gelesen und besprochen worden war. Am Tage nach dieser Mitteilung hatte ich das Vergnügen, am kurfürstlichen Hofe Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen. Darauf berieten die kaiserlichen Minister noch einmal mit mir den Inhalt des Manifests, man nahm Aenderungen vor und ließ einige Tage später das Schriftstück drucken. Diese Einzelheiten sind aus den mit Ihnen gewechselten Briefen gezogen, aber es findet sich darin nicht der Schatten eines Beweises, daß Sie im Auftrag des verstorbenen Königs die Reise nach Frankfurt unternommen hätten oder daß Sie von Seiner Majestät mit Abfassung des Manifests betraut worden wären. Jedenfalls ist Ihnen weder der eine, noch der andere Auftrag durch mich zugegangen. Wenn es mittels eines anderen Kanals geschehen sein sollte, so werden Sie sicherlich im Stande sein, denselben namhaft zu machen und die in diesem Betreff an Sie gerichteten Briefe vorzuzeigen.“

Der historische Bericht des Herrn Grafen, erwiderte Limon, enthalte zwei sehr wichtige Zugeständnisse. Einmal sei darin zugegeben, daß die Arbeit, die zwar zuerst den kaiserlichen Ministern allein, dann aber auch dem Herrn Grafen Schulenburg vorgelegen habe und nach Vornahme einiger Änderungen angenommen und gemeinschaftlich für Kaiser und König unterzeichnet worden sei, thatsächlich als das Werk Limons zu gelten habe. Zweitens sei für ihn von besonderer Wichtigkeit die Erklärung, daß die Korrespondenz des Ministers nichts von einer Berufung nach Frankfurt enthalte. Da müsse er doch fragen, wie denn eine solche Korrespondenz in die Ministerialakten hätte kommen können, wenn

das Ministerium von ihm so gar nichts gewußt hätte? „Und dann, wenn es wahr wäre, was in der That nicht der Fall ist und was Ew. Excellenz selbst nicht glauben, wenn es wahr wäre, daß ich aus eigenem Antrieb und ohne Auftrag mich nach Frankfurt begeben hätte, um gleichzeitig für zwei hohe Potentaten eine Arbeit zu liefern, zu Nutz und Frommen ihrer beiderseitigen Rechte, ihrer gemeinsamen Sache, eines gewaltigen Unternehmens, in dessen Gefahren, Kosten und Erfolge sie sich teilten, — wenn dann diese Arbeit von beiden Fürsten beraten, ja sogar angenommen worden ist: wer kann dann behaupten, daß der Preis und der Lohn dafür nicht ebenfalls von beiden Monarchen bestritten werden müssen? Eine Arbeit, die angeboten wird, ist, wenn sie angenommen wird, nicht weniger wert und muß ebenso bezahlt werden, wie eine bestellte.“ .. „Ich gebe ja zu, daß ich einen schriftlichen Auftrag von keinem preußischen Minister erhalten habe. Allein was würde man über mich gesagt, was würde Ew. Excellenz selbst von mir gedacht haben, wenn ich auf das Ersuchen der Herren von Mercy und Metternich geantwortet hätte, es müsse mir vorher ein schriftlicher Befehl des Berliner Kabinetts zugestellt werden, in einem Augenblick, da dieses Kabinett und das kaiserliche in eins verschmolzen waren, so daß der Auftrag des einen zugleich auch das andere verpflichtete!“ Am Ende seiner langatmigen Vorstellungen kommt Limon wieder darauf zurück, daß ihm niemals der Gedanke einer Geldforderung gekommen wäre, wenn ihn nicht die bittere Not dazu getrieben hätte. „Meine einzige Zuflucht ist die Güte des Königs. O mein Herr Graf, wer hätte darauf gerechteren Anspruch als ich? Ich bin im Herzen Preuße und ein guter Preuße seit meiner Jugend, weil mir diese Eigenschaft immer unzertrennlich schien von derjenigen eines guten Franzosen. Niemand in der Welt hat für den Ruhm und den Glanz der preußischen Monarchie so heiße Wünsche gehegt, als ich.“

Doch auch dieser letzte Versuch, für seine litterarische Arbeit entlohnt zu werden, schlug fehl. Am 13. Februar 1798 lehnte das Ministerium Haugwitz die Forderung ab. Da Limon selbst zugegeben

habe, daß er weder vom verstorbenen König, noch von einem der Minister nach Frankfurt berufen worden sei, daß er auch keinen Auftrag erhalten habe, das kritische Schriftstück abzufassen, sei kein Grund vorhanden, für die Kosten aufzukommen; der Herr Baron möge also das königliche Kabinett nicht weiter behelligen. Gleichzeitig setzten Haugwitz und Alvensleben den ehemaligen Kollegen Schulenburg von dieser Entschließung in Kenntnis. „Hoffen wir nunmehr diesen lästigen Querulanten auf immer abgestreift zu haben, da wir auch fest entschlossen sind, ihm etwa noch künftig etwa einlaufende Briefe unerbrochen zurückzuschicken.“ —

Nur noch ein paar Worte über die Wirkung des Manifests.

Sowohl die „Kurze Darlegung der Gründe, welche Seine Majestät den König von Preußen bestimmt haben, die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen“, vom 26. Juni 1792, als das Manifest vom 25. Juli 1792 wurden an die kaiserlichen und preußischen Diplomaten versendet, damit sie an den deutschen und auswärtigen Höfen davon Mitteilung machten. Alle beschränkten sich auf eine kurze Empfangsbestätigung, nur der Reichstagsgesandte Graf Goertz knüpfte daran einen längeren Bericht über die Aufnahme der kriegerischen Kundgebungen. „Die interessanten Schriftstücke sind allerseits mit einstimmigem Beifall aufgenommen worden, und das dadurch erregte Aufsehen hat das Vertrauen fast aller deutschen Staaten zu den hochherzigen und gerechten Grundsätzen der beiden verbündeten Höfe noch gesteigert. Einstimmig wünschte Alles glücklichen Erfolg der Waffen, die unter dem Schutz des Allmächtigen für die größte, bedeutsamste und gerechteste Sache mit Blitzesschnelle die Entscheidung herbeiführen werden.“ Es mag dahin gestellt bleiben, in wie weit der Bericht des Gesandten in Bezug auf die Stimmung der nichts weniger als kriegslustigen deutschen Staaten der Wahrheit entsprach. Wichtiger aber ist die Frage: Welche Wirkung hat das Manifest in Frankreich geübt?

Nach jenem ersten Berichte Limons hätte die Veröffentlichung tiefen Eindruck hervorgebracht, die Königstreuen ermutigt, im jakobinischen Lager Angst und Schrecken wachgerufen.

Dagegen schrieb ein nicht genannter Pariser am 4. August an Mallet du Pan, man lache in der Hauptstadt über die Hetzschrift des Herzogs von Braunschweig; die prunkende Kundgebung der deutschen Mächte sei wirkungslos im Sande verlaufen.

Weder das eine, noch das andere ist richtig.

Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, daß der 10. August, das Werk Dantons, von langer Hand vorbereitet war. Die Klubs und die Kommune konnten nicht bei dem halben Erfolg des 20. Juni stehen bleiben; der 10. August war die logische Folge des vorausgegangenen Angriffs auf den Königsthron. In den Vorstädten wurden die Vorbereitungen zum neuen Sturme seit dem Mißlingen des ersten mit größtem Eifer betrieben; davon war man auch in den Tuilerien unterrichtet. Schon am 2. August erhob ein Volkshaufe im Sitzungssaal der Nationalversammlung wüstes Geschrei: „Rache, Rache! Man vergiftet unsere Brüder!" Es hatte sich auch das Gerücht verbreitet, daß viele hundert Freiwillige vergiftet worden seien; freilich stellte sich alsbald heraus, daß das Gerücht auf Erfindung beruhe, aber die Unruhe dauerte fort. „Der Blutdurst," sagt Taine, „schmiedete sich Gegner nach seinem Ebenbild und entwarf gegen sie Pläne, die er dann ihnen andichtete." Täglich kam es zu lärmenden Aufläufen; der Gedanke, daß die Wohlfahrt der Gutgesinnten schlechterdings die Absetzung des Königs heische, war bei der großen Masse schon in Fleisch und Blut übergegangen. In diesem Sinne darf man wohl sagen: Das Manifest des Braunschweigers hat die Schrecken des 10. August ebensowenig heraufbeschworen, wie ein friedlicheres sie verhindert hätte.

Doch beschleunigt hat es vielleicht die Absetzung des Königs, und vor allem gab es einen Vorwand zur Beschönigung der rohen Gewaltthat, indem den Drohungen des angeblich mit den Tuilerien verbündeten Auslands patriotischer Stolz der beleidigten Nation entgegengesetzt werden konnte.

Die erste Kunde vom Manifest verbreitete sich in Paris schon am 28. Juli. Auffälligerweise wurde es vom Moniteur, der da-

mals schon das Organ der mächtig aufstrebenden radikalen Partei geworden war, erst am 3. August bekannt gegeben. Die einleitenden Worte enthalten bereits den Versuch, die Kundgebung der deutschen Tyrannen zum Nachteil Ludwigs XVI. auszubeuten. „Das unter dem Namen des Herzogs von Braunschweig erschienene Manifest soll nur der Vorläufer eines Manifests der verbündeten Monarchen sein. Man hat damit vielleicht erproben wollen, wie weit die Geduld der französischen Nation reicht oder vielmehr, bis zu welchem Grade von Niedertracht man sie herabwürdigen könnte. Indem wir erwarten, daß das französische Volk in seinem gerechten Zorne den Kelch der Schmach zertrümmern wird, erklären wir, daß, gesetzt den Fall, das Schriftstück rühre wirklich vom Herzog von Braunschweig her, ein solches Denkmal fluchbeladener Frechheit allen Glanz erworbenen Kriegsruhmes, der vielleicht sogar durch unsere ersten Mißerfolge auf einen Augenblick noch höher wachsen kann, überdauern wird. Nie hat sich ein großer Mann so schmählich zum Werkzeug einer Partei hergegeben, wenn es auch eine Partei von Königen sein mag, feindselig gegen eine ganze Nation, die für die Gerechtigkeit und für die Freiheit kämpft. Das französische Volk muß sich nun jener Wüteriche erwehren, jener Wüteriche, die schon seit drei Jahren darnach lechzen, die Brust des eigenen Vaterlandes zu zerfleischen, und zugleich der Tyrannen, die es im eigenen Interesse auf den Untergang einer freien Monarchie abgesehen haben. Warum findet sich unter ihnen auch der Name des Herzogs von Braunschweig? Wir erblicken darin nur (und das ist ein kleiner Vorteil) eine auffällige Berichtigung an die Adresse der herrschenden Partei, die so keck war, den Freunden der Verfassung die thörichte Absicht zu unterschieben, den Herrn Herzog von Braunschweig auf den konstitutionellen Thron Frankreichs zu berufen. Warten wir andere Ereignisse ab; es wird immer so kommen durch die Schliche jener fünf oder sechs Männer, die als treulose Ratgeber Ludwigs XVI. ebenso mit der Krone dieses Monarchen, wie mit der Souveränetät der Nation ihr Spiel treiben. Noch ein Wort über den Aufruf des Herzogs von Braun=

schweig! Man findet darin den bekannten Ideengang und sogar die Ausdrucksweise der zwei Minister, die sich so trefflich darauf verstanden, Europa gegen uns zu hetzen. Die Zügellosigkeit, die in Frankreich herrsche, die Angriffe auf Thron und Altar, der gesunde Teil der Nation, den eine Partei unterjocht habe: alle diese angeblichen Beweggründe, um den Boden Frankreichs mit Krieg zu überziehen, sind mit rührender Treue in das Schriftstück aufgenommen worden. Aber nichts in dem beleidigenden Aufruf erregt unsern Zorn in solchem Maße, als jener Artikel, der den Nationalgarden, den Behörden u. s. w. den Befehl erteilt, vorläufig in Stadt und Land die Ruhe aufrecht zu halten. Welche Unwissenheit oder welche Keckheit spricht sich darin aus! Wenn ein Franzose so etwas mit ruhigem Blute lesen kann, dann möge er sich zu der Hand voll Leute schlagen, denen unsre alten Minister und ihnen folgend der Fremdling den sauberen Namen „gesunder Teil der Nation“ gegeben haben; er ist unwürdig, seine Eide zu halten und für des Volkes Freiheit zu fechten!“

Am nämlichen Tage, an welchem der Moniteur das Manifest veröffentlichte, am 3. August, wurde dasselbe durch eine königliche Botschaft auch der Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht.

Die Botschaft, die offenbar den Zweck verfolgte, den üblen Eindruck des Manifests abzuschwächen und vom Königsthron abzulenken, war von Ludwig selbst entworfen worden. Das eigenhändige Concept hat sich erhalten. Die auffällig zahlreichen Striche und Änderungen zeugen von der Aufregung, in welche der König durch den ungelegenen Freundschaftsdienst der Deutschen versetzt war. Er hatte lange geschwankt, was in so kritischer Lage zu thun wäre. Sollte er mit den Emigranten, seinen nächsten Blutsverwandten, die sich aber so wenig um seine Befehle und Bitten kümmerten, offen brechen? Dazu hatte der Justizminister Dejoly geraten; der König sollte sich in die Nationalversammlung begeben und von dort aus klar und entschieden eine Absage an die zur Wiederaufrichtung der absoluten Gewalt entschlossenen Prinzen und

die mit ihnen verbündeten fremden Gewalthaber richten. Allein die Königin und die übrigen Minister hatten sich diesem Schritte widersetzt, indem sie betonten, die königliche Würde dürfe nicht den Beifalls- oder Mißfallensäußerungen der Tribünen bloßgestellt werden. Dieser Auffassung hatte der König beigepflichtet, und es war beschlossen worden, der Nationalversammlung das Manifest des Braunschweigers bekannt zu machen, zugleich aber dem Zweifel Ausdruck zu geben, ob man es mit einem echten Schriftstück zu thun habe.

Außerdem sprach die von Bigot Saint-Croix gegengezeichnete Botschaft auch den Entschluß des Königs aus, er wolle den Kampf, den er zwar gern vermieden hätte, der aber nach der Meinung der Mehrheit des französischen Volkes nicht zu vermeiden sei, mit allem Ernst und Eifer durchführen. „Man wird niemals erleben, daß ich mich über Ruhm oder Vorteil der Nation hinwegsetze, daß ich mir von den Fremden oder von einer Partei Gesetze vorschreiben lasse; bis zum letzten Atemzuge will ich die nationale Unabhängigkeit verteidigen.“ Allein die Verlesung der königlichen Worte wurde öfter durch Murren unterbrochen und auch der volltönende Schluß nur mit finsterem Schweigen aufgenommen. Als einige Abgeordnete Drucklegung und amtliche Verbreitung der Botschaft beantragten, erhob sich lebhafter Streit. Lacroix verlangte Übergang zur Tagesordnung. Diesen Antrag unterstützte auch Ducos, indem er rief, an schönen Worten habe es dem König nie gefehlt, aber dessen Thaten seien nur ein fortgesetzter Verrat am Vaterlande. Nicht minder leidenschaftliche Anklagen richtete Isnard, der Vertreter des Departement Var, gegen den Monarchen. Ein Zwischenruf des Royalisten Champion, Isnard sei wohl von den Engländern bestochen, um Unfrieden zwischen Fürsten und Volk zu säen, reizte den Redner zur Behauptung, das braunschweigische Manifest entspreche ganz und gar den Ansichten und Wünschen der Tuilerien, der Einfall der Fremden bezwecke die Wiederaufrichtung des absoluten Regiments, der König habe die Wehrkraft des Landes absichtlich verkümmern lassen, um den fremden Truppen

den Siegeszug nach Paris zu ermöglichen. „Dies, meine Herren, sind Thatsachen, die mit dem Briefe des Königs in schroffstem Widerspruch stehen und die Drucklegung unstatthaft erscheinen lassen."

In diesem Sinne beschloß denn auch die Mehrheit der Versammlung, zur Tagesordnung überzugehen. Dann erhob sich Maire Pethion, um im Namen der Pariser Sektionen Absetzung des Königs und Berufung eines Nationalkonvents zu begehren. „Feindliche Armeen bedrohen unser Gebiet, zwei Despoten veröffentlichen gegen die französische Nation ein ebenso unverschämtes, wie albernes Manifest. Schon stellt der Feind an den Grenzen unsren Soldaten seine Henker entgegen. Um den König zu rächen, haben Tyrannen den Wunsch Caligulas erneuert, daß sie mit einem Schlag allen Bürgern Frankreichs den Untergang bereiten wollen."

So rief Pethion unter dröhnendem Beifall der Linken und der Tribünen, allein der Antrag des Redners, das Machwerk der radikalen Gruppe des Hôtel de la ville, war verfrüht, die Mehrheit der Versammlung verwies ihn an einen Ausschuß, was von den Jakobinern als Niederlage empfunden wurde. Um so leidenschaftlicher wurden die Schmähungen Isnards und die Forderungen Pethions in den nächsten Tagen von den „Volksfreunden" in allen Klubs wiederholt, bis der entscheidende Angriff auf den Thron gewagt werden konnte.

Gewiß, wenn die „Gutgesinnten" nicht die Drohungen des Herzogs von Braunschweig für sich hätten ausnützen können, wären sie um andere Begründung ihrer Absichten nicht verlegen gewesen. Immerhin bot das Manifest eine treffliche Handhabe für ihre Pläne. Die Heftigkeit des Aufrufs machte den Zorn der Volksredner begreiflich, die Drohungen aus deutschem Munde schienen alle Ausschreitungen der Patrioten zu rechtfertigen. Das Manifest übte eine „starke Wirkung", doch nicht diejenige, die man im Lager der Freunde des Königs gewünscht und erwartet hatte. Die Herausforderung hatte zur Folge, daß Mäßigung nur noch als

feige Unterwürfigkeit und jedes Verbrechen als patriotische That erscheinen konnte. „Wenn die Absicht des Herzogs von Braunschweig,“ sagt Buchez, „dahin ging, die einen zu schrecken, die andern zu beschwichtigen, so schlug sie gänzlich fehl: sein Aufruf reizte nur das Volk zu Zorn und Haß und weckte eine Willenskraft, die jedes Widerstands spottete, und einen Ungestüm, der sich zu wilder Grausamkeit steigerte.“

Ebenso beurteilt ein Zeitgenosse, Baron Gay de Vernon, der sich im Sommer 1792 als Stabsoffizier in Luckners Hauptquartier befand, die Wirkung des Manifests auf Armee und Volk in Frankreich. „Am 31. Juli erhielten wir Kenntnis von dem famosen Manifest, das der Herzog von Braunschweig in Coblenz am 27. (sic) Juli unterzeichnet und im Namen der Verbündeten bekannt gegeben hatte. Nie hat eine öffentlich ausgesprochene Beleidigung in den Herzen einer Nation edlere Empfindungen wachgerufen; die Entrüstung stieg aufs höchste, ganz Frankreich richtete sich auf, wie ein Mann, den man ins Gesicht geschlagen hatte, und bewaffnete eine Million Arme; alle Stände waren einmütig der Ansicht, daß ein großes Volk nicht ungestraft so verächtlich behandelt werden dürfe. Wie konnte nur der Herzog von Braunschweig, der mit Leib und Seele Soldat war und mit Recht für den ersten Feldherrn Europas galt, wie konnte er seinen Namen unter ein solches Schriftstück setzen! Als die Stunde der Vergeltung schlug, lastete denn auch das dreiste Machwerk wie ein blutiger Vorwurf auf seiner Seele und quälte ihn bis an sein glorreiches Ende.“

Das Manifest wurde von der Nationalversammlung mit einem geharnischten Aufruf an die Völker Europas erwidert. Wer immer die Fahne der Tyrannen verlassen und für die Verteidigung der Freiheit eintreten würde, sollte unter die Söhne der französischen Nation aufgenommen werden, das volle Bürgerrecht und ein Jahrgeld von hundert Livres erhalten. Der Lockruf blieb auch nicht erfolglos. Ganze Scharen Freiwilliger aus Holland, Belgien und dem deutschen Reiche zogen über die französischen

Grenzen. Der Andrang wurde so stark, daß sich der Konvent im nächsten Jahre entschließen mußte, die Aufnahme von Deserteuren in die französische Armee wieder zu verbieten.

Auch sonst fehlte es nicht an Erwiderungen auf das braunschweigische Manifest. In der schon erwähnten Flugschrift „Zwey Briefe eines Franzosen an den Herzog von Braunschweig“ wird, wie erwähnt, dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob das Schriftstück wirklich einem so erleuchteten Fürsten, der einst nach der Rückkehr aus Versailles seinen Abscheu vor diesem Schlupfwinkel aller Laster offen ausgesprochen habe, zugeschrieben werden dürfe. Jedenfalls sei zu bedauern, daß er seinen Namen dazu hergegeben habe, denn er werde bald erfahren, daß man zur Unzeit gewagt habe, das französische Volk zu reizen und zu beleidigen. Wie könne ein erfahrener Feldherr sich einbilden, mit seinem kleinen Heere dem ganzen Frankreich Furcht einzuflößen! Noch sei keine einzige Festung in seinen Händen, die Verpflegung seiner Truppen sei so mangelhaft, wie möglich, und Paris sei nicht Berlin, das ein Haddik im siebenjährigen Kriege durch einen Streifzug glücklich eingenommen habe. „Entsagen Sie also, Monseigneur, Unternehmungen, die denen eines Don Quixote ähnlich sehen und Ihren Ruhm nur verdunkeln können!“ Im zweiten Briefe wird darauf hingewiesen, daß der Voraussagung gemäß ganz Frankreich sich zur Abwehr des barbarischen Feindes geeinigt und gerüstet habe. „Seitdem die Zusätze zu Ihrem Manifest in Paris bekannt geworden, ist die Gährung noch in erschreckendem Maße gestiegen, das Volk entbrannte in heller Wut gegen den König. Freilich bemühte sich der Hof, die Gemüter dadurch zu beruhigen, daß er in der Nationalversammlung Ihr Manifest für unterschoben erklären ließ, aber die öffentliche Meinung beschuldigte Sie dennoch, diese Akte nebst Supplement unterschrieben zu haben, das Beruhigungsmittel des Hofes wurde nur als ein neuer, hinterlistiger Betrug angesehen, und es steigerten sich noch das allgemeine Mißtrauen und die allgemeine Unzufriedenheit.“ Daraus habe der Hof seine Taktik verändert; der alte Plan, alle Pariser zu ermorden und die Stadt

an allen vier Ecken in Brand zu stecken, sei wieder aufgegriffen worden; am 10. August sollte der ruchlose Streich zur Ausführung gelangen. Doch das Volk sei zuvorgekommen, habe die Schweizer über den Haufen geworfen, den Sitz der Tyrannei erstürmt und die dort aufgehäuften Schätze unverkürzt teils an die Nationalversammlung, teils an die Sektionen abgeliefert, — ein leuchtender Beweis des Edelsinnes jener Klasse von Menschen, „die von den Edelleuten die Canaille und jetzt Hosenlose genannt werden.“ Freilich sei es zu Beschimpfungen und Mißhandlungen der königlichen Familie gekommen, doch diese Ausschreitungen seien nichts als die natürliche Wirkung des Manifests. Wenn der Herzog vom Kampfe mit den Söhnen der Freiheit nicht abstehe, werde auch an ihm ein Mucius Scaevola das beleidigte Frankreich rächen.

Michiels erwähnt noch einen anderen offenen Brief, der die „Fanfarronade“ des deutschen Oberfeldherrn mit vernichtendem Hohn gegeißelt habe. „Ich kann gar nicht begreifen“, hieß es darin, „daß Sie sich überreden ließen, ein ebenso unziemliches, wie unkluges Schriftstück zu unterzeichnen. In solchem Tone spricht man nicht zu einem Volke von siebenundzwanzig Millionen, von denen sechs die Waffen tragen. Sogar im vollen Siegeslaufe muß ein Held in seiner Sprache immer die eigene Würde wahren und ungeziemender Prahlereien sich enthalten. Es ist immer eine Thorheit, eine Nation gröblich zu beleidigen, aber solche Beschimpfung ist Wahnsinn, wenn man noch keineswegs den Sieg in Händen hat, wie es eine Gemeinheit wäre, einen Besiegten zu verhöhnen.“

Der Brief trug keine Unterschrift, aber man habe, sagt Michiels, später erfahren, daß er ebenfalls von Graf Joseph Gorani herrühre, „also von einem jener großherzigen Fremden, die in Paris zusammenströmten, um ihren Glückwunsch zum Siege der menschlichen Vernunft und der bürgerlichen Gerechtigkeit darzubringen.“

Doch auch von den gemäßigten Freunden der konstitutionellen Monarchie wurde das Manifest verurteilt. Mathieu-Dumas, dessen Name gerade in jenen Tagen von den Jakobinern nie ohne Ver-

wünschung genannt wurde, erblickte darin „den unklugsten Akt, den Hoffart und Unwissenheit jemals eingegeben haben", „einen wahren Brudermord der emigrierten Prinzen gegen Ludwig XVI. und seine Familie." „Denn in dem Zustand der Gärung, in dem sich ganz Frankreich und insbesondere die Hauptstadt seit der Kriegserklärung befanden, die der Revolution feindliche Minderheit als den gesunden Teil der Nation rühmen, sich selbst als Bundesgenossen im Bürgerkrieg vorstellen, das hieß offenbar nichts anderes, als den König als Mitschuldigen hereinziehen und den Verleumdungen Recht geben, welche die konstitutionelle Partei beharrlich zurückgewiesen hatte; es bedeute nichts anderes, als einen Aufruf an alle, die ein französisches Herz im Busen trugen, zur Verteidigung des gefährdeten Vaterlandes."

Ein anderer Franzose, der die Auswüchse der Revolution streng verurteilt, aber die Revolution selbst für notwendig und berechtigt hält, der Verfasser des „Französischen Freiheitskrieges am Oberrhein ꝛc.", vergleicht die Wirkung des Manifests mit derjenigen des Eintreffens der Gesandschaft des Perserkönigs Darius bei den Hellenen; wie damals Hippias, der Nachkomme des Tyrannen von Athen, am persischen Hofe, so habe der Graf von Artois im deutschen Lager den Krieg gegen das eigene Vaterland geschürt; von ihm sei alles Unheil für Frankreich und Deutschland ausgegangen.

Sogar im deutschen Lager fehlte es nicht an Politikern, die wenigstens über den Ton des Manifests den Kopf schüttelten. Es darf gewiß als Mißbilligung der allzu prahlerischen Kundgebung aufgefaßt werden, wenn Goethe einem Briefe an Karoline Herder die spöttische Meldung einfügt: „Da sich des Königs von Preußen Majestät in Gnaden entschlossen hat, Frankreich in einen Aschenhaufen zu verwandeln, so hat ihn sein Weg über Erfurt und Gotha gebracht; mich haben ihm entgegen die unsterblichen Götter nach Erfurt getragen, um ihm daselbst aufzuwarten und zu seiner Rechten zu sitzen, wie der Herr Jesus Christus zur Rechten des allmächtigen Vaters des Himmels und der Erde."

Wer hat die Verantwortung für das Manifest zu tragen? Brunetière hat Recht. Es kann nicht auf ein Haupt die ganze Schuld geschoben werden. Der Herzog von Braunschweig mag das Manifest mißbilligt haben, aber er hat es unterzeichnet; Limon hat es verfaßt; Fersen will es gewissermaßen in die Feder gesagt haben; Cobenzl und Spielmann, Schulenburg und Renffner haben die Veröffentlichung vorbereitet; der Graf von Provence und der Graf von Artois haben Limon in ihren Schutz genommen; Bertrand de Molville und sogar Mallet du Pan haben die besonders belastenden Teile als notwendig anerkannt; Marie Antoinette und Ludwig XVI. haben die Drohungen erbeten; der Kaiser und der König von Preußen haben sie gut geheißen. Über den Anteil des Einzelnen kann gestritten werden, doch handelt es sich dabei nur um Nebensächliches. In dem einen Punkt, der das Manifest wichtig und verhängnisvoll machte, waren alle einig; sie alle hatten gehofft, durch Schrecken und Angst die Widerstandskraft der Revolution zu lähmen; sie alle erreichten nur, daß die Beherzten ihr Verbrechen rascher und leichter vollbringen konnten und selbst die Feigen durch die Furcht zu mutiger That gereizt wurden.

VII.

# Zur Geschichte des Rastatter Gesandtenmordes am 28. April 1799.

(1900.)

Es darf wohl als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, unter welch rätselhaften Umständen die Gesandten Frankreichs am Rastatter Friedenskongreß in der Nacht vom 28. auf 29. April 1799 unmittelbar vor den Mauern des badischen Festungsstädtchens ermordet und wie verschiedenartige Schlüsse aus den dürftigen Anhaltspunkten in Bezug auf Urheber und Thäter gezogen worden sind. Das Ereignis hat ja in ähnlichem Maße wie die Frage nach dem Manne mit der eisernen Maske oder nach der Herkunft Kaspar Hausers die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich gezogen und den Scharfsinn der Forscher beschäftigt. Ich will nur in Kürze berichten, welche neuen Thatsachen zur Aufklärung des Vorganges in jüngster Zeit zu Tage gefördert wurden, und zu den dadurch hervorgerufenen neuen Streitfragen Stellung nehmen.

Das Heft der „Grenzboten“ vom 22. März 1900 enthält einen bisher unbekannten zeitgenössischen Bericht eines Diplomaten, des Malteserritters François Gabriel von Bray, der sich in Rastatt der kurbayerischen Gesandtschaft als cavaliere servente angeschlossen hatte und später in bayerischen Staatsdienst trat. Bray war zwar nicht Zeuge der eigentlichen Katastrophe, hatte aber unmittelbar darnach Gelegenheit, die Überlebenden zu sehen und zu sprechen. Die anschauliche, nicht auf einen bestimmten Zweck berechnete Erzählung des Kavaliers bietet eine dankenswerte Ergänzung zu dem „Gemeinschaftlichen Bericht“, den der preußische Gesandte Dohm

aus den Erzählungen Debrys und der übrigen Leute vom Gefolge der Minister, den Äußerungen der österreichischen Offiziere u. s. w. zusammenstellte und den alle von Rastatt nach Karlsruhe übergesiedelten Gesandten unterzeichneten.

Eine wichtige Rolle im Streit über die Mörder spielt die Frage, welcher Sprache sie sich bei dem Überfall bedienten. Die Behauptung, sie hätten französisch gesprochen, findet durch Brays Bericht keine Unterstützung. Der von ihm verhörte Diener Roberjots sagte aus, von den Husaren, die den Wagen umringten, sei nur gefragt worden: „Minister? Minister?“ Auf die Antwort Roberjots: „Ja, meine Freunde, ich bin der Minister Roberjot!“ wurde er aus den Armen seiner Frau gerissen, einige Schritte weit fortgeschleppt und dann unbarmherzig niedergesäbelt. Frau Roberjot soll vergeblich „mit dem wenigen Deutsch, das sie konnte“, die Barbaren angefleht haben, auch ihr den Todesstreich zu geben. Der Ausdruck: „Eine von den Töchtern Debrys behauptete, einer der Husaren habe Debry französisch ausgefragt“, läßt darauf schließen, daß Bray diese Angabe für eine unsichere ansah.

„Alles zusammen genommen“, so bemerkt der ungenannte Herausgeber, „kann die Bray'sche déposition als ein Beleg dafür angesehen werden, daß keiner der näheren oder entfernteren Zeugen der Mordthat vom 28. April 1799 an etwas anderes, als eine von den Szekler Husaren ausgeführte Bluthat gedacht hat.“

Dieser Annahme wurde bekanntlich schon bald nach dem Attentat von den kaiserlichen Militärbehörden und auch in der Folge von zahlreichen Forschern widersprochen. Hypothese reihte sich an Hypothese. Verkleidete Räuber, Spießgenossen der Dienerschaft der französischen Minister, Angehörige einer aus Emigranten zusammengesetzten Husareneskadron wurden als die Thäter, die Königin Karoline von Neapel, der englische Minister Pitt, General Napoleon Bonaparte, die Mitglieder des Direktoriums, französische Emigranten wurden als die Anstifter bezeichnet. Der Streit wurde bekanntlich mit so leidenschaftlicher Hitze geführt, daß er einmal sogar die Parteien vor Gericht brachte.

Auf diese Vermutungen und Behauptungen soll hier nicht eingegangen werden, sondern nur auf jene Schriften, die thatsächlich neue Aufklärung boten und dadurch den wissenschaftlichen Streit in ein neues Stadium leiteten.

Die lichtvollste Schilderung der Rastatter Episode verdanken wir Hermann Hüffer, der zur Ergänzung älterer Beiträge nochmals die einschlägigen Archive, insbesondere die Papiere des Erzherzogs Karl untersuchte und das Ergebnis zuerst in der Deutschen Rundschau und dann in einer eigenen Schrift „Der Rastatter Gesandtenmord" (1896) veröffentlichte.

Es war Hüffer insbesondere darum zu thun, die Ursachen und die völkerrechtliche Bedeutung des Ereignisses ins rechte Licht zu setzen. Dazu ist genaue Kenntnis der europäischen Lage im allgemeinen und der Verhandlungen in Rastatt und an den beteiligten Höfen im besonderen erforderlich. Man muß sich vergegenwärtigen, welche Umtriebe im Frühjahr 1799, als es wieder zum Bruch zwischen Frankreich und Österreich gekommen war, von den Franzosen in Scene gesetzt wurden, um namentlich die süddeutschen Höfe gegen den Kaiser zu verhetzen, und wie alle diese Fäden in den Händen der trotz des Ausbruches der Feindseligkeiten noch immer in Rastatt anwesenden französischen Gesandten zusammenliefen. Im kaiserlichen Lager mußte sich die Ansicht festsetzen: So darf es nicht fortgehen! Diesen Friedensgesandten, die nur den Krieg schüren, muß das Handwerk gelegt werden! Die Lage wurde noch mißlicher, als Erzherzog Karl, der Generalissimus der kaiserlichen Truppen, sein Hauptquartier nach Stockach unweit Rastatt verlegte und fortan die kaiserlichen Scharwachen bis an die Thore des Städtchens streiften. Begreiflicherweise war es den französischen Gesandten selbst nicht mehr geheuer, allein sie wurden von ihrem Ministerium angewiesen, bis zum Äußersten, d. h. bis sie durch Waffengewalt verdrängt würden, in Rastatt auszuharren. Unter diesen Umständen konnte es aber in der That fraglich erscheinen, ob Gesandte, die in Wirklichkeit den Dienst von Spionen

und Aufwieglern verrichteten, auf die völkerrechtlich zugesicherte Unverletzlichkeit noch Anspruch zu erheben hätten?

Solchem Zweifel wurde, wie erst Hüffer dargethan hat, vom kaiserlichen Generalquartiermeister Heinrich von Schmidt in einem Privatbrief an den Generalstabschef Oberstlieutenant Mayer von Heldenfeld vom 16. April 1799 Ausdruck gegeben. Dieser Brief wurde verhängnisvoll. Auf den Inhalt läßt sich nur aus anderen schriftlichen Äußerungen schließen: so viel steht aber fest, daß darin nicht bloß über den Mißbrauch der amtlichen Stellung der französischen Gesandten Beschwerde erhoben, sondern auch der Wunsch ausgedrückt war, es möchten die Gesandten angehalten und ihre Papiere in Beschlag genommen werden. Vermutlich war auch noch der Ansicht Raum gegeben, es könnte nicht schaden, wenn die sauberen Geheimagenten ein bißchen „gezaust“ würden.

Mayer von Heldenfeld faßte den „Wunsch“ seines Vorgesetzten bündig als Befehl auf und traf dementsprechend seine Verfügungen. Daß mit der Wegnahme der Papiere auch Erzherzog Karl einverstanden war, kann heute nicht mehr bezweifelt werden, doch ließ er dem Obersten Barbaczy, dem Befehlshaber der bei Rastatt stehenden Szeklerhusaren, nochmals einschärfen, im Benehmen gegen die französischen Diplomaten „alle mögliche Vorsicht und Klugheit“ anzuwenden. Ehe jedoch diese Weisung den Oberst erreichte, hatte sich der blutige Handel schon abgespielt.

Zur Unterstützung der Annahme, daß die französischen Gesandten in der Nacht vom 28. auf 29. April auf der nach Rheinau führenden Landstraße zwischen dem Rastatter Wald und dem Murgkanal thatsächlich durch Szekler Husaren angehalten wurden und daß General Schmidt als Anstifter — nicht der Mordthat, aber des Überfalles anzusehen ist, dient insbesondere ein von Hüffer im Archiv des Erzherzogs Karl entdecktes Dokument. Welche Wichtigkeit dasselbe beanspruchen kann, mag daraus erhellen, daß eine französische Übersetzung im Juniheft 1899 der Pariser Zeitschrift „La révolution française“ die Überschrift trug: „Die Wahrheit über die Ermordung der Gesandten von Rastatt.“

Es handelt sich um einen Brief des Erzherzogs Karl an seinen Bruder Kaiser Franz vom 18. Mai 1799. Der Erzherzog bittet um Gnade für General Schmidt, der sich von seinem Haß gegen die Franzosen fortreißen ließ, in einem Privatbrief an Mayer „eine Idee oder vielmehr Empfindungen" auszusprechen, denen sodann Mayer „eine ganz eigene Deutung" gab. „So wurde die Sache immer schlimmer, da sie in den unteren Stufen mehrere Zusätze erhalten, wo dann endlich das unglückliche Ereignis daraus folgte."

Mit vollem Recht wurde dieser Brief von Hüffer das Inhaltsvollste genannt, was bisher über den Rastatter Vorfall ans Licht getreten sei. Beim ersten Lesen habe er keinen anderen Gedanken gehabt, als daß nunmehr das Rätsel gelöst, die Frage nach Thätern und Anstiftern beantwortet sei; namentlich der Schluß des erzherzoglichen Schreibens habe die Deutung nahe gelegt, daß der Wunsch des franzosenfeindlichen Schmidt den Mord veranlaßt habe.

Doch wie treffend diese Lösung erscheinen möchte, — mit Recht trug Hüffer Bedenken, sie als die allein richtige und mögliche zu verkündigen. Von einer Andeutung, daß man mit den Jakobinern nicht allzu säuberlich umzugehen brauche, bis zur Aufforderung, die Vertreter des mächtigen Frankreichs umzubringen, ist doch noch ein gewaltiger Unterschied. Auch durch das Verhalten des Obersten Barbaczy fühlte sich Hüffer unsicher gemacht. Barbaczy, durch die Nachricht von der Mordthat wie niedergeschmettert, beteuerte vor den deutschen Gesandten, daß „sein durch manche mitgemachte Schlacht abgehärteter Busen dennoch vor solcher Greuelthat sich entsetze." Sollte dabei nur an Heuchelei und Lüge gedacht werden? Vor allem: wenn der Husarenoberst direkten Befehl zur Ermordung der Gesandten erhalten hätte, warum sollte er sich nicht später darauf bezogen haben? Warum sollten er und Rittmeister Burkard, als sie im nächsten Jahre, wenn auch unter Vorrückung im Rang, in den Ruhestand versetzt wurden, schweigend das Unrecht ertragen haben?

Demnach, so folgerte Hüffer weiter, ist doch noch immer die Frage offen: Haben nicht, während die Wagen von den Husaren angehalten wurden, andere Personen sich eingemischt und den blutigen Ausgang herbeigeführt? Und welche Personen könnten es gewesen sein? —

Bekanntlich schärfte Lucius Cassius den römischen Richtern ein, bei strafrechtlichen Untersuchungen vor allem die Frage aufzuwerfen: Cui bono? Wem zum Nutzen wurde das Verbrechen verübt?

In vorliegendem Falle könnte die Antwort nur lauten: dem französischen Direktorium! Der Eindruck der grauenvollen That auf die öffentliche Meinung mußte der französischen Politik zu gute kommen. Da jedoch auch nicht der Schatten eines Beweises für eine Anstiftung durch die Direktoren ausfindig zu machen ist, muß trotzdem ehrlicherweise jeder Verdacht unterdrückt werden.

Nach der von Arthur Böthlingk verfochtenen Hypothese wäre im Rastatter Gesandtenmord nichts anderes zu erblicken, als ein Schachzug Bonapartes, der sich mit Hilfe eines neuen europäischen Krieges die Herrschaft über Frankreich erringen wollte. Doch auf bloße Vermutungen hin, mögen sie noch so geistreich verwertet werden, darf — darin stimmt Hüffer mit Böthlingks bestgewappnetem Gegner Obser überein — eine so schwere Beschuldigung nicht erhoben werden.

Eher noch wäre an die Emigranten zu denken. In ihren Schriften und Reden tauchte ja nicht selten die Auffassung auf: Die ruchlosen Königsmörder sind vogelfrei! Lob und Ehre jedem, der die Welt von solchen Ungeheuern befreit! Es verdient immerhin Beachtung, daß auch der in alle politischen Händel und Schliche eingeweihte Graf Lehrbach, damals kaiserlicher Bevollmächtigter am kurbayerischen Hofe, sogleich an eine Einmischung der Emigranten dachte. Wir sind darüber unterrichtet durch die merkwürdigen, von Sybel veröffentlichten Protokolle eines pfälzischen Legationssekretärs Grafen Arco, der in amtlichem Auftrag den im Stürzerschen Gasthof zu München einquartierten Lehrbach belauschte und

über die zwischen dem Gesandten und seinem Privatsekretär Hoppe gerade in den Nächten unmittelbar vor und nach dem Rastatter Ereignis geführten Gespräche genaue Aufzeichnungen machte. Aus den krausen Reden und Ausrufen der beiden geht hervor, daß sie auf Grund der Rapporte zwar nicht an der Verübung der That durch Szekeler Husaren zweifelten, aber eine Bestechung durch Emigranten nicht für ausgeschlossen hielten.

Der Adjutant des Erzherzogs Karl, Oberst Delmotte, wollte alle Schuld nur auf die Emigranten schieben. In einem Briefe an den Herzog von Sachsen-Teschen vom 2. Mai 1799 versichert er, alles und jedes laute darauf hin, daß die französischen Gesandten das Opfer ihrer eigenen Landsleute geworden seien, namentlich General Danican, dessen Schrift „Kassandra" offen zum Mord der Republikaner auffordere, werde zu dem Vorfall in Beziehungen gebracht. „Ich bin froh, daß die Sache diese Wendung nimmt, damit man sie nicht uns Schuld geben kann!" Auf die Szekler könne schon deshalb kein Verdacht fallen, weil von den Mördern französisch gesprochen worden sei, von den Szeklern aber kein einziger Französisch verstehe.

Nicht so überzeugt war der Leiter der auswärtigen Politik Österreichs, Baron Thugut, von der Unschuld der kaiserlichen Soldaten. Von ihm und anderen Staatsmännern in Wien wurde die Forderung aufgestellt, es möge strengste Untersuchung eingeleitet und der Gerichtshof durch unparteiische Richter aus neutralen Staaten, auch aus Frankreich, verstärkt werden. Davon wurde es aber wieder stille, als die Rastatter Blutthat vom französischen Direktorium, als ob dies eine ausgemachte Sache wäre, unmittelbar auf die kaiserliche Regierung geschoben und ausschließlich dazu benutzt wurde, um auf dem ganzen Kontinent gegen Österreich Stimmung zu machen. Durch solche Mißgunst, so wurde nun von kaiserlicher Seite erklärt, habe Frankreich jedes Anrecht auf Aufklärung des geheimnisvollen Mordes verwirkt; nur vor den deutschen Fürsten wolle die kaiserliche Regierung sich rechtfertigen, und deshalb werde der Regensburger Reichstag mit der Untersuchung be-

traut werden. In der Zuschrift an die Reichsversammlung war schon ein deutlicher Wink gegeben, wie das Verbrechen aufzufassen sei: es sei verübt worden von einem Trupp in kaiserliche Militäruniform gekleideter Personen. In Regensburg wollte aber niemand an der Untersuchung Teilnahme zeigen; die Kriegsereignisse drängten jedes andere Interesse zurück, und — die kaiserlichen Truppen waren auf allen Punkten siegreich geblieben. Endlich wurde am 9. August beschlossen, die Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens werde am besten der Weisheit und Gerechtigkeitsliebe des Kaisers anheimgestellt.

Über den weiteren Verlauf der Untersuchung drang keine Kunde mehr in die Öffentlichkeit; sie scheint im wesentlichen im Herbst 1799 ihren Abschluß gefunden zu haben, doch blieben die vor Gericht gezogenen Husaren in Haft, bis sie im Sommer 1800 nach Siebenbürgen entlassen wurden. Auch Barbaczy und Burkard wurden dorthin kommandiert, im Mai 1801 aber in den Ruhestand versetzt.

Ob eine strengere Untersuchung zu sicherem Ergebnis geführt haben würde, dünkt Hüffer nicht wahrscheinlich. „Erwägt man, wie schwer Kameraden zu einem Zeugnis gegen einander sich herbeilassen, wie wenigen ferner an der Klarstellung des Vorganges und wie vielen an der Verhüllung gelegen war, so wird man die geringen Erfolge der Kommission leicht begreifen.“ —

„Das Ereignis“, so schloß ich einen 1887 geschriebenen, in meinen „Essays“ veröffentlichten Aufsatz über den Gesandtenmord, „ist als eine militärische Angelegenheit aufzufassen. Das österreichische Kommando erließ Befehl, die Gesandten anzuhalten und ihre Papiere wegzunehmen. Dabei wurde für die Sicherung der Gesandten nicht genugsam Sorge getragen, und so konnte vermutlich infolge eines mißverstandenen Befehls die blutige Katastrophe erfolgen.“

Hüffer kam also im wesentlichen zu dem gleichen Ergebnis, doch konnte er seine Auffassung, hauptsächlich mit Hilfe des Schreibens des Erzherzogs Karl vom 18. Mai, schon viel sicherer

begründen und auch die Einzelheiten erschöpfender und zuverlässiger darstellen.

So viel steht fest, — dahin faßt Hüffer die Ergebnisse seiner Forschung und Kritik zusammen, — daß Kaiser Franz und die leitenden Männer der kaiserlichen Regierung dem Rastatter Ereignis völlig fern standen; die That wurde weder angestiftet noch ausgeführt von derjenigen Regierung, bei welcher die Gesandten beglaubigt waren; es kann also überhaupt nicht von einem Gesandtenmord gesprochen werden, wie ja auch von einem Kindsmord nur dann die Rede ist, wenn die Mutter das Verbrechen begangen hat. Im kaiserlichen Hauptquartier war man überhaupt nicht mehr gesonnen, in Debry, Bonnier und Roberjot unverletzliche Gesandte zu erblicken, und ein Privatschreiben des Generalquartiermeisters Schmidt, das dieser Anschauung unvorsichtigen Ausdruck gab, wurde die Veranlassung der Katastrophe. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Szekler die wirklichen Mörder waren. Möglicherweise hatten Emigranten die Hand im Spiel, allein „das Wahrscheinlichste ist nicht immer das Wahre." „Jedenfalls ist die Ermordung der Gesandten nur auf Privatrache oder Privatzwecke zurückzuführen, gehört also nicht dem Gebiet des Völkerrechts, sondern des Strafrechts an." —

In dem erwähnten Aufsatz von 1887 gab ich der Hoffnung Ausdruck, es werde vielleicht doch noch einer glücklichen Hand gelingen, die verschollenen Untersuchungsakten aus einem österreichischen Archiv zu Tage zu fördern. Auch Hüffer wies vorwurfsvoll darauf hin, daß in der vielerörterten Frage nur deshalb so viel mit leeren Mutmaßungen operiert werden müsse, „da von der eigentlich berufenen Seite die Aufklärung ausblieb."

Diese Aufklärung ließ jedoch nicht mehr lange auf sich warten.

Es gereicht dem Vorstand des k. und k. Kriegsarchivs, Feldmarschallleutnant von Wetzer, zu hoher Ehre, daß er, getreu den hochherzigen Grundsätzen seines Amtsgenossen von Arneth, sich entschloß, die gesamte, auf das Rastatter Ereignis bezügliche militärische Korrespondenz rückhaltlos der Forschung zu überlassen.

Schon durch ein Dekret des Ministers Grafen Cobenzl von 1804 war strengste Geheimhaltung angeordnet worden. Mit welcher Ängstlichkeit von der Bureaukratie bis in die neueste Zeit an jener Weisung festgehalten wurde, erhellt daraus, daß sogar Historiker, wie Vivenot und Helfert, die mit schwärmerischer Treue die Sache Österreichs in allem und jedem verteidigten, nicht Einsicht nehmen durften.

Dagegen wurde nun dem k. k. Hauptmann Oskar Criste, der im Auftrag der gegenwärtigen Leitung des Kriegsarchivs „Beiträge zur Geschichte des Rastatter Gesandtenmordes“ (11. Band der Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs, Neue Folge, 1899) herausgab, das gesamte urkundliche Material, so weit es in Wiener Archiven verwahrt ist, überlassen.

Bald darauf wurden von Freiherrn von Helfert seine früheren dankenswerten Arbeiten über die Rastatter Episode gesammelt; in einem Schlußkapitel über die neuen Enthüllungen Cristes werden Folgerungen gezogen, die in dem Ausspruch gipfeln, es sei damit „der Schlußpunkt der wissenschaftlichen Behandlung der Frage“ geboten.

Criste selbst erklärt vorsichtiger, auch er vermöge nicht eine sichere Beantwortung aller mit dem geschichtlichen Geheimnis zusammenhängenden Fragen zu liefern, doch könne er den Nachweis liefern, daß weder die kaiserliche Regierung, noch das kaiserliche Militär schuldig oder mitschuldig seien an dem unseligen Ereignis.

Diesen Beweis will nun aber Criste nicht durch sein neues archivalisches Material erbringen, sondern durch eine nochmalige genaueste Untersuchung aller Einzelheiten. Man wird ihm die Anerkennung nicht versagen können, daß er als gewandter und energischer Anwalt für seine Sache plaidiert hat. Trotzdem hat er nach meiner Ansicht den Prozeß nicht gewonnen.

Zu tadeln ist, daß Criste von vornherein jeden, der nicht von der Unschuld der Szekler überzeugt ist, der Gehässigkeit gegen Österreich beschuldigt. Besonders bei Sybel wird immer an die „bekannte Parteistellung“ erinnert, als ob schon aus diesem Grunde

niemals an sachliche Begründung, sondern nur an Tendenz zu denken wäre. „Wenn es sich um Österreich und Österreicher handelt“, sagt Criste, „hat es für deutsche Historiker der gewissen Farbe niemals eine Grenze für Schmähung und Herabsetzung gegeben.“ Der Vorwurf ist unbillig, so weit er sich auf Sybel bezieht, der niemals der historischen Gerechtigkeit Gewalt angethan hat, und der Vorwurf ist, insofern er sich auch auf die jüngeren Historiker „der Sybelschen Richtung“ beziehen soll, unrichtig, fast möchte man sagen, altmodisch. Gewiß, als Deutschland noch im Zeichen des Dualismus stand, wurde in historisch-politischen Fragen wohl einmal ein Ton angeschlagen, der mit der Aufgabe und der Würde der Geschichtswissenschaft nicht vereinbar war; heute ist das aber ein überwundener Standpunkt. Warum sollte uns die Frage, ob das Rastatter Ereignis auf die Szekler zurückzuführen sei oder nicht, in Aufregung versetzen? Den Gedanken an eine Schuld der kaiserlichen Regierung hat schon Sybel, sobald er durch das Münchner Protokoll zur besseren Einsicht gelangt war, aufs entschiedenste zurückgewiesen. Warum sollte aber eine vor 100 Jahren verübte brutale That siebenbürgischer Reiter auch heute noch als „ehrenrührig für den österreichischen Kaiserstaat“ angesehen werden? Wäre es nicht ebenso ungerecht wie geschmacklos, wenn man das bayerische Königshaus dafür verantwortlich machen wollte, daß ein heißblütiger Wittelsbacher vor 700 Jahren gegen das Oberhaupt des Reiches das Schwert erhob? Ich verwahre mich gegen eine Auffassung, die mir, wenn ich die von Criste versuchte Ehrenrettung der Szekler nicht für gelungen halte, andere Motive unterschiebt, als rein sachliches Interesse.

Criste schildert zuerst ausführlich die Verhältnisse und die Persönlichkeiten des Rastatter Kongresses, sowie die Kriegsereignisse, die dem Kongreß ein gewaltsames Ende setzten. Noch klarer erhellt aus den hier mitgeteilten militärischen Erlassen und Berichten, wie viel der kaiserlichen Heeresleitung daran gelegen war, der Korrespondenz der französischen Gesandten habhaft zu werden. Auch Criste nennt es bedauerlich, daß General Schmidt den zu

Mißverständnissen Anlaß bietenden Brief an Mayer geschrieben hat, nimmt aber als gesichert an, daß das Schreiben sich nur auf Wegnahme der Papiere bezogen haben konnte. Auffällig ist eine Erklärung des Generalmajors Görger, er habe Barbaczy beauftragt, „nichts zu verabsäumen, und wenn etwas auszuführen wäre, alles Fremde, was sich uns widersetzet, auch natürlicherweise feindlich zu behandeln“, doch können sich auch diese Worte nur auf Beschlagnahme der Papiere bezogen haben. Daß eine solche wirklich anbefohlen wurde, beweist der Erlaß Erzherzog Karls an General Kospoth vom 28. April, wonach Oberst Barbaczy zwar den französischen Gesandten versichern soll, „daß ihre Rückkehr nach Frankreich ungehindert und sicher geschehen werde“, allein „in Hinsicht der Correspondenz der französischen Minister darf keineswegs eine beruhigende Zusicherung gegeben werden, vielmehr ist aller Bedacht dahin zu nehmen, sich der Papiere habhaft zu machen, und dieselben so, wie gestern geschehen ist, (bei Plittersdorf wurden am 25. April Briefschaften der französischen Gesandten einem Kurier abgenommen) hieher zu schicken.“

Auf die Ereignisse der Unglücksnacht übergehend, unterzieht Criste die Aussage der Beteiligten einer scharfen Kritik. Er weist darauf hin, daß in den Angaben der Angehörigen und Diener der Gesandten und insbesondere in den Erzählungen des geretteten Jean Debry starke Widersprüche hervortreten.

Es ist auch gewiß richtig, daß allzu viel Gewicht nicht darauf gelegt werden darf. Man vergegenwärtige sich nur einmal die Scene.

In stockfinstrer Nacht werden die Reisenden jählings aus dem Wagen oder vom Kutschenbock gerissen. Heftiger Sturmwind peitscht ihnen Regen und Schnee ins Gesicht, nackte Säbel werden vor ihren Augen geschwungen, bald erheben sich Wehgeschrei der Verwundeten und Hilferuf der Gefährdeten, alles löst sich auf in Lärm, Getümmel, Flucht. — — Kann es da befremden, wenn die teilweise unmittelbar nach der Katastrophe in fliegender Hast gemachten Aussagen in Bezug auf die Einzelheiten des

grausigen Abenteuers Abweichungen aufzuweisen haben? Kann es da Wunder nehmen, wenn der eine sechs, der andere zwölf bis fünfzehn, der dritte gar sechzig bis siebzig Husaren heranstürmen sieht? wenn die Angaben über die Ausmittelung der Gesandten nicht zusammen stimmen? Weshalb soll es undenkbar sein, daß die verhängnisvolle Frage an Debry in französischer, an Roberjot und Bonnier in deutscher Sprache gerichtet wurde? Und wenn von Einzelnen wirklich die paar Worte: „Le ministre Jean Debry“ oder „Est-ce que tu es Jean Debry?“ gebraucht wurden, so ist auch damit noch nicht bewiesen, daß die Mörder des Französischen kundig oder gar geborene Franzosen gewesen sein müssen.

In Debrys Berichten läßt sich deutlich erkennen, daß das Bestreben, sich als Märtyrer aufzuspielen und seine Rettung mit romantischem Schimmer zu umgeben, ihn dazu verleitet, seiner Odyssee immer wieder neue Züge zu leihen. Auch von seinen Wunden macht er zu viel Aufhebens, doch geht Criste zu weit, wenn er nur von einem „Kratzer“ spricht und daraus so weitreichende Folgerungen zieht. Criste glaubt, es sei von vornherein nur auf Ermordung von Bonnier und Roberjot abgesehen gewesen, während „die Mörder höchst merkwürdigerweise sich begnügten, dem Bürger Debry einige unbedeutende Hiebe zu applizieren, damit er Gelegenheit finde, auf eine ihm selbst ganz und gar unerklärliche Weise in einem Graben zu verschwinden, wo ihn die Husaren ebenso seltsamerweise nicht mehr aufspüren konnten, da es ihm ebenfalls auf eine ihm ganz unbegreifliche Art gelingt, in der Finsternis einen hohlen Baum zu finden, der zufällig in der nächsten Nähe steht, um den Mann mit den 40 Säbelhieben und 13 Wunden aufzunehmen“. Ist aber die Erzählung von dieser Rettung weniger glaublich, als die Annahme, daß der Minister zugelassen oder angeordnet habe, die Mörder sollten in stockfinstrer Nacht von ihren Pferden herab auch auf seinen Kopf und seine Arme ihre scharf geschliffenen Säbel niedersausen lassen?

Auch die Sekretäre und Diener hält Criste wegen ihrer

widerspruchsvollen Angaben für verdächtig, und deshalb glaubt er die Thatsache, daß alle ohne Ausnahme Szekler Husaren als Thäter bezeichneten, als gänzlich wertlos ansehen zu dürfen.

Ebenso will Criste dem bisher als Hauptquelle angesehenen „Gemeinschaftlichen Bericht" der Rastatter Gesandten, der sich auf die verlogene Schilderung des Debry und andrer verdächtiger Personen stütze, nur geringe Beweiskraft zugestehen. Auf den von Dohm abgefaßten Bericht habe ja der preußische Gesandte Graf Goertz maßgebenden Einfluß geübt, „ein leidenschaftlicher Gegner Österreichs", der „sich mit geradezu fieberhafter Geschäftigkeit bemühte, das blutige Ereignis politisch auszubeuten, deshalb gegen Österreich zu hetzen und jedem Versuche, die angeklagten kaiserlichen Husaren von Verdacht zu reinigen, entgegenzuarbeiten." Von „leidenschaftlicher Parteinahme gegen Österreich" ist jedoch in dem „Gemeinschaftlichen Bericht" keine Spur zu entdecken, wenn sich auch daraus erkennen läßt, daß die Diplomaten nicht an eine zufällige That einer übermütigen Soldateska glaubten, sondern die kaiserlichen Offiziere, insbesondere Rittmeister Burkard, als Mitwissende ansahen.

Die „Belauschungsgeschichte" im Stürzerschen Gasthofe zu München hält Criste für gänzlich wertlos, da es doch gar zu unwahrscheinlich, daß „eine immerhin nicht unbedeutende Person wie Graf Lehrbach, der doch wohl mehrere Zimmer im Hotel bewohnte, ganz gemütlich und ungestört Stunden lang belauscht werden konnte."

Gewiß, auffällig ist der Vorgang! Trotzdem ist, wie schon Sybel nachgewiesen und auch Helfert eingeräumt hat, an der Echtheit und Gleichzeitigkeit jener Notate nicht zu zweifeln. Auch Criste gibt zu, daß darin „manche Kleinigkeiten angeführt sind, von denen in den kritischen Tagen nur auf vertraulichem Wege Kenntnis erlangt werden konnte." Es handelt sich aber nicht bloß um vereinzelte Kleinigkeiten, sondern alles, was im Protokoll dem Grafen Lehrbach und seinem Sekretär Hoppe in den Mund gelegt wird, entspricht dem wirklichen Sachverhalt. Je genauer wir über die

militärische Korrespondenz unterrichtet worden sind, desto überzeugender ist die Gewißheit hervorgetreten, daß das Gespräch zwischen Lehrbach und Hoppe nur auf Grund genauer Kenntnis der amtlichen Papiere geführt werden konnte und geführt worden ist.

Von den Anwälten der Szekler, auch von Criste, wird darauf Gewicht gelegt, daß Oberst Barbaczy in seinem Schreiben an die Rastatter Diplomaten der Entrüstung Ausdruck gab „über jene Verbrecher, die ich unter meinem Kommando jemals gehabt zu haben, Zeit meines Lebens mit innigster Wehmut fühlen muß.“ Ein Mann, der so freimütig gesprochen habe, als er selbst noch die That seinen Reitern zuschrieb, verdiene auch dann Glauben, wenn er, nachträglich eines Besseren belehrt, die Schuldlosigkeit seiner Leute verteidigte.

Wie schreibt aber Barbaczy am nämlichen Tage, da er so schmerzlich bewegt sich vor den Gesandten entschuldigte, an seine militärische Behörde: „Nun ist die Sache vollendet, und das zu vermuthen gewesene Klagelied der sämtlichen Gesandtschaften auch hier, welches ich Ew. Excellenz im Original anzuschließen nicht unterlasse.“ Im „Belauschungsprotokoll“ heißt es: „Dann las er (Hoppe) einen Bericht des Brigaden-Generals, dessen Namen man vergessen hat, welcher die Besitznahme von Rastatt und den Mord der französischen Minister auf eben die Art, wie Herr von Rechberg (der kurbayerische Gesandte) in seiner Depesche beschreibt, er fängt an: die französischen Minister sind von unsern diesseitigen Vorposten ermordet worden; dann las er einen Brief von Barbatschi, welcher deshalben besonders merkwürdig ist, weil er so anfängt: Nun ist alles vollendet, und dann den Hergang erzählt. Hoppe fragt mehrere Male, was heißt das: Nun ist alles vollendet? was heißt das? Der dumme Kerl! Lehrbach antwortete aber nicht darauf.“

In der Verlegenheit, welche Burkard nach dem Eintreffen der traurigen Nachricht in Rastatt an den Tag legte, sieht Criste den besten Beweis für die Überraschung und Unschuld des Rittmeisters. Wie berichtet aber dieser unmittelbar nach dem Attentat

an seinen Oberst: „Eine Viertelstunde und auch noch weiter von der Stadt stieß eine Patrouille unter dem Wachtmeister Kanczak, der links her von dem Rhein kam, auf diese Wagen, eine andere Patrouille, so rechts vom Rhein her kam, stieß zu gleicher Zeit auf diese Wagen. Da nun von allen Seiten das Gerücht ging, daß die französischen Truppen in großer Anzahl am 28. über den Rhein gesetzet, welches den beiden Unteroffiziers auch zu Ohren kam, so waren sie äußerst aufmerksam, und da die Leute bei den Wagen französisch sprachen, so glaubten die Korporals, daß es zur Armee gehörige Personen wären, und es wurden der Herr Bonnier und der Herr Roberjot todtgehauen, der Jean Debry wurde zwar auch gehauen, aber sein Leichnam ist nirgends zu finden, und er muß, äußerst stark blessiert, sich wo versteckt haben.“

Der trockene, sachliche Rapport läßt gar nicht auf „Fassungslosigkeit“ des Offiziers schließen, und so klar und deutlich wie möglich ist ausgesprochen, daß die Gesandten von Szeklern niedergesäbelt wurden. Criste wendet ein, der Rittmeister sei durch die Anklagen der Gesandten irre geworden an der Schuldlosigkeit seiner Leute und habe deshalb für notwendig erachtet, „die That, so gut als ihm im Augenblicke beifiel, zu rechtfertigen, und zwar nicht nur gegenüber den fremden Diplomaten, sondern auch dem Erzherzog gegenüber, dem ja, wie er wußte, von dem ganzen Unternehmen gegen die französischen Gesandten gar nichts bekannt war.“

Ist dies glaublich? Burkard soll, blos weil der preußische Gesandte und seine Kollegen die Szekler verklagten, den Rapport des Patrouillenführers, der die Schuldlosigkeit der Husaren dargethan hätte, unterschlagen und vor seinen Vorgesetzten die eigenen Leute bezichtigt haben, nur um ein Wort zu ihrer Rechtfertigung einzufügen?

Die Wichtigkeit des schon von Hüffer veröffentlichten Schreibens des Erzherzogs Karl an den Kaiser vom 18. Mai wird auch von Criste nicht verkannt: unanfechtbar gehe daraus hervor, daß der Erzherzog selbst die That den Szekler Husaren zugeschoben und in General Schmidt den unfreiwilligen Urheber der Mordthat erblickt

habe. Dies ist aber, fährt Criste fort, nur die Ansicht des Erzherzogs, nicht eine erwiesene Thatsache. Um den wirklichen Sachverhalt aufzuklären, entbietet Criste als zuverlässigste Zeugen „diejenigen, die — ein seltsames Geschick! — seit 100 Jahren zum Stillschweigen verurteilt waren: die Szekler Husaren!"

Das vielgesuchte „Villinger Protokoll" wird nun im vollen Wortlaut mitgeteilt. Es enthält die Aussagen der beteiligten Offiziere, Unteroffiziere und Gemeinen des Szekler Regiments vor der kriegsgerichtlichen Kommission, welche nach Anordnung des Erzherzogs Karl unter Vorsitz des Feldmarschallleutnants Grafen Sporck am 7. Mai 1799 in Villingen zusammentrat. Criste hat das Protokoll oder vielmehr eine Abschrift davon in einem seiner Zeit schon von Sybel benützten Aktenbündel im Wiener Archiv gefunden. „Es ist daher nicht ausgeschlossen", bemerkt dazu Helfert, „daß Sybel auch jenes dickleibige Konvolut gesehen und in Händen gehabt hat, aber sich mit den Aktenauszügen, die ihm Wasser auf seine Mühle zu treiben schienen, begnügen zu dürfen glaubte, ohne sich der langwierigen Durchlesung eines so umfangreichen Geschreibsels unterziehen zu brauchen." Der Vorwurf ist sicherlich unbegründet. Es ist weit wahrscheinlicher, daß das dickleibige Konvolut in dem Augenblick, da das Aktenbündel dem preußischen Gelehrten eingehändigt wurde, sich nicht in demselben befand. Diese Annahme ist im Hinblick auf frühere Gepflogenheiten der Archive überhaupt und auf die zahlreichen Vermerke bei den von Criste mitgeteilten Schriftstücken: „Bisher sekretiert!" gewiß nicht unstatthaft.

Vor dem Kriegsgericht wurde ebenso von Barbaczy und Burkard wie von den Wachtmeistern und Gemeinen übereinstimmend ausgesagt, daß die Patrouillen erst nach der Katastrophe an die Wagen der Gesandten herangekommen seien. Einzelne wollen noch gesehen haben, daß die Mörder teils zu Pferd, teils zu Fuß in den Wald flüchteten; da aber schon alle Lichter erloschen waren, ließ sich nichts Rechtes mehr sehen, und von den Flüchtlingen war keiner zu erreichen. Von den Offizieren wurde ausdrücklich die

Ansicht ausgesprochen, der Mord werde wohl von Emigranten ausgeführt worden sein.

Am 30. Mai 1799 fällte die Kommission das Urteil: für Beteiligung von Szekler Husaren an der Blutthat finde sich gar kein Anhaltspunkt, dagegen spreche manches für die Annahme, daß der Mord als Akt persönlicher Rache von Emigranten, vielleicht mit Zustimmung und Hilfe der Dienerschaft der Ermordeten verübt worden sei. Nach Aussage des Obersten Barbaczy sei der Ruf gehört worden: „Voilà les coquins, qui ont voté pour la mort du Roi!“ Von den geretteten Franzosen selbst sei der Verdacht auf den Emigranten General Danican gelenkt worden, der die Republikaner Roberjot und Bonnier seinem Haß geopfert habe.

Criste findet im Villinger Protokoll die volle Bestätigung seiner Auffassung der Dinge. „Diese Leute sprechen die Wahrheit.“ „So, wie sie aussagen, können und werden sich die Ereignisse in der Nacht vom 28. April abgespielt haben.“ Zwar müsse zugegeben werden, daß es auch in diesen Aussagen nicht an Widersprüchen fehle, daß sich der Leser da und dort zu Zweifeln angeregt fühle, doch im allgemeinen habe dieses amtliche Schriftstück doch ganz anderen Wert, als der „Gemeinschaftliche Bericht“ der durch Voreingenommenheit befangenen Gesandten oder der suggerierten Erzählungen der Franzosen.

Auch auf Helfert machen die Aussagen vor dem Kriegsgericht durchaus den Eindruck der „Ursprünglichkeit und subjektiven Wahrhaftigkeit.“

Ich habe diesen Eindruck *nicht* empfangen. Ohne auf andre Einzelheiten näher einzugehen, z. B. auf den krassen Widerspruch in den Aussagen des Wachtmeisters Kanczak und des Oberleutnants von Szentes, will ich nur darauf hinweisen, daß keiner von den Offizieren ein Wort davon verlauten läßt, daß ein *Befehl* vorlag, die Gesandten anzuhalten.

Hören wir, wie Criste diesen auffälligen Umstand zu erklären sucht! „Welchen Zweck hätte es denn jetzt haben sollen, der Untersuchungskommission von einem Befehl zu erzählen, der nie vollzogen

worden war und auf die Ermordung der Gesandten keinen, aber auch nicht den geringsten Einfluß genommen? Ein derartiges Hereinzerren dienstlicher Befehle, ein solches Vermengen von Namen seiner Vorgesetzten in eine Untersuchung, in welche er selbst nur unschuldig geraten war, wäre ja geradezu gehässig gewesen!“

Der nämliche Offizier hat aber, wie wir hörten, den Vollzug der That mit den Worten: „Nun ist alles vollendet u. s. w.“ angezeigt. Er muß also doch einen Befehl erlassen, und wenigstens Burkard muß davon Kenntnis gehabt haben. Und ein so wichtiger Umstand wird, wenn es sich um Aufklärung eines Verbrechens handelt, verschwiegen!

Von Burkard wird in Villingen wiederholt beteuert, es sei ihm nichts anderes bekannt, als daß die Patrouillen erst nach vollbrachter Blutthat an Ort und Stelle gekommen seien. Und doch hat der Rittmeister am Morgen des 29. April seinem Vorgesetzten berichtet, daß nach Aussage der Patrouillenführer die französischen Gesandten von den Husaren „tot gehauen“ wurden! Hätte er nicht wenigstens den Widerspruch zwischen seinem Rapport und der vor Gericht gemachten Aussage erklären müssen?

„Die Offiziere“, sagt Helfert, „hatten um so weniger Anlaß, auf den ihnen gewordenen Auftrag zurückzukommen, weil ihnen ja dieser Auftrag im höchsten Dienstvertrauen von ihren unmittelbaren Vorgesetzten zugekommen war.“ Kann dann überhaupt, frage ich, den Aussagen von Männern, die auf das „Dienstvertrauen“ mehr Rücksicht zu nehmen haben, als auf die Ermittelung der Schuldigen, entscheidende Bedeutung beigemessen werden? Ist dadurch, wie Helfert beansprucht, die ganze Frage wenigstens nach der negativen Seite als vollkommen gelöst anzusehen und eine Mitwirkung der Szekler ein für allemal ausgeschlossen? —

Wird den Villinger Entlastungszeugen von den militärischen Behörden selbst so hoher Wert zuerkannt?

Am 30. Mai 1799 erklärt die kriegsgerichtliche Kommission, daß sie keine Schuld an den Husaren finde. Doch erst ein volles Jahr später werden sie in Freiheit gesetzt! —

Wichtiger aber als alle diese Zweifel, Erwägungen und Schlüsse ist ein erst von Criste ans Tageslicht gezogenes Schreiben, das Erzherzog Karl am 2. September 1799, also drei Monate nach der Entscheidung des Kriegsgerichts, an den Kaiser richtete.

Da das Reichsgutachten vom 9. August die Fortsetzung der Untersuchung wegen des Gesandtenmordes dem Kaiser überlassen habe, müsse darüber nachgedacht werden, „wie dieses auf eine der Würde des Allerhöchsten Hofes und dem Interesse des Allerhöchsten Dienstes angemessene und doch die Publizität befriedigende Art geschehen könne.“ Es gebe nur zwei Wege, um die Sache anständig zu Ende zu führen: „1) entweder dieselbe in ihrer wahren Gestalt der Publizität vorzulegen, oder 2) der Sache eine solche Wendung zu geben, daß nicht Husaren, sondern Fremde als Urheber der Mordthat erscheinen.“ Wenn der erste Weg gewählt werde, so müsse der Satisfaktionspunkt auf dem Fuße folgen. Die Husaren könne keine Strafe treffen, „weil sie im Gefolge einer Ordre gehandelt haben.“ Satisfaktion müsse die Veranlasser treffen, die Personen, „wodurch diese Sache passiert ist,“ also den General Schmidt, Oberstleutnant Mayer, General Graf Merveldt und allenfalls noch General Görger. Doch in diesem Falle sei kaum zu umgehen, daß der Allerhöchste Hof und Dienst kompromittiert werde. „In der Lage, wie die ganze Sache liegt, unter dem Zusammenschlag aller vorwaltenden Umstände würde niemand sie allein in ihrer isolierten Gestalt einer Privathandlung betrachten, . . . . . es würde immer sehr zu besorgen sein, daß, so sehr man den vollen Beweis der strengsten Gerechtigkeitsliebe zu geben sich bestreben würde, dieses doch die davon gehoffte Wirkung nicht in seinem ganzen Umfang erzielen und den Argwohn einer stillen Mitwissenschaft oder Anleitung zur That unterdrücken dürfe.“ In Frankreich selbst sei das große Publikum zur Zeit geneigt, den Vorgang auf Rechnung des Direktoriums zu setzen, und auch in Deutschland scheine diese Meinung Wurzel zu fassen. „Alle die Vorteile, welche in der öffentlichen Meinung bis jetzt gewonnen

sind, würde man auf einmal ganz unbenutzt aufgeben, sobald man die Sache in ihrer wahren Gestalt darlegen würde." Es würde jedenfalls die Frage auftauchen, warum das Privatschreiben des Generals Schmidt nicht sofort bekannt gegeben, warum davon in dem Allerhöchsten Kommissions-Dekret keine Erwähnung gemacht worden sei? Die unausbleibliche Folge würde sein, daß der Allerhöchste Dienst kompromittiert erscheine. Deshalb sei es rätlich, den zweiten Weg einzuschlagen. „Je mehr ich über die ganze Sache nachdenke, desto mehr überzeuge ich mich, daß dermalen nichts anderes übrig zu bleiben scheint, als der Sache die bestmöglichste Wendung zu geben, daß das diesseitige Militär nicht als Thäter erscheint. Über die Art und Weise, wie dieses ausgeführt werden könnte, hat man schon reiflich nachgedacht. Man glaubt allerdings in der weiteren Untersuchung der Sache eine solche Richtung zu geben, wodurch die Ehre und Würde des Allerhöchsten Hofes, sowie des k. k. Militärs in dem Urteil der Publizität vollkommen gerechtfertigt erscheine."

Auch Criste gibt zu, daß dieses Schreiben des Höchstkommandierenden an den Träger der Krone leicht zur Annahme verführen könnte, es seien nunmehr alle Schleier gefallen, es müsse fortan jeder Versuch einer anderen Erklärung aufgegeben werden. Allein „nur losgelöst von den übrigen Dokumenten über dieses Ereignis, losgelöst von den zahllosen, kleinen und großen Umständen, welche die That umgeben, bietet dieser Brief den Schlüssel zur Lösung jenes geheimnisvollen Verbrechens, — aber auch nur dann. In Zusammenhang mit den übrigen Dokumenten aber und mit dem Gang der Ereignisse bildet er nur eine Umschreibung des erzherzoglichen Briefes vom 18. Mai und beweist nicht mehr, als daß der kaiserliche Prinz sich selbst nach vier Monaten nicht von einer Voreingenommenheit befreien konnte, die allerdings seinem Rechtsgefühl zur höchsten Ehre gereicht, aber von der durch keinerlei Rücksichten beeinflußten objektiven Forschung nicht leichthin als historischer Beweis angenommen werden darf." Der Erzherzog habe den Spruch des Kriegsgerichts nur deshalb unbeachtet ge-

lassen, weil er durch den verzweiflungsvoll an seine eigene Schuld glaubenden General Schmidt irre geführt worden sei; auch habe ihm der Drang der Kriegsereignisse keine Zeit gelassen, sich ausreichender über die gepflogene Untersuchung zu informieren.

Ich kann diese Auslegung des Briefes nicht überzeugend finden. Wenn ich auch angesichts des Vorschlages, von den wirklichen Thätern den Verdacht auf andere zu lenken, das „Rechtsgefühl" des Erzherzogs nicht so hoch anschlagen kann, wie Criste, so muß man doch dem Generalissimus zutrauen, daß er, wenn über einen die ganze Welt aufregenden Fall an den Kaiser berichtet werden soll, genügende Erkundigung eingezogen, daß er nicht leichtfertig seinen eigenen Leuten ein Verbrechen zur Last gelegt haben wird, das ihnen nach Cristes Auffassung nur die bösen Preußen zutrauen konnten.

Infolge besserer Information, versichert Criste, habe Erzherzog Karl später seine Ansicht geändert, denn in der 1819 von ihm verfaßten Geschichte des Feldzugs von 1799 sei gesagt: „Die Veranlassung zu dieser Katastrophe ist bis jetzt nicht bekannt und die Aufklärung dieses Geheimnisses bleibt der Nachwelt überlassen." Was beweist aber diese Stelle? Wenn der Erzherzog am 2. September 1799 den Rat gegeben hat, „der Sache die bestmöglichste Wendung zu geben, daß das diesseitige Militär nicht als Thäter erscheint," — wird er dann 20 Jahre später selbst die Schuld der Seinen ans Tageslicht ziehen?

Auch wir wollen die Kundgebung des Erzherzogs durchaus nicht aus dem Zusammenhang herausreißen, doch gerade mit und neben dem Schreiben vom 18. Mai, den Rapporten Burkards und Barbaczys und der übrigen militärischen Korrespondenz scheint uns heute wenigstens Folgendes klar und bestimmt erwiesen zu sein:

Die Blutthat vom 28. April 1799 ist nicht von der kaiserlichen Regierung anbefohlen worden; auch von Mitwirkung oder Mitwissenschaft des kaiserlichen Oberkommandos kann nicht gesprochen werden, doch ein Privatschreiben eines Offiziers und die Deutung durch andere

gaben Anlaß, daß die Gesandten von den Szeklern niedergemacht wurden.

Doch neue Zweifel tauchen auf bei den Fragen: Haben Mayer, Merveldt, Görger, die dem „Privatgedanken“ Schmidts „eine ganz eigene Deutung“ gaben, wirklich die Ermordung der Gesandten im Schilde geführt? Hat demgemäß Oberst Barbaczy den Auftrag erhalten, den Franzosen den Garaus zu machen? Haben die Szekler auf Kommando den Mord ausgeführt?

Ich habe nicht den Mut, diese Fragen zu bejahen. Ich will — selbst auf die Gefahr hin, daß man mich mit einem blutscheuen Arzt vergleichen könnte, — lieber in meine eigene Erkenntnis Zweifel setzen, als möglicherweise einem Unschuldigen Unrecht thun. Auch heute noch dürfte Hüffers Zurückhaltung am Platze sein. Was wir vom Rastatter Gesandtenmord wissen, ist ganz wahr, aber noch wissen wir nicht die ganze Wahrheit.

Sollten drei hochgestellte Offiziere an die weitreichenden, gerade für Österreich nur schädlichen Folgen einer so peinlichen Verletzung des Völkerrechts gar nicht gedacht haben? Die Frage kann kaum bejaht, und es kann also nur angenommen werden, daß dem Schreiben nur „in den unteren Stufen“ eine falsche Deutung gegeben wurde. Wenn aber kein Befehl zur Ermordung vorlag, wenn die vom Generalstabschef Mayer angeregte „That“ nur auf Wegnahme der Gesandtschaftspapiere zielte, — wie ist dann zu erklären, daß die Szekler sich nicht damit begnügten, das Reisegepäck an sich zu nehmen und den verhaßten Franzosen ein paar Püffe und Hiebe zu verabreichen, sondern daß sie auf die Wehrlosen so lange einhieben, bis diese kein Lebenszeichen mehr gaben?

Freilich, kein anderer als der gut österreichisch gesinnte Historiker Vivenot hat erklärt, er könne in einem solchen Akt militärischer Lynchjustiz nichts Auffälliges finden; ein Ausbruch wilder Leidenschaft wäre „in solchen Zeiten und bei solcher Stimmung nicht nur leicht möglich, sondern sogar schwer zu vermeiden gewesen.“ Habe ja doch die treulose französische Politik nicht bloß in den rauhen Söhnen der Steppe, sondern in den edelsten und

gebildetsten Deutschen Zorn und Entrüstung wachgerufen! In Weimar sei die Nachricht von der Ermordung der Franzosen von Schiller und Goethe mit hellem Jubel aufgenommen worden. „So ist's Recht! Diese Hunde muß man totschlagen!“ (Fichtes Brief an Reinhold vom 22. Mai 1799). „War dies“, ruft Vivenot aus, „die Stimmung der großen Dichter- und Gelehrtenkolonie, wie kann man dann gegen die Szekler des Jahres 1799 noch irgend Vorwürfe erheben?“

Ich glaube, daß an die Mitteilung Fichtes ein großes Fragezeichen zu hängen ist, und ich muß bekennen, daß es meinem Gefühl widerstreitet, der Ansicht Vivenots ohne weiteres beizupflichten.

Ja, wenn ein wildes Geräufe stattgefunden oder wenn einer von den Angegriffenen mit Waffen gedroht hätte! Doch an Gegenwehr scheint gar nicht gedacht worden zu sein. Und von den Szeklern wurde nicht etwa blindlings auf alle Franzosen eingehauen, — nur auf die Ermordung der Gesandten war es abgesehen.

Da drängt sich unwillkürlich doch wieder der Gedanke auf: War nicht eine geheime Hand im Spiele?

Ist nicht etwa doch an Bestechung zu denken? Die schon erwähnten Bemerkungen Lehrbachs und Hoppes leiten nun einmal auf diese Fährte. „Jesus, Jesus,“ sagt Lehrbach, „keine Eskorte zu geben, das ist ein angelegter Spitzbubenstreich! Die Leute haben Geld bekommen!“ Darauf Hoppe: „Der Burckard war gewiß auch dabei, sie werden ihm einige tausend Louisd'or gegeben haben!“

Criste ist darüber ungehalten, daß Hüffer auch nur auf einen Augenblick daran denken konnte, ein kaiserlicher Offizier habe Geld genommen, doch er selbst trägt kein Bedenken, eine schwere Anklage zu erheben, indem er fortfährt: „Liegen denn gar so gewichtige Dokumente im Karlsruher Archiv, daß von ihnen um jeden Preis selbst jede kaum betretene Fährte abgelenkt werden muß?“ Man möge doch auch die vertraulichen Briefe der am „Gemeinschaftlichen Bericht“ beteiligten Diplomaten, der Goertz, Jacobi-Klöst, Lang u. a. veröffentlichen, dann werde an den Tag kommen, daß diese Herren

„mit ganz bestimmter Absicht, zu ganz bestimmtem Zweck mit Unwahrheit operierten.“

Dem Wunsche Cristes wird sicherlich willfahrt werden, auch in Zukunft wird es an „Enthüllungen“ nicht fehlen, — doch ist abzuwarten, ob dadurch ein abschließendes Urteil über Ursachen und Urheber der Rastatter Katastrophe ermöglicht sein wird.

Möge wenigstens der gehässige Ton aus dem Streit der Forscher verschwinden! Alle geschichtlichen Urkunden sind von Menschen verfaßt und werden von Menschen ausgelegt. Wenn zwei Gelehrte, die aus einer Quelle schöpfen, zu verschiedenen Ergebnissen gelangen, muß nicht notwendig der eine ein Fälscher und Betrüger sein. Die Liebe zur Heimat wird immer die Arbeit des Forschers beeinflussen; er wird niemals „ohne Vorliebe“ schreiben, möge sein Urteil wenigstens „ohne Groll“ abgegeben werden!

---

VIII.

# Die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich.

(1901.)

„Unsterblicher Tag von Marengo!“ — so rief Duchesne in der Sitzung des Tribunats vom 4. Juli 1800, — „dein Glanz überstrahlt alle anderen Thaten der fränkischen Helden, und auch an Wichtigkeit überragst du alle anderen Katastrophen der neuen Geschichte! Du leitest das neue Jahrhundert ein, du hast den Sieg der Revolution vollendet, du gabst Europa ein neues Antlitz! Nie wird das Andenken an den Opfertod Desaix' der dankbaren Menschheit entschwinden, nie wird man vergessen, daß es dem edlen Märtyrer zu verdanken ist, wenn heute Napoleon Bonaparte als Herr über Sturm und Sonnenschein die Geschicke Europas lenkt!“

Daß die Erinnerung an den Heldentod Desaix' nicht nur den Franzosen, sondern der Menschheit nimmer entschwinden werde, war rhetorischer Überschwang, dagegen war die Bedeutung des Sieges von Marengo für den ersten Konsul richtig geschätzt. Welchen Anteil Napoleon selbst an diesem Siege zu beanspruchen hat, war von jeher eine vielumstrittene Frage.

Heute sind wir durch die von Hermann Hüffer veröffentlichten „Quellen zur Geschichte des italienischen Feldzugs des Jahres 1800“ über alle Einzelheiten der Entscheidungsschlacht aufs genaueste unterrichtet.

Napoleon selbst war bis zu seinem Ende bestrebt, eine wahrheitsgetreue Darstellung zu verhindern. Wir haben fünf Schlachtberichte, die zu verschiedenen Zeiten, aber alle unter seiner Redaktion

oder doch seinem Einfluß verfaßt wurden. Sie zeigen, wie rasch das stolze Selbstbewußtsein des Imperators in den Wahn von Allmacht und Unfehlbarkeit ausartete und mit der zunehmenden Selbstvergötterung nicht nur die Wahrheitsliebe, sondern auch die Urteilsfähigkeit Bonapartes abnahm. Es erging ihm wie allen Lügnern: erst wollte er die Welt darüber täuschen, daß er, der angeblich alles voraussah und vorausbedachte, bei Marengo überrascht worden war und daß der erste Teil der Schlacht eine Niederlage für ihn gewesen sei. Zuletzt glaubte er selbst an seine willkürlichen Korrekturen der Thatsachen, und was er auf St. Helena über den Feldzug von 1800 in die Feder diktierte, war nur noch ein kühnes Fabulieren.

Diese Legende ist zerstört. Wir wissen, daß Napoleon nur durch die Aufopferung Desaix' gerettet und daß der Sieg nur durch den Reiterangriff Kellermanns errungen worden ist.

Am 14. Juni 1800 griff der greise Führer der österreichischen Armee, Feldmarschall Melas, bei Marengo an der Bormida die von Victor und Lannes befehligte Vorhut der Franzosen an. Die zwei Divisionen behaupteten sich sechs Stunden lang gegen die Übermacht der Österreicher, endlich wurden sie zum Weichen gebracht, und das Dorf Marengo ward von den Österreichern besetzt. Erst mittags kam Napoleon selbst auf den Kampfplatz. Er war über die Stärke und die Bewegungen des Feindes schlecht unterrichtet und hatte Desaix nach Rivalta geschickt, weil er dort die Hauptmacht unter Melas vermutete. Er konnte also nur die Reserven ins Feld führen, vermochte aber nicht, das Gefecht zum Stehen zu bringen; auch seine Regimenter wurden zurückgeworfen.

Nach der Niederlage der Garde — so versichert der österreichische Major v. Stutterheim — war aller Widerstand der Franzosen gebrochen, nur ihre Reiterei versuchte noch einigemal, sich zu behaupten, konnte aber der österreichischen nicht standhalten. Die Österreicher hatten bereits zehn Geschütze und 3000 Gefangene eingebracht; das Schlachtfeld war mit Toten und Verwundeten bedeckt; vielleicht noch niemals vorher befand sich die französische

Armee in einem höheren Grade von Auflösung. „Wäre damals ein unternehmender General an der Spitze der österreichischen Reiterei gestanden, so wäre auch nicht der zehnte Teil der französischen Infanterie, die in ihrer gänzlichen Zerstreuung das Weite suchte und das große, freie Feld bis San Giuliano zu durchlaufen hatte, der Gefangenschaft entgangen. Nie war ein vollkommenerer Sieg erfochten."

Doch nun trat eine verhängnisvolle Wende ein. Während vor der Schlacht im österreichischen Hauptquartier nichts weniger als Siegeszuversicht geherrscht hatte, überließen sich nach deren glücklichem Anfang Führer und Soldaten einer übermäßigen Freude; das erhebende Bewußtsein, einen gefürchteten Feind geschlagen zu haben, ließ es gänzlich vergessen, die Ordnung, welche während eines sechsstündigen mörderischen Kampfes notwendig gelitten hatte, wieder herzustellen. Melas hatte eine leichte Kontusion erlitten; im festen Glauben, daß schon alles gethan sei, begab er sich nach der Festung Alessandria und überließ es dem Generalquartiermeister Zach, den errungenen Sieg auszubeuten.

Als sich aber Zach gegen sechs Uhr abends zur Verfolgung des Feindes anschickte, stieß er auf überraschenden Widerstand. Desaix war von Rivalta zurückberufen worden; er warf sich den Anstürmenden entgegen, und bei San Giuliano entspann sich ein mörderischer Kampf. Desaix' Tapferkeit rettete die französische Armee, allein er wurde durch einen Flintenschuß getötet, und die Thatsache, daß die Österreicher seine Leiche plünderten, beweist, daß die Franzosen noch keineswegs im Vorteil waren.

Da brachte ein unerwarteter Angriff der Reiterei Kellermanns, welche den rechten Flügel der Österreicher umritten hatte, die Grenadiere Zachs zum Weichen; eine furchtbare Panik riß in den Reihen der entsetzten Sieger ein, rasch wandelte sich der Sieg in eine entschiedene Niederlage. Mit einem Verlust von 9000 Toten und Gefangenen wurden die Österreicher hinter Alessandria gedrängt. Von allen Verbindungen abgeschnitten, vom Feinde auf allen Seiten umzingelt, schloß Melas am 15. Juni einen Vertrag, der ihm ge-

stattete, seine Truppen hinter den Mincio zurückzuführen, dagegen alles Land westlich vom Mincio in die Gewalt Napoleons lieferte. Die Bedingungen waren für die Besiegten verhältnismäßig glimpflich; Napoleon ergab sich nur deshalb darein, weil er Kunde erhalten hatte, daß in nächster Zeit eine englische Flotte im Ligurischen Meere erscheinen werde, um die Unternehmungen der Österreicher von der Seeseite zu unterstützen.

Kein Zweifel, die Schlacht bei Marengo würde mit einem Siege der Österreicher geschlossen haben, wenn nicht Melas, erschöpft durch seine Verwundung und durch den hartnäckigen Widerstand der Truppen Lannes' und Victors, geglaubt hätte, es sei genug gethan, eine Verfolgung zu befehlen. Napoleon selbst gab zu, daß er ohne das rechtzeitige Eintreffen Desaix' die Schlacht hätte verloren geben müssen, aber: „Desaix mußte eintreffen!“ „Wenn eine Kombination kühn und gewagt erscheint, hört sie deshalb noch nicht auf, richtig zu sein!“ Auch hätte er, so führte er später auf St. Helena aus, in mißliche Lage auch nach einer verlorenen Schlacht nicht geraten können, dazu seien seine Vorkehrungen viel zu umsichtig getroffen gewesen; der Rückzug in sein befestigtes Lager vor Stradella hätte ihm niemals verlegt werden können; er hätte dann eben nur die kühne Offensive aufgeben und nach berühmten, alten Mustern einen regelmäßigen Feldzug beginnen müssen.

Nicht bloß der Schweizer Jomini, der gründlichste Kriegstheoretiker seiner Zeit, der in Napoleons Auftrag die Geschichte der Revolutionskriege schrieb, sondern auch der Verfasser des vortrefflichen Werkes „Napoleon I. als Feldherr“, der unlängst in China verstorbene preußische Oberst Graf York von Wartenburg, sprechen sich zu Gunsten Napoleons aus. Mochte er auch einen Fehler begangen haben, so waren doch seine Pläne niemals so leichtfertig, daß das Mißlingen einer Kombination das Ganze gefährden konnte. Es zeigte sich auch hier, wie richtig der große Schlachtenlenker das eigentliche Wesen der Kriegführung erkannt hatte; vor dem Anfang des Feldzugs von 1806 charakterisierte er es in einem Gespräch

mit Jomini folgendermaßen: „Das Geheimnis des Krieges liegt in dem Geheimnis der Verbindungen, d. h., derjenige, der die Wege kennt und einschlägt, um am schnellsten des Gegners Verbindungen zu fassen oder zu durchkreuzen, ohne daß er die eigenen verliert, wird den Erfolg an seine Fahnen fesseln."

Der große Politiker zeigt sich darin, daß Napoleon unmittelbar nach seinem Siege an Zar Paul dachte. Da er voraussah, daß der Wiener Hof nun alles aufbieten werde, um den Zaren für Erneuung des Krieges zu gewinnen, richtete Napoleon an Paul einen Brief, der von Schmeichelei und Unterwürfigkeit überfloß. Aus freier Entschließung gab er dem Zaren als dem Großmeister des Johanniterordens die bei der ägyptischen Expedition besetzte Insel Malta zurück — ein Opfer, das in Wahrheit gar nichts bedeutete, denn Malta war in dem Augenblick der Zurückgabe an den „rechtmäßigen Gebieter" schon von der Flotte Nelsons umschlossen, war also für Frankreich ohnehin verloren. Napoleon wußte aber, daß Zar Paul auf seine Großmeisterwürde fast höheres Gewicht legte als auf seinen Zarenthron, und in der That wurden die Pläne der Kriegspartei am russischen Hofe durch das „großmütige Opfer" Napoleons durchkreuzt.

Auch an Kaiser Franz richtete Napoleon angeblich „auf dem Schlachtfeld von Marengo, aus der Mitte von Leiden und Wunden, umgeben von 15000 Leichen" einen Brief, — in Wahrheit ist das Schreiben erst nach der Rückkehr Napoleons nach Paris verfaßt — in welchem der „milde" Kaiser bestürmt wird, den Schrei der Menschheit zu hören und nicht zuzugeben, daß „sich das junge Geschlecht von zwei tapferen und mächtigen Völkern für Interessen erwürge, die ihm fremd sind." Die Waffen sollten ruhen, und zur Erläuterung derjenigen Artikel des Friedens von Campo Formio, deren strittige Auffassung zum Wiederausbruch des Krieges geführt hatte, sollte ein Kongreß berufen werden.

Thugut, der österreichische Minister des Auswärtigen, antwortete darauf mit kühler Zurückhaltung; der Waffenstillstand für

Italien und Deutschland werde gern angenommen; um jedoch in Friedensverhandlungen einzutreten, müsse man vorher etwas klarer sehen, welche Grundlage für den künftigen Frieden von Napoleon beansprucht werde. Der Brief des Ministers wurde durch Graf St. Julien, einen noch sehr jugendlichen Diplomaten, nach Paris gebracht, wo ihn der alte Fuchs Talleyrand, entzückt „über das liebenswürdige Entgegenkommen des hochverdienten Vertrauensmannes des Oberhaupts des ehrwürdigsten Reiches der Welt“, entgegennahm. Obwohl St. Julien zu eigenem Unterhandeln, geschweige denn zum Abschluß eines Vertrags gar nicht ermächtigt war, gelang es dem in allen diplomatischen Künsten erfahrenen Talleyrand, den arglosen Neuling so ins Garn zu locken, daß er einen von Talleyrand entworfenen „Präliminarfrieden“ unterzeichnete (28. Juli). In diesem Schriftstück war ausgesprochen, daß im allgemeinen der Friede von Campo Formio als Basis angenommen werden sollte; im Widerspruch mit Thuguts Plänen sollte das ganze linke Rheinufer nach den in Rastatt festgesetzten Bestimmungen an Frankreich abgetreten, die Entschädigung Österreichs durch Bayern und Salzburg aufgegeben werden gegen ein ganz vages Versprechen anderweitigen Ersatzes in Italien. Österreichs Bundesgenossen, die Engländer, waren geradezu preisgegeben; auch die österreichischen Häfen sollten fortan englischen Schiffen verschlossen bleiben.

Thugut geriet außer sich, als er von diesen Abmachungen hörte. Die Hirnlosigkeit St. Juliens, schrieb er, habe Österreich vor ganz Europa bloßgestellt und den Kredit des Kaiserstaates schwerer geschädigt als die feige Kapitulation Melas' in Alessandria. Auch Kaiser Franz teilte die Entrüstung seines Ministers und entsandte unverzüglich den gewandtesten Diplomaten seines Hofes, den Grafen Lehrbach, nach Paris. Durch diesen wurde eröffnet, das Wiener Kabinett denke nicht daran, die unsinnigen Abmachungen St. Juliens anzuerkennen, doch sei es gern bereit, in Schlettstadt oder Luneville einen Friedenskongreß zu beschicken, falls auch Bevollmächtigte Englands zugelassen würden. Talleyrand äußerte

zwar sein Befremden über die Verleugnung St. Juliens, ging aber auf die Berufung einer Konferenz nach Luneville ein.

Napoleons Bruder Joseph sollte Frankreich, Graf Ludwig Cobenzl Österreich vertreten. Die Wahl Cobenzls war nicht glücklich. Er trat in Luneville mit einem Selbstbewußtsein auf, das den thatsächlichen Machtverhältnissen Österreichs nicht mehr entsprach, und mußte deshalb, als Napoleon einfach den Waffenstillstand kündigte, um so bescheidener seine Forderungen herabstimmen. Anfangs bestand er, wie es Lehrbach in Paris ausbedungen hatte, auf Beiziehung Englands, doch gerade in diesem Punkt war Napoleon unbeugsam, denn Österreich zu einem Separatfrieden zu drängen, um England gänzlich zu isolieren, war seine Absicht und sein fester Entschluß. Eine Weile noch sträubte sich Cobenzl, dann ließ er durchblicken, daß er vielleicht nicht mehr widersprechen werde, wenn man für den Abfall vom Freunde einen hohen Preis in Italien bezahle. Der Vertreter Frankreichs ging aber auf diesen Handel nicht ein; jede Einigung schien unerreichbar, und so begannen in der letzten Woche des November wieder die Feindseligkeiten, doch blieben Cobenzl und Joseph Bonaparte in Luneville beisammen.

Diesmal fiel die Entscheidung auf deutschem Boden.

Da General Kray im Frühjahrs- und Sommerfeldzug kein Glück gehabt hatte, übernahm Erzherzog Johann den Oberbefehl über die österreichischen Truppen. Der damals erst achtzehnjährige Prinz gesteht selbst in seinen „Denkwürdigkeiten“, es habe ihm zum Führer einer großen Armee nicht weniger als alles gefehlt; er war gänzlich abhängig von seinem Generalstabschef Lauer und mußte dessen haarsträubende Fehler mit seinem unschuldigen Namen decken. Zu allem Überfluß begab sich auch Kaiser Franz selbst ins Lager, um Paraden abzuhalten und feurige Tagesbefehle zu erlassen; doch dieses offizielle Schaugepränge konnte über die Thatsache nicht täuschen, daß es mit den Rüstungen zur Wiedereröffnung des Feldzuges aufs kläglichste bestellt war.

Wie anders wußte Napoleon als Staatsmann wie als Militär seine Macht zu stärken!

Der Sieg von Marengo, gleichviel, welcher Anteil dem Oberfeldherrn selbst zukam, verlieh ihm in den Augen der Welt neuen Nimbus; der eine Tag brachte ihm die verlorene Frucht seiner ersten Siege von Arcole und Rivoli wieder ein; die Erfolge der österreichischen Waffen bei Magnano, Cassano, Novi waren verschüttet und vergessen. Mochte sich nun auch hinter dem Mincio eine neue Kriegsmacht Österreichs langsam sammeln — die Erinnerung an Marengo hing als schwarze Wolke über ihr. Napoleon hatte „trotzalledem“ gesiegt. Er gebot nicht nur über eine tapfere Armee, mit ihm war auch das Glück. In ihrer gedrückten Stimmung waren die österreichischen Truppen zaudernd und schwerfällig in allen Bewegungen.

Und eine ebenso überlegene, gebieterische Stellung nahmen die Franzosen in Süddeutschland ein. In Madrid war die französische Diplomatie der feindlichen Strömung am Bourbonischen Hofe völlig Herr geworden. Die Neutralität Preußens war gesichert, und eben ließ Napoleon durch den preußischen Gesandten in Paris, Sandoz Rollin, Verhandlungen mit dem Zaren einleiten, um auch diesen für den großen Bund gegen England zu gewinnen.

Seit den glorreichsten Tagen Ludwig XIV. war die Weltmacht Frankreichs niemals so überwältigend und unbestritten wie nach Marengo und — Hohenlinden.

Auch mit Pfalz-Bayern hatte Napoleon durch preußische Vermittlung angeknüpft, um es von England und Österreich loszureißen. Der Erfolg schien ihm sicher, denn Kurfürst Max Joseph und sein Minister Montgelas machten aus ihrer Geneigtheit für Frankreich kein Hehl. Dennoch kam England dank der trostlosen Finanzlage Bayerns dem Konsul zuvor. Am 16. März schloß Wickham mit der bayerischen Regierung einen Vertrag, laut dem sich Bayern gegen reichliche Subsidienzahlung Englands verpflichtete, auch fernerhin im Bündnis gegen Frankreich zu verharren. Ähn-

liche Verträge wurden von englischen Geschäftsträgern mit Württemberg zu Ludwigsburg, mit Kurmainz zu Pfohren abgeschlossen.

Demgemäß standen die süddeutschen Kontingente mit den Österreichern vereint in überaus vorteilhafter Lage bei Braunau am Inn. Sie waren zwar nur etwa 80000 Mann stark, wären jedoch, durch die Festung Braunau und starke Verschanzung gedeckt, leicht imstande gewesen, das Vordringen eines auch überlegenen Feindes aufzuhalten. Auch von französischen Militärschriftstellern, Tessier u. a., wird zugestanden, daß die Stellung der Österreicher am Inn, wenn nicht uneinnehmbar war, so doch nur mit schwersten Opfern zu nehmen gewesen wäre.

Wie erstaunt war der langsam gegen den Inn anrückende Moreau, als er vernahm, daß die Österreicher ihre vorteilhafte Stellung verlassen hätten, um ihn anzugreifen! Bei Mühldorf überschritten sie den Inn und marschierten gegen München, das die Franzosen besetzt hielten. Lauer beabsichtigte, die Franzosen im Nordwesten zu umgehen. Es war dies einer jener Pläne der alten Schule, bei denen nur die eigene Bewegung berechnet, der Feind aber als unbeweglich gedacht wurde. Dagegen wählte Moreau genau die Zeit und den Punkt, wo der Feind ihm eine Blöße bot.

Am 1. Dezember drängten die Österreicher bei Ampfing ein Korps, das Grenier befehligte, zurück. Als nun die Verfolgenden in den ausgedehnten Ebersberger Forst und bis in die Nähe des Dorfes Hohenlinden gelangten, wurden sie in dieser Mausefalle am 3. Dezember von allen Seiten angegriffen. Man kann sagen, die Schlacht war in dem nämlichen Augenblick, da die Österreicher und die mit ihnen vereinigten Bayern sie annehmen mußten, schon verloren. Kaum war Erzherzog Johann vor Hohenlinden angelangt, so kam er unter das Feuer der Division Grenier; alsbald fielen die Divisionen Ney und Grouchy von der Linken, Richepanse und Decaën vom Rücken über ihn her; alle diese Angriffe erfolgten inmitten eines stürmischen Schneegestöbers so plötzlich und mit solcher Wucht, daß bei den Überfallenen sehr bald jede Ordnung, jedes Zusammenhalten aufhörte und statt des Kampfes ein wildes

Laufen und Flüchten begann. Mit Hinterlassung von 80 Geschützen und einem Verlust von 17000 Toten, Verwundeten und Gefangenen stob die Menge, die nicht mehr den Namen einer Armee verdiente, in der Richtung gegen den Inn auseinander. Moreau verfolgte die Flüchtigen über Inn, Salzach und Enns; der Weg nach Wien stand ihm offen. Gleichzeitig drang Augereau mit einer französisch-batavischen Armee bis nach Böhmen vor; Macdonald überstieg den eisbedeckten Splügen — eine militärische Leistung, gewaltiger als der Übergang über den St. Bernhard! — und nahm das ganze Veltlin ein; eine von seinen Divisionen schob sich über den Mincio und setzte sich mit der Armee Massenas in Verbindung, um zum letzten entscheidenden Schlag auszuholen.

In Wien war dumpfe Verzweiflung eingekehrt. Alles hielt den Kaiserstaat für verloren! Frieden, Frieden um jeden Preis! in diesem Rufe waren Adel, Volk und Armee einig. In der höchsten Not, da man täglich Moreau vor den Mauern von Wien erwartete, wurde dem Erzherzog Karl der Oberbefehl wieder übertragen. Doch auch ihm blieb vorerst nichts anderes übrig, als sich von Moreau Waffenruhe zu erbitten. Im französischen Kriegsrat stimmten viele dagegen, doch Moreau widerstand der lockenden Versuchung, als Sieger in die Hauptstadt des Feindes einzuziehen; er bewilligte einen Waffenstillstand, doch mußten ihm Tirol und andere Gelände des Kaiserstaates preisgegeben werden, und vor allem mußte sich Kaiser Franz verpflichten, den Abschluß des Friedens nicht länger von der Zustimmung Englands abhängig zu machen. Wenn nun der Friede rasch zustande kam, so war dies nicht den diplomatischen Winkelzügen der Cobenzl und Joseph Bonaparte, von denen jeder den anderen ebenso maßlos ins Gesicht lobte wie innerlich verachtete, sondern der Waffenentscheidung von Hohenlinden zu verdanken, die an Glanz und Bedeutung nicht hinter Marengo zurückstand.

Es kam jedoch erst zum Frieden, als Thugut, der eigentliche Träger der Kriegspolitik, vom politischen Schauplatz abtrat. Schon im September, als gegen Thuguts Willen der Waffenstillstand

verlängert worden war, hatte der Minister erklärt, er könne es mit seiner Ehre nicht vereinbaren, länger an einem „System der Lässigkeit" mitzuarbeiten, das unaufhaltsam zur Vernichtung des Staates treiben werde. Er hatte seine Entlassung erbeten und auch erhalten; zu seinem Nachfolger war Graf Lehrbach ausersehen. Durch die Vorstellungen des englischen Gesandten wurde jedoch Kaiser Franz wieder unschlüssig, und indem er die Ernennung Lehrbachs zurücknahm, übertrug er die Leitung des Auswärtigen Amts dem Grafen Colloredo. Da sich dieser der Aufgabe nicht gewachsen zeigte, führte Thugut die Geschäfte weiter.

Jetzt aber, da weiterer Widerstand unmöglich schien und Erzherzog Karl, der gegen die „leichtfertige" Kriegspolitik der Regierung frondierte, an der Spitze der Armee stand, trat Thugut endgültig in den Ruhestand. Mit ihm verließ ein erbitterter Gegner Bonapartes die politische Bühne. Thugut, der sich mit Vorliebe den letzten Repräsentanten der alten historischen Staatsgewalten nannte, war unterlegen, weil sein verknöchertes System dem schlagfertigeren, schneidigeren Bonapartismus nicht gewachsen war, wenn beide Gegner auch in machiavellistischer Unbedenklichkeit um die Palme streiten konnten.

Durch die trostlose Lage Österreichs wurde auch Cobenzl in Luneville wehrlos gemacht. Schritt für Schritt mußte er das bisher behauptete Terrain dem Gegner ausliefern. Das Wiener Kabinett sträubte sich insbesondere gegen zwei ihm angesonnene Bedingungen. Die erste war die Abtretung Toskanas, dessen Großherzog, der Bruder des Kaisers, in Deutschland entschädigt werden sollte; die zweite war die Forderung, daß Franz nicht bloß als Souverän seiner Erbstaaten, sondern auch als deutscher Kaiser Frieden schließen, das hieß soviel, als in die Abtretung des ganzen linken Rheinufers an Frankreich einwilligen sollte; er hatte ja dazu nicht einmal das Recht, denn um die Auslieferung von Reichslehen an einen fremden Staat zu verfügen, war die Zustimmung des Reichstags nötig. In Oberitalien sollte der Besitz Österreichs bis an die Etsch zurückgedämmt werden.

Vergebens waren alle Verwahrungen, Klagen, Bitten Cobenzls! Er fürchtete, schließlich noch härtere Friedensbedingungen hören zu müssen, denn Talleyrand machte aus seiner Meinung kein Hehl, daß Marengo und Hohenlinden einen weit höheren Lohn verdienten und daß bei dem gegenwärtigen Verhältnis Frankreichs zu Rußland keine Forderung zu kühn sei. Gegen diese Behauptung ließ sich auch nichts einwenden. Da Kaiser Paul in immer gereiztere Stimmung gegen das „treulose" Österreich geraten war und Preußen immer offener Lust zeigte, einem französisch-russischen Bunde sich anzuschließen, war Österreich auf dem Kontinent völlig isoliert, mußte sich also dem Sieger auf Gnade und Ungnade ergeben.

So wurde denn am 9. Februar 1801 im wesentlichen auf der Grundlage der Forderungen Frankreichs die Friedensakte in Luneville unterzeichnet. Österreich behielt Venedig, mußte aber Oberitalien bis an die Etsch abtreten; das Gebiet wurde vorerst noch mit der Cisalpinischen Republik vereinigt, wenn es auch schon klar war, daß diese scheinbare Selbständigkeit nicht dauern werde. Parma sollte nach dem Tode des Herzogs an Frankreich fallen, dafür erhielt der Erbprinz von Parma das Großherzogtum Toskana als Königreich Etrurien; Großherzog Ferdinand, der Bruder des Kaisers, wurde durch das säkularisierte Erzstift Salzburg entschädigt. Der 6. Artikel der Friedensakte bezeichnete endgültig den Rhein als Grenze zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, und der 7. erklärte, daß das Deutsche Reich gehalten sein sollte, die Erbfürsten vom linken Rheinufer dans le sein de l'empire, im Innern des Reichs, zu entschädigen, nach Anordnungen, welche nach den gegebenen Grundzügen die Einzelheiten feststellen sollten. Dies alles bedeutete einen völligen Umschwung der deutschen Verhältnisse. Den geistlichen Fürsten schlug die letzte Stunde; ihr großer Besitz war das Tuch, aus dem die Entschädigungen für die weltlichen Fürsten geschnitten werden sollten, und diese ergriffen begierig die Gelegenheit, ihre Länder und Ländchen zu erweitern und abzurunden, sie stürzten sich, wie Treitschke drastisch, aber

treffend sagt, „wie das Geschmeiß hungriger Fliegen auf die blutigen Wunden des Vaterlands.“ Das große Teilungsgeschäft wurde einer mit unumschränkten Vollmachten ausgestatteten, von den angesehensten Reichsständen berufenen „Reichsdeputation“ übertragen; doch war die eigentliche Entscheidung nicht bei ihr zu suchen, sondern in Paris. Deshalb begann wieder, wie in den Tagen des Rastatter Kongresses, ein schmähliches Buhlen um Gnade und Gunst der Franzosen. Bei dem allmächtigen ersten Konsul angefangen bis herab zu den Schreibern und Thürstehern! Der hauptsächlich durch das Zusammenwirken von Frankreich, Preußen und Bayern gegen den Kaiser zustande gebrachte Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 bedeutete die reichsgesetzliche Konfiskation des gesamten Kirchenvermögens. Es war nicht schade um die Staaten des Krummstabes, denn sie waren längst nicht mehr lebensfähig, und ihr Sturz war ein historisches Gebot. Aber nicht Zwecken nationaler Wohlfahrt fielen diese tausendjährigen Existenzen zum Opfer, nur schamloser Beutegier; die Neuordnung der Dinge war das legitime Kind fürstlicher Selbstsucht. In Wahrheit gab es schon jetzt kein heiliges römisches Reich deutscher Nation mehr; sogar die Kurie sprach nur noch vom imperium germanicum, und Talleyrand nannte es schlechthin Fédération germanique.

Als der Zauber historisch ehrwürdiger Legitimität erblaßte und eine neue Zeit mit Rechtsbruch begann, blieb im deutschen Volke alles still; die Schmach, daß ein Fremder die Institutionen des deutschen Mittelalters mit starker Faust zerbrach, wurde gar nicht gefühlt; die Fürsten begrüßten den anbrechenden Tag einer neuen Freiheit; nur der Reichsfreiherr vom Stein wagte dem durch Mainzischen Besitz bereicherten Fürsten von Nassau zuzurufen: „Kommen wird der Tag, an dem auch diese Ungerechtigkeit Sühne finden wird!“

IX.

# Lorenz Westenrieder.

Für das Verdienst eines Schriftstellers sind nicht bloß die Leistungen an sich maßgebend, auch Ort und Zeit der Entstehung seiner Schriften müssen gewürdigt werden.

Lorenz Westenrieder zählt nicht zu den großen Geschichtschreibern der deutschen Nation, aber in Bayern gehört er in einer Zeit, da dieser Stamm erst wieder für das deutsche Geistesleben zurückerobert werden mußte, zu den führenden Geistern, und sein nicht hervorragendes Talent hat, klug und sicher angelegt, seinem Volke reiche Zinsen getragen.

Er ist als der Sohn schlichter Bürgersleute aus der Zunft der Kornkäufler am 1. August 1748 zu München geboren. Nach dem Besuch der Petersschule trat er im zehnten Lebensjahre in das von den Jesuiten geleitete Gymnasium seiner Vaterstadt. Er machte nicht gerade glückliche Fortschritte; in der griechischen Sprache, in der Religionslehre, die in München kurzweg „Canisi“ genannt wurde, und, was besonders auffällig ist, auch in der Geschichte fiel er im Hauptexamen durch. Trotzdem setzte er seine Studien fort, um sich für den geistlichen Stand vorzubereiten; er besuchte zuerst eine theologische Lehranstalt in München, später das Klerikalseminar in Freising. 1771 feierte er in der Liebfrauenkirche zu München sein erstes Meßopfer. Die strenge Zucht der geistlichen Institute hatte aber nur dazu beigetragen, in dem jungen Geistlichen den Hang zur „Aufklärung“, die unter dem Schutze Max Josephs III. auch in Bayern Boden gewonnen hatte, zu wecken.

Er wollte Fleurys freisinnige Kirchengeschichte in deutscher Übersetzung herausgeben, allein sein Jugendfreund, der geniale Satiriker Anton Bucher, obwohl selbst ein leidenschaftlicher Anwalt der Befreiung von kirchlicher Bevormundung, widerriet ihm so gefährliches Vorhaben. Dagegen fand Westenrieder nach Aufhebung des Jesuitenordens in Bayern Gelegenheit, als öffentlicher Lehrer im Sinne der Aufklärung zu wirken. Zum Professor der Poetik und Rhetorik am Gymnasium in Landshut ernannt, hielt er bei der Eröffnungsfeier eine Festrede über das Thema: „Warum man in Schulen mehr die Wissenschaften, als die Weisheit erlernt.“ Neben seiner Lehrthätigkeit beschäftigten ihn in der freundlichen Isarstadt poetische Versuche. Dem Rate seines Freundes Bucher entsprechend, schrieb er eine Komödie: „Die zween Kandidaten“ und zwei Dramen: „König Saul“ und „Marc Aurel“. Die Aufführung des erstgenannten Lustspiels auf der Münchener Hofbühne fand Beifall. Die kunstsinnige Kurfürstin-Witwe von Sachsen, Marie Antonie, Kaiser Karls VII. Tochter, soll es für das Theater eingerichtet haben. Von höherem Wert sind die Reden, die der Professor der Rhetorik in Landshut, seit 1775 in München, bei mancherlei Festlichkeiten der Schule zu halten hatte. Schon die gewählten Stoffe sind bedeutsam: „Über die Ursachen des geringen Nutzens, welchen man in Schulen aus der Lektüre der klassischen Autoren erhält“, „Von den Ursachen, warum die Früchte der Schulverbesserung nicht plötzlich sichtbar und allgemein werden“, „Von den gewöhnlichen Hindernissen und Mängeln guter Köpfe“, „Von den Ursachen des geringen Einflusses der schönen Künste auf die Denkungsart und Sitten eines Volkes“, „Warum es so wenig Schriften für das Herz gibt.“ Durch alle diese Erörterungen geht ein praktischer Zug. Der Redner will auf seine Zuhörer, aber noch über die Schule hinaus auf seine Landsleute belehrend und läuternd einwirken, und man kann wohl sagen: diese Bestrebungen bilden den eigentlichen Höhepunkt der Wirksamkeit Westenrieders. Dem „Volkslehrer seines Vaterlandes“ — der glückliche Ausdruck stammt von Schöberl — dünkt Volkserziehung die wichtigste Aufgabe eines

Gelehrten, zumal in Bayern, dessen geistige Verwilderung mit bitteren Worten beklagt wird. Gerade weil er sein Vaterland und seine Landsleute glühend liebt, peinigt es ihn, sehen zu müssen, daß in anderen deutschen Ländern schon längst der Morgen einer neuen Bildung und Litteratur angebrochen war, Bayern aber an der mächtigen Geistesbewegung so gut wie gar keinen Anteil nahm. Indem er den Hindernissen nachforscht, die sich der Hebung des Geschmacks bei der bayerischen „Nation“ in den Weg stellten, rügt er scharf die Rohheit der berufenen Träger der Bildung, der Mitglieder des Adels und des Klerus in Bayern, die, nur um selbst im alten Schlendrian nicht gestört zu werden, jeden Fortschritt zu verdächtigen suchten. Es „benimmt dem Patrioten den Schlaf“, wenn er Ausländer über das Geistesleben in Bayern abfällig urteilen hört; nur die Gewißheit, daß es in der jüngsten Zeit zu tagen begonnen habe, und daß es nur an guter Erziehung, nicht an aufgeweckten Köpfen mangele, vermag ihn zu trösten.

Bald nach Westenrieders Geburt war ja die bayerische Akademie der Wissenschaften gestiftet und damit ein edler Kampf gegen Unwissenheit, Trägheit und Aberglauben eröffnet worden. Thiersch vergleicht einmal die unerschrockenen Münchener Akademiker mit den Genossen Nehemias, die nach der Rückkehr aus der babylonischen Gefangenschaft „baueten, das Werkzeug in der einen, das Schwert in der anderen Hand, und die zertrümmerten Mauern der heiligen Stadt förderten bis zur Hälfte, so daß das Volk Mut faßte zu ihrem Werke.“ Schon als Dreißigjähriger wurde Westenrieder zum frequentierenden Mitglied der belletristischen Klasse ernannt; 1778 hielt er die erste Gedächtnisrede auf einen der Pioniere der Aufklärung in Bayern, Peter Osterwald. Der Eintritt Westenrieders in die Akademie der Wissenschaften ist ein wichtiger Markstein in der Geschichte seiner Entwicklung und Wirksamkeit; er ist fortan selbst einer der eifrigsten Mitarbeiter des Instituts und der freimütigsten Vertreter wissenschaftlicher Forschung. Gleichzeitig trat er auch in den Illuminatenorden ein, allein sein Hang zur Selbständigkeit verleidete ihm rasch die Verbrüderung mit den

ehrgeizigen Strebern, so daß er schon vor der Verfolgung des Ordens wieder austrat. Zur Förderung des Geisteslebens in Bayern gab er nach dem Vorbild der aus England nach Deutschland verpflanzten „moralischen Wochenschriften“ von 1779 bis 1782 sechs Bände „Baierische Beiträge zur schönen und nützlichen Litteratur“ heraus. Er selbst schrieb dafür eine Menge Aufsätze über neue Erscheinungen auf den Gebieten der Poesie, der bildenden Künste, der Erziehungslehre, insbesondere auch eingehende Bühnenreferate. Mit Recht hat Max Koch dem Streben des vorurteilslosen katholischen Geistlichen, auch dem Theater in der Reihe der deutschen Kulturanstalten eine würdige Stellung zu sichern, hohes Lob gezollt. Das Idealbild einer gereinigten Bühne wird in der Phantasie „Der Traum in dreyen Nächten“ entworfen; die zahlreichen dramaturgischen Abhandlungen sind im zweiten Band der Gesamtausgabe der Werke gesammelt. Wie die „Baierischen Beiträge“ durch die „Rheinischen Beiträge zur Gelehrsamkeit“ veranlaßt sind, so sind die Erzählungen Westenrieders den moralischen Romanen Richardsons nachempfunden, „die Geschichte einer Bürgerstochter von München“, der pädagogische Roman „Leben des guten Jünglings Engelhof“ ꝛc.

Was die poetische, wie die wissenschaftliche Produktion Westenrieders nicht wenig beeinträchtigte, war die übergroße Hast, womit er arbeitete und das eben niedergeschriebene ohne weitere Prüfung und Ausfeilung in die Druckerei wandern ließ. „Ich hatte nur selten so viel Muße“, erzählt er selbst, „um den vorhergehenden Abend zu wissen, was ich den folgenden Morgen schreiben würde, ... mit der unbeschreiblichsten Angst rieb ich mir oft mit der Hand die müde Stirn, wenn mir einfiel, daß in einigen Stunden der Verleger der Beiträge in meinem Zimmer erscheinen und die Manuskripte für den Druck abfordern würde, ich ging gewöhnlich mit gedrücktem Herzen schlafen und erwachte nach einem unruhigen, kurzen Schlummer, den oft der Kummer unterbrach, mit einem gespannten Kopf und ging dann wieder an mein Tagewerk.“ Unter dieser Überhastung der Arbeit mußten Inhalt und

Form der Schriften leiden. Auch in späteren Jahren, da er nicht mehr durch äußere Umstände genötigt war, schrieb er zu rasch und zu viel, ja, es kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, daß er nicht bloß um der guten Sache, sondern auch um des lieben Geldes willen, das er doch nur in den Kasten legte, seine schriftstellerische Thätigkeit so übermäßig steigerte. Freilich haben wir auch nur diesem fast krankhaften Schaffensdrang zu danken, daß Westenrieder den verschiedenartigsten Aufgaben sich zuwandte und seinem Lehrberuf nach allen Seiten des Lebens, materiellen und geistigen, gerecht zu werden trachtete. In den „Beiträgen" überwiegt noch das schöngeistige Interesse; er sucht vor allem lebhaftere Teilnahme seiner Landsleute an der Litteratur zu wecken, da „es noch Viele gab, bei denen die Lectüre eines deutschen Buches das größte Verbrechen war." Er macht immer wieder aufmerksam auf die Schriften von Lessing, Voß, Winkelmann, Gellert; er feiert Klopstock als den größten Dichter und Herder als den schärfsten Denker des deutschen Vaterlandes; er verspottet das „Schablonentum" der Beamten, die „nichts als Routinemänner" seien und nicht ein Buch läsen, das sie über ihre triviale Lebensanschauung hinaushöbe. In der Fortsetzung der „Beiträge", die unter dem anspruchsvolleren Titel „Jahrbuch der Geschichte der Menschheit in Baiern" (1782—1783) erschien, trat die Richtung auf das praktische Leben entschiedener hervor: als Vorbild galten ihm die gemeinnützigen Aufsätze Justus Mösers, und ohne Zweifel ist er, wenn ihm auch nicht der feine Humor Mösers zu Gebote steht, in Bezug auf gesunde Lebensanschauung, sachkundiges Urteil und weiten Blick dem Verfasser der „Patriotischen Phantasien" ebenbürtig. Bald spricht er über Maßnahmen zur Hebung des Tuch- und Lederhandels, bald über die Notwendigkeit stilvollerer Ausschmückung der Kirchen, bald über Verbesserungen des Ackerbaues, bald über Neugestaltung des Theaterwesens.

Wegen Kränklichkeit gab er 1779 sein öffentliches Lehramt auf, doch wurden ihm auf Verwendung des kurfürstlichen Kabinetssekretärs v. Stengel Rang und Gehalt belassen, damit er sich un-

behindert seinen litterarischen Arbeiten widmen könne; dazu wurde ihm noch in Ansehung seiner Verdienste vom Münchener Rat ein einträgliches Benefizium verliehen. Da sein körperliches Befinden namentlich von der Witterung abhing, fing er an, ein Tagebuch zu führen, in welchem er von der Witterung eines jeden Tages und seinem Wohl- oder Übelbefinden Nachricht gab, daneben aber auch sonst manches aufzeichnete, was er Bemerkenswertes that und erlebte, so daß das Tagebuch nicht bloß die wichtigste Quelle für die Lebensgeschichte Westenrieders ist, sondern auch für politische und Litterärgeschichte dankenswerte Beiträge bietet; Kluckhohn hat es deshalb in den Abhandlungen der Münchener Akademie veröffentlicht.

Die hier niedergelegten Selbstbekenntnisse lassen verstehen, wie sich der Schwärmer für Poesie und Aufklärung allmählich zu einem mißtrauischen, menschenscheuen Sonderling auswuchs. In der Schilderung seiner ersten Gebirgsreise im Sommer 1780, die teilweise auch in die „Briefe eines Reisenden durch Baiern" aufgenommen ist, gibt er sich noch willig Yorik'schen Stimmungen hin; er spricht mit Entzücken von seinen Wanderungen durch Flur und Wald, hat auch seine Lust daran, im Dämmerlichte die Dorfkirchhöfe aufzusuchen und unleserliche Namen auf Leichensteinen zu enträtseln. Zugleich quält es ihn aber, daß an solchen Schlendertagen die Arbeit zu kurz komme. „Hier läßt sich eher die Welt vergessen, als für die Welt schreiben!" Um so standhafter vertiefte er sich nach der Heimkehr wieder in die Bücher. „Meine Arbeiten verschlangen um diese Zeit mein Herz, wie eine Welle die andre."

Politischen Angelegenheiten wandte er nur, insofern sie auf sein engeres Vaterland Bayern Bezug hatten, Aufmerksamkeit zu. Eine trotz der ungewöhnlich rohen Form bedeutsame litterarische Erscheinung sind die anonym herausgegebenen „Briefe bairischer Denkungsart und Sitten." In den angeblich von Leuten aus allen Ständen geschriebenen Briefen teils ernsten, teils scherzhaften Charakters gibt der Verfasser den Hoffnungen und den Befürchtungen Ausdruck,

die nach dem Tode des beliebten Kurfürsten Max Joseph und dem Regierungsantritt des Pfälzers Karl Theodor im Bayerlande im Schwange waren. Da er „mit bairischer, alter Redlichkeit“ ein Anhänger des wahren christlichen Geistes und ein Gegner des undeutschen Wesens der Jesuiten, beklagt er, daß der neue Kurfürst ganz in den Händen von Tartüffes, die ihn unter frommer Maske täuschen und ihm den Aufenthalt im „barbarischen“ Altbayern verleiden wollen. Die nämliche Beschwerde kehrt auch im Tagebuche immer wieder; als echtem Altbayern ist ihm die „Mannheimerei“ des unter Karl Theodor in die Höhe gekommenen Hofadels ebenso widerwärtig, wie das Zelotentum des P. Frank und die Angeberei des „bairischen Robespierre“, Caspar Lippert. Besondere Beachtung verdient auch eine anonym herausgegebene Schrift: „Vorstellungen an Menschlichkeit und Vernunft um Aufhebung des ehelosen Standes der katholischen Geistlichkeit“, eine warm geschriebene Widerlegung der Einwürfe, welche gegen die Aufhebung des vernunftwidrigen Cölibats erhoben zu werden pflegen. Dem befreundeten Dichter Weisse empfahl Westenrieder unter Verheimlichung seiner Autorschaft „das überaus merkwürdige und kühne Buch“, das freilich zur Unzeit erschienen sei, da noch vieles vorausgehen müsse, ehe die dort niedergelegten Vorschläge Gehör finden könnten.

Schon in den Schriften aus der schöngeistigen Periode suchte Westenrieder an vielen Stellen seine Landsleute über den Nutzen der Vaterlandsgeschichte aufzuklären, doch fing er selbst erst im reiferen Mannesalter an, sich eingehender mit geschichtlichen Studien zu beschäftigen. Die erste Leistung auf diesem Gebiet, eine 1782 im Auftrag der Akademie unternommene „Geschichte von Baiern für die Jugend und das Volk“, erhebt keinen Anspruch auf wissenschaftlichen Wert; dem Verfasser war es nur darum zu thun, ein lesbares Buch zu bieten, „eine Geschichte für den Geist und das Herz, einzig aus der Absicht verfaßt, dem Verstand etwas zu sagen und durch eine lebhafte Schilderung des Spiels großer Leidenschaften in den Seelen der Leser große Leidenschaften aufzuwecken.“

Wohl das tüchtigste wissenschaftliche Werk Westenrieders ist die ebenfalls im Auftrag der Akademie verfaßte „Geschichte der bairischen Akademie der Wissenschaften“, deren erster, auf die Jahre 1759—1777 sich erstreckender Teil 1784 erschien, während der zweite Band (1778—1800) erst 1807 nachfolgte. Namentlich der erste Band verdient das gespendete Lob. Durch erschöpfende Beherrschung des Stoffes und frische, freimütige Darstellung ist die Geschichte der Akademie wirklich, wie der Verfasser hoffte, „ein Denkmal aere perennius“ geworden, das auch seinen Zweck, „die guten Baiern den Ausländern etwas ehrwürdiger zu machen“, nicht verfehlt hat; auf den zweiten Teil wird später zurückzukommen sein.

Im allgemeinen konnte der Historiker mit der Aufnahme seiner Schriften im engeren Vaterlande nicht unzufrieden sein. Zum Lohn für seine patriotischen Dienste wurde ihm von der Akademie eine goldene Medaille mit seinem von Scheufele geschnittenen Porträt gewidmet; bald darauf verehrte ihm die bairische Landschaft eine Denkmünze, und der Münchener Stadtrat überreichte ihm drei Medaillen, dazu bemerkend, die Ehrung würde kostbarer ausgefallen sein, wenn nicht die Stadtkasse aller Mittel entblößt wäre. Auch eine seinen Kenntnissen und Wünschen entsprechende Stellung wurde dem vaterländischen Geschichtschreiber zu teil. Schon 1782 hatte er sich erboten, öffentliche Vorlesungen für junge Adelige und andere Jünglinge, die keine öffentliche Schule besuchten, zu halten, allein der Antrag war, da man das geforderte Honorar zu hoch fand, abgewiesen worden. Damals hatte er grollend in sein Tagebuch geschrieben: „Ein Professor Historiae für die Adligen, und 200 Gulden! Was zieht nicht ein Gaukler, ein Sänger!“ Nach Vollendung des Lehrbuches der bayerischen Geschichte wurde ihm zwar nicht das gewünschte Lehramt, aber die Stelle eines Schulrats in München verliehen; die schmeichelhaften Worte, womit das Dekret die pädagogischen und litterarischen Verdienste des neuen Schulrats feierte, mußten ihn über die Geringfügigkeit des Gehalts trösten. 1785 wurde von der Akademie beschlossen, Westenrieder als ordentlichen, bayerischen Geschichtschreiber anzustellen, allein der

Kurfürst versagte die Bestätigung, weil sich Westenrieder in einer „Erdbeschreibung der bairisch-pfälzischen Staaten" in Bezug auf die Abstammung der Birkenfeldischen Linie der Dynastie eines von Herzog Wilhelm von Pfalz-Birkenfeld streng gerügten Irrtums schuldig gemacht hatte (!). Dagegen ging ein anderer Lieblingswunsch in Erfüllung. Im Gegensatze zur Mehrheit seiner selbstgenügsamen Landsleute hatte Westenrieder immer Verlangen getragen, durch Reisen seinen Gesichtskreis zu erweitern. Es war ihm also sehr willkommen, daß er den amtlichen Auftrag erhielt, nach Lüttich zu reisen, um den Studienplan und die Einrichtungen der dortigen „Englischen Akademie" kennen zu lernen. Dadurch war ihm Gelegenheit geboten, nicht bloß die schönsten Gaue Deutschlands, die Rheinlande, zu sehen, sondern auch in verschiedenen Städten anziehende Bekanntschaften zu machen. In Düsseldorf traf er mit den beiden Jakobi und Heinse zusammen. „Wir waren den Augenblick, da wir uns sahen, Freunde! Es war ein seliger Augenblick und ein überirdischer Traum!" Nach der Heimkehr erschreckte ihn die Nachricht, der Kurfürst beabsichtige, die historische Klasse der Akademie entweder gänzlich aufzuheben oder mit der Mannheimer Klasse zu vereinigen, da „es nur zu Uneinigkeiten Anlaß gebe, wenn man die vaterländische Historie zu sehr bearbeite." „Entsetzlich!" bemerkt Westenrieder dazu in seinem Tagebuch. Nicht am wenigsten den Vorstellungen Westenrieders war es zu danken, daß Karl Theodor sein Vorhaben aufgab. Die Studien Westenrieders bewegten sich jetzt fast ausschließlich auf geschichtlichen Gebieten; teils oblag er selbständiger Forschung, teils verfolgte er als Erzähler das Ziel, „die Geschichte zur Angelegenheit des Publikums zu machen." Das Versprechen aber, das er seinem Freunde Bucher gegeben hatte, sich nicht wieder „so ganz ins Grab zu legen", war längst vergessen; er lebte, von der Welt wie ein Einsiedler abgeschlossen, nur seiner Arbeit. „Ich genoß keines Sterblichen Gesellschaft; Leute, die mich nur zerstreuen und die flüchtigen Stunden ausfüllen helfen konnten, wollte ich nicht, und andere Leute fand ich nicht."

Er las und schrieb den ganzen Tag, nur nachts ging er ein paar Stunden spazieren. „Ich kam so bei der Nacht in die stillsten und einsamsten Gäßlein, wo ich dann mein Ohr an die Läden legte und horchte, was die Leute redeten.“ 1787 veröffentlichte er den ersten „Bairisch historischen Calender“, dem sich einige zwanzig Bändchen mit ähnlichem Inhalt anschlossen. Gerade in Bayern, erklärt der stolze Patriot, müsse Geschichte vor allem gepflegt und hochgehalten werden, da ja „die bairische Nation mit den ersten Völkern Deutschlands, ja mit den ersten Völkern Europas, was das Altertum ihres Daseyns, die Abkunft ihrer Regenten und die Wichtigkeit ihrer Schicksale betrifft, wetteifert.“ In den mit Kupfern gezierten Kalendern überwiegt das anekdotenhafte Element, doch fehlt es nicht an kritischen Versuchen; u. a. wird hier zum ersten Mal der von Schiller gläubig in sein Geschichtswerk aufgenommenen Legende von der Niederbrennung Magdeburgs im Auftrag Tillys mit sachlichen Gründen entgegengetreten. Mehr wissenschaftlichen Charakter hat ein anderes periodisches Unternehmen Westenrieders, die „Beiträge zur Vaterländischen Historie, Geographie, Statistik und Landwirthschaft sammt einer Übersicht der schönen Litteratur.“ Den Hauptinhalt bilden verschiedenartige Quellen zur bayerischen Geschichte, leider nicht durchweg genau und gründlich herausgegeben; sie rühren nicht von Westenrieder allein, sondern auch von anderen Akademikern und Geschichtsfreunden her. Von Westenrieder stammen die zahlreichen, sehr dankenswerten, wenn auch nur kurzen Lebensumrisse verdienter Bayern, Lori, Linbrunn, Sterzinger, Heinrich Braun, Graf Haimhausen, Zaupser u. a. Auch Fragen aus dem praktischen Leben werden zur Erörterung herangezogen, z. B. erklärt sich Westenrieder mit Nachdruck gegen die überhandnehmende Zersplitterung der größeren Güter in Bayern, gegen unbeschränkte Aufnahme neuer Bürger in die Städte, gegen Beibehaltung des Zunftzwanges, gegen die allzu kärgliche Besoldung der Beamten u. a. Er gibt sich noch immer als warmer Freund der Aufklärung, doch verschärft sich allmählich die Stellungnahme gegen „Modewahn“

und „falschen Zeitgeist“. Noch 1794 nimmt er Wieland und Lessing gegen zelotische Angriffe seiner Landsleute in Schutz, was seinen Kollegen Schneider im Censurkollegium — er war inzwischen auch zum „kurfürstlich wirklich frequentirenden geistlichen und Büchercensurrath“ ernannt worden — zur Rüge veranlaßte: „Sie haben doch seltsame Grundsätze, was ganz Deutschland verabschent, das erheben Sie bis an den Himmel!“ „Welch ungeheure Worte!“ bemerkt der Getadelte in seinem Tagebuch.

Doch Westenrieder selbst blieb nicht der feurige Freund der Aufklärung, der er in Jünglings- und Mannesjahren gewesen war. Nicht bloß im Tagebuch, sondern auch in dem zweiten Teil der Geschichte der Münchener Akademie und in anderen Schriften der späteren Periode läßt sich ein Umschwung in der Auffassung kirchlich-politischer Verhältnisse deutlich erkennen; verstimmt und erbittert blickt der Einsame in die Welt, und mit unverhüllter Feindseligkeit stellt er sich „dem Zeitgeist, der sich jetzt Toleranz und Humanität nennt“, entgegen.

Die überraschende Erscheinung findet in verschiedenen zusammenwirkenden Ursachen ihre Erklärung. Vor allem ist sie zurückzuführen auf das „mehr als philoktetische Leiden“ (Thiersch), das ihm in der zweiten Hälfte seines Lebens entsetzliche Qualen verursachte. Der Kinnbackenkrampf machte ihn nicht selten tagelang sprachlos und ganze Monate hindurch unfähig, den Kopf zu bewegen. Die dadurch erzeugte Stimmung schildert er in einer Abhandlung über seine Krankheit folgendermaßen: „Manchen Tag nahm eine unwillkürliche, unbeschreibliche Erbitterung gegen mich selbst und gegen mein armseliges Wesen in einem sichtlichen Grade zu, und ich wollte nicht mehr, daß Jemand in der Welt sich meiner erinnere, sich meiner erbarmen sollte; ich machte mit eben der Sehnsucht, mit welcher glückliche Menschen der Annäherung ihres geliebten Gegenstandes entgegeneilen, Anstalten für die Annäherung meines Todes.“ Dazu kam die peinigende Empfindung, daß seine Verdienste nicht nach Gebühr geschätzt wären. Zwar fehlte es ihm nicht an äußeren Ehren. Nach dem Regierungs-

antritt des Kurfürsten Max Joseph IV. wurde er zum Vorstand der neuorganisierten Büchereensurkommission, und zum ersten Direktorialrat über das lateinische und deutsche Schulwesen in ganz Bayern, sowie zum ersten Schulkommissär der gelehrten Schulen Münchens ernannt. Ein Jahr später verlieh ihm der Münchener Magistrat das Patriziat, damit er in eine Chorherrenstelle bei U. L. Frau eintreten könne, dagegen wurden ihm sein Schulamt und die Leitung des Büchereensurwesens entzogen, auch das Kanonikat ging ihm durch Aufhebung des Chorstifts verloren. Das Mißvergnügen über den Verlust von Ämtern und Einnahmen wurde gesteigert durch die Beobachtung, daß der allmächtige Minister Montgelas zahlreiche norddeutsche Gelehrte an die höchsten Stellen in Bayern berief. „Natürlich", klagte Westenrieder, „die bairischen Bäume tragen ja nur Holzäpfel, da muß was Besseres aufgepfropft werden!" Liebe zur Aufklärung, fügt er im Hinblick auf das radikale Schalten und Walten des Ministeriums Montgelas hinzu, habe mit brutaler Aufklärungssucht nichts gemein. Das „französische System", das nicht bloß die Anlehnung Bayerns an Frankreich, sondern die Umbildung der gesamten Verwaltung nach französischem Muster und damit die Regelung mancher Verhältnisse nach den Grundsätzen der Revolution anstrebte, mußte eine Natur, die so ganz im Volksgemüt wurzelte, verletzen. Das in Bayern „zur Herrschaft gelangte Gemisch von Ansichten und Grundsätzen, von Aufrichten und Niederreißen, von Ordnung und Gewühl, von Überzeugen und Beschwatzen, von Lachen und Grinsen" war dem Historiker ein Greuel. Insbesondere der Unwille über die kirchenpolizeilichen „Gewaltthaten, die nicht bloß das Unkraut, sondern auch guten Samen aus dem Boden rissen", machte den in seinen heiligsten Empfindungen Gekränkten sogar ungerecht gegen das Gute, das die neuen Grundsätze zur Geltung brachten. Er tadelte nicht bloß die unnötigen und unbilligen Maßregelungen der katholischen Welt, sondern auch z. B. die Befreiung der Protestanten aus unwürdiger Stellung.

Schon eine 1800 veröffentlichte ethnologische Studie „Über

die Baiern" gibt Zeugnis von der Umwandlung, welche Westenrieders Weltauffassung erfahren hatte. Er spricht darin nicht mehr, wie früher, zum Schutze, sondern zu einseitigem Lobe seines engeren Vaterlandes. Mit leidenschaftlichem Eifer weist er die von norddeutschen Stimmen gegen seine Landsleute erhobenen Vorwürfe zurück; es sei gar nicht wahr, beteuert er, daß sie bigott und unduldsam seien; im Gegenteil, nur als „ein häßliches Mißverständnis" sei es zu bezeichnen, wenn eine Regierung glaube, verschiedene Religionen begünstigen zu müssen. Das zähe Festhalten der Bayern an alten Sitten und Einrichtungen sei jedenfalls „besser als der Leichtsinn, alles Neue, Auffallende und Schimmernde unverzüglich nachzuahmen, alte Verfassungen umzureißen und Einfällen des Tages zu huldigen." Die neuerliche Vermehrung der Buchhandlungen und die Errichtung von Leihbibliotheken sind ihm „höchst bedenkliche Erscheinungen"; das Unterrichtswesen in Bayern scheint ihm, da es „schon so gut, wie in irgend einem anderen deutschen Lande", einer Reform durchaus nicht bedürftig zu sein. Während er früher seine Aufgabe darin erblickte, seine Landsleute vorwärts zu drängen, damit sie nicht länger „hinter den Sachsen zurückständen", hat er sich unter dem Einfluß der politischen, kirchlichen und sozialen Katastrophen der Revolutionsära in einen halsstarrigen Lobredner der alten Zeit verwandelt. Er blickt nur mit Unmut auf die Gegenwart, mit wachsender Besorgnis in die Zukunft. Als Wurzel alles Unheils erscheint ihm die „die Köpfe bis zur Verrücktheit verwirrende" Philosophie Kants. Da er zuletzt seinem Groll über die Selbstüberhebung und Charakterlosigkeit „so vieler der heutigen Gelehrten, die kein Vaterland haben, die alles sind, was man will, und um Geld überall, wo und wohin man sie haben will, zu miethen sind", gar zu ungeschliffenen Ausdruck gab, glaubte sogar die Regierung gegen ihn einschreiten zu müssen; sie konfiszierte den 9. Band der „Beiträge", „weil darin der Staat compromittirt sei", und zwang den Herausgeber, eine neue, von jenen Ausfällen gesäuberte Ausgabe drucken zu lassen.

Aus dem Tagebuch Westenrieders erhellt, wie schmerzlich er diese Demütigung empfand; er schloß sich noch mehr von der Außenwelt ab; nur zu bestimmten Stunden sah man ihn „im langen braunen Rocke, den dreieckigen Hut auf dem Kopfe, das silberbeschlagene Rohr in der Hand, durch die Straßen seiner Vaterstadt dahinwandeln“; eine köstliche Zeichnung Franz Poccis hat die Erscheinung des im Laufschritt dahinstürmenden alten Herrn der Nachwelt überliefert. Für Kinder, die ihm von allen Seiten zuliefen und ehrerbietig die Hand küßten, hatte er freundliche Worte; sonst war er finster und verschlossen. Schelling sagte, Westenrieder habe zu den „umgekehrten Heuchlern“ gehört, „die sich Mühe geben, ein durchaus wohlwollendes und menschenfreundliches Herz unter rauhen Formen zu verheimlichen.“

Immerhin fehlt es auch in diesem Lebensabschnitt nicht an verdienstvollen Leistungen, z. B. veröffentlichte er 1816 ein deutsch-lateinisches Glossarium mittelalterlicher Ausdrücke. Ziemlich unbedeutend sind die „Hundert Erinnerungen“, Erfahrungssätze aus den verschiedensten Lebensgebieten, denen er auch noch „Centum theses oder hundert Sätze über höchst wichtige Gegenstände aus der gesunden Vernunft und Erfahrung“ folgen ließ. Jetzt wendet er sich gegen die übertriebene Bewunderung der alten Griechen, gegen den wachsenden Dünkel der Volksschullehrer, gegen Vermehrung der Theater 2c. Immer wieder wird eingeschärft: nur die Rückkehr zur alten Einfachheit und Nüchternheit kann das alte Glück wiederbringen! „30000 wohlhabende, fleißige, sittliche, wohlgehaltene Familien sind eine erfreulichere Erscheinung als 60000 Familien mit Zapplern, Fretern, Abhausern und Ehrvergessenen“ 2c.

Der Westenrieder der Aufklärungsepoche kommt wieder einmal zu Worte, wenn er in den „Erinnerungen über das Geschichtschreiben“ eindringlich mahnt, Geschichte der Völker und nicht bloß der Fürsten zu schreiben und über den politischen Vorgängen auch des materiellen und geistigen Bildungsprozesses nicht zu vergessen. Der Verfasser bestimmt seine Arbeit „zum Theil nicht für

die Zeitgenossen, für welche nur weit umher wirkende und hoch aufstrebende Bücher geeignet sind, sondern für die Nachkommen, welche in diesen Schriften bisweilen herumblättern und dann dies und jenes, zwar oft nicht ohne einem stillen Lächeln, aber mit einem schonenden Wohlwollen wahrnehmen und beherzigen werden."

Dagegen ist der Umschwung in Westenrieders Wesen wieder deutlich ausgeprägt in der Schrift: „Hundert Sonderbarkeiten oder das neue München im Jahre 1850" (1824) und einem drei Jahre später erschienenen Bändchen „Das neue München und Bayern im Jahre 1850". Darin wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß nicht bloß das Klosterleben im allgemeinen weitere Ausdehnung finden, sondern auch dem Jesuitenorden der höhere Unterricht wieder anvertraut werden möge; der Verfasser würde es gern sehen, wenn eine schon durch die Kleidung erkennbare, strenge Scheidung der Stände durchgeführt würde; er verwünscht „die Finsterlinge, die den Umsturz Fortschritt und die Finsterniß philosophische Aufklärung nennen."

Um nicht mit diesem Erzeugnis einer krankhaften Verbitterung zu schließen, sei noch verwiesen auf die hübschen Briefe „Aus und über Gastein." Jeden Sommer pflegte der alte Herr das Bad Gastein zu besuchen; es waren seine glücklichsten Tage, und die Dankbarkeit für die wohlthätige Wirkung der Heilquelle und des Aufenthalts in frischer Bergnatur findet auch in dem Büchlein liebenswürdigen Ausdruck. Im Juli 1828 kehrte er zum letzten Male vom „geliebten Jungbrunnen" heim und freute sich, daß er die zu seiner Wohnung führenden 72 Stufen „mit gasteinischen Füßen und mit einem ziemlich geminderten Geldbeutel" leicht hinaufsteigen konnte. Im nächsten Winter erkrankte er. Nachdem er sein ziemlich beträchtliches Vermögen, — mehr als 40 000 Gulden hatte er zusammengespart — sowie seine wertvollen Bücher und Bilder persönlich verteilt hatte, verschied er am 15. März 1829.

In einer Festsitzung der Akademie feierte Schelling den „treuen Mann", der seit 52 Jahren auf seinem Posten stand, den

er „rühmlich, standhaft und, wie es einem Manne geziemt, bis an sein Ende behauptet hat.“ Zwanzig Jahre später wurde vom historischen Verein für Oberbayern die Errichtung eines Denkmals für Westenrieder angeregt; die Kosten konnten durch freiwillige Beiträge leicht aufgebracht werden; am 1. August 1854 wurde das von M. Widnmann geformte Standbild auf dem Promenadeplatz in München enthüllt. Leider kann man nur sagen: der wackere Patriot hätte ein würdigeres Denkmal verdient.

X.

# Der Kongreß von Chatillon.

Das Jahr 1814 war nicht bloß für die Geschicke des großen Kaisers, sondern für die Geschichte der gesamten Kulturwelt von entscheidender Bedeutung. „Im Prozeß der Abwandlung der beiden großen Systeme: der universalen Ausdehnung einer Vormacht, die auf dem Boden der Revolution erwuchs, und der nationalen Einschränkung der Staaten auf dem Grundsatze des Gleichgewichts der Kräfte“ (Fournier) brachte der Feldzug in Frankreich die letzte entscheidende Krisis. Deshalb hat sich auch die Forschung von jeher mit Vorliebe der politischen Seite dieses Prozesses zugewendet. Solange Deutschland noch im Zeichen des Dualismus stand und durch den Gegensatz der beiden Vormächte in zwei feindliche Lager geteilt war, fehlte es an der nötigen Unbefangenheit in Abwägung von Verdienst und Schuld der sogenannten Verbündeten von 1814. Seit sich die Verhältnisse im Sinne eines erfreulichen Einvernehmens der beiden Mächte änderten, wurden schon manche Einzelheiten aus der Geschichte des Zusammensturzes der Napoleonischen Macht durch gründlichere Untersuchung und objektivere Darstellung festgestellt; es fehlte jedoch an einer zusammenfassenden Geschichte der Politik während des Krieges von 1814, deren Brennpunkt der Kongreß von Chatillon bildet. Auch diese Lücke ist jetzt von Fournier ausgefüllt, der nicht nur das schon bekannte Material in erschöpfender Weise ausgebeutet, sondern auch aus öffentlichen und Privatarchiven manche neue wertvolle Quelle erschlossen hat. Insbesondere die Korrespondenz Metternichs mit

seinem Stellvertreter im Auswärtigen Amt zu Wien, Staatsrat Hudelist, mit Graf Philipp Stadion und den fremden Diplomaten, ferner die Berichte und das Tagebuch des Legationsrats Floret über die Vorgänge in Chatillon, auch das „leider noch nicht veröffentlichte“ Tagebuch Hardenbergs boten ungehobene Schätze. Die Briefe Metternichs an Gentz aus den kritischen Tagen ließen sich nicht auffinden. „Und wo mögen wohl“ — vielleicht verhilft eine Wiederholung der von Fournier gestellten Fragen zu einer Beantwortung — „die fortlaufenden Berichte zu finden sein, die Wilhelm v. Humboldt aus Chatillon an den türkischen Gesandten Mavrojeni in Wien gerichtet hat? Wohin geriet jenes Tagebuch des Grafen Ernst Hardenberg, des hannöver'schen Gesandten in Wien, der sich während des Winterfeldzugs im Großen Hauptquartier befand und seine Notizen Gentz anvertraute?“ —

Höchst merkwürdig ist eine Unterredung, die Napoleon auf seiner Flucht von Leipzig im November 1813 in Frankfurt a. M. mit seinem Wirt, dem reichen Simon Moriz Bethmann, hatte; Metternich erzählt die Episode dem Staatsrat Hudelist. Der Kaiser sprach sich mit überraschendem Freimut über seine gescheiterten Hoffnungen und seine Zukunftspläne aus. Vom Rheinbund erklärte er nichts mehr wissen zu wollen; „es war im Grunde doch nur ein schlechter politischer Kalkül, ihn ins Leben zu rufen!“ Auch die Kontinentalsperre sei für ihn ein überwundener Standpunkt, ja, es sei ihm jetzt unbegreiflich, daß er auf diese Chimäre so viel gehalten habe. „Sie müssen aber nicht etwa meinen, daß darunter meine Finanzen leiden werden. Ich besitze drei Milliarden. Sie kennen den Keller, wo ich meinen Privatschatz verwahre, mehr als 80 Millionen in Barem. Nicht wahr, Herzog von Bassano?“ Maret verbeugte sich tief. „Ich habe eine Million Soldaten. Frankreich würde es nicht dulden, daß ich einen schlechten Frieden schließe. Nur mit Mäßigung seitens der Mächte wird man dazu gelangen, sonst nicht!“

Ohne Zweifel lag den so wunderlich aus Geflunker und Resignation gemischten Worten eine schlaue Berechnung zu grunde.

Es war zu erwarten, daß in Bethmanns gastlichem Hause bald der eine oder andere von den Monarchen und Ministern der Verbündeten einkehren und von Napoleons Erklärungen Kenntnis erhalten werde, und es war dem Kaiser daran gelegen, seine Gegner wissen zu lassen, daß er, falls man ihm gemäßigte Bedingungen einräumen würde, zum Frieden bereit wäre.

Was verstand aber Napoleon unter „gemäßigten" Bedingungen? War — nach Talleyrands treffendem Wort — zu hoffen, daß der Kaiser der Franzosen sich damit begnügen werde, König von Frankreich zu sein?

Es war mindestens zweifelhaft. Gewiß, Napoleon war nicht die „Eroberungsbestie", wie ihn Lanfrey und andere geschildert haben, aber auch Roloff geht zu weit, wenn er behauptet, daß Napoleon nur aus höheren, lauteren Rücksichten auf Frankreichs Wohl Kriege geführt und Eroberungen gemacht habe. Daß der durch sein Schlachtenglück verwöhnte Kaiser in unbändigem Stolz auch billigen Friedensbedingungen unzugänglich war, hatte sein Verhalten während des Prager Kongresses bewiesen. Würde er jetzt, durch die wachsende Bedrängnis ernüchtert, seine Ansprüche herabstimmen? würde er, wie die Verbündeten verlangten, zur Einschränkung Frankreichs in seine „natürlichen" Grenzen, Rhein, Alpen und Pyrenäen, seine Zustimmung geben?

Im Lager der Verbündeten überwog die Geneigtheit, dem genugsam gedemütigten Gegner einen ehrenvollen Frieden zu gewähren. Unter den leitenden Persönlichkeiten des großen Hauptquartiers waren Zar Alexander und Metternich die eigentlichen Protagonisten, in denen die beiden wirksamsten Kräfte der alliierten Mächte verkörpert waren. Der österreichische Minister, „ein reichbegabter, in den Künsten einer gewundenen Politik, wie sie das Gedränge der letzten 20 Jahre den europäischen Mittelmächten oft genug nahegelegt hatte, erfahrener Diplomat, voll Eifer und Fleiß, mit Talent und Neigung zur Intrigue, ohne ausgebreitete, namentlich historische Kenntnisse und ohne höheren Flug der Ideen, aber ein Virtuose des Moments." Zar Alexander, eine komplizierte

Natur, „deren Wesen höchst merkwürdig zwischen hochsinnigem Idealismus und pfiffiger Eigensucht, zwischen Thatendurst und Kleinmut schwankte.“ An geistiger Gelenkigkeit überragte Metternich auch den preußischen Kanzler Hardenberg, der aber mit großem Geschick die Mittlerrolle zwischen den drängenden Stürmern in der schlesischen Armee und den kleinmütigen Ratgebern in der nächsten Umgebung Friedrich Wilhelms III. festhielt. Auch Feldmarschall Fürst Schwarzenberg „war im ganzen mehr eine Diplomatennatur und hatte wenig von dem wagenden Temperament des Soldaten.“ Der Oberfeldherr hätte von vornherein raschen Friedensschluß lieber gehabt, als fröhlichen Krieg; die Fortsetzung des Kampfes auf französischem Boden dünkte ihm eine Unklugheit. Metternich teilte zwar diese Ansicht nicht; er war nicht ein grundsätzlicher Gegner der Invasion, aber er stellte, um im französischen Volke Stimmung gegen die zum Krieg drängende Regierung zu machen, augenfällig seine Friedensliebe zur Schau. Am entschiedensten drangen Blücher und Gneisenau darauf, daß so rasch wie möglich der Rhein überschritten und ins Herz von Frankreich vorgedrungen werde. Allein dieser Kriegseifer wurde weder von dem immer bedächtigen Kaiser Franz, noch von Friedrich Wilhelm geteilt; den Übergang über den Rhein nannte letzterer ein „aberwitziges Unternehmen“, denn „was am linken Ufer des Rheins wohnt, geht die Verbündeten nichts an.“

Wenn trotzdem die militärischen Unternehmungen ununterbrochenen Fortgang hatten, so war dies, wie Fournier nachweist, das Werk Metternichs. Ihm war zwar ebenso die nationale Erregung, wie die persönliche Erbitterung der preußischen Heerführer fremd, doch er war des festen Glaubens, daß Napoleon nichts von Frieden hören wolle und für den Frieden nicht eher zu haben sein werde, als bis man ihn mit den Waffen dazu zwingen würde.

Da wurde ihm eine Überraschung zu teil: am 6. Januar bat Caulaincourt, Herzog von Vicenza, um Pässe, da er sich im Auftrag seines Gebieters zur Einleitung von Friedensverhandlungen ins Hauptquartier begeben wolle!!

Napoleon war zu diesem Schritte durch die Macht der öffentlichen Meinung in Frankreich gezwungen worden. Die große Mehrheit der Nation verlangte nach Frieden. Nicht als ob die Furcht vor dem anrückenden Feind die Gemüter beängstigt hätte, denn man hatte über die Uneinigkeit und Schwerfälligkeit der Verbündeten genugsam beruhigende Erfahrungen gesammelt, doch aus den von Metternich klug redigierten Proklamationen hatten die Franzosen ersehen, daß der Frieden gar nicht teuer zu haben sein werde. Im gesetzgebenden Körper wurde offen erklärt: „Man will uns ja gar nicht erniedrigen, man will uns nur auf unsere Grenzen beschränken und den Flug einer ehrgeizigen Thätigkeit hemmen, die seit zwanzig Jahren allen Völkern Europas verderblich geworden ist.“ Auch andere Gründe machten Napoleon gefügiger. Der Schatz, mit dem er vor dem Frankfurter Bankier geprahlt hatte, war ein Luftschloß. Die Steuern liefen spärlich ein; der Kurs der Staatspapiere war in rapidem Niedergang begriffen, ein sprechender Beweis, daß das Vertrauen auf das bestehende Regiment geschwunden war; die Stimmungsberichte der Präfekten lauteten trostlos; sogar die lange Zeit verpönte, jetzt aber freigegebene Marseillaise übte keine Wirkung. So trübe Wahrnehmungen mußten den Kaiser nachdenklich machen: aus diesen Erwägungen erklärt sich die Sendung Caulaincourts.

Andrerseits gab es mancherlei, was den Leiter der österreichischen Politik zu vorsichtiger Zurückhaltung und zu friedlichem Einlenken gegenüber Napoleon geneigt machte. Vor allem mußte die feste Verbrüderung Preußens und Rußlands Mißtrauen wachrufen. Es war ihm auch nicht unbekannt, daß Zar Alexander den Sturz Napoleons insbesondere deshalb anstrebte, weil zu tage lag, daß ein starker Napoleon niemals die Durchführung der polnischen Pläne des Zaren zulassen würde; von Preußen war ja kein Einspruch zu besorgen, da es selbst mit Rußlands Hilfe die Einverleibung Sachsens durchzusetzen hoffte. Eine maßlose Ausdehnung des Zarenreiches in Polen, eine gefährliche Verstärkung Preußens durch deutsches Gebiet — das war eine trostlose Aussicht für

Österreich! Da galt es nicht bloß alles zu versuchen, um die Verbrüderung der nordischen Reiche zu lockern, sondern auch den noch immer Mächtigsten und Gefürchtetsten nicht weiter durch kriegerisches Gebahren zu reizen. Schon am 8. Januar erhielt Schwarzenberg einen Wink, nur „vorsichtig" vorzugehen, und einige Tage später, als er eben im Begriffe stand, Langres einzunehmen, den Befehl, bis auf weitere, von der politischen Situation abhängige Weisungen den Vormarsch überhaupt einzustellen. Dies brauchte dem kaiserlichen Fabius Cunctator, der immer über schlechtes Wetter, schlüpfrigen Boden und andere Hindernisse zu klagen hatte und das Schwert des Damokles über seinem Haupte sah, nicht zweimal gesagt zu werden. Immer nur vorsichtig überlegend, aber ohne Wagemut und Selbstvertrauen, hielt er seine Aufgabe zunächst für erfüllt; er hatte die Armee in Feindesland in eine gute Position gebracht; er gedachte fürs erste nicht weiter zu gehen; nun sollten die Diplomaten ihre Schuldigkeit thun.

Der Vertreter des englischen Kabinetts, Lord Castlereagh, stimmte mit Metternich darin überein, daß es weder nötig noch rätlich sei, die Dinge aufs äußerste zu treiben; auch er war bereit, mit Napoleon in Verhandlungen einzutreten, wenn das französische Volk selbst den Kaiser nicht fallen ließe; die Bourbons könnten erst dann in Betracht kommen, wenn ihnen der gute Wille und die freudige Zustimmung der Nation sicher wären.

Der gleichen Ansicht waren Friedrich Wilhelm III. und sein Kanzler Hardenberg, beide ungehalten über die „exzentrischen" Pläne des Zaren und die „thörichten Rachegedanken" der Führer der schlesischen Armee. Ja, sogar die meisten russischen Minister und Generäle hielten es für einen Fehler, Frankreich durch kriegerisches Vorwärtsdrängen zu reizen und etwas anderes anzustreben, als die Einschränkung Frankreichs in gerechte Grenzen.

Nur Zar Alexander, namentlich durch Stein beeinflußt, weigerte sich hartnäckig, Napoleon als „annehmbaren Kompaciscenten" anzuerkennen; er hatte sogar den abenteuerlichen Gedanken gefaßt, Bernadotte auf den französischen Thron zu setzen. Ein

Versuch Metternichs, ihn umzustimmen, mißlang, jedoch erlaubte Alexander, daß auch sein Minister Nesselrode den Beratungen beiwohne, zu welchen Vertreter der verbündeten Mächte am 28. Januar in Langres zusammentraten. Es sollten hier die Grundlagen zu Verhandlungen mit Caulaincourt festgesetzt werden; für diesen Kongreß war das Städtchen Chatillon ausersehen.

Der erste in Langres gefaßte Beschluß ging dahin, daß auch während der Verhandlungen die militärischen Operationen nach Schwarzenbergs Direktiven „mit schuldiger Rücksicht auf militärische Klugheit“ ihren Fortgang nehmen sollten; dies hieß so viel als: der Vormarsch gegen Paris ist aufgegeben. Castlereagh hatte sogar gegen diesen Plan, der zu jakobinischen oder diktatorischen Putschen in Paris führen könnte, ausdrücklich Verwahrung eingelegt, wofür ihn Metternich in einem Briefe an Schwarzenberg einen „Engel“ nannte. Der Bevollmächtigte des Kaisers sollte nach Chatillon zu „Präliminarkonferenzen für den allgemeinen Frieden“ kommen; hier sollte sodann die Forderung der Einschränkung Frankreichs auf die alten Grenzen erneut, jedoch von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs abgesehen werden.

Am 3. Februar gingen die Bevollmächtigten, Stadion für Österreich, Rasumowsky für Rußland, Cathcart, Stewart und Aberdeen für England, Wilhelm v. Humboldt für Preußen nach Chatillon ab. Die Berufung Humboldts, der Gneisenau und der preußischen Patriotenpartei nicht allzu fern stand, war Metternich nicht wenig anstößig. Die beiden Staatsmänner waren ja schon durch den Charakter zu Antipoden gestempelt; für Metternich war Humboldt ein „pedantischer Professor“, während dieser an dem vielbewunderten Diplomaten tadelte, daß er „allzu leicht von Grundsätzen absehe, die allein durch das Privat- und politische Leben leiten können.“ Uebrigens kam die Individualität der Teilnehmer am Kongreß um so weniger zur Geltung, als der englische „Sanhedrin“, wie es Humboldt nannte, noch ausschließlicher und rücksichtsloser als die übrigen Diplomaten nur das

Interesse des eigenen Staates vertrat. „Darum gerade aber ist der Kongreß ein richtiges Spiegelbild der Abwandlungen und Wechselwirkungen in Krieg und Politik jener Tage, die er in seinem Fortgang reflektiert, um schließlich mit seinem resultatlosen Ende eine Krisis ohnegleichen zu markieren: die Unvereinbarlichkeit eines Systems revolutionärer Eroberung mit dem des legitimen Gleichgewichts der Kräfte. Und darin beruht seine historische Bedeutung."

Die ganze Haupt- und Staatsaktion wurde plötzlich in Frage gestellt durch den verwegenen Vorstoß Blüchers, der, nur auf die Zustimmung des Zaren bauend, eigenmächtig gegen Brienne marschiert war. Hier warf sich ihm Napoleon mit überlegenen Kräften entgegen, Blücher mußte sich zurückziehen; nachdem er aber von Schwarzenberg, zwar nicht erhebliche, immerhin genügende Verstärkungen erhalten hatte, gewann er am 1. Februar die Schlacht bei La Rothière.

Nun schien es für den Geschlagenen nur noch ein Mittel zur Rettung zu geben: den Kongreß von Chatillon. Nur dadurch, daß ihn die Verbündeten als den legitimen Herrn Frankreichs anerkannten, konnte er hoffen, der wirkliche Herr Frankreichs zu bleiben. „Seine Majestät beauftragt mich", schrieb Maret am 4. Februar an Caulaincourt, „Ihnen zu sagen, daß Sie Ihnen carte blanche gibt, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen, die Hauptstadt zu retten und eine Schlacht zu vermeiden, in der die letzten Hoffnungen der Nation beruhen."

Dagegen bewog der Sieg von La Rothière die Verbündeten zu größerer Zurückhaltung. Es war jetzt sogar für Metternich zweifelhaft, ob Napoleon noch der Mann sei, der Frieden schließen könne. Kaiser Franz wiederholte sein: „Hierin hat Gott Gericht gehalten!" und Blücher gab sich der frohen Hoffnung hin, durch seinen Sieg sei „gleichsam alles entschieden."

Unter dem Eindruck des preußischen Sieges wurden die Sitzungen in Chatillon eröffnet. Caulaincourt gab sich gar nicht die Mühe, die üble Lage seines Gebieters zu beschönigen, sondern

suchte nur durch andere Mittelchen die Stimmung der Kollegen zu beeinflussen; er brachte bei Humboldt ein Kompliment für den Mut der Preußen an; auf Stadion suchte er — wenn auch vergeblich — einzuwirken, indem er zu Sonderverhandlungen mit Österreich Geneigtheit zeigte; allen versicherte er, sie würden an ihm den nachgiebigsten Mann von der Welt finden; er sei ja ebenso durch persönliche Neigung, wie durch das Mißgeschick der französischen Waffen genötigt, auf jede billige Forderung einzugehen, denn er wolle und müsse von Chatillon den Frieden heimbringen.

Dagegen hatten die Vertreter der Verbündeten gemessenen Befehl, zu „temporisieren, bis sich die Situation geklärt habe." Bezeichnend für die Stimmung in diesen Kreisen war eine Äußerung, womit der Russe Rasumowsky in einer Vorberatung bei Stadion herausplatzte: „Wenn nun aber Caulaincourt allem zustimmt, werden wir unterzeichnen?" So unbequeme Fragen sollten lieber nicht zur Diskussion gebracht werden, meinte darauf Stadion, allein das Ergebnis der Beratung war der Beschluß, auf die eigentlichen Friedensbedingungen sich vorerst nicht einzulassen.

So mußte denn Caulaincourt in der ersten Sitzung am 5. Februar zu seinem Schrecken erfahren, daß die Kollegen nach mehrwöchigen Vorberatungen noch samt und sonders „ohne Instruktionen" seien. Den Gesandten selbst war es peinlich, mit der diplomatischen Loyalität förmlich Spiel zu treiben. Ihm dünke es unwürdig, schrieb Stadion an Metternich, den Frieden künstlich auch dann hintanzuhalten, wenn Napoleon alle Bedingungen annehme; man hätte sich dann eben mit ihm überhaupt nicht einlassen sollen.

Doch Schlag auf Schlag folgten neue Siege der Verbündeten. Damit wurde die Lage Caulaincourts in Chatillon, obwohl seine Zugeständnisse schon weit über die Frankfurter Festsetzungen hinausgingen, immer schwieriger und unhaltbarer. Er konnte sich nicht verhehlen: man wollte nicht zu einem Übereinkommen mit Napoleon gelangen. Der von bonapartistischen Historikern erhobene Vorwurf, Caulaincourt trage die Schuld an Napoleons Mißgeschick,

weil er nicht rechtzeitig zum Abschluß des Friedens gedrängt habe, ist ungerecht: es war der ausgesprochene Wille der Verbündeten, den Abschluß des Friedens hinauszuschieben.

Der Franzose war in Verzweiflung über die Verstocktheit, womit sein Entgegenkommen aufgenommen wurde, über die höflichen Grobheiten, die er täglich einzustecken hatte. „Ich habe einen einzigen Sechspfünder", sagte er zu Floret, „gegen eine ganze Batterie von Sechzehnpfündern; es ist nicht hochherzig, derart dem Schwachen zu begegnen!" Vergeblich versuchte er noch einmal, den Vertreter Österreichs auf seine Seite zu ziehen, diesmal, indem er ihm die verhängnisvollen Folgen eines Zusammensturzes der Herrschaft Napoleons ausmalte: „Ihr wollt nach Paris gehen. Ihr wißt gar nicht, was Ihr Euch damit einbrockt. Ihr habt die Notwendigkeit erkannt, der Revolution für immer ein Ende zu machen, und habt diesem Grundsatz mit der Vermählung einer Erzherzogin mit dem Kaiser ein edles Opfer gebracht, und nun setzt Ihr Euch der Gefahr aus, aufs neue die Revolution mit allen ihren Schrecken zu entfesseln!"

Eine neue, unwillkommene Überraschung war es nicht bloß für Caulaincourt, sondern auch für die deutschen Diplomaten, daß Rasumowsky plötzlich rundweg erklärte, der Zar habe ihm befohlen, an den Verhandlungen vorläufig nicht mehr teilzunehmen. Wohl oder übel mußten sich nun die übrigen Diplomaten dazu verstehen, den Kongreß zu unterbrechen. Offenbar wollte Alexander nicht durch die Verhandlungen am Vormarsch auf Paris gehindert werden, von dem er annahm, daß er nicht mehr auf ernste Schwierigkeiten stoßen werde.

Es folgten nun als Zwischenspiel die Verhandlungen, welche in Troyes von den leitenden Ministern persönlich geführt wurden. Sie waren das Werk Metternichs, der in diesem Augenblick, „wo jeder neue Tag wichtige militärische und diplomatische Fragen aufwerfen konnte", für geboten hielt, die Ansichten und Wünsche der verbündeten Kabinette neuerdings zu klarem Ausdruck gelangen zu lassen. Zar Alexander ließ offen erklären, er sei fest entschlossen,

gegen Paris zu ziehen und Napoleon zu stürzen. Andrer Ansicht war Kaiser Franz. Es sei doch wohl das beste, so bald wie möglich Frieden zu schließen, sagte er zu Wrede, der in geheimer Mission ins Hauptquartier gekommen war, um Österreich der unwandelbaren Anhänglichkeit Bayerns zu versichern, denn „wenn Napoleon, der von allen Seiten Verstärkungen herangezogen hat, eine neue Schlacht gewinnen würde, wären alle bisher gewonnenen Vorteile aufs neue in Frage gestellt!“ Auch Metternich sagte zu Wrede: „Weshalb immer wieder Blut vergießen? Es liegt auf der Hand, daß die Vorstellung, man könne ohne große Opfer nach Paris gelangen, eine irrige war. Wir wollen also in die von Caulaincourt dargebotene Hand einschlagen und uns damit begnügen, Napoleon in solche Schranken zurückzuweisen, in denen er nicht mehr schaden kann!“ Nicht anders dachte man in der Umgebung des Königs von Preußen. Der Kanzler Hardenberg, die Generale Schöler und Knesebeck waren Friedensfreunde; am entschiedensten sprach sich der allzeit ängstliche Ancillon für die Erhaltung des Kaiserreiches aus. Nach dem Sturz Napoleons, so war in einer Denkschrift Ancillons ausgeführt, werde die Machtlosigkeit Frankreichs in den Händen der Bourbons erst recht eine Gefahr für Europa bilden, während die Furcht vor Napoleon ein heilsames Prinzip der Unruhe und deshalb der Wachsamkeit für die europäischen Mächte darstelle, wie ja seinerzeit auch Rom gerade durch die Nebenbuhlerschaft Karthagos in Kraft erhalten worden sei. Da Friedrich Wilhelm selbst dieser Anschauung vollkommen beipflichtete, sprach sich Hardenberg im Ministerrat mit aller Wärme im Sinn der Friedensaktion aus.

Gerade in entgegengesetztem Sinne votierte der Vertreter des Zaren, Nesselrode. Weder von Frieden, noch von Waffenstillstand dürfe die Rede sein; die Frage, welcher Dynastie in Frankreich die Herrschaft zustehe, werde am besten in Paris von einer durch Verdienst und Rang der Teilnehmer ausgezeichneten Versammlung gelöst werden, aber diese Versammlung müsse geschützt werden durch einen von den Verbündeten aufgestellten Gouverneur; daß dazu ein Russe

gewählt werde, könne Rußland beanspruchen, da es am längsten den gemeinsamen Feind bekämpft habe. Ob die Entscheidung für Napoleon oder die Bourbons ausfalle, sei dem Zaren gleichgültig, doch für unumgänglich halte er schleunigsten Vormarsch nach Paris.

Viel gefordert auf einmal. Einem russischen Gouverneur, also dem Zaren selbst die endgültige Regelung zu überlassen — das ging denn doch nicht an, darin waren die Vertreter der deutschen Großmächte einig, und auch Lord Castlereagh erklärte sich gegen Einmischung der Mächte in die inneren Angelegenheiten Frankreichs und für Fortsetzung der Verhandlungen in Chatillon.

Am kräftigsten wurde die Sache Napoleons durch sein eigenes Schwert unterstützt. Am 10., 11. und 12. Februar erfolgten die Niederlagen einzelner Abteilungen der schlesischen Armee bei Champaubert, Montmirail, Chateau Thierry und Vauchamps; erst bei Chalons konnten sich die Reste der schlesischen Armee wieder vereinigen.

Nun waren die Vertreter Österreichs, Preußens und Englands erst recht von der Rätlichkeit eines raschen Friedensschlusses überzeugt. Doch Zar Alexander stellte allen Vorstellungen ein starres Nein entgegen, und war auch durch keine Überredungskünste zu gewinnen. Er wolle zwar einer Wiederaufnahme der Verhandlungen in Chatillon nicht entgegentreten, ließ er durch Rasumowsky erklären, doch nur unter der Bedingung, daß Caulaincourt von vornherein die „alten“ Grenzen, d. h. die Grenzen von 1792 annehme. Alexander wollte, daran war nicht zu zweifeln, den Sturz des „Friedensstörers“, mit dem er doch gerade damals, als sich der Sieger von Jena am schwersten an Recht und Moral versündigte, in Bündnis getreten war. Wer versteht sich besser darauf, vermessene Eigensucht in das Gewand hoher Ideen zu kleiden, als der Russe.

Angesichts der schroffen Ablehnung Rußlands griff Metternich einen neuen Plan auf: er wollte Rußland gänzlich isolieren. Allein dazu war Friedrich Wilhelm nicht zu haben; um keinen Preis, so erklärte er, werde er sich von Alexander trennen. Doch auch von

preußischer Seite wurde einem Vermittlungsvorschlag zugestimmt. Demgemäß sollte mit Napoleon entweder in Chatillon oder nach dem Einmarsch in Paris auf Grund der schon aufgestellten Bedingungen Friede geschlossen werden, es wäre denn, daß eine spontane Volksbewegung den Imperator seiner Machtstellung entkleiden würde. Als Metternich für den Fall, daß der Zar auch diesen Vorschlag verwerfen würde, mit dem Austritt Österreichs aus der Koalition drohte, wollte Alexander diese Verantwortung denn doch nicht auf sich nehmen; er gab seine Zustimmung, und damit war eine Krisis beendigt, die der österreichische Minister „eine der außerordentlichsten Epochen der Welt" nannte.

Die nächste Folge war, daß in Chatillon die Verhandlungen wieder in Fluß kamen, daß aber auch Schwarzenberg davon abstehen mußte, die Offensive im Sinne des alten Operationsplanes zu unterbrechen. Von thatkräftiger Unterstützung Blüchers war freilich nicht die Rede, wenn auch der oft erhobene Vorwurf, der alles Mißgeschick der schlesischen Armee bloß auf die zaudernde Haltung Schwarzenbergs zurückführen will, nach Fourniers Auseinandersetzung nicht mehr aufrecht zu halten ist.

Bekannt ist die von Maret erzählte Episode, die sich in Napoleons Hauptquartier zu Nogent am Morgen des 8. Februar abspielte. Napoleon hatte in der Nacht vorher seine Einwilligung gegeben, daß Caulaincourt von Maret angewiesen werde, nötigenfalls Belgien, das ganze linke Rheinufer, Italien und die Kolonien aufzugeben. Als aber Maret früh morgens die Unterschrift des Kaisers erbitten wollte, fand er diesen über Landkarten gebeugt, und Napoleon schob das Schriftstück verächtlich beiseite. „Es handelt sich jetzt um ganz andere Dinge. Ich bin eben daran, Blücher zu schlagen!" — Das Wort war keine leere Prahlerei. Am 14. Februar wurde Blücher aufs Haupt geschlagen und mußte den Rückzug antreten. Damit war die Lage wieder von Grund aus verändert; mit Recht gibt Fournier dem Abschnitt die Überschrift: Napoleon redivivus. Während noch vor wenigen Tagen die einzige Hoffnung Napoleons auf dem Kongreß beruht hatte,

sahen jetzt die Verbündeten mit ängstlicher Spannung dem Ausgang der Friedensverhandlungen entgegen.

Es versteht sich von selbst, daß jetzt der Vertreter Frankreichs höheren Ton anschlug, und ebenso wenig kann überraschen, daß nunmehr von Österreich und England versucht wurde, Hand in Hand mit Caulaincourt gegen Rußland und Preußen zu arbeiten. Es sei doch eine gar zu häßliche Sache, bemerkte Metternich, an der Seite von 50000 Kosaken und Baschkiren kämpfen zu müssen.

Es würde zu weit führen, auf alle einzelnen Zwischenfälle am grünen Tische in Chatillon einzugehen. Die Rollen waren ganz und gar vertauscht. Während vor der Niederlage Blüchers die Verhandlungen von den Vertretern der verbündeten Mächte hingezogen worden waren, um von den Ereignissen auf der Walstatt die Entscheidung über Napoleons Sein oder Nichtsein abzuwarten, war jetzt Caulaincourt „ohne Instruktion“ und wollte von bindenden Erklärungen nichts hören. Durch den von Schwarzenberg recht zur Unzeit mit Berthier abgeschlossenen Waffenstillstand wurde die militärische Lage der Verbündeten noch verschlimmert; damit war die Hoffnung auf glimpflichen Erfolg der Diplomaten nahezu abgeschnitten. Auch der Wagemut des Zaren war abgekühlt, und Friedrich Wilhelm erging sich, wie es in Hardenbergs Tagebuch heißt, wie Cassandra in düsteren Weissagungen. Während Alexander auf möglichste Konzentrierung aller Streitkräfte drang und Blücher ungebrochenen Mutes immer wieder zum Schlagen aufforderte, wollte Schwarzenberg, dem vor den „Strömen von Blut“ graute, von weiteren Angriffsplänen nichts mehr wissen: der Rückzug an die Aube begann. Der Klagen und Anklagen war kein Ende; der Koalition schien ein schimpfliches Ende beschieden.

Doch noch einmal gelang es, in einem großen Kriegsrat zu Bar sur Aube, dem die drei Monarchen und die höchsten Würdenträger der Diplomatie und der Generalität beiwohnten, mannhaftere Entschlüsse durchzusetzen. Es wurde gemeinsames Vorgehen der drei Armeen vereinbart, und zugleich sollte in Chatillon, das

inzwischen sogar in französische Gewalt gekommen war, eine ernstere Sprache geführt und dem Gegner jede Hoffnung auf Sprengung der Koalition benommen werden. Wie energisch aber auch die neuen Instruktionen klingen mochten, es war deutlich herauszuhören, daß die Verbündeten gar nicht mehr daran dachten, die dynastische Frage aufzurollen, daß sie mit Vergnügen bereit waren, mit Napoleon Frieden zu schließen.

Allein der Sieger, dem jetzt wieder in allen Städten begeisterter Jubel des Volkes entgegenbrauste, war nicht mehr in der Stimmung, die alten Zugeständnisse einzuräumen. Die Frankfurter Basis, schrieb er an Caulaincourt, könne allenfalls anerkannt werden, von Belgien dürfe nicht mehr die Rede sein; dagegen wollte er auf Besetzung Chatillons verzichten, auch Castlereagh sollte unbehelligt über Calais korrespondieren dürfen, überhaupt sollte den Verhandlungen kein Hindernis in den Weg gelegt werden, „denn alles was unter dem geheiligten Namen des Friedens geht, hat in unsern Augen das Recht auf höchste Achtung und Aufmerksamkeit." Napoleon fühlte sich offenbar als Herr der Situation und wollte den Verbündeten deutlich vor Augen bringen, daß die „unwürdige Nachgiebigkeit" ein Ende gefunden habe.

Als aber die eisernen Würfel wieder ins Rollen kamen, fiel die Entscheidung wider ihn. Die Hauptarmee der Verbündeten erfocht den glänzenden Sieg bei Bar sur Aube. Darauf wurden die in Lusigny wegen eines Waffenstillstandes angeknüpften und bisher von Napoleon hingehaltenen Verhandlungen von den Verbündeten abgebrochen. Noch wichtiger war es, daß die neue Wendung des Waffenglücks einen festeren Zusammenschluß der Mächte zur Folge hatte. Hauptsächlich auf Betreiben Castlereaghs wurde am 9. März der Vertrag von Chaumont abgeschlossen, wodurch bereits für den Fall, daß die Verhandlungen in Chatillon erfolglos verlaufen sollten, die nötigen politischen und militärischen Vorkehrungen getroffen wurden. Jeder der verbündeten Staaten sollte 150 000 Mann ins Feld stellen und England außerdem bedeutende

Subsidien zahlen, kein Staat sollte ein Separatabkommen mit Frankreich schließen, die kleineren europäischen Mächte sollten „nach Bedarf“ herangezogen werden. Der Vertrag wurde „vorläufig“ auf zwanzig Jahre abgeschlossen, und auch nach dem Friedensschluß sollten die Verbündeten zum Schutz ihrer Abmachungen und zur Abwehr imperialistischer Übergriffe starke Streitkräfte unter den Waffen halten.

Es wäre aber ein Irrtum, wollte man glauben, daß mit dem Vertrag von Chaumont ein Geist frischerer Kraft und Einmütigkeit in die Koalition gekommen wäre. Die Absichten und Pläne der Mächte gingen in politischer wie militärischer Beziehung ebenso weit auseinander, wie zuvor. Die Klagen über die Verwendung der einzelnen Heeresabteilungen nahmen kein Ende; die Kriegführung Schwarzenbergs wurde nach wie vor bemängelt, ja, es kam darüber zu einem Zerwürfnis, das unheilbar schien. Friedrich Wilhelm sprach offen das Wort Verrat aus; das Verhalten Schwarzenbergs, erklärte er, könne gar nicht anders gedeutet werden, als daß er Blücher zugrunde richten wolle und mit Napoleon unter einer Decke stecke. Ein Brief Metternichs an Stadion vom 13. März bietet ein gar merkwürdiges Stimmungsbild. „Sie haben keine Idee davon, was man uns hier im großen Hauptquartier leiden läßt. Ich kann nicht mehr, und der Kaiser Franz ist bereits krank. Sie sind alle verrückt und gehören ins Irrenhaus. Wir werden immer hingestellt, als wollten wir die Monarchie verkaufen, als hätten wir keinen größeren Wunsch, als geschlagen und aufgezehrt zu werden, als ob Österreich die fremde Sklaverei verehrte, kurz, als ob wir Dummköpfe wären. Ich glaube aber, daß wir allein nicht verrückt sind. Vielleicht sind wir es auch, denn es ist ein Zeichen der Narrheit, sich für gescheit zu halten. Gott führe uns zu einem guten Ende!“ Doch wurden nicht bloß von Verrückten und Maulhelden, wie Metternich meinte, in die Befähigung und vor allem in den guten Willen des Agamemnon im Lager der Verbündeten Zweifel gesetzt. Auch der nüchterne Lord Burghersh schrieb an den eng-

lischen Prinz-Regenten, es fehle Schwarzenberg ebenso an der Einsicht, wie er sich aus seiner schwierigen Lage befreien könnte, wie an Mut, die unter allen Umständen gebotene Schlacht zu wagen.

Nur die eiserne Not hielt die Verbündeten trotz alledem zusammen; die Gewißheit, daß Napoleon die endgültige Sprengung des Bundes nur dazu benützen würde, die Einzelnen zu schlagen, war das Bindemittel, das die Aufgeregten immer wieder beschwichtigte und wenigstens eine Art gemeinsamer Operation ermöglichte.

Doch auch Caulaincourt war nicht auf Rosen gebettet. Er konnte sich nicht verhehlen, daß die Stimmung in Frankreich, die sich unter dem Eindruck der Februar-Siege zu flüchtiger Begeisterung erhoben hatte, in Folge der Niederlage bei Bar sur Aube, des Rückzugs der Marschälle Soult und Macdonald, des Abbruchs der Verhandlungen in Lusigny wieder einen höchst bedrohlichen Charakter annahm. Das Herabsinken der Staatsrente auf 50 Francs lieferte den Beweis, daß auch schon die Börse den geschlagenen Kaiser zu den Toten geworfen habe. Für Caulaincourt war es klar, daß Opfer, sogar große Opfer gebracht werden müßten, um das Kaiserreich zu retten, doch auch seine dringlichsten Vorstellungen blieben unbeachtet. Napoleon, immer noch in der Hoffnung auf eine günstigere Wendung des Waffenglücks, wollte sich höchstens zu geringfügigen Zugeständnissen verstehen; es war ihm, nur um vor der französischen Nation seine Friedensliebe zu dokumentieren, darum zu thun, daß der Kongreß fortfahre, zu funktionieren; die Forderungen der Verbündeten verwarf er, da sie ihm als „Entehrung der siegreichen Adler“, als „Demütigung der französischen Nation“ erschienen.

Wie Caulaincourt, so wollte auch Metternich aufrichtig den Frieden, und zwar den Frieden mit Napoleon, schon deshalb, weil von diesem zu erwarten war, daß er den polnischen Plänen des Zaren entgegentreten werde. Metternich kam also dem französischen Unterhändler so weit wie möglich entgegen, doch er konnte weder sich noch Andere darüber hinwegtäuschen, daß es dem Kaiser nur

darum zu thun sei, den Kongreß festzuhalten, um seine militärische Stellung zu verstärken und glückliche Zwischenfälle abzuwarten. In Chatillon wurde nur geredet, nicht gehandelt. Wenn wir alle einmal krank würden, schrieb der Engländer Stewart nach Hause, so könnten unsre Lakaien ganz gut unsre Funktionen übernehmen!

In einer von Caulaincourt am 10. März überreichten Denkschrift war die Beteuerung wiederholt, Napoleon wünsche nichts sehnlicher als den Frieden, doch könne er dazu nur auf der Frankfurter Grundlage die Hand bieten; von Einschränkung Frankreichs in die Grenzen vor den glorreichen Revolutionskriegen dürfe nicht die Rede sein; Frankreich fühle sicher das Bedürfnis nach Frieden mehr, als jeder andere Staat, aber jedes Volk, wie jeder gutgesinnte Mensch stelle seine Ehre höher, als selbst sein Dasein.

Keine Partei wollte ihre Forderung einschränken, keine wollte Zugeständnisse machen, — unter diesen Umständen hielt auch Metternich die Auflösung des nutzlosen Kongresses für angezeigt. Caulaincourt mußte bestürzt erkennen, daß die Gegner denn doch einmütiger und entschlossener waren, als er gehofft hatte. Am 15. März legte er einen neuen Vertragsentwurf vor, doch auch dieser war noch weit entfernt vom Programm der Alliierten. Eine ganze Reihe Forderungen: Italien soll an Eugen Beauharnais fallen, der König von Sachsen wieder sein ganzes Besitztum, Frankreich alle Kolonien und Faktoreien zurückerhalten u. s. w., durfte nicht auf Annahme von Seiten der Verbündeten zählen. Caulaincourt hatte dies auch nicht erwartet, hatte aber gehofft, man werde den Entwurf ad referendum nehmen und ihn damit ins Hauptquartier senden. Als er aber darauf anspielte, wurde ihm schroff erwidert, eine solche Sendung könne unter den bestehenden Verhältnissen nicht mehr als notwendig oder nützlich angesehen werden. Caulaincourt geriet über die Abfertigung außer sich. „Seine Lippen zitterten,“ schreibt Humboldt, „und er wußte schließlich nicht mehr, was er sagen wollte.“ Es war ihm klar: der Kongreß ist gescheitert, man will keinen Frieden, wenigstens keinen Frieden mit Napoleon, die Rettung beruht nur noch auf dem Degen des Kaisers! Die Eng-

länder verlangten denn auch sofortigen Abbruch des Kongresses, und die Vertreter der übrigen Mächte stimmten zu. In einer Schlußsitzung sollte, „um nicht den Schein mutwilliger Übereilung auf sich zu laden," eine letzte Erklärung abgegeben werden, aus welchen Gründen eine Fortsetzung der Verhandlungen unstatthaft erscheine.

So geschah es am 18. März. Die von Stadion ausgearbeitete Erklärung betonte aufs neue, daß es durchaus nicht in der Absicht der Verbündeten gelegen habe, Frankreich zu kränken oder herabzuwürdigen; Frankreich in den Grenzen von 1792 würde seiner zentralen Lage, seines natürlichen Reichtums, seiner Festungen wegen nach wie vor eine der stärksten Mächte des Kontinents sein, während das von Napoleon aufgestellte Gegenprojekt für Frankreich eine Ausdehnung verlange, die dem Grundsatz des Gleichgewichts widerspreche und Frankreich jene offensive Stellung ermögliche, die seine Regierungen schon so oft zu umstürzlerischen Unternehmungen verleitet habe. Da also die Forderung des Kaisers nur dazu angethan sei, die Verhandlungen in unnützer und bloßstellender Weise in die Länge zu ziehen, empfehle sich sofortiger Abbruch, und den Verbündeten obliege die Pflicht, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis die Regierung Frankreichs den Grundsätzen Europas Rechnung tragen würde.

Nach Verlesung dieser Erklärung verlangte Caulaincourt, um nicht den Gegnern das letzte Wort zu lassen, eine neue Sitzung, in welcher er auf die ungerechte Anschuldigung seiner Regierung antworten wolle, doch es wurde ihm erwidert, daß eine nochmalige Besprechung der genugsam erörterten Fragen überflüßig erscheine. Eine „unwiderruflich" letzte Sitzung wurde zwar anberaumt, doch sollte sie nur zur Abfassung des Schlußprotokolls dienen.

In dieser Schlußsitzung am 19. März verlas aber Caulaincourt doch noch eine Gegenerklärung, durch welche — nicht ohne spitzige Anspielungen auf Einzelheiten der Kongreßverhandlungen — die französische Politik entschuldigt, die Handlungsweise der Ver-

bündeten, die durchaus nicht berechtigt seien, im Namen Europas zu sprechen, ins Unrecht gesetzt werden sollte. Darauf gab es noch allerlei scharfe Hiebe; nur mit Mühe konnte Stadion die Gemüter so weit beruhigen, daß die herkömmlichen Formalitäten in höflichem Tone zu erledigen waren. Man schloß mit wechselseitigen Versicherungen des Bedauerns, daß man keinen größeren Erfolg erzielt habe, und ging auseinander. Die verbündeten Diplomaten vermieden es, nochmals mit dem Geschäftsträger Frankreichs zusammenzutreffen. Man besuchte sich nicht mehr und gab nur Visitenkarten ab, um der notwendigsten Form zu genügen. Dann war, was man den Kongreß von Chatillon nannte, zu Ende.

Es lag aber nicht in Metternichs Absicht, die Schiffe hinter sich zu verbrennen. Am nämlichen Tage, an welchem der Kongreß für aufgelöst erklärt worden war, gelangten zwei vertrauliche Briefe des österreichischen Gesandten an Caulaincourt. Darin war der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nach Abbruch der unfruchtbaren Konferenzen nur um so leichter sein werde, dem Frieden näher zu rücken. Wenn Napoleon auf das unmögliche Gegenprojekt vom 15. März verzichten und die liebevollen Absichten seines Schwiegervaters, des Kaisers Franz, nicht länger verkennen wolle, werde sich noch alles zum besten wenden lassen. Sobald dann Caulaincourt mit diskutierbaren Vorschlägen ins Hauptquartier kommen werde, dürfe er freundlichen Empfanges und unbefangener Würdigung versichert sein. „Ich werde mich beeilen,“ erwiderte darauf Caulaincourt, „ins Hauptquartier zu kommen,... vielleicht sind wir wirklich, wie Sie sagen, dem Frieden näher als vorher.“

Doch die Erwartungen der beiden Minister gingen nicht in Erfüllung. Unmittelbar nach dem Abbruch der Verhandlungen in Chatillon traten Ereignisse ein, deren Nachwirkung sich auch Metternich nicht entziehen konnte. Ein Vertrauensmann des Grafen von Provence, Herr v. Vitrolles, überbrachte eine Erklärung, die Bourbons seien bereit, unter den von den Mächten in Chatillon aufgestellten Bedingungen Frieden zu schließen, die Konstitution

von Frankreich in allen wesentlichen Punkten anzuerkennen und für die Erzherzogin Marie Luise alles zu gewähren, was vom Wiener Kabinett verlangt werde. Das Anerbieten wurde im großen Hauptquartier wohlwollend aufgenommen, und wenn man auch vorerst keine bindenden Versicherungen gab, so wurde doch freundliche Unterstützung aller auf das Wohl Frankreichs zielenden Pläne in Aussicht gestellt. Die Anzeichen einer Abwendung von Napoleon mehrten sich, und Metternich mußte, um sich nicht einer Isolierung auszusetzen, die Schwenkung mitmachen. Zur Umstimmung mag auch mitgewirkt haben, daß dem Minister ein Schreiben Napoleons an Caulaincourt in die Hände fiel; darin war der Botschafter angewiesen, das Zugeständnis der Abtretung von Antwerpen, Mainz und Alessandria so lange wie möglich hinauszuschieben, da es in der Absicht des Kaisers liege, „auch nach der Ratifikation des Friedens die militärische Situation zu Rate zu ziehen." Die Worte konnten nicht anders aufgefaßt werden, als: der Kaiser will warten, bis ihm Aussicht auf günstigeren Erfolg winken wird, dann aber keinen Augenblick zögern, den Krieg wieder aufzunehmen.

Napoleon hatte ja auch keineswegs der Hoffnung auf seinen „Stern" entsagt. Gerade in den Tagen, da der Kongreß zu Ende ging, hatte er einen ebenso kühnen, wie klugen Plan ins Auge gefaßt: er wollte, um die feindlichen Armeen von der Hauptstadt abzuziehen, nach Elsaß und Lothringen gehen, dort den Volkskrieg gegen die „Eindringlinge" anschüren und auf solche Weise dem Feinde den Rückzug abschneiden; dann wäre es ein Leichtes gewesen, nicht bloß den ängstlichen Schwarzenberg, sondern auch die entschlosseneren Gegner aus dem Lande hinauszumanövrieren, und der glänzende Erfolg hätte den kaiserlichen Thron stärker denn je befestigt.

Allein am 21. März wurde Napoleon bei Arcis in eine Schlacht verwickelt und aufs Haupt geschlagen. Es folgten die Vereinigung Schwarzenbergs mit Blücher, der Vormarsch gegen die Hauptstadt, die Erklärung der Stadt Bordeaux zu Gunsten der

Bourbons, die Einnahme von Paris. Metternich und seine Kollegen veröffentlichten ein Manifest, das alle Schuld am Mißlingen des Kongresses von Chatillon auf die zur Zeit noch bestehende Regierung schob. „Frankreich hat“ — das war die Stelle, die man Herrn v. Vitrolles zugesagt hatte — „wegen der Leiden, die es erduldet, nur seine eigene Regierung zur Verantwortung zu ziehen; der Friede allein kann die Wunden heilen, die ein Geist allseitiger Eroberung, wie ihn die Annalen der Welt nicht kennen, geschlagen hat.“

Das französische Volk hatte 1792 auf ein ähnliches Manifest mit begeistertem Kriegsruf geantwortet; jetzt schenkte es der Kundgebung seiner Gegner willig Gehör, die Sehnsucht nach Frieden gewann die Oberhand, der nationale Gedanke siegte über den weltbürgerlichen Ehrgeiz, den die Revolution und das Kaiserreich groß gezogen hatten, und auf den Einmarsch der Verbündeten im frohlockenden Paris folgte die Zurückberufung der Bourbons.

XI.

# Die Wahl des Prinzen Philipp Moriz von Bayern zum Bischof von Paderborn und Münster.

Als vor einigen Jahren das Mitglied eines regierenden katholischen Fürstenhauses in den geistlichen Stand trat, erregte das Ereignis großes Aufsehen in Deutschland. Und doch war es noch im 18. Jahrhundert die Regel, daß die jüngeren Mitglieder der katholischen Herrschergeschlechter mit geistlichen Pfründen versorgt wurden. Namentlich in Kurbayern gehörte es sozusagen zur Hausordnung, daß bayerische und ebenso rheinische und westfälische Bischofssitze an bayerische Prinzen vergeben wurden. Der glückliche Besitzer gedachte dann milde der jüngeren Brüder, Neffen oder Vettern und gab sich redlich Mühe, schon bei seinen Lebzeiten einem von ihnen die Nachfolge im Amt und Einkommen zu sichern. Aufgabe der bayerischen Diplomaten — zuweilen ihre Hauptaufgabe — war es, am kaiserlichen wie am päpstlichen Hof für die Kandidaten Stimmung zu machen.

Die Vererbung von Talenten ist ein edles Gut, die Vererbung von Ämtern, namentlich geistlichen Ämtern, eine bedenkliche Sache. Unausbleiblich war es, daß manche zum Hirtenamt berufen wurden, ohne den inneren Beruf in sich zu tragen. Manches fürstliche Weltkind mag nur ungern, vielleicht mit blutendem Herzen auf kriegerische Ehren und Familienglück verzichtet haben. Es ist der Kirche wie den Staaten Glück zu wünschen, daß mit der Gepflogen-

heit, die Bischofssitze als Versorgungsanstalten im bezeichneten Sinne zu gebrauchen, gründlich aufgeräumt worden ist.

Zunächst ein Zufall, dann sorgfältige Nachforschung in Briefen und Akten setzen mich in den Stand, ein Begebnis im bayerischen Hause zu erzählen, das mit dem erwähnten Brauch zusammenhängt, nicht ohne romantischen Anflug, aber sicherlich auch ein beachtenswerter Beitrag zur Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts ist. —

Bei einem Besuche der Kirche S. Maria della Vittoria in Rom sah ich an der Wand neben dem Eingang zur Sakristei eine Marmortafel mit dem bayerischen Wappen und einer lateinischen Inschrift, nach welcher unter dem Stein ein Sohn des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, Philipp Moriz, gestorben 1719 zu Rom im 20. Jahre seines Lebens, begraben liegt.

Ein Wittelsbacher, in der Blüte der Jahre in der Fremde gestorben, erregte in mir sowohl Mitgefühl, wie Wißbegier nach seinen Schicksalen. Mein Interesse wuchs, als ich in Haeutle's genealogischen Tafeln die Nachricht fand, daß Prinz Philipp Moriz am 12. März 1719 in Rom gestorben, am 14. März aber die Wahl zum Bischof von Paderborn, am 21. März zum Bischof von Münster erfolgt sei. In Rom selbst konnte ich nichts von Bedeutung über ihn erfahren, dagegen wurde mir im k. geheimen Hausarchiv zu München von Herrn Geheimsekretär Dr. Weiß freundlichst mitgeteilt, daß über den in Rom verstorbenen Prinzen ein interessanter Akt vorliege und daß insbesondere ein Brief des Kurfürsten Max Emanuel als ein Dokument von allgemeinerem historischen Wert gelten könne.

Ich studierte den Akt, unterrichtete mich über die weitläufigen Verhandlungen wegen Besetzung jener westfälischen Bischofsstühle, stöberte noch das eine und andre Schriftstück auf, das über den jugendlichen Bischof Aufschluß gab, und gelangte so zu einem Lebensbilde, das in seinem Realismus rührend, ja erschütternd wirkt. Da haben wir einen Fürstensohn im Kampfe mit der Überlieferung seiner Familie und mit dem leiblichen Vater. Das

Mädchen, das er liebt, soll die Frau seines Bruders werden, er selbst für alle Zeit der Welt entsagen, den Purpur eines Kirchenfürsten ergreifen, der ihm keine Entschädigung dünkt. Der Jüngling unterliegt in diesem Kampfe, fügt sich den Wünschen der Seinen, schwört die irdische Liebe ab und gelobt der Kirche ewige Treue — da befällt ihn eine leichte Krankheit, die jedoch überraschend schlimmen Verlauf nimmt, nach wenigen Tagen rafft der Tod den Zwanzigjährigen von der Erde, und es bleibt zweifelhaft, ob das jähe Ende dem Opfer schrecklich oder als Erlösung erschien. —

Ich habe an andrer Stelle nachgewiesen, daß die im bayerischen Volk lebendige Tradition von der schimpflichen Behandlung der gefangenen Familie des geächteten Kurfürsten Max Emanuel nicht der geschichtlichen Wahrheit entspricht, daß die bayerischen Prinzen in Klagenfurt, später in Graz mit aller ihrem Stande gebührenden Rücksicht behandelt und mit größter Sorgfalt erzogen wurden. Aus den Berichten, die der „Oberdirektor“ des kleinen Hofes, Graf Breuner, wöchentlich an den Kaiser zu erstatten hatte, ist zu ersehen, daß sich Philipp als Knabe nicht in vorteilhafter Weise von seinen Brüdern unterschied. Während dem Kurprinzen Karl Albert für unermüdlichen Lerneifer und musterhafte Führung in jedem Berichte Lob gespendet wird, finden sich über den zweitältesten Prinzen nicht selten Beschwerden, daß er sich „ad studia nit genugsamb applicieret“, daß er Professoren „auf schnöde Weise traktieret“, daß er „eine mehrere Inclination zu denen Damen zeige, als die anderen Prinzen“ &c. Als der Kaiser ein Gutachten forderte, welcher von den fünf Prinzen „besser ad statum militarem oder ecclesiasticum angeleitet werden“ könnte, erklärte Breuner, daß Klemens wohl am besten für den geistlichen Beruf, Ferdinand für den Militärstand tauge, Philipp dagegen weder militärische Anlagen, noch die mindeste Lust zum geistlichen Stand verrate. Auch „geheime Klag“ lief beim Kaiser ein, daß „ein und anderer Prinz nichts als die Weiber und das Spielen im Kopf hätten“; als darauf Breuner einräumte, daß Philipp, Ferdi-

nand und Theodor „die Gesellschaften zuweilen mißbrauchet“, wurde eine strengere Tagesordnung eingeführt und das Spiel „erheblich moderiret“. Doch auch später noch wurde darüber geklagt, daß Prinz Philipp „unruhigen genii und mehrers geneigt zu eitlen Zeitvertreibungen.“

Am 8. April 1715 fand sich die ganze kurfürstliche Familie zum erstenmal nach zehnjähriger Trennung auf Schloß Lichtenberg wieder zusammen. Bald darauf, am 5. August 1715 wurde Kurprinz Karl Albert für großjährig erklärt; zum Hofmeister der jüngeren Prinzen wurde Graf Thürheim, zum Instruktor in literis et artibus altioribus Herr von Schütz ernannt; beide hatten schon in Graz die nämlichen Ämter bekleidet.

Es entzieht sich unsrer Kenntnis, aus welchem Grunde der zweite Sohn des Kurfürsten, geboren am 5. August 1698 zu Brüssel, trotz der bereits gewonnenen, eine ernste Warnung enthaltenden Erfahrung für den geistlichen Beruf bestimmt wurde, während der dritte, Ferdinand Maria, geboren am 5. August 1699, in weltlichem Stand bleiben sollte; der vierte, Klemens August, geboren am 17. August 1700, und der fünfte, Theodor Johann, geboren am 3. September 1703, wurden ebenfalls für den Dienst der Kirche erzogen.

Auch der Bruder Max Emanuels, Joseph Klemens, Erzbischof und Kurfürst von Köln, entwirft nach einem Besuche des Münchner Hofes in den Herbsttagen 1715 von seinem Neffen Philipp ein ungünstiges Bild. Während er den Kronprinzen trotz „allzu großer inclination vor die Weiber, spillen und den Wein“ als einen „braven Herrn“, der dem Vaterland und der Familie gewiß noch Ehre machen werde, bezeichnet, scheint ihm „der zweite Prinz Philipp nicht also, sondern un enfant fort mal tourné mit iblen inclinationen, Duckhelmauser, (voll) ambition, dur de coeur“, Prinz Klemens dagegen „ein hauptguter Herr, still, aber das beste gemüth von der Welt zu sein.“ Auch damals gaben die beiden jüngeren Prinzen Abneigung gegen den geistlichen Beruf zu erkennen. Bei Klemens schien dem Oheim nur ein „kindisches

sistema" zu Grunde zu liegen, „nemblich es ist ihme angst, er mus als abbé aufziehen und seine schöne lange Haare ihm abschneiden müssen lassen, woriber der ibel gesindte Prinz Philipp immer ihn vexirt, so disem auf vätterlichen bevehl ernstlich verboten worden." Der Oheim gab den Rat, den Prinzen Klemens möglichst bald nach Rom zu senden, damit er von seinem Bruder wegkomme; nach Köln den Neffen mitzunehmen, sei nicht rätlich, da gerade dadurch die Aussicht, den Kurstuhl von Köln dem bayerischen Hause zu erhalten, zu nichte werden könnte, denn Klemens sei „zwar sehr wolgestalt, mais il est un tres grand colin." Joseph Klemens war sogar unschlüssig, ob es unter den gegebenen Verhältnissen zulässig sei, dem wenig geeigneten Kandidaten zur Koadjutorie der Probstei Berchtesgaden zu verhelfen, doch müssen die Bedenken bald geschwunden sein, denn Klemens wurde am 19. Dezember 1715 Koadjutor, am 26. März 1716 Bischof von Regensburg und Probst von Berchtesgaden.

Für Philipp Moriz wurde anfänglich das Erzstift Trier ins Auge gefaßt. Als Kurfürst Karl Joseph am 4. Dezember 1715 starb, ließ der kurbayerische Kanzler v. Unertl sofort an die bayerischen Gesandten am Wiener Hofe, Franz von Mörmann und Max Franz Grafen von Seinsheim, die Weisung ergehen, sie möchten für Übertragung der erledigten Würde an Prinz Philipp wirken; auch am Reichstag zu Regensburg sollte durch Graf Königsfeld ausgehorcht werden, ob für einen bayerischen Kandidaten günstige Aussicht bestände. Die Diplomaten pflogen genaue Erörterung, welche Nebenbuhler in Betracht kommen, wie sich die Stimmen der Domherren verteilen würden und was jede einzelne Stimme kosten könnte. Doch von Wien kam bald Nachricht, ein bayerischer Bewerber werde nicht durchzusetzen sein, da der Deutschmeister, ebenfalls ein Wittelsbacher, Franz Ludwig, ein Bruder des Kurfürsten von der Pfalz, das erledigte Erzbistum anstrebe und diese Bewerbung vom Kaiser selbst begünstigt werde. „Mit Trier ist nichts zu thun," schrieb Max Emanuel am 8. Februar 1716 an seinen Bruder, „weillen des Herrn Teutschmeisters Liebden

und der daselbstige Thumbdechant bereits die mehrere Parition an sich gebracht." Auch der Plan, die bisher vom Deutschmeister innegehabte Probstei Ellwangen einem bayerischen Prinzen zuzuwenden, schlug fehl, da Franz Ludwig auch als Erzbischof von Trier die Pfründe behalten durfte.

Bald darauf tauchte aber ein Gerücht auf, der Bischof von Münster und Paderborn, Franz Arnold von Metternich, gehe mit der Absicht um, einen Koadjutor aufzustellen. Zunächst gedachte der Kurfürst von Köln davon zu profitieren. Eine Anfrage in Rom erzielte jedoch nicht den gewünschten Bescheid; am römischen Hofe war man nicht geneigt, eine weitere Vermehrung der Pfründen des weltlich gesinnten Kirchenfürsten zuzulassen; auch in Münster selbst stieß die Bewerbung auf Hindernisse. Da dies in München nicht unbekannt geblieben war, wurde in den maßgebenden Kreisen der Plan ins Auge gefaßt, dem Prinzen Philipp die Koadjutorstelle zu verschaffen. Im März 1716 wurde der bayerische Gesandte in Grafenhaag, von Heidenfeld, nach Münster abgeordnet, damit er, da „die Hauptsache doch durch die Metternich'sche Familie laufen werde," unter der Hand die entsprechenden Mittel und Wege ausforsche. Vielleicht um die bayerische Bewerbung von Münster wegzuziehen, gab Joseph Klemens seinem Bruder den Rat, Prinz Philipp möge nach Paris oder Rom in geistliche Zucht gegeben werden, damit er „dadurch sowohl bey Sr. Päbstlichen Heyligkeit als bey meinen Dombcapitularen zu Cöln, Hildesheim und Lüttich sich so recommandabel mach', daß er zu seiner Zeit mein Coadjutor dasebst werden mög." Noch im August 1716 gab Joseph Klemens die Hoffnung, Koadjutor in Münster zu werden, nicht gänzlich auf, da ja „durch die Länder Cöln und Lüttich sambt Münster ein solches contingent gemacht wäre, welches einen Herrn formidable macht," womit natürlich „bono religionis und dieser Kirchen" am besten gedient wäre. Da aber seine Schwachheit ohnehin schon durch drei Stifter beschwert sei, werde ihm ebenso lieb sein, wenn die Domherren von Münster einen von seinen Neffen erwählten. Ja, auch um seines Gewissens willen

könne es ihm nur lieb sein, wenn von seiner Person abgesehen werde, denn ohne Simonie werde es dabei nicht abgehen. „Sowohl der Bischoff als Dombherren wollen absolute nichts ohne gelt thun und geben dieses so ärgerlich offen zu erkennen, daß sie darvon also ohne schen reden, als redete man von einem Pferdtskauf . . . Ihre bereits in dem Geltgeiz versenkten Herzen haben frey ausgestoßen, daß das Bistumb Münster niemand, er seye auch, wer er wollte, ohne geltgeben bekommen werde. Diese declaration ist mir schon genugsamb, daß Ich für Mich wenigstens die Partei quitire, dann umb ein zeitliches Bistumb zu besitzen, nicht des Deuffels werden will; ob in diese gefahr Seine Liebden Mein Herr Bruder und einer Meiner neven sich wollen begeben, das lasse Ich ihren Theologis über, zu urtheilen."

Am Münchner Hofe bestand diese Besorgnis nicht. Da der Kurprinz gerade in Rom verweilte, wurde er angewiesen, seinen Bruder auf geeignete Weise dem Papst zu empfehlen, und zwar sollte ein „breve eligibilitatis auf 3 undeterminirte Bistumb" erwirkt werden. Karl Albert brachte denn auch diesen Wunsch bei seiner Abschiedsaudienz zur Sprache, und Papst Klemens spendete gnädige Worte. Darauf wurde von Kanzler Unertl unverzüglich begonnen, die Figuren auf dem Schachbrett zu verteilen, um die Bewerbung des bayerischen Prinzen durch Mittel aller Art zum Ziel zu führen.

Ohne auf die heikle Frage der Koadjutorie einzugehen, zeigte Kurfürst Max Emanuel im Juni 1617 seinem Bruder an, daß er, dem guten Ratschlag Folge leistend, seine beiden, dem geistlichen Stande gewidmeten Söhne nach Rom senden wolle, damit sie an heiliger Stätte ihre Studien zu würdigem Abschluß brächten. Joseph Klemens war völlig einverstanden und gab den ad limina apostolorum ziehenden Neffen mancherlei Mahnungen und Warnungen auf den Weg. Als Erzbischof von Köln und Bischof von Lüttich habe er das Recht, an den älteren Neffen, der in der Eigenschaft eines Domherrn der beiden Stifter ihm unterworfen sei, ein mahnendes Wort zu richten; der junge Clerikus möge aber darin nur einen Beweis wahrhaft väterlicher Zuneigung er-

blicken. Vor allem möge der junge Mann in Rom „mehrers Gott, als dem Pabst allein gefallen wollen und sich aldort vor aller Gleisnerei hüten, denn Gott ein abgesagter Feind von aller Hypocrisie ist“; die Pharisäer hat Christus allzeit als genus viperarum gescholten, weil er nie das Äußerliche, sondern das Innerliche ihres Herzens angesehen. „Weillen zu Rom man oft mit dem Eißerlichen mehrers contentiret, als man besser vor das Innerliche Sorg tragen sollte,“ so möge der Neffe dem schlimmen Beispiel nicht folgen und „zuvorderst Gott suchen, ehe er auf einige Beneficia ansucht, dann diese doch nicht fehlen können, so der Erste Gott ist: qui fideliter agunt, placent domino.“

Die beiden Prinzen sollten in Rom einen kleinen Hofstaat um sich haben. Zum obersten Hofmeister wurde der kurfürstliche Kämmerer und Malteserritter Graf Santini ausersehen. Eine von Unertl entworfene Instruktion vom 21. Dezember 1716 erläuterte die Gesichtspunkte, nach welchen während des Aufenthalts in Rom alles einzurichten sei. Der Obersthofmeister soll nicht bloß für Gesundheit und Wohlergehen, sondern auch für gute Aufführung und Fortschritte der Prinzen verantwortlich sein. Um gefährliche Zerstreuung fernzuhalten, soll die Reise so rasch wie möglich vor sich gehen. An den Höfen in Innsbruck, Mantua, Modena ꝛc. sollen die Prinzen zwar den hohen Verwandten die schuldige Visite abstatten, aber nicht länger als unbedingt erforderlich, verweilen. Auch soll ihr incognito überall streng gewahrt bleiben; Herzog Philipp soll den Titel eines Grafen von Wasserburg führen, Herzog Klemens nach der den Bischöfen von Regensburg zuständigen Herrschaft den Titel eines Grafen von Hohenburg. Beide sollen sich in welscher und lateinischer Sprache zu vervollkommnen suchen und auch die übrigen studia fortsetzen; für Philosophiam ethicam, jura canonica und studium historicum könne der Unterricht der im Gefolge befindlichen Väter der Gesellschaft Jesu als Lehrer als ausreichend angesehen werden. Den Prinzen soll nicht gestattet sein, dem hl. Vater oder einem Kardinal ohne den Obersthofmeister oder den bayerischen Gesandten am

römischen Hofe, Abbé Scarlatti, einen Besuch zu machen. Herzog Klemens soll für die Bestätigung der Regensburger Wahl und, falls das breve eligibilitatis für die Koadjutorie Freising während der Reise eintreffen sollte, auch dafür seinen Dank aussprechen, sich auch „zur continuation anderer Stifter“ empfehlen; Herzog Philipp soll ein generale breve ad quascunque ecclesias für sich erbitten. Kardinal von Schrottenberg werde die Vermittlung bei päpstlicher Heiligkeit übernehmen. „Wir wollen hoffen, Seine Heiligkeit werden den Herzog Philippen mit solchem general breve oder einem andern, welches auf 5 unbenambsete Kirchen eingerichtet, ihrer Zusag gemeß begnaden, dabei die Ursach, warumb Wir ein dergleichen Generalbreve suchen, nit zu vergessen, so in deme besteht, daß wir mit einem special breve, ob Wir schon uf die Kirchen, welche Unsers Herrn Bruders des Herrn Curfürsten zu Cöln Liebden besitzen, vornemblichen antragen, dieselbe nit gern betrieben und ihn in die Gedanken setzen mechten, als ob wir Ihr zeitliches Ableiben gern sehen mechten.“ Doch soll auch für diesen Fall schon alles vorbereitet werden, damit nicht erst dann der Recurs nach Rom ergriffen und damit viel nützliche Zeit verloren werden müsse. Über alle wichtigeren Vorkommnisse, über ihr Befinden und ihre Fortschritte sollen die Prinzen wenigstens jeden anderen Posttag, abwechselnd in deutscher, welscher und lateinischer Sprache an den Vater schreiben; außerdem werde aber auch von Graf Santini oder einem der Sekretäre regelmäßiger Bericht erwartet.

In das Gefolge wurden außer dem Obersthofmeister drei Kammerherren, Graf Trauner, Graf Aloys Fugger und Baron Schurff, aufgenommen, ferner ein gentilhomme de bouche, Baron Ott, ein Sohn des kurmainzischen Gesandten am Regensburger Reichstage, zwei Pagen, Baron Spar und Baron Schurff, — ferner Priester Kulniz als Instruktor und Hofkaplan, die Jesuitenpatres Molitor und Ellerspacher als Beichtväter und Präceptoren, Dr. Riederauer und Dr. Weyhers als Leibärzte, Urban Heckenstaller als teutscher und Persiaro Cornachi als welscher Sekretarius, der „sogenannte Abbate“ Philibert als Zahl-

meister, Andreas Kofler als Kontroleur, ferner fünf Kammerdiener, ein Sommelier, zwei Zuckerbäcker, zwei Kammerknechte, ein Tafeldecker, drei Silberdiener, vier Köche, ein „Parruckenkampler“, fünf Lakaien und ein Postillon. Auch „ein junger Bluem, der der Musik halber, und ein junger Langenbucher, der ratione der Marmoraturkunst Italien besuchen“ wollte, durften die Reise mitmachen. In Rom kamen noch etliche Schweizer, Stallbediente ꝛc. dazu, so daß der Hofstaat nahezu 80 Personen umfaßte. Für ihren Unterhalt setzte das kurfürstliche Hofzahlamt den jährlichen Betrag von 72000 Gulden aus.

Über den Verlauf der Reise und den Aufenthalt in Rom werden wir durch zwei ziemlich ausführliche Diarien unterrichtet. Das eine stammt aus der Feder des „teutschen Sekretarius“ Urban Heckenstaller, der mit jeder Post über die Vorfälle im Hause Scarlatti, über Besuche, Ausflüge ꝛc. der Prinzen an den Münchner Hof berichtete. Das andere Tagebuch verfaßte der Kammerherr Baron Schurff, der später zum Oberstkämmerer und Konferenzminister des Kurfürsten Klemens August von Köln ernannt wurde.

Die wichtigste Quelle sind Herzog Philipps eigenhändige Briefe an seine um zwei Jahre ältere Schwester Maria Anna, die über lustige und leidige Erlebnisse während der Reise und in der ewigen Stadt berichten und von dem lebhaften, leidenschaftlichen Temperament des jungen Mannes Zeugnis geben. Die Geschwister waren sich aufs zärtlichste zugethan; vielleicht darf damit in Zusammenhang gebracht werden, daß die Prinzessin bald nach dem Tode des geliebten Bruders als Nonne in das Klarissinnenkloster zu München eintrat. Fast in jedem Briefe Philipps wird das Gelübde ewiger Treue und Anhänglichkeit wiederholt; immer wieder versichert er, daß er die Zuneigung der Schwester höher achte als alles Erdengut, und daß er bereitwillig alles aufgeben und opfern wolle, nur nicht den Verkehr mit seinem „herzliebsten Schatz“. Da einmal die Schwester nicht pünktlich geantwortet hat, zieht er sich schmollend zurück. „Ich mag Ihr heunt nicht schreiben, dann ich wiederumb keinen (Brief) von Ihr bekhommen; so un-

gelegen, als Ihr ist, so ist es mir auch, endige also, nichts Ihr zu schreiben wissent.“ Darauf scheint sich die Schwester, deren Briefe leider nicht erhalten sind, beklagt zu haben, daß er mit seinen unbändigen Possen den Anstand verletze, denn er erwidert: „Ich bitte Sie unterthänigst um Vergebung, daß ich Ihr als meiner durchleuchtigsten Frauen, Frauen und Frau nicht ceremoniöser geschrieben habe, habe dieses nit alzeit gethan, in Hoffnung, Sie wird mein Einfalt verzeihen, werd aber ins künftige alle meine Kräften und Verstand also anspannen, daß Sie vielleicht ein gnediges Contento daran haben wird und sich meiner Vermessenheit nicht mehr wird zu beklagen haben.“ Er gelobt, in seine Briefe nichts mehr einzuflechten, was die keuschen Augen der Schwester verletzen werde, immer nur, wie es die Etiquette verlange, auf ganze Bogen zu schreiben und getreulich den vollen Titel auf die Adresse zu setzen. Der nächste Brief ist denn auch auf einen großen Bogen geschrieben und trägt die Aufschrift: „Durchlauchtigste Prinzessin von Bayern!“ Die „hohe Frau“ wird gebeten, sie möge doch vergeben, daß „er früher nicht respectuoser geschriben, das nur seinem blöden Kopf zu gute zu halten.“ Darauf scheint Maria Anna erklärt zu haben, daß sie mit Beantwortung der Briefe niemals im Rückstand geblieben, also der eine oder andere Brief wohl verloren gegangen sei. Er begrüßt dieses Wort mit überschwänglicher Freude als einen wahren Herzenstrost. Gewiß, die Briefe werden in unrechte Hände geraten und zerrissen worden sein; man muß also trachten, sie auf sicherem Wege ans Ziel zu leiten! Um die Schwester zu versöhnen, beteuert er aufs neue: „Sie kann versichert sein, daß ich nach meinen Eltern keinen Menschen auf der Welt lieber habe und allzeit haben werd als Sie.“ Von ihr verlangt er nur „den vierten Teil der Lieb“, die er zu ihr im Herzen trägt, „dann dies vielleicht gleichwohl noch mehrer als eine Ordinari Lieb ausmachen thäte.“ Leider besitzen wir nur die Briefe Philipps an die Schwester aus dem Jahre 1717 und noch einen aus dem Jahre 1718; damit versiegt die Quelle.

Zur Ergänzung der Nachrichten über den römischen Aufenthalt dienen die Berichte des Jesuitenpaters Molitor an den geheimen Kanzler v. Unertl. Während der Beichtvater fast immer zu Gunsten des Prinzen Partei nimmt, lauten die Meldungen des Oberſthofmeisters Santini und anderer Hofbeamten wesentlich ungünstiger. Der Briefwechsel zwischen Philipp und seiner Mutter, der Kurfürstin Therese Kunegunde, beschränkte sich auf höfische Komplimente und Danksagungen. —

Am 26. Dezember 1716 brach ein Teil des Gefolges „per postam“ auf, am 30. Dezember traten die Prinzen selbst die Fahrt an; in Innsbruck traf die ganze Reisegesellschaft zusammen. Der Statthalter von Tirol, Karl Philipp von Pfalz-Neuburg, ein Vetter der bayerischen Prinzen, war gerade nicht ins Innsbruck, aber seine Tochter, die mit Herzog Karl Emanuel von Sulzbach verlobte Prinzessin Elisabeth Auguste, und sein Bruder Alexander, Bischof von Augsburg, bereiteten den Gästen festlichen Empfang. Da gab es ein Pastorale, eine Schlittenfahrt, ein „Königsfest“, bei welchem Philipp den König und Prinzessin Elisabeth die Königin spielten, und andere Vergnügungen. „Haben uns 11 Tage lang unvergleichlich delektirt“, ist in Schurffs Tagebuch vermerkt. Auch Prinz Philipp war befriedigt. „Die Prinzessin“, schrieb er an seine Schwester, „hab ich mir nicht so schön eingebildet, als ich sie gefunden, dann sie unerhört weiße und gar zu schöne Händ hat, auch gar hübsche Augen, gar ein zartes Fell und sehr voll gewachsen; sie hat auch unerhört vill Vernunft; wir seyn von früh morgen biß auf die nacht stets bey ihr.“ Auch die Hofdamen erregen sein Wohlgefallen, wenn auch mit einiger Einschränkung. „Es gibt nicht gar vill gutte Danzerinnen alhier, absonderlich die eine oder die andere, die danzen sehr schlecht, aber stinken brav davon aus den irxen (Achselhöhlen).“ „Nach dem Pastorale hat man wider getanzt bis 11 zum nachtessen; nach dem essen hat man wider getanzt biß um halbe 6 Uhr.“ Die Reise nahm nicht so raschen Verlauf, wie es durch die kurfürstliche Instruktion angeordnet worden war. Heckenstaller erklärt die Ver-

zögerung damit, daß dem Gesandten in Rom Zeit gelassen werden mußte, sein Haus für den hohen Besuch einzurichten. In Brixen wurde vom Bischof nur zu „einer Musik, so ziemlich schlecht", eingeladen. In Trient wurde die Konzilskirche besichtigt und die berühmte Orgel im Dom gehört. In Verona wandelte die Prinzen und ihre Begleiter die Lust an, en masque zu gehen, „so uns aber recht langweilig vorkommen, weil wir keine einzige Dame angetroffen." Dagegen wurde hier wie in Mantua mit Damen der feinen Gesellschaft fleißig Ombra gespielt, in letzterer Stadt auch in domino getanzt und das Theater besucht. In allen Residenzen richteten die Prinzen „ein schönes Compliment" aus und erhielten dafür Einladungen zu Korsofahrten und anderen Festen. Gewöhnlich wurden die Vormittagsstunden dem Besuch von Kirchen und der Besichtigung von Reliquien gewidmet, der Abend und die Nacht dem Korso und der „Redota".

Erst am 7. Februar um die elfte Stunde „nach deutscher Uhr" trafen die Prinzen in sechsspänniger Karosse, in der ihnen Abbé Scarlatti ein Stück Weges entgegengefahren war, in der ewigen Stadt ein. Der erste Besuch galt dem Profeßhaus der Gesellschaft Jesu, wo eine hl. Messe gehört wurde, dann ging es zur Besichtigung des Pferderennens auf den Korso, Abends in das Opernhaus. Überhaupt gingen die Prinzen auch in Rom den weltlichen Genüssen keineswegs aus dem Wege. Zwar mußte sich Herzog Klemens, was er so lebhaft befürchtet hatte, „um sich der Gewohnheit des päpstlichen Hofes zu accomodiren", seine schönen, blonden Locken abnehmen lassen, doch häufig findet sich im Diarium der Eintrag: „Den Abend bei Madame Bolognetti zugebracht, wo gespielt wurde." In den Vormittagsstunden wurden Kirchen und Galerien besucht. Die Herrlichkeit römischen Lebens leuchtet sogar aus den dürftigen Meldungen des Diariums hervor. Bald ging es zum „Colisenm, so alle Verwunderung meritieret, ist Schad, daß es nicht conserviert wird, sondern die Päbst davon bauen lassen", bald in die Peterskirche, „von welcher man sagt, daß sie wegen Schönheit ein englisches, wegen Größe ein Werk

der Riesen sey", bald in die Kirche S. Maria della Vittoria, „in welcher am Choraltar das Maria-Bild, so Churfürst Maximilian in der Prager Schlacht gehabt und hierhero geschenkt hat", und in das dazu gehörige Kloster, „wo in einem Zimmer die Schlacht in vier Stücken abgemahlen und vor der Sakristey das Porträt Maximiliani" etc. Ein andermal wurde eine „camera della nudetà" im Palazzo Borghese besucht, „in welcher eine Menge Venusbilder gemahlen sind", oder der Palast des Grafen Palavicino, wo „die Meublen so magnifiques, daß dergleichen niemals gesehen und ist ihnen keine Ausstellung zu machen, als das sie gar zu reich an Gold sind" u. s. w.

Auch Besuche wurden abgestattet und empfangen. „Hab kein Zeitlang", schreibt Philipp an die Schwester, „dann alleweil schier frembde leut bey uns seyn." An den römischen Salons hatte Herzog Philipp auszusetzen, daß nur „höchstens zwey oder drey Damen zugegen, das übrige seynd das meiste lauter Pfaffen, welche alle ihre hüt in der Gesellschaft auffsetzen, und die meisten haben beständig prillen auf der nasen."

Daneben gab es noch andere Schauspiele, z. B. wenn anstößige Schriften oder ein im Munde des Pasquino gefundenes Pasquill auf offenem Marktplatz durch den Henker verbrannt wurden oder eine Jüdin öffentlich die Taufe empfing oder das hl. Officium Atheisten und Zauberer foltern ließ etc.

Hie und da schickte Seine Heiligkeit in die Küche des Hauses Scarlatti einen „rinfresco", einen besonders prächtigen Storione oder ein Fäßchen Wein; ähnliche Spenden kamen von Mitgliedern des hohen Adels und des Kardinalkollegiums, u. a. einmal von Monsignore Cibi „eine Refraichirung, daran 42 Bediente zu tragen gehabt."

Doch der Hauptzweck des römischen Aufenthalts blieb lange Zeit unerfüllt: der Papst weigerte sich, die Prinzen zu empfangen. Die Ursache lag in einem Etiquettestreit. Schon am 10. Februar wurde der Beichtvater Herzog Philipps, P. Molitor, vom Papste empfangen. In längerer lateinischer Rede führte der Jesuitenpater

aus, welch hohe Verdienste das bayerische Haus von jeher um die katholische Religion sich erworben habe; einen neuen Beweis seiner Ehrfurcht vor der Kirche biete der Kurfürst, indem er zwei von seinen Söhnen in den geistlichen Stand treten lasse; möge nun auch der hl. Vater dazu beitragen, daß so fromme Gesinnung gebührenden Lohn finde, zum Wohl der Kirche wie des bayerischen Hauses. Darauf erwiderte Papst Klemens, er werde sich jegliche Unterstützung der bayerischen Prinzen angelegen sein lassen.

Allein sowohl der Papst, als die Kardinäle lehnten ab, die Prinzen zu empfangen, wenn sie nicht vorher das incognito ablegen würden, „zu dem Ende pro et contra allerhand Vorstellungen geschahen." Die Sache kam auch am kaiserlichen Hofe zur Sprache und wurde dort gar ernsthaft behandelt. Der Reichsvizekanzler Graf Sinzendorff erklärte dem bayerischen Gesandten, der Kaiser hege die zuversichtliche Erwartung, daß der Kurfürst von Bayern den unberechtigten Ansprüchen der Kurie festen Widerstand entgegensetzen werde; das Ansehen vornehmer deutscher Fürsten müsse gewahrt bleiben; ein französischer Prinz würde sich eine so anmaßende Forderung gewiß nicht gefallen lassen; deshalb möge Kurbayern „die Prätensionen der Kardinäle auch nit zu dissimulieren suchen, denn sonst würden selbe nur noch gesteigert werden." In München wurde die kaiserliche Mahnung mit Mißtrauen aufgenommen; es wurde befürchtet, daß es der kaiserlichen Regierung weniger darum zu thun sei, das Ansehen der deutschen Fürsten zu wahren, als der bayerischen Bewerbung in Rom einen Riegel vorzuschieben. Mit kühler Zurückhaltung wurde deshalb erwidert, es sei von dem Kurbayern zustehenden Ceremoniell bisher noch nicht abgewichen worden.

Am 26. Februar schreibt Philipp an seine Schwester: „Es ist nun morgen schon, Gott sey es gedankt, drei ganzer Wochen, daß wür in dieser weitschichtigsten, großmächtigsten, heyligsten Clementis XXXXIV. pabstlichen Haubstatt angelangt seyn und haben disen heyligen mann zu unser aller großen bestürzung und allgemeinen wehklagen noch mit keinem aug gesehen . . . ." Am

13. März wiederholt er die übermütige Klage: „Die Füeß des Pabsten steh ich noch alleweil in der Hoffnung zu küssen."

Endlich wurde wenigstens die Audienz bei dem hl. Vater ermöglicht. Abbé Scarlatti hatte nachweisen können, daß schon früher einmal pfalz-neuburgische Prinzen trotz des incognito zu Sr. päpstlichen Heiligkeit Zutritt erlangt hätten.

Am 16. März wurden die Prinzen im Quirinal empfangen. Um das incognito zu wahren, durfte das Gefolge erst eine halbe Stunde später den päpstlichen Palast aufsuchen. „Seine päbstliche Heiligkeit waren sehr guten humeurs und überaus affable. Dero Anred in der Audienz an die durchlauchtigsten Prinzen enthielte anfänglich die Ihro von Sr. Durchlaucht dem Churfürsten über Sie, die gnädigsten Prinzen, überlassene väterliche vices, dagegen die durchlauchtigsten Prinzen in französischer Sprach ihre submissions- und verthrauens-compliments abgeleget, in specie auch Serenissimus dux Clemens von Ihrer päpstlichen Heiligkeit für Ihre übernommene Dötenschaft (Patenschaft) anregung gethan."

P. Molitor war vom Verlauf der Audienz hochbefriedigt; kein Vater, schreibt er an Unertl, hätte gütiger und zärtlicher sich äußern können.

Ein paar Tage darauf wohnten die Prinzen der feierlichen Einführung des Kardinals Borromei in das Kollegium bei. Als der Papst vorüber kam, erteilte er ihnen mit gnädigem Lächeln eine „absonderliche Benediktion", was von den Begleitern als günstiges Vorzeichen der Erfüllung aller Wünsche angesehen wurde.

Am Palmsonntag empfingen die Prinzen in St. Peter aus den Händen des Papstes geweihte Palmzweige; bei den Kirchenfesten in der Karwoche, der feierlichen Verlesung der Bulle wider die Ketzer, der Fußwaschung im Vatikan, der Anbetung des hl. Kreuzes, der Segensprechung des Papstes vom Söller der Peterskirche ꝛc. waren den Gästen aus Bayern Ehrenplätze eingeräumt. Befremdend wirkt, daß auch in dieser Woche im Tagebuch des Baron Schurff der Eintrag immer wiederkehrt: „Abends spielte Herzog Philipp bei Madame Bolognetti."

Auch über die ehrwürdigen Ceremonien spricht der Prinz in leichtfertigem Tone. „Von hier", schreibt er am 2. April an die Schwester, „weiß ich Ihr weiter nichts zu schreiben, als daß wür alle Funktionen in der Charwochen, welche alle recht schön waren, gesehen haben, absonderlich aber die schöne Musiquen, die man die letzten täg gehört hat. Es waren aber allzeit so vill leith darbey, daß Sie Gott danken kann, daß mir kein Haubtgliet darbey ist abgetruckt worden. Am Charfreitag haben wür auch den Himmel in der Prozession, als wie der Churprinz vor einem Jahre, getragen und die leuth also darbey auferbauet, daß sie uns vor halbe Heylige haben außgerufen. Der Pabst hat heuer alle Ceremonien selber gemacht und hat mir also über 50 benedictionen des tags geben, welche mir sehr ungelegen waren, dann man alle Augenblicke niederknieen mußte."

Nach Ostern wurden die Prinzen wiederholt zur Audienz befohlen. Der hl. Vater nahm sie mit sich in sein „innerstes Zimmer" zu langer, vertraulicher Unterredung. Was den Inhalt des Gesprächs bildete, erhellt aus einer Bemerkung P. Molitors. „Ich hoffe zuversichtlich, daß Herzog Philipp nun nach den Festen andre Bahnen einschlagen und sich nach den gütigen Absichten und ernsten Mahnungen des hl. Vaters richten wird, — die Worte Sr. Heiligkeit hätten ja ein Herz, härter als Felsgestein, erweichen können."

Dem Papst waren offenbar Klagen über den allzu weltlichen Lebenswandel der bayerischen Prinzen, insbesondere des älteren, zugegangen; es wurde ihnen deshalb eine neue, vom Papst mit eigenhändigen Bemerkungen versehene Instruktion, wie sie sich während ihres Aufenthalts in Rom von Stunde zu Stunde verhalten sollten, übergeben."

Die Einschränkung der Muße entsprach aber gar nicht dem Geschmack Herzog Philipps. Zwar P. Molitor wußte bald von auffälliger Besserung seines Zöglings zu berichten; der Prinz selbst habe eingesehen, daß es so nicht weiter gehen könne, benehme sich jetzt beim Unterricht nicht mehr so gewaltthätig und halte

sich ziemlich pünktlich an den neuen Stundenplan; es müsse nur der schlimme Einfluß der Herren Kämmerer noch mehr eingeschränkt und dem in die Nacht ausgedehnten Würfelspiel gesteuert werden.

Herzog Philipp sollte täglich zwei Vorlesungen eines Rechtslehrers hören; außerdem erteilte P. Molitor Unterricht in Moraltheologie und Ethik.

Vielleicht wurde — wenigstens läßt sich derartiges aus den Berichten des Beichtvaters herauslesen — der Bogen überspannt und den Prinzen zu wenig Erholung gegönnt, — genug, es kam der Tag, an dem sich Herzog Philipp offen gegen das ihm angesonnene „Sklavenleben" auflehnte. „Diesen bösen Geist scheint das schöne Geschlecht eingeflößt zu haben," meint P. Molitor, „es ist ja immer darauf ausgegangen, unter der Maske der Wohlanständigkeit und Artigkeit den Charakter von Fürstensöhnen zu verderben." Am 3. Juni kam es zwischen Herzog Philipp und dem Obersthofmeister zu einer stürmischen Szene. Die amtlichen Berichte Heckenstallers erwähnen den Vorgang nicht, aber in dem nicht für den Hof bestimmten Tagebuch wird erzählt, der Prinz habe sich „wider Ihro Excellenz Obersthofmeister nit wenig formalisiert." Die Schuld am Zerwürfnis, meint Heckenstaller, verteile sich unter beide; Graf Santini habe „in recusirung der von Ihro Durchlaucht an ihn verlangten Willfährigkeit bisweilen circa modum zimblich excediret", der Prinz dagegen manches begehrt, was mit den Vorschriften des Kurfürsten und des Papstes schlechterdings nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre. Eingehend berichtete der Zahlmeister im Gefolge der Prinzen, Philibert, über den ärgerlichen Streit an Unertl. Auch er lud einen Teil der Schuld auf den Obersthofmeister, der im Verkehr mit den Prinzen nicht den rechten Ton finde und dadurch dieselben nur beleidige, ohne zu ihrer Besserung beizutragen. Freilich sei auch fast unmöglich, mit Prinz Philipp auszukommen. „Seine Unfolgsamkeit, sein Eigensinn, sein zügelloser Freiheitsdrang haben vor allem die in unserem Kreis eingerissene Unordnung verschuldet . . . . Alle Welt weiß, daß Prinz Philipp viel Geist besitzt, aber ach! welchen Geist!

Der schuldige Respekt läßt meine Feder hier stocken; ich darf mich nicht deutlicher ausdrücken. Prinz Klemens scheint schwerfälliger und weniger begabt zu sein, wäre aber, wenn ihn nicht sein älterer Bruder verführte, leicht zu lenken. Seine Neigung ist auf das Gute gerichtet, seine Frömmigkeit aufrichtig, seine Sanftmut macht ihn liebenswert; er widerspricht niemals, er wäre niemands Feind, wenn er nicht durch seinen Bruder aufgehetzt würde. Diesen fürchtet er, und deshalb wagt er nichts ihm Mißfälliges zu thun, — daraus sind die Reden zu erklären, die man auch aus Klemens' Munde häufig hören kann. Es verlohnt sich wenig, den Prinzen vorzustellen, daß sie, gerade weil sie durch ihre Geburt über die anderen Menschen gestellt sind, auch durch Tugend und Verdienst sich hervorthun sollen. Sie antworten darauf kurz angebunden, daß sie weder Doktoren der Rechte, noch der Weltweisheit werden wollen. Spiel und Tändelei sind ihre Hauptbeschäftigung, und nur im Vorübergehen werden dem Studium ein paar Augenblicke gewidmet . . . Wenn auch der Obersthofmeister zu wenig Verständnis und Kraft besaß, um seine Schutzbefohlenen zum Guten anzuleiten, so vermied er wenigstens das Aufsehen, das sonst die heftige Widersetzlichkeit des Prinzen leicht hätte hervorrufen können; das scheint mir kein geringes Verdienst zu sein, und ich muß hinzufügen: ich bezweifle stark, ob sich überhaupt ein richtiger Obersthofmeister finden wird für einen Prinzen, dem dieser Name schon die Galle erregt, der alles kommandiren will und ohne jegliche Anleitung dazu selbst im stande zu sein glaubt." „Ich weiß nicht, ob ich mich richtig ausgedrückt habe und ob Exzellenz mit meiner langen und langweiligen Auseinandersetzung zufrieden sein werden, doch weiß ich wenigstens gewiß, daß alles, was ich niedergeschrieben habe, auf Wahrheit beruht!"

Prinz Philipp selbst schrieb in übelster Laune an seine Schwester: „Sie kann Ihr unmöglich einbilden, was ich täglich vor verdruß dahier ausstehen muß, förcht, mich wurde dieser Chagrin, noch vor der sommer ein end haben wird, bettlegerig machen! Ich fang schon an, ein (unleserlich) ausschlag zu kriegen, welches ein

zeichen ist, daß mein geblieth im grund nichts nuz ist, welches unmöglich anderst seyn kann, dann ich alle meinen verdruß hereinbeißen muß . . . Des Santini sein Grobheit wird doch endlich auch gestraft werden!"

Ein Zugeständnis machte aber Philipp, um seine Ankläger zu entwaffnen, er legte, ohne vorher eine Andeutung gemacht zu haben, am 25. Juli geistliche Kleidung an. Es geschah hauptsächlich dem Vater zu Liebe. Bei allem Leichtsinn scheint Philipp ein guter Sohn gewesen zu sein und den Mißmut des Vaters peinlich empfunden zu haben. „Ich trag wohl", schrieb er an die Schwester, „ein unerhörtes mitleiden mit Ihr, daß Ihr der Churfürst noch so ungnädig ist, ich weis es laider selber, was einem dises vor verdruß und chagrin verursachen kann. Sie kann aber disen, wie ich es ihr schon nächstmahlens gerathen, leichtlich remediren, wann sie ihme nur alles, wie es an sich selber ist, selbsten vor die augen stellet, dann er so ein gnädigster vatter vor uns ist, daß er nit leicht lang ein ungnad über uns haben kann." Sie soll sich nur, mahnt er ein paar Wochen später, wenn sie wieder zum Herrn Vater kommt, „ein Herz fassen und das maul recht aufthun", dann werde sie vielleicht des Kurfürsten Gnade wieder erlangen. Ihm selbst werde es leider nicht so gut gehen, denn gegen ihn sei der Vater heftig aufgebracht, „dann noch von tag zu tag erschreckliche lügen von mir hinausgeschrieben werden, welche der Churfürst glaubet und also alleweil ungnediger auf mich wird." Obwohl er seit zwei Monaten alles vermeide, was ihn in üblen Ruf bringen könnte, obwohl er fast nicht mehr aus dem Haus gehe, außer abends in einen „einfältigen" Garten, obwohl er den Stundenplan des Papstes gewissenhaft einhalte, glaube der Kurfürst von ihm nur das Schlimmste und lasse ihn immer noch seine Ungnade fühlen. „Meines leids kein end mehr wüssend, hab ich es halt Gott und unser Frau von Loreto befolhen, bey welcher ich jetzund eine andacht dessentwegen angefangen."

P. Molitor erblickte namentlich in dem Umstand, daß der sonst so weltlich gesinnte Prinz freiwillig geistliche Kleidung anlegte,

ein erfreuliches Zeichen. „Mit Seiner Hoheit Herzog Philipp", schrieb er am 31. Juli nach München, „ist seit verflossenen Sonntag eine gründliche Wandlung vor sich gegangen." Ohne daß jemand vom Hofe darum wußte, habe er sein weltliches Kleid Gott geopfert und bei diesem wichtigen Akt so viel Anstand und Edelsinn bewiesen, daß gute Folgen nicht ausbleiben könnten, ja, die günstige Wirkung jetzt schon an den Tag trete. Auch ein Unfall scheint dazu beigetragen zu haben, den Prinzen wenigstens vorübergehend ernster zu stimmen. Eine Hündin, deren Junge er wegnehmen wollte, biß ihn ins Bein; als das Tier bald darauf wegen Tollwut erschossen werden mußte, fürchteten Philipp und seine ganze Umgebung, daß auch bei ihm die furchtbare Krankheit ausbrechen werde. „Bin gleich den andern tag zu einem gewissen heyligen gefahren, wo man mir ein geweichtes brod mit Weichbrunnen bespritzt zu essen gibt, welches unerhört mirakulos vor die wueth ist, und die nacht darauf noch zu dem mann, wo ich mich dreimahl hab müessen völlig hineintunken lassen, welches auch ein unfehlbares mittel davor seyn soll."

Im August schickte Max Emanuel, um über das Betragen und die Aussichten seines Sohnes zuverlässige Kunde zu erhalten und den Streit mit dem Obersthofmeister zu schlichten, einen Vertrauensmann, Hofrat Triva, nach Rom; zugleich richtete er an den Sohn neuerdings eine zornige Mahnung zu würdigerem Lebenswandel. Philipp empfand über den ungnädigen Brief, wie er an die Schwester schrieb, „so viel chagrin", daß er sich „lieber tot wünschte als alleweil umsonst solche verdrießlichkeiten zu haben." „Denn was mich zum ärgsten schert, ist, daß wir hier das verfluchtigste, langweiligste leben von der welt führen, und mit allem disem kann ich doch nichts recht thun und muß ich mir wie ein Kind die empfindlichsten und härtesten expressionen vom Churfürsten sagen lassen." „Daß ich das kragel angelegt, hat weiter auch nit disen effect, den ich erhofft gehabt, gemacht, dann der Papa kein besondres wohlgefallen dariber gezeigt, indem er meine ibrige aufführung so ibel findet, daß er fürchtet, es möchte solches mehrer

vor eine masquerade passieren, — weis also absolute nicht mehr, was ich anfangen solt, dann ich mit nichts kein ehr aufheb." Einen günstigeren Umschwung erhoffte auch er durch die Vermittlung Triva's. „Er ist ein braver und ehrlicher Mann." Ihm werde hoffentlich der Kurfürst Glauben schenken, wenn dem „verlorenen Sohn" ein günstigeres Zeugnis ausgestellt werde.

Der vertrauensselige P. Molitor frohlockte schon, daß das Unwetter so rasch dem Sonnenschein gewichen sei. Die Vermittlung des klugen Triva habe Wunder gewirkt, schrieb er an Unertl, sein Zögling sei wie umgewandelt, Triva selbst sei durchaus zufrieden. „Man muß dem Prinzen gegenüber nur immer am Gleichgewicht zwischen Güte und Ernst festhalten!" Am päpstlichen Hofe herrsche aufrichtige Freude über die Wandlung des Prinzen, und da auch die Haltung des bayerischen Kurprinzen im Türkenkrieg allgemeine Anerkennung und Bewunderung ernte, so werde den Wünschen des bayerischen Hauses wohl bald Rechnung getragen werden. —

Um der bayerischen Bewerbung den Boden zu ebnen, wurde im August 1717 der auch in Westfalen begüterte bayerische Generalwachtmeister Graf Seibolstorf nach Münster abgeordnet. Die von Unertl ausgearbeitete Instruktion enthielt die Weisung, vorerst abzuwarten, ob nicht der Erzbischof von Köln mit seinem Wunsche, die Koadjutorie von Münster zu erlangen, durchdringen werde; falls sich dazu keine Aussicht bieten würde, sollte Seibolstorf bei Fürstbischof Franz Arnold und den Domherren für Herzog Philipp Stimmung machen. Bald schon konnte Seibolstorf berichten, daß Joseph Klemens keine Hoffnung habe; von „guten Freunden aus Holland" sei ihm ernstlich versichert worden, daß die Generalstaaten so unerhörter Anhäufung von geistlichen Pfründen in einer Hand aufs entschiedenste sich widersetzen würden. Freilich gebe es einen gefährlicheren Nebenbuhler, den Kardinal von Sachsen-Zeiz, dem der Kaiser seine Hilfe zugesagt habe, doch sei Bischof Franz Arnold selbst der bayerischen Bewerbung nicht abgeneigt, und auf einige Kapitelherren könne schon jetzt mit Sicherheit gezählt werden.

Am 7. Oktober 1717 schrieb Joseph Klemens an seinen Bruder, er habe auf Münster endgiltig verzichtet und werde fortan für Herzog Philipp wirken, „wann bei einigen Münsterschen Dombcapitularen etwas mit nutzen und ohne Simonie zu richten ist.“ Am schwersten werde es halten, den Widerstand der Generalstaaten, die keinen Bewerber mit ansehnlicher Hausmacht, sondern nur einen einfachen Edelmann auf den Bischofssitz bringen wollten, unschädlich zu machen. Auch von England und Preußen werde gegen einen bayerischen Bewerber Partei genommen, von allen diesen Staaten aus keinem anderen Grunde, als daß sie dann „besser das Religionswesen im Nachbarlande bedrücken könnten, was sie bey einem bayrischen Prinzen wohl unterlassen wurden.“

Um diese Gegner zu bewältigen, war vor allem die Hilfe des Kaisers nötig. Max Emanuel wandte sich deshalb sowohl an den kaiserlichen Hofkanzler Grafen von Sintzendorff, als unmittelbar an Kaiser Karl selbst. Ersterem wurde vorgestellt, die Erhebung des bisher vom kaiserlichen Hofe begünstigten Kardinals von Sachsen-Zeiz werde auf „sondere Difficultäten“ stoßen, da der Bischof von Münster bereits dem Herzog Philipp, „der den geistlichen stand anzunehmen sich freywillig erkleret,“ klipp und klar seine Unterstützung zugesagt habe. Dem Kaiser wurde ans Herz gelegt, er möge doch den bayerischen Prinzen, „die ihm ihre erste education zu danken hätten,“ auch zu einem standesmäßigen Unterkommen behilflich sein; dies werde ihm sicherlich durch treue Unterordnung der dankbaren Zöglinge unter den kaiserlichen Willen und durch entschlossene Förderung der Reichsinteressen und des katholischen Wesens vergolten werden.

Das Verhältnis zwischen den Höfen von Wien und München, das auch nach den Friedensschlüssen von Rastatt und Baden ein gespanntes geblieben war, hatte sich etwas freundlicher gestaltet, seit Max Emanuel seine Söhne Karl Albert und Ferdinand mit einem bayerischen Hilfskorps im Sommer 1717 am Türkenkrieg hatte teilnehmen lassen. Nach glücklicher Beendigung des Feldzugs wurde den beiden Prinzen in Wien ehrenvolle Aufnahme zu teil.

Max Emanuel sprach dafür gerührten Dank aus; für ihn und alle seine Söhne, erklärte er, gebe es fortan kein höheres Ziel, als die Gewogenheit und Gnade Kaiserlicher Majestät festzuhalten. Insbesondere Prinz Eugen, an den sich der Kurprinz während des Feldzugs enger angeschlossen hatte, wirkte eifrig für eine ehrliche Aussöhnung der beiden ersten katholischen Familien des Deutschen Reiches, insbesondere für den Plan einer Vermählung des Kurprinzen mit Kaiser Josephs ältester Tochter. Die Unterstützung Prinz Eugens sollte nun der bayerische Gesandte in Wien, von Mörmann, auch für die Münster'sche Angelegenheit zu erlangen suchen, doch der geradsinnige Soldat war dafür nicht zu haben. Die ganze Handelschaft widerstrebe ihm, erklärte er rundweg, er könne darin nichts anderes als Simonie erblicken. Umsonst suchte ihm Mörmann dies auszureden, umsonst wurde versichert, der Kurfürst habe sechs Münchner Theologen zu Gutachten aufgefordert und von allen sei übereinstimmend die beruhigende Erklärung gegeben worden, daß die Erwerbung so wichtiger Bistümer für ein gut katholisches Haus nicht als unerlaubte Simonie angesehen werden könne: Prinz Eugen war für den Pfründenhandel nicht zu haben. Andere Würdenträger und Beamte am Wiener Hofe waren jedoch weniger ängstlich; mit ihrer Hilfe suchten Mörmann und der im November 1717 als außerordentlicher Gesandter nach Wien entsandte Oberstlandzeugmeister Graf Törring-Jettenbach zu Gunsten Philipps zu wirken. Graf Törring kam nicht mit leeren Händen. Dem obersten Hofkanzler Philipp Ludwig Grafen von Sintzendorff wurde, „falls er die Coadjutorie ad effectum bringen würde", Anwartschaft auf die bayerische Grafschaft Ortenburg als bayerisches subfeudum eröffnet; dem Grafen von Althann sollte Törring „in anständiger Weis" dreitausend Dukaten in Aussicht stellen; andere weniger einflußreiche Beamte mußten sich mit geringeren Summen begnügen.

Auf den Kardinal von Sachsen-Zeiz wurde durch den bayerischen Gesandten am Regensburger Reichstag, Graf Königsfeldt, eingewirkt. Schließlich ließ sich der Kardinal zur Erklärung

herbei, daß er seine Bewerbung um Münster aufgeben wolle, jedoch bat er „bei den Wunden Christi“, man möge von seiner Nachgiebigkeit nichts in Wien verlauten lassen; er wolle schon selbst durchsetzen, daß der Kaiser dem bayerischen Prinzen nicht länger widerstrebe. Zum Ersatz wurde dem Kardinal das Versprechen gegeben, daß der Kurfürst ihm zur Koadjutorie von Eichstädt verhelfen wolle.

Damit war das wichtigste Hindernis aus dem Wege geräumt. Wenn auch der Papst noch immer zögerte, das erbetene Breve zu bewilligen, und wenn auch der kaiserliche Kanzler die bayerische Bewerbung um Münster nie „ohne Machung einiger Grimassen“ erwähnte, so war doch mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Gegnerschaft in Rom und Wien zu besiegen sein werde.

Plötzlich drohte das mühsam aufgerichtete Werk der Diplomaten mit einem Mal zusammenzubrechen; heftiger Widerspruch erhob sich von einer Seite, wo ihn niemand erwartet hatte.

Die „Umkehr“ Herzog Philipps war nicht von langem Bestand.

Im Herbst 1717 nahmen die bayerischen Prinzen längeren Aufenthalt in Albano. „Es ist hier gar reizend zu leben,“ schrieb P. Molitor, „die Umgebung ist herrlich, das Wetter prächtig, die Spaziergänge und Jagdausflüge verlaufen also ganz nach Wunsch. Unsere Prinzen machen davon ausgiebigen Gebrauch und erfreuen sich vollkommener Gesundheit, Gott erhalte sie darin und sei dafür gepriesen!“ Nach der Rückkehr scheint sich aber Herzog Philipp rückhaltloser denn je weltlichen Vergnügungen zugewendet zu haben, während sein jüngerer Bruder, wie Baron Schurff versichert, nur den Studien und dem Gebet lebte. Die Freuden des Karneval genoß Philipp in vollen Zügen. Eines Tages verlor er sich im Maskengedränge und erschien nach einiger Zeit zum Schrecken seiner Begleiter in weiblicher Kleidung. Da ein Neffe des Papstes, Don Albani, dabei anwesend war, kam der Vorfall zur Kenntnis des Quirinals, „und gleichwie der Papst es nicht am besten aufgenommen, also auch causirte solches undter denen gemeinen

Bedienten unsres Hofes viel ungleiches Discentirens und Auslegens."

Zur Katastrophe vollends schien eine Nachricht aus München zu führen.

Leider ist der Brief des Prinzen an den Vater vom 19. März 1718, der erschöpfenden Aufschluß über die Episode bieten würde, nicht erhalten, nur die Antwort des Vaters, die jedoch auf die Klagen und Forderungen des Sohnes eingehend Bezug nimmt.

Philipp hat Nachricht erhalten, daß sich sein jüngerer Bruder Ferdinand mit der Prinzessin Maria Anna von Pfalz-Neuburg verloben wird. Nun bestürmt er den Vater, diese Verbindung nicht zum Abschluß gelangen zu lassen! Er selbst liebe die Prinzessin und werde von dieser Neigung nimmer lassen. Was liege ihm an kirchlichen Würden? Darauf wolle er gern verzichten, ja er müsse im weltlichen Stand bleiben, denn nur so könne er sein Seelenheil retten; außerdem habe er als älterer Bruder, als der nächste Kognate nach dem Kurprinzen, ein Recht darauf, vor Ferdinand seinen Beruf selbst zu wählen und einen eigenen Hausstand zu gründen.

Darauf antwortet der Kurfürst mit einem langen, eigenhändigen Schreiben, in dem mit kluger Abwechslung bald väterliche Strenge, bald väterliche Milde zu Worte kommt. Der Kurfürst erinnert daran, daß er selbst erklärt habe, er werde niemals einen seiner Söhne zwingen, in den geistlichen Stand zu treten; Philipp habe sich freiwillig dazu erboten. Auch jetzt habe sein Sohn keine Nötigung zu befürchten, doch die Hoffnung, die er an seinen Übertritt zum weltlichen Stande knüpfe, werde nicht in Erfüllung gehen. Nur der Erstgeborne habe ein ausgesprochenes Vorrecht; unter den übrigen Söhnen bestehe keinerlei Rangunterschied, und Ferdinand werde die ihm zugedachte Braut heimführen, dies werde kein neidischer Beschluß Philipps aufhalten! Philipp möge also wohl bedenken, was er thue, ehe er einen so entscheidenden Schritt wage, ehe er dem geistlichen Stande den Rücken wende. Gerade jetzt, da sich endlich sichere Aussicht auf die Koadjutorie

von Münster eröffne, so erheblichen Zuwachs der Hausmacht aufs Spiel zu setzen, sei eine Thorheit! Er möge also wenigstens warten, bis die Entscheidung gefallen, dann könne er immerhin noch zu gunsten eines jüngeren Bruders Verzicht leisten und die Pfründe bleibe dem bayerischen Hause erhalten. Große Summen seien für Betreibung der Wahl schon ausgegeben worden, für Entschädigung der Familie des Bischofs nicht weniger als 100000 Gulden; einem Minister des kaiserlichen Hofes habe die Anwartschaft auf das Ortenburgsche Lehen, das in wenigen Jahren an das Kurhaus fallen werde, übertragen werden müssen, — alle diese Opfer sollten nun vergeblich sein? Philipp möge doch bedenken, was die Ehre des Hauses erheische, wie er selbst vor dem Richterstuhl der Welt bestehen werde. „Suchen Sie sich also durch treuen Gehorsam der Fortdauer meiner väterlichen Fürsorge würdig zu machen, — lassen Sie sich weder unziemliches Betragen, noch anstößige Reden zu schulden kommen, damit die Verleihung des päpstlichen Breve nicht länger verzögert werde, — geben Sie sich Mühe, auch Ihrerseits dazu beizutragen, daß der Gewinn der mit so großen Opfern angestrebten Würden für unser Haus in Sicherheit gebracht werde, — und Sie werden ebenso von meinen väterlichen Anordnungen befriedigt sein, wie ich mich freuen werde, Ihnen zu beweisen, daß ich immer war und immer sein werde Ihr treuer und guter Vater!“

Die Mahnungen des Vaters scheinen wenigstens so viel bewirkt zu haben, daß Philipp den Gedanken, in den weltlichen Stand zurückzutreten, aufgab oder doch keine auffälligen Schritte nach dieser Richtung sich erlaubte. Dagegen gab es bald wieder über Unbotmäßigkeit und Leichtfertigkeit des Prinzen zu klagen; insbesondere der vertrauliche Umgang mit dem jungen Grafen Charolais (Charles de Bourbon, comte de Charolais) scheint ungünstigen Einfluß geübt zu haben. Als der Franzose den Prinzen in einer schönen Mondnacht zu einer Spazierfahrt einlud, der Obersthofmeister aber diese Ausschreitung wehren wollte, kam es wie im vorigen Jahre zu „vielen gegeneinander gebrauchten con-

traditionen und eingriffigen expressionen", ja, als Santini einem Schweizer Gardisten Befehl gab, den Prinzen mit Gewalt von der Kutsche wegzuziehen, ließ sich Philipp vom Zorn zu Thätlichkeiten gegen seinen Erzieher hinreißen.

Der schwer beleidigte Santini suchte sofort um eine Unterredung mit Scarlatti nach, und früh morgens ritt ein Eilbote mit einer Klageschrift nach München ab. Auch der Papst erhielt Kenntnis von dem peinlichen Vorfall, und P. Molitor mußte in päpstlichem Auftrag dem Prinzen eine Rüge aussprechen. Strenger trat der Vater gegen den Schuldigen auf. Es wurde gewissermaßen ein Ultimatum gestellt: wenn nochmals eine Klage einläuft, soll der Unverbesserliche seiner Standesrechte verlustig erklärt, in ein Kollegium gesteckt und dort in allem und jedem den übrigen Alumnen gleichgestellt werden. Zugleich wurde aber, um dem Störenfried jede Ausrede abzuschneiden, die Abberufung Santini's verfügt; die Prinzen mit dem gesamten Hofstaat sollten fortan dem Gesandten Abbé Scarlatti unterstellt sein. Eine strenge Instruktion schrieb aufs genaueste vor, wie sich Herzog Philipp fortan zu verhalten habe. Für die Tagesordnung sollte der von Sr. Heiligkeit selbst entworfene Stundenplan maßgebend sein. Demgemäß soll der Prinz zu festgesetzten Stunden aufstehen, beten, studieren, essen und zu Bette gehen, ohne sich auch nur die kleinste Abweichung zu gestatten. Aufs strengste soll Scarlatti darauf achten, daß sein Zögling, „der erst und einzige aus dem ganzen bayerischen Hause, so aus diser anererbten und eingefleischt enschuldigen veneration abweicht, nicht mehr verächtlich von geistlichen Dingen spreche, auch über Papst und Kardinäle keine ärgerlichen Reden führe und, da er doch selbst ungezwungen und ungedrungen mündlich und schriftlich den geistlichen Stand erwählt", der Religion und allen geistlichen Pflichten gebührende Verehrung erweise. Unpassende oder verbotene Bücher sollen sofort weggenommen, auch soll nur Umgang mit solchen Kavalieren zugelassen werden, von denen der Prinz „gut und christlich profitieren" könne. Billard- und Kartenspiel soll im Hause nicht mehr gestattet sein, die Korsofahrt zum Spanischen

Platz nicht über den Abend hinaus verlängert werden und nachts für alle Hausbewohner die Pforte verschlossen bleiben. Falls sich der Herzog auch nur in einem Punkte gegen die Vorschriften verfehlen würde, sollte er sofort in ein Kollegium gesteckt und dort „zu Gottesfurcht und auch in den studiis instruirt, in Allem aber anderen alumnis gleichgehalten und nicht mehr distinguirt werden.“

Die Weisungen des Kurfürsten wurden durch Hofrat Triva überbracht, der noch ausdrücklich zu erklären hatte, daß der Kurfürst wegen der üblen Aufführung seines Sohnes die Schriftstücke absichtlich durch die Kanzlei habe gehen lassen. Außerdem sollte Triva dem „verlorenen Sohne“ mündlich einschärfen, der Kurfürst werde nicht länger mit sich spaßen lassen; wenn Philipp auch ferner noch Unfug treibe, „so wollen Wir ihn für Unsren Sohn und einen Herzog aus Bayern nicht mehr anerkennen.“ Philipp müsse thatsächliche Beweise von Besserung geben, um vom Papst das breve eligibilitatis zu erlangen, und zwar so bald wie möglich; vom Bischof von Münster werde verlangt, daß die Zustimmung des Papstes binnen zwei Monaten erfolge, widrigenfalls alle übernommenen Verpflichtungen als aufgehoben gelten sollten, jene Verpflichtungen, für welche Bayern schon 500000 Gulden geopfert habe! Auch den Kavalieren und Beamten im Hause Scarlatti soll Triva „ein Feuerchen anzünden“; dem Baron Schnepf soll ein Verweis gegeben werden, weil er sich mit dem Prinzen „allzu gemein machte“, dem Leibarzt Weyers, daß er „seinen unruhigen, hoffärtigen Geist ablege, mit denen officianten und auswendigen besser consortieren und sich des trunks mehrers enthalten möge“ u. s. w.

Ob nun Philipp, von aufrichtiger Reue erfaßt, zur Änderung seines Lebenswandels sich entschloß oder ob er, um der angedrohten Strafe zu entgehen, nur äußerlich solche Umkehr zur Schau trug, entzieht sich unsrer Beurteilung. Thatsächlich wird aber fortan nur selten eine Klage laut, im allgemeinen wird dem sittlichen, bescheidenen Verhalten des Prinzen von seiner Umgebung hohes Lob gespendet.

Unmittelbar nachdem Triva den Rügebrief des Vaters übergeben hatte, erklärte Philipp unaufgefordert, er wolle in das Novizenhaus der Gesellschaft Jesu übersiedeln, um dort einige Zeit geistlichen Übungen zu obliegen. So geschah es auch, und die Väter der Gesellschaft Jesu waren des Lobes voll über das erbauliche, andächtige Betragen des Büßers. „Wie geistreich" berichtet Triva an den Kurfürsten, „Ihre Durchlaucht Herzog Philipp seine exercitia spiritualia vergangnen Montag in der Früe angefangen und heint zu Nacht vohlendet, ist nit zu beschreiben; der Penitentiarius P. Guelfi, Jesuiter al noviziato, bey welchem ich mich alle Tag informieret, khan nit genuech den Herzog loben und sagt bey seiner geistlichen Würden, daß er eine mehrer Andacht, embsigkeit und eifer nit begehren thue von einem alten mann, geschweige von einem solchen jungen Fürsten." Auch der Papst zog im Novizenhause Erkundigung ein und ließ sodann dem Herzog zu den vielverheißenden Anfängen der Besserung Glück wünschen.

Trotzdem wurde die Erteilung des Breve immer wieder hinausgeschoben. Triva, der im Verein mit Scarlatti die Sache betreiben sollte, schrieb an Unertl, die Treulosigkeit der Leute im Quirinal verursache ihm nicht weniger Pein, als das römische Klima, „ob wolen die Hitz unerträglich, man kan und darf sich nit riren, sonst ist einer gleich Wasser." So bald es angehe, wolle er die ungastliche Stadt verlassen, da er „der Romanischen Politica und Falschheit unerträglich mide." Nicht am Papst liege die Schuld der Vorenthaltung des Breve, der Gesandte des Kaisers stecke dahinter; dies lasse sich schon aus der finsteren Miene erkennen, die Herr Graf Gallas jedem Bayer zeige. Offenbar sei der Kaiser eingeschüchtert durch die protestantischen Mächte; Kardinal Schrottenbach habe geäußert, er müsse angesichts der Haltung des Kaisers die Bewerbung des bayerischen Prinzen als hoffnungslos bezeichnen.

Die Aussichten gestalteten sich etwas günstiger, seit sich Kardinal Albani, von Scarlatti dafür gewonnen, zu Gunsten Philipps bei dem Papst, seinem Vetter, verwendete. Am wirksamsten jedoch

empfahl Philipp selbst seine Bewerbung durch die überraschenden Proben seiner Besserung; Papst Klemens sprach immer wieder seine Befriedigung und seine Freude über den gottgefälligen Wandel des Prinzen aus. Triva selbst bat den Kurfürsten, es möge den beiden Prinzen mit Rücksicht auf den in letzter Zeit bewiesenen Fleiß und Eifer ein Ferienaufenthalt auf dem Lande bewilligt werden. „Es ist in ganz Rom kein einziger vornehmer Herr, der nit hinauß gehet auf seine güeter; unsere Prinzen seint das gantze jahr eingespehrt, mithin ist es meines wenigen erachtens auch billich, daß sie sich auf etliche wenige wochen auf das landt divertiren sollen, besonders weillen sie sich so woll verhalten." Dem Antrage Triva's entsprechend wurde denn auch gestattet, daß die Prinzen im Oktober nach Albano übersiedeln durften.

Einen Augenblick gewann es den Anschein, als ob der Aufenthalt in dem üppigen Lustort der vornehmen Gesellschaft einen Rückfall in frühere Gepflogenheiten mit sich bringen werde. Triva erfuhr durch einen „guten Freund", daß seine Schutzbefohlenen wieder jeden Tag große Gesellschaften besuchten und weit über Mitternacht dem Spiel fröhnten. Als Triva und Scarlatti in Albano selbst nachforschten, zeigte sich, daß das Gerücht nicht unbegründet war; die Begleiter der Prinzen erklärten aber, sie hätten in solcher „Recreation", zumal während der Ferien, nichts Unerlaubtes erblickt, und da die Prinzessin von Carbognano, in deren Hause meistens die Gesellschaften stattfanden, ohnehin nach Rom zurückkehrte, begnügte sich Triva damit, das Verbot des Besuches von Gesellschaften neuerdings einzuschärfen. Übrigens schienen die beiden Prinzen förmlich ihre Rollen vertauscht zu haben. Während sich durch die Untersuchung herausstellte, daß Klemens in wenigen Wochen 500 Scudi im Pharao an die Edelknaben verspielt hatte, mußte dem älteren Bruder bezeugt werden, daß er auch nach durchschwärmter Nacht niemals in der Frühmesse fehlte, nach der Messe jedesmal noch geraume Zeit in der Kirche verweilte und auch den Tag über sich „unbeschreiblich wohl verhielt."

Nach Rom zurückgekehrt, erklärte Herzog Philipp unauf-

gefordert, er wolle sich, da er in den geistlichen Stand einzutreten beabsichtige, die Weihen erbitten. Als dieser Entschluß im Quirinal bekannt wurde, äußerte der Papst, er könne nur ein Glück darin sehen, wenn die westfälischen Bistümer einen so würdigen Vorsteher erhielten, und die Ausfertigung des Breve werde nicht lange mehr auf sich warten lassen. Es drangen zwar noch wiederholt Gerüchte nach München, daß es im Hause Scarlatti an Zucht und Ordnung fehle, doch Triva nahm die Prinzen entschieden in Schutz. Nur „eine apassionierte Feder, die vielleicht selbst despotice regieren möchte", könne am Betragen der Prinzen, insbesondere des älteren, auch jetzt noch nörgeln. „Ich schwere, daß ich mein lebentag keinen Herrn so andächtig communiciren sechen, als eben vorgestert Ihre Durchlaucht; Sie haben bei drei viertelstundt in Ihrem Zimmer knieent ihr examen conscientiae gemacht." Auch P. Molitor versicherte, von allen Novizen der Gesellschaft Jesu lege keiner so viel Anstand und Andacht an den Tag, als sein Zögling.

In den Briefen Philipps an die Schwester ist nicht von Reue und Buße, freilich auch nicht mehr von Vergnügungen und weltlichen Wünschen die Rede; er hat sich in sein Schicksal ergeben. „Wir befinden uns beyde", schreibt er am 7. Dezember 1718 an die Schwester, „Gott Lob haubtgut und hoffen Sie bald zu sehen, dann die Münsterische Sach bald ausgehen wird; Gott gebe, daß es gut ausschlag, allein ich kann vor gewiß noch nichts sagen." Auf die Meldung von der Hochzeit Bruder Ferdinands erwidert er nur, er möchte wohl auch dabei sein, und knüpft nur noch den Wunsch daran, seine Schwester möge auch jetzt, da die Freundschaft, d. h. der Verwandtenkreis neuen Zuwachs erfahre, in ihrer Neigung zu ihm nicht erkalten. Im letzten Briefe kommt die Sehnsucht nach der Heimat zum Ausdruck. „Ich bin, Gott Lob, so vill es zu Rom seyn kann, iezt ziemblich vergniegt, dann ich mich des Papa seiner gnad wiederumb völlig versichern kann, welches auch macht, daß ich die ibrigen verdrießlichkeiten desto ehender verschmerze. Es gehet auch alles vill ruhiger zu. Im Ibrigen bin ich von disem Rom doch schon so müed, so müed, daß ich vor meine größte

glückhseligkeit bald von hier hinweegzukhommen verlange." Und noch einmal regt sich eine schmerzliche Empfindung über das ihm auferlegte Opfer. „Glaub gar gern, daß jedermann das portrait flattiert gefunden . . ., dann ich hier gwis nicht schöner worden und mir das kragl auf mein gewissen nicht so guet als der Degen ansteht." —

In Münster hatte der Anwalt Herzog Philipps, Graf Seibolstorf, schweren Stand, da ihm von englischen und holländischen Agenten mit allen erdenklichen Mitteln entgegengearbeitet wurde. Die beiden Mächte erboten sich nicht blos zur Bezahlung der Schulden des Bischofs und aller rückständigen Subsidiengelder, sondern wollten noch eine ansehnliche Summe dazugeben, wenn sich der Bischof einen Koadjutor e gremio capituli nach ihrem Gutdünken gefallen lassen möchte. Insbesondere der Domdechant von Landsberg wurde von den Seemächten begünstigt. „Die holländischen Gulden flossen ihm nur so aus der Tasche." In Paderborn hatte der Domherr von Asseburg als Schützling Hollands „eine ziemliche Hoffnung." Auch der König von Preußen schloß sich der Politik der Seemächte an. Durch seinen Landdrosten von dem Busch ließ er den Bischof von Münster dringlich mahnen, „nicht einen geborenen Fürsten, sonderlich aber nicht einen vom Haus Bayern" zum Koadjutor zu wählen. Seibolstorf und die für Bayern gewonnenen Minister hatten Mühe, dem Bischof begreiflich zu machen, daß er mit Rücksicht auf sein und seiner Unterthanen Seelenheil auf den verlockenden Vorschlag nicht eingehen dürfe, da es die protestantischen Mächte offenbar nur auf den Schaden der katholischen Religion abgesehen hätten. Von beiden Seiten wurde der Bischof mit Versprechungen und Drohungen bestürmt. Der Streit um die Koadjutorie wandelte sich, wie es Seibolstorf bezeichnete, in „eine Aktion um das katholische Wesen." Für die preußische Regierung war noch eine Sonderabsicht maßgebend. „Warumb Preißen sich der sach so eifrig annihmt, ist die Ursach der Succession zu den Clevischen Landen."

Schließlich erklärt sich Franz Arnold bereit, den Sohn des

Kurfürsten als Koadjutor anzunehmen, wenn das Haus Bayern „dreimalhunderttausend Thaler Schulden, welche er auch selbsten zur Erlangung dieses Stifts hatte machen und negotiiren müssen, vor ihn abtrüge und bezahle“; als weitere Bedingung wurde festgesetzt, daß dem Bischof bald ein päpstliches breve eligibilitatis und ein kaiserliches Empfehlungsschreiben vorgelegt würden.

Seibolstorf riet dem Kurfürsten, mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung des Hochstifts Münster auch vor so namhaftem Geldopfer nicht zurückzuscheuen. „Da an dieser Münster'schen Koadjutorie die Osnabrüg- und Paderbornische und andere mehr gänzlich dependiren, weilen viele aus dem erstgedachten Stift zugleich auch in beyden andern capitulaires seynd und die majora ausmachen, also wer des ersteren Besitzer ist, beyde letztere ohne sonderbare mühe und kösten indoutable allezeit auf sich bringen kann, so wird auch in erwegung desselben die geforderte Summe desto weniger Dero durchlauchtigstes Churhaus von sothanem wichtigen gesuch abhalten, massen es jetzt heißet: aut nunc aut nunquam, und darf man sich sonsten auf die andere alle keine Gedanken machen.“

Wenn auch unter Weh und Ach verstand man sich am Münchner Hofe wirklich zu den geforderten Spenden. Am 25. September 1718 schrieb Bischof Franz Arnold an den Kaiser, er habe sich entschlossen, einen Prinzen aus dem gesinnungstüchtigen und mächtigen bayerischen Hause zum Koadjutor zu bestellen, da „ein Bischof von Münster seiner situation halber fast aller in diesen unteren Quartieren öfters sehr gedruckten armen Catholischen einziges refugium und folglich eines sehr starken rückens höchst benöthigt“ ist. Es habe große Mühe gekostet, schrieb Seibolstorf, den Bischof zur Absendung dieses Schreibens an den Kaiser zu bewegen, da er durchaus nicht eher, als der ganze Handel in Richtigkeit wäre, die letzte Karte aus der Hand geben wollte. Doch auch später noch fehlte es nicht an Schwankungen am bischöflichen Hofe und bei den Kapitelherren; es bedurfte eines kunstvollen und kostspieligen Apparats weitreichender Versprechungen, versteckter

Drohungen und ausgiebiger Spenden, um die immer wieder sich aufrichtenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Vom Kaiser wurde dem Bischof kühl geantwortet, es werde, wenn erst der Wahltag festgesetzt sei, ein eigener Wahlkommissär nach Münster abgeordnet werden. In Wien wurde ja die bayerische Bewerbung, wie schon erwähnt, nicht mit freundlichen Augen angesehen. Namentlich da sich die seit vier Jahrhunderten verfeindeten Hauptlinien des Wittelsbachischen Hauses ausgesöhnt hatten, — im Mai 1717 waren die Kurfürsten von Bayern und Pfalz im Kloster Scheyern, wo sich die Gruft der gemeinsamen Ahnen befindet, zusammengetreten und hatten die Punkte vereinbart, die als Grundlage der Erb- und Hausunion von 1724 dienten, — schien es gefährlich, zu viele geistliche Fürstentümer an diese Familie gelangen zu lassen. Es galt, zu verhüten, daß die Wittelsbacher als eigene Gruppe im Reiche selbständige Bedeutung erlangten ebenso gegen das Haus Habsburg wie gegen die anwachsende Macht der protestantischen Fürsten.

Dem Kurfürsten von der Pfalz, Karl Philipp, war es sowohl im Interesse des katholischen Bekenntnisses, als um der Ehre des Hauses willen eine Herzenssorge, daß Herzog Philipp in den Besitz der westfälischen Bistümer käme. Freiwillig verpflichtete er sich, von den dafür erforderlichen Kosten die Hälfte zu tragen; auch empfahl er seinen Vetter angelegentlich den Domherren, die ja an Aufrechterhaltung freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Pfalz und Münster ein natürliches Interesse hatten. Max Emanuel selbst erkannte willig an, daß am Gelingen des Unternehmens den Bemühungen des pfälzischen Kämmerers von Wachtendonk der wichtigste Anteil beizumessen sei.

Auf eine neue Entwicklungsstufe kam die Angelegenheit, als der Bischof von Münster und Paderborn am 25. Dezember 1718 auf Schloß Ahaus starb. Am Sylvestertag traf die Nachricht von diesem Todesfall in München ein, gleichzeitig mit der erwünschten Kunde, daß endlich das Breve für Herzog Philipp vom Papst bewilligt und durch eine eigens berufene Kongregation bestätigt

worden sei. Nun wurde Graf Törring nachdrücklich angewiesen, in die Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung ein rascheres Tempo zu bringen. Nachdem der Papst einen so sprechenden Beweis seines Wohlwollens für das bayerische Haus gegeben, möge auch der Kaiser seine versöhnliche Stimmung bekunden; es handle sich ja nicht darum, die Wahlfreiheit des Domkapitels zu beeinträchtigen oder ihm den bayerischen Bewerber aufzudrängen; es genüge eine Erklärung, daß der Kaiser dem Prinzen „den Zugang solcher Kürchen gern gönnete." „Aus deme, daß man sich ex parte acatholicorum solche motus gebe, ist darzusehen, daß man es zu bestem der Kirche nit meine, so Uns glauben machet, daß ein solches Ihre Kayserl. Majestaet eben zu gemieth nemen werde."

Die Sachlage war durch den Tod des Bischofs Franz Arnold insofern gründlich verändert, als es sich nunmehr darum handelte, zugleich mit dem Bistum Münster auch Paderborn zu erwerben. Zwei so wichtige Bischofssitze auf einmal dem bayerischen Hause zu überlassen, dazu wollte man sich in Wien nicht gern herbeilassen. Dazu kam, daß der Kaiser, mit Spanien in Krieg verwickelt und deshalb, seit dem 2. August mit Frankreich und den Seemächten im Bunde, auf Englands Wünsche besondere Rücksicht zu nehmen hatte. Selbstverständlich wurde auch von den protestantischen Mächten auf die maßgebenden Kreise in Wien mit klingenden Lockmitteln eingewirkt. Der Hofkanzler sprach dem Grafen Törring wiederholt sein Befremden über das Verhalten des Bischofs von Münster aus, „wodurch er andeuten wollen, daß hierunter ein actus simoniacus underloffen." Der Beichtvater des Kaisers, P. Thenemann, erlaubte sich die spöttische Bemerkung, daß der Bischof in spe, Philippus Mauritius, dem Vernehmen nach „von etwas wunderlichem und unstätem Humor seyn solle." Auch der Fürst von Trautson warf im Gespräch die Frage auf, ob denn Herzog Philipp selbst zum geistlichen Stande auch Neigung besitze; ein Zwang, fügte er hinzu, — und die Ereignisse gegen Ende des Jahrhunderts lassen die Bemerkung wohlbegründet

erscheinen —, möchte sich um so weniger empfehlen, da das Beispiel des Neuburgischen Hauses zeige, wie bedenklich es sei, zu viele Prinzen zu ehelosem geistlichem Stand zu befördern; jenes Haus, vor kurzem noch mit Kindern reich gesegnet, sei nunmehr dem Erlöschen nahe! Auch Zweifel an der vom Kurfürsten beschworenen Anhänglichkeit an den Kaiser wurden laut. Gewiß nur mit Unrecht, spottet der Kanzler, er persönlich sei davon so felsenfest überzeugt, daß er zur Bekräftigung seine Hand ins Feuer legen wollte, worauf der alte Mörmann ernsthaft erwiderte, der Herr Kanzler möge das getrost wagen, er werde sich seine Hand gewiß nicht verbrennen.

Infolge des Schwankens am kaiserlichen Hofe erfolgte auch in Rom ein neuer Umschwung der Stimmung. Als Scarlatti zum erstenmal nach dem Tode des Bischofs von Münster in den Quirinal kam, fand er zwar den Papst „in Wahrheit“ geneigt, dem bayerischen Prinzen auch zum Bischofssitz in Paderborn zu verhelfen, allein es schien unmöglich zu sein, für die gleichzeitige Verleihung von zwei Breven an einen Bewerber einen günstigen Kongregationsbeschluß zu erwirken. Am Münchner Hofe wollte man wissen, daß „derlei indulta auf zwei distinguirte Bistümer“ auch sonst schon vergeben worden seien; die Weigerung, schrieb Unertl an den Gesandten in Wien, sei vielmehr damit zu erklären, „daß eben der päbstliche Hof mit dem kayserlichen impegnirt ist, somit kein breve sine praescitu et consensu Ihrer Kayserlichen Majestaet auf einiges Stift in Teutschland zugeben werde.“ Am 14. Dezember gab der kaiserliche Botschafter in Rom eine ziemlich unfreundliche Erklärung ab; der Kaiser werde zwar allezeit eine Freude daran haben, wenn dem Kurhaus Bayern etwas Angenehmes erzeigt werde, doch die Münster'sche Sache müsse er als eine Gewissenssache ansehen und die Entscheidung ganz und gar dem Papst überlassen. Tags darauf trat die Kongregation zusammen; der Beschluß fiel zu Ungunsten Philipps aus. Die meisten Kardinäle stimmten, wie der Papst selbst dem bayerischen Gesandten mitteilte, gegen Verleihung eines Breve für

zwei Bistümer; es gebe aber noch einen Ausweg, fügte er zum Trost hinzu: er werde eine neue Sitzung anberaumen und dazu nur wohlgesinnte Votanten einladen. „Daß sich die Kardinäl widersetzet“, bemerkt Baron Schurff in seinem Tagebuch, „ist keine andere Ursach, als weilen sie von unsren Prinzen die Visite prätendiren und das Ceremoniell nach ihrem Willen einrichten möchten.“ Am 22. Dezember fand die neue Sitzung statt. „Weil der Pabst lauter favorable Cardinäl genommen, haben wir schier alle vota gehabt, hat also der Pabst am 23. Vormittags das breve eligibilitatis für den Herzog Philipp verwilliget, so bey uns allen eine große Freud verursachet.“

Die Bewerbung um Paderborn wurde auch durch die Hilfe eines unerwarteten Bundesgenossen gefördert. Am 9. Dezember schrieb König Georg von England an Max Emanuel, es werde ihm große Freude machen, wenn er zu Erhöhung des kurbayerischen Hauses behilflich sein könnte. Darauf erwiderte der Kurfürst, es werde mit besonderem Dank begrüßt werden, wenn England die Bewerbung Philipps um Paderborn patronisieren möchte, und thatsächlich wurden, wie Seibolstorfs Berichte ersehen lassen, in Paderborn von englischen Agenten gute Dienste geleistet.

Es war wohl kein Zufall, daß am 8. Januar 1719 gleichzeitig mit der Nachricht vom Tode des Bischofs von Münster eine Weisung des Kurfürsten eintraf, die Prinzen sollten, von den bisher geltend gemachten Bedenken absehend, den Kardinälen den ersten Besuch machen. Zwei Tage später fuhren demnach die beiden Prinzen zuerst bei dem ältesten Kardinal Astalli vor, jedoch ohne Gefolge und nur in zweispänniger Kutsche, um auch jetzt noch etwas vom incognito zu wahren; ebenso wurde allen übrigen Kardinälen Besuch abgestattet.

Der Vorgang wurde besonders in Wien übel vermerkt. Der Reichsvizekanzler fand das Verhalten der Prinzen höchst anstößig. „Die Churfürsten und Fürsten in Teutschland“, sagte Graf Schönborn zu Mörmann, „und selbig sammentliche nation solten von dem Römischen Hof sich nit, also gleich immerdar beschieht, zu-

rückstöllen und traktiren lassen, wie es dann mit denen Französischen Prinzen ganz anders beobachtet wird und selbig, sowohl ächtige als unächtige und spurii, einem Cardinalen, bey dem in seiner Behausung sye sich befundten, auf keine Weis die Oberhand weder in Frankreich, noch in Rom verstatten.“ In Rom sei einem Pair von Frankreich sogar gestattet, mit dem Degen an der Seite zur Audienz bei dem Papste zu gehen, „hingegen ein teutscher Fürst des Reichs auf denen Knieen dahin rutschen soll.“ Mörmann suchte die patriotische Entrüstung des Vizekanzlers zu beschwichtigen, indem er darauf hinwies, daß die beiden Prinzen schon geistliche Würden innehätten, „folglich schon respectu deren den Kirchen-Prälathen cediren müeßten.“ Die unfreundliche Stimmung am kaiserlichen Hofe dauerte fort. Wenn man in Wien, schrieb Max Emanuel an Törring, schon an dem harmlosen Besuch bei den Kardinälen so groß Ärgernis nehme, so habe er ganz anderen Grund zu Ärger und Zorn; der Kaiser wolle nicht blos von Paderborn nichts hören, auch „die kaiserliche Protektion auf Münster sei, wie die holländische Gesandten wissen wollten, nicht für richtig zu achten und werden nur die Kapitularen irre zu machen getrachtet.“

Eine günstigere Wendung mag vielleicht durch einen Bericht des P. Molitor aus Rom, den der Kanzler Unertl schleunig durch Törring in Wien vorzeigen ließ, angebahnt worden sein. Noch wärmer und begeisterter kündete darin der Lehrer und Beichtvater das Lob seines Zöglings: niemals sei eine Bekehrung aufrichtiger und vollkommener gewesen, sie gemahne geradezu an ein Wunder! Immer wieder unterwerfe sich der junge Mann strengen Bußübungen mit einer Andacht und Zerknirschtheit, die alle Anwesenden zu Thränen rühre. „Ich bin mehr denn je überzeugt, daß dieser Prinz in Zukunft unerschütterlich sein wird in seinen heiligen Entschlüssen und immer gerade aus gehen wird den Weg des Heiles, und daß Gott sich dieses Fürsten bedienen will, um große Thaten rühmlich zu vollbringen; dazu besitzt er alle erforderlichen Fähigkeiten und darauf bereitet er sich durch eine tadellose Führung vor!“ Vermutlich mit Hilfe dieses auch dem kaiserlichen Beicht-

vater vorgelegten Zeugnisses wurde endlich durchgesetzt, daß der als kaiserlicher Wahlkommissär nach Westfalen abgeordnete Graf Metsch dahin instruiert wurde, daß der Kaiser die Erhebung Philipps auf den Bischofssitz von Münster empfehlen, einer Wahl in Paderborn wenigstens nicht widerstreben wolle. In Münster freilich verlor Graf Metsch, wie Max Emanuel voll Entrüstung den Wiener Gesandten mitteilte, „weder in capitulo, noch auch in privato bey denen Thumbcapitularen im namen Ihrer Kayserl. Majestät zu Herzog Philipps favor nicht ein Wort", und ebenso unthätig verhielt er sich in Paderborn, obwohl ihm der Kurfürst „2000 Dukaten, dann seinem Secretario 50 Pistollen, welch letztere der Graf selbst gefordert, verehren lassen, darüber hin er noch von beeden Capitlen eine schöne Verehrung erhalten hat." Auch von Braunschweig wurde trotz der kurz zuvor gespendeten gütigen Worte Alles gethan, „um daß bayrische Dessin zu vernichten". Insbesondere aber Friedrich Wilhelm, der im Hinblick auf die Bedrückung des evangelischen Bekenntnisses in der Pfalz nicht auch noch einen anderen Wittelsbacher in rheinischen Landen zur Herrschaft gelangen lassen wollte, ließ noch in zwölfter Stunde kein Mittel unversucht, um die Erhebung Philipps zu hintertreiben. Als Graf Seibolstorf in kurfürstlichem Auftrag bei einigen preußischen Bankhäusern eine Anleihe machen wollte, wurde den Inhabern bei Strafe der Ausweisung aus dem Königreich verboten, auf das Geschäft einzugehen.

Allein die drohende Sprache der protestantischen Mächte vermehrte auch wieder den Anhang desjenigen Bewerbers, von dem sich eine nachdrückliche Vertretung der katholischen Interessen im Nordwesten des Reiches erwarten ließ. Als die Wahlhandlung in Paderborn auf den 14., in Münster auf den 21. März anberaumt wurde, stand schon ziemlich fest, welchen Ausgang sie nehmen werde. „Aller menschlichen versicherung nach", schrieb Max Emanuel am 14. März an Törring, „wird bey Baderborn und Münster die Wahl per unanimia für den Herzog ausfallen."

Doch gerade in diesem Augenblick trat ein Ereignis ein,

das alle Erwartungen — oder Befürchtungen — zusammenbrechen machte, wie ein Kartenhaus.

Die bayerischen Prinzen hatten den Winter in strenger Zurückgezogenheit zugebracht. Scarlatti selbst bat wiederholt den Papst, es möchte den Prinzen hie und da die Teilnahme an einem Faschingsfest gestattet werden, doch wurde das Verbot nur für die Gesellschaften der Gemahlin des kaiserlichen Botschafters aufgehoben.

Am 2. März befiel den älteren Prinzen ein leichtes Unwohlsein. Am nächsten Tage zeigte sich im Gesichte ein Ausschlag, doch erst am 5. wurden Masern festgestellt. Die Leute vom Gefolge durften nun nicht mehr das Haus verlassen, und ebenso wurde Fremden nicht mehr der Zutritt gestattet; die Kardinäle und Edelleute, die den Kranken besuchen wollten, durften nur vor dem Hause Erkundigung einziehen. Am 9. wurde dem Kranken zur Ader gelassen; darauf schien Besserung einzutreten, doch schon in der nächsten Nacht steigerte sich das Fieber. Philipp selbst verlangte nun, daß ihm sein alter Lehrer P. Molitor die Beichte abnehme; dann empfing er das Abendmahl „mit einer unaussprechlichen Andacht, sagend, daß er am Tod gar nicht erschröcke und Gott nur allein bitte, daß, wenn er vorsieht, daß er ihme im geistlichen Stande nicht recht dienen würde, er ihn jetzt zu sich nehmen sollte.“ Eine Stunde später trat Fieberparoxysmus ein, „also zwar, daß der Herzog niemand mehr oder gar wenig erkannte.“ Der Papst nahm die Nachricht von der schweren Erkrankung des Fürsten mit schmerzlichem Bedauern auf und sandte seinen eigenen Leibarzt, den berühmten Dr. Lancisius, der sich fortan mit Dr. Weyhers in die Behandlung des Kranken teilte. Als auch die häufige Auflegung von Zugpflastern keine Besserung herbeiführte, wurden noch drei andere Ärzte berufen; von allen wurde jedoch die vorausgegangene Behandlung gebilligt und nur noch eine Wiederholung des Aderlasses angeordnet. Da sich der Herzog darauf wiederum etwas gekräftigter fühlte, schrieb er eigenhändig ein Gelübde nieder, das er nach seiner Wiederherstellung als Genosse der Marianischen Kongregation einlösen wollte. Am 12. März

wurden auf Befehl des Papstes in allen Pfarrkirchen Roms Andachtsübungen veranstaltet, um die Genesung des bayerischen Prinzen zu erflehen; vom Jesuitengeneral wurden hundert Messen und hundert Rosenkränze angeordnet; in der deutschen Nationalkirche dell' Anima und in der Kirche SS. Apostoli blieb Tag und Nacht das Allerheiligste ausgesetzt; an das Lager des Kranken wurden die Reliquien des hl. Ignatius und des hl. Franziscus Xaverius getragen, ihm selbst Gewandstücke des hl. Philippus Neri angelegt. Es fehlte auch nicht an sorgfältiger Pflege; der junge Graf Fugger, zu dem der Herzog immer „singulares Vertrauen" bezeigt hatte, wich nicht von dem Kranken; auch Herzog Klemens ließ sich durch die Ansteckungsgefahr nicht abhalten, den Bruder häufig zu besuchen.

Am 12. März erschienen auf Brust und Armen neue Flecken, was von den Ärzten als günstiges Zeichen gedeutet wurde. Da gerade die Kardinäle Colonna und Busoni gekommen waren, um Erkundigung einzuziehen, ging Baron Schurff vor das Haus, um ihnen die erfreuliche Nachricht zu bringen. Als er zurückkehrte, sah er — „ich habe vermeint, in die Erde hineinzusinken!" — durch die geöffnete Thüre, daß im Zimmer Alles niedergekniet war, „um dem Sterbenden die Seele auszusegnen." Unerwartet war — wie die Sektion ergab, in Folge eines Schlaganfalls — die ungünstige Wendung eingetreten. „Mit den Worten: Christe Jesu, erbarme Dich meiner! nahm der Herzog suaviter und gottfertig einen wahrhaft christlichen und, wie fast zu vermuthen, von Ihro selbst vorher vermutheten Abschied von dieser Welt."

Der jähe Todesfall rief am kaiserlichen Hofe Zweifel wach, ob nicht ein Verschulden der Ärzte oder eine andere unaufgeklärte Ursache vorliege. Von kurfürstlicher Seite wurde dieser Vermutung widersprochen. „Von Unsres Sohnes Krankheit und erfolgten Todtfahl", schrieb Max Emanuel an seine Gesandten in Wien, „sind Wür vollkommentlich informirt. Die Haubtursach müssen Wür dem Göttlichen Willen zuschreiben, maßen all erdenkhlich menschliche mittel zu seiner genesung angewendtet worden, der zue-

standt niemahlen gefährlich geschienen, und die Fleckhen kheineswegs die sogenante Kindtsblattern, sondern sich solche gezaigt, die an ihme schon öfters und vast jährlichen ausgeworffen worden; er ist aber nit an selbigen, sondern an der wahren apoplexi verstorben, so Wür aus seinen ursachen nit offentlich melten wollen und Ihr noch alzeit in geheimb zu halten habt." Bei der Sektion ergab sich „nichts anders als zu viel Geblüth, daß alle Adern ganz aufgeschwollen gewesen."

In Rom wurde das Ableben des wohlbekannten, jungen Deutschen aufrichtig betrauert. Den ganzen Tag über war das Haus Scarlatti's von Volksmassen, die ihrer Teilnahme durch lautes Klagen Ausdruck gaben, umlagert. „Vom Leidwesen Seiner Heiligkeit gaben ihre häufigen Thränen Zeugnuß." Trotz des Widerstrebens des bayerischen Botschafters ordnete Papst Klemens an, den Herzog mit den nämlichen Ehren, wie sie einige Jahre vorher dem in Rom verstorbenen Sohne Johannes Sobieski's, Alexander, erwiesen worden waren, zu bestatten. Als Scarlatti an das Incognito erinnerte, wurde erwidert, „der Stand von incognito seye bey dem Herrn Grafen von Wasserburg expiriret und ein Churbayrischer Prinz gestorben." Demgemäß bewegte sich am 14. März vormittags ein stattlicher Trauerzug vom bayerischen Quartier bis zu der eine halbe Stunde entfernten Karmelitenkirche S. Maria della Vittoria, „wohin Kurfürst Maximilian der Erste das mirakulose Frauenbild, dem er die Ehre der Prager Schlacht zugeschrieben, geschenkt hatte." Voran schritten die Geistlichen der Kirche Apostoli, der Pfarrkirche des bayerischen Quartiers, dann folgte die Marianische Sodalität, deren Mitglied der Verstorbene gewesen war. Die in den weiß-blauen Habit der Bruderschaft gekleidete Leiche wurde von zwölf Gugelmännern getragen. Zur Seite schritten vier bayerische Kammerherren, sowie Abbé Scarlatti und Cavaliere Romis, der Ehrenkavalier der Fürstin Casimira Sobieska. Dann folgten vier Kammerdiener mit bayerischen Fähnlein, hinter ihnen in langer Reihe Edelleute und Prälaten, darunter ein Vertreter des Papstes. Als der Leichenzug am Quirinal vorüber kam,

gab Seine Heiligkeit von einem geöffneten Fenster herab den Segen. Der Trauergottesdienst wurde von dem Günstling des Papstes, Monsignore Batelli, abgehalten; vier andere Bischöfe leisteten Beistand; die päpstliche Kapelle sang das Requiem. Sodann wurde die Leiche, nachdem eine über den Todesfall aufgenommene Urkunde vom Notar verlesen worden war, „zwei Stiegen tief" in einer Gruft niedergelegt.

Eine römische Zeitung „Diario ordinario" widmete dem Verstorbenen einen freundlichen Nachruf. Von allen, welche ihm im Leben näher getreten seien, werde ebenso die seltene Begabung, wie der heitere Sinn des Jünglings gerühmt; es sei als ein Unglück für die Kirche zu betrachten, daß der Tod, der — nach Horaz — ‚aequo pulsat pede pauperum tabernas regumque turres', dem hoffnungsvollen jungen Deutschen in der Fremde ein so frühes Grab geschaufelt habe.

Am 18. März nachmittags fuhr der Paderbornische Kavalier Baron Brenck mit vier lustig blasenden Postillons in den Hof der kurfürstlichen Residenz zu München ein; er war der Träger froher Botschaft: Herzog Philipp war am 14. März einstimmig zum Bischof von Paderborn gewählt worden. Noch in der nämlichen Stunde kam jedoch auch ein Eilbote aus Rom mit der Nachricht, daß Philipp nicht mehr unter den Lebenden weile.

„Ihr mögt selbst glauben", schrieb Max Emanuel an Törring, „wie tief diese göttliche Verhängnuß uns zu Herzen dringet." Nur ein Trost sei geblieben: Seine Heiligkeit habe sich sofort bereit erklärt, die Wählbarkeit für beide Hochstifte auf Herzog Klemens zu übertragen. Demnach sei es wohl am Platze, daß auch der Kaiser dem ohnehin für den geistlichen Stand geeigneteren Bruder des Verstorbenen zu den erledigten hohen Würden verhelfe. „Um so mehr, als durch disen Todtfahl ohne das die Glossen, die von denen Ministren Euch, als ob Wür alle Stüfter appetirten, öfters gemacht worden, gefahlen seind, weillen Uns nur noch ein einiger Sohn übrig, mit dem Wür auf geistliche Würden antragen köndten, darüber Wür gegen euch Uns nechstens eröffnen werden."

Am kaiserlichen Hofe bestand ebensowenig wie früher Geneigtheit, die bayerische Bewerbung zu unterstützen, doch zu ernstlichem Widerstand fehlte schon die Zeit.

Am 21. März wurde Herzog Philipp auch in Münster einstimmig zum Bischof gewählt. Als unmittelbar darauf die Todesnachricht eintraf, beschloß das Kapitel, ohne weiteren Aufschub noch vor Ablauf der Woche zu einer neuen Wahl zu schreiten; dazu bewog insbesondere die Rücksicht auf die für das deutsche Reich geltende Bestimmung, daß die Verleihung eines Bischofssitzes, der drei Monate nach Ableben des letzten Inhabers noch unbesetzt wäre, dem Papst zustehen sollte. Deshalb wurde schon am 26. März in Münster, am 27. in Paderborn zur neuen Wahl geschritten; sie fiel hier wie dort einstimmig auf Herzog Klemens. Die rasche und glückliche Abwicklung des Wahlgeschäfts wurde insbesondere durch die eifrigen Bemühungen des Kurfürsten von der Pfalz ermöglicht. Klemens selbst erklärte in seinem Dankschreiben, es sei ihm wohlbekannt, daß er seine Erhöhung nur dem glaubenseifrigen Vetter zu danken habe. „Ist verwunderlich", schrieb Max Emanuel an Törring am 3. April, „und wohl pro omine zu nemen, daß die Wahl zu Münster am Tag des heiligen Ludgeri, ersten Bischove daselbst, die Baderbornische aber am tag Roberti, canonisierten selbigen Stüfts Bischoven, eingetroffen; alle Berichte geben von beiden Orthen eine ungemeine freud und frohlocken der Stände und Unterthanen mit denen Specialexpressionen, daß auch die ärmesten Insässen, welche ihr Brod samblen miessen, ihre herbergen illuminiert haben, dergleichen Jubel- und Freudenzeichen nit gedenckht werden sollen."

Am 23. April 1720 hielt der neue Fürstbischof Klemens August in Paderborn festlichen Einzug.

XII.

# Festrede zum Gedächtnis Kaiser Wilhelms I.

**Gehalten in einer Bürgerversammlung im Münchner Löwenbräukeller am 22. März 1897.**

Der heutige Tag schenkt uns des Lebens höchstes Gut: Freude! sie leuchtet mir aus aller Blicken entgegen, sie erfüllt mein Gemüt, wie das Ihre, und zwar der Freuden lauterste und und schönste: die Freude am Vaterland!

Schmerzlich ist es, im Unglück sich an die Tage des Glücks zu erinnern, doch ebenso wohlthuend wie weise, am sonnigen Ziel an die trüben Anfänge, die Zeit der Prüfungen, die Augenblicke der Entmutigung, der Verzweiflung zurückzudenken.

Wie stolz flattern heute die deutschen Fahnen und unser Landesbanner zu unsern Häupten! Versetzen wir uns hundert Jahre zurück! Unser Bayern war damals eine Handelsware, das Reich nur noch das Gespenst der einst gewaltigen Germania, das deutsche Volk durch die Eifersucht der Stämme wie durch eine charakterlose Politik zerklüftet, auch die Mehrheit der Patrioten verzweifelnd, stumpf in ihr kleinbürgerliches Los ergeben! Denken Sie an dieses alte Deutschland zurück, und Ihr Herz wallt wie das meine über von Dankbarkeit für die Männer, die im Unglück voll stolzen Vertrauens, in der allgemeinen Ohnmacht festen Willens die Wende vorbereitet, das deutsche Volk aus Nacht zum Licht geführt haben. Sie tragen Namen von edelstem Klang, es sind Leute von verschiedenstem Beruf, kühne Strategen, stille Gelehrte, feurige Dichter, weitsehende Staatsbeamte, weise und wohlwollende

Fürsten, doch ein ganzer Mann jeder in seinem Wirkungskreise. Sie alle haben mitgewirkt an der großen Aufgabe und schweren Arbeit, am Neubau unsres Reiches.

Das höchste Verdienst aber hat er, dessen 100. Geburtstag wir heute feiern. Stark und still, schlicht und groß: Wilhelmus, der ritterliche Held! Er gebot nicht über zündenden Witz oder lodernde Phantasie, aber er besaß nüchternes Urteil und hellen Blick, redlichen Charakter und Herzensgüte. Er hat als einer der ersten den rechten Kurs gefunden, er hat die Männer, die der ungeheuren Aufgabe gewachsen waren, erkannt, als seine Helfer gerufen, als seine Räte gehört, als seine Freunde geschätzt. Eben weil er in seinem persönlichen Auftreten so bescheiden, eben weil er so ruhig und maßvoll war, gelang ihm das schwere Werk. Sein sittlicher Ernst, seine Strenge gegen sich, seine Selbstlosigkeit gewannen ihm das Vertrauen der Fürsten, wie der Völker. Wilhelm I. war kein Meteor, und doch überraschte sein Glanz schließlich alle Welt, ein neuer Stern, von dem bis dahin nur die Kundigen gewußt.

„Gold muß gereinigt, ein Edelstein geschliffen, ein Herz geläutert werden." Obwohl als Königssohn geboren, hat Wilhelm die Kümmernisse und Bitternisse menschlichen Lebens frühzeitig gekostet. Sicherlich war der Knabe vom Ruhm seiner Ahnen, vom Adlerflug des preußischen Volkes mit Stolz erfüllt, aber noch als Knabe sah er das Werk des großen Friedrich zertrümmert, den Adler flügellahm und im Staube. Er war reif genug, um den vernichtenden Schlag: Jena und Auerstädt! mitzufühlen.

Das Schicksal der preußischen Monarchie schien entschieden. Von Stadt zu Stadt mußte die königliche Familie fliehen, — die Wege sind verschneit, es heult der Wintersturm, die Wogen der Ostsee schlagen über das Ufer und umtoben das Gefährt — so ging die Fahrt nach Memel, das allein im weiten Reiche vorläufig noch Sicherheit bot.

Doch die Mutter der flüchtigen Prinzen war Luise, die edle Königin Luise. Lieblich, bezaubernd im Glück, wurde sie erhaben in den Tagen der Prüfung und Not; sie wurde die Stütze des

Gatten, der Hort der Getreuen. Nicht wie Jeanne d'Arc zog sie selbst mit in die Männerschlacht, ihre Wehr und Waffen waren die Tugenden einer echt deutschen Frau: heiliger Zorn über das Unrecht, Seelengröße im Leid, Zuversicht auf die Unzerstörbarkeit und den Sieg des Rechts. Sie sah auch das Gold unter den Schlacken der Not und der Schmerzen. „Wären meine Kinder“, schreibt sie, „im Schoße des Überflusses und der Bequemlichkeit groß geworden, so würden sie meinen, das müsse so sein; daß es aber anders kommen kann, sehen sie jetzt an dem ernsten Angesicht ihres Vaters und an der Wehmut und den Thränen der Mutter!“ Nach dem Frieden von Tilsit, der den preußischen Staat auf den Umfang des alten Kurbrandenburgs herabdrückte, wurde die Königin der gute Genius der patriotischen Reformpartei, der Stein, Scharnhorst, Gneisenau und all derjenigen, welche nichts von der „Freundschaft“ des Siegers, alles von eigener Kraft erhofften. Doch über allen den Bestrebungen für den Aufschwung des sittlichen und staatlichen Lebens in Preußen vergaß sie niemals ihre erste Pflicht, die Sorge um ihre Familie. Dem frühreifen, aufgeweckten Erstgeborenen, Friedrich Wilhelm, wie dem stilleren, fleißigen, ordnungsliebenden Wilhelm war sie eine zärtliche, aber zugleich einsichtsvolle Mutter. „Unser Sohn Wilhelm wird“, schrieb sie kurz vor ihrem Tode im Juli 1810 an ihren Vater, „wenn mich nicht alles trügt, wie sein Vater, einfach, bieder und verständig.“

Wunderbare Fügung! Der „einfache, biedere und verständige“ Wilhelm sollte der Gründer des neuen Deutschen Kaiserreiches werden, nachdem der ältere, durchaus romantisch angelegte Bruder die Kaiserkrone, die ihm allerdings nur von einem Parlament angeboten wurde, ausgeschlagen hatte.

Und doch nicht wunderbar! Aus den von Oncken veröffentlichten Briefen Wilhelms wird es klar: Nicht die Kaiserkrone, sondern die alte Macht und Herrlichkeit der deutschen Nation war der Traum der beiden Prinzen. Dem Romantiker genügte der Traum, Wilhelm, der nie den realen Boden verließ, machte den Traum zur Wirklichkeit!

Aber die Mutter hatte den Keim gelegt. Sie sprach von einem einheitlichen, freien Deutschland, als den meisten der bloße Name ein Ärgernis war. Auch sie, wie Stein und Gneisenau, verlor über dem Wiederaufbau Preußens niemals die Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich aus den Augen.

Kaum daß die Kinderzeit vorüber war, warf sich Prinz Wilhelm mit Feuereifer auf militärische Studien. Noch oblag er dem Unterricht in Waffenlehre und Kriegskunst, als der Freiheitskampf ausbrach. Das Volk stand auf, — da litt es den Jüngling nicht mehr im Vaterhause. Lange sträubte sich der König, auch den damals schwächlichen, zweiten Sohn ins Feld ziehen zu lassen, doch als Prinz Wilhelm erklärte, dann wolle er auch auf sein Offizierspatent verzichten, gab Friedrich Wilhelm nach. Am 31. Dezember 1813 erhielt der jüngste Offizier der preußischen Armee im Gefecht bei Mannheim die Feuertaufe; ein kühner Ordonnanzritt bei Bar sur Aube brachte ihm das Eiserne Kreuz.

Vom Felde heimgekehrt, bereitete er sich für die Konfirmation vor. Aus diesem Anlaß zeichnete er die Grundsätze auf, nach welchen er fortan sein Leben einrichten wolle; sie zeigen, wie die erziehenden Einflüsse des Hauses und die Schule des Lebens, die erhebenden Beispiele von Thatkraft und Treue seiner Waffengefährten auf ihn eingewirkt hatten. Im Mittelpunkt der Pflichten steht für ihn Gottergebenheit, doch damit hängt innig zusammen die ernsteste Auffassung des Fürstenberufes. Wer an die Spitze gestellt ist, muß jeden Augenblick daran denken, daß er selbst das beste Beispiel gebe; die Gesetze sind bindend für die Fürsten wie für die Völker; nur wer demütig und bescheiden, verdient die Erhöhung. „Ich achte es viel höher, geliebt zu sein, als gefürchtet zu werden oder bloß ein fürstliches Ansehen zu haben.“ Und was der Jüngling gelobt, das hat der Mann, der Greis gehalten; unter allen Anfechtungen und Stürmen wurde seine Gottergebenheit ebensowenig erschüttert wie seine Gerechtigkeits- und Menschenliebe. Ja, er nahm die Königskrone vom Tische des Herrn, er fühlte sich König von Gottes Gnaden; doch wie alles in ihm echt war,

hegte er auch echte Gottesfurcht und trug deshalb das Diadem in Demut, immer bereit, auf Glanz und Schimmer zu verzichten. Von ihm gilt das Wort Jean Pauls: „Der Ruhm und Ruf eines Fürsten beruht nicht auf einzelnen, fälligen Thatsachen, die so leicht zu erschüttern, zu verdecken und zu erdichten sind, sondern auf dem unwandelbaren, unverhehlbaren Geiste, der durch ein ganzes Leben zieht."

Die lange Friedenszeit verführte den Prinzen nicht zu einem unthätigen Genußleben; dem widerstrebten seine ernste, sittliche Natur und sein praktischer Sinn. Vor allem beschäftigte ihn das Heerwesen. Er war Offizier mit Leib und Seele, er war von der Überzeugung beseelt, daß die Bedeutung eines Staates in erster Linie von der Bedeutung seiner Heeresmacht abhänge und daß es deshalb die erste Pflicht des Königshauses, immer dafür Sorge zu tragen, daß das Schild blank und das Schwert scharf bleibe. Im Waffendienste war für ihn nichts zu klein oder zu kleinlich; nur Kurzsichtige konnten spotten über die Gewissenhaftigkeit, womit in Preußen über jede Einzelheit der Ausrüstung und der Übungen gewacht wurde.

Dabei hatte Prinz Wilhelm ein offenes Auge für die Politik. Er war kein Freund der Metternich'schen Reaktion, aber noch weniger ein Bewunderer des westmächtlichen Liberalismus, der lange Zeit für den Kanon aller Staatsweisheit auch von den gebildeten Deutschen angesehen wurde. Der preußische Prinz war unter Männern aufgewachsen, die im Widerspruch mit den französischen Ideen an der fürstlichen Allgewalt festhielten, doch die Erschütterungen des Jahrhunderts lehrten, daß sich die absolutistische Staatsform ausgelebt habe, daß den Völkern die Teilnahme an der Regierung nicht mehr verweigert werden könne. Dieser Wechsel der Auffassung vollzog sich auch im Ideengange des Prinzen von Preußen; die großen, intellektuellen Umwandlungen und Umwertungen des Jahrhunderts blieben auf ihn nicht ohne Einfluß. Wie wenig er der starre Reaktionär war, den die Menge in ihm sah, beweist z. B. die Thatsache, daß er den Major v. Roon, seinen

späteren treuen Minister und Waffengefährten, nur deshalb nicht zum Erzieher seines Sohnes annehmen wollte, weil dieser für das praktische Leben erzogen und mit den neuen Ideen vertraut gemacht werden sollte. Roon weigerte sich, darauf einzugehen. Dann bedaure er, antwortete Prinz Wilhelm, er habe geglaubt, ein so gescheiter Offizier werde sich, wie alle, ins Unvermeidliche fügen, wie schwer auch solche Nachgiebigkeit werden möge.

Doch weil der Prinz lieber mit seinen Kameraden als mit den fortschrittlichen Helden des Tages verkehrte, weil ihm die Phrase fremd war, und zwar gesetzliche Freiheit und Ordnung, aber nicht zügellose Herrschaft der Massen annehmbar erschien, war er im tollen Jahre 1848 der bestgehaßte Mann im Königreich. Ohne Grund, wie längst erwiesen ist, wurde auf den Prinzen die Schuld an dem in den Märztagen vergossenen Bürgerblut geladen; der Hochverräter am Volke sollte von der Thronfolge ausgeschlossen, auf seinen Kopf ein Preis gesetzt werden. Der Abgeordnete v. Vincke riet dem Prinzen zur Flucht nach England, der König stimmte zu. Als Mann von altpreußischem Schrot und Korn schätzte sich der Verbannte sogar glücklich, daß er an dem würdelosen, theatralischen, mit schwarz-rot-goldenem Flitter aufgeputzten Umzug seines königlichen Bruders nicht teilnehmen mußte: von solcher Wiederherstellung des heiligen römischen Reiches wollte er nichts wissen. „Es ist schmerzlich, verkannt zu werden," sagte er nach seiner Rückkehr im Mai in Wesel zum Offizierskorps, „ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen, und er ist angebrochen! Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie, dagegen werde ich auch jetzt mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf." Ernst und würdevoll, mutig, aber ohne Aufdringlichkeit trat er in Berlin auf; ohne Groll fügte er sich in den Umschwung der Verhältnisse, ohne seine Grundsätze zu opfern. „Die konstitutionelle Monarchie", erklärte er am 8. Juni in der preußischen Nationalversammlung, „ist die Regierungsform, welcher ich fortan mit der Treue und Gewissenhaftigkeit, wie sie das Vaterland von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu-

erwarten berechtigt ist, dienen werde.“ Das war das Wort eines Mannes, der sich die Ereignisse nicht über den Kopf wachsen läßt, aber aus ihnen zu lernen und das Zukunftskräftige zu entnehmen weiß. „Wohl wenig Menschen“, schrieb er 1877 an den Historiker Ranke, „haben die Wechselwirkungen des Geschickes in bestimmten Momenten des Lebens so verstehen gelernt, wie ich!“ Das Gelübde des Prinzen wurde von der Versammlung kühl aufgenommen; ihm selbst aber konnte unmöglich wohl sein unter Männern, die den Quell alles sozialen Übels im preußischen Heerwesen sahen; er zog sich so bald wie möglich nach seinem Schloß Babelsberg zurück.

Aus diesem stillen Asyl riß ihn der Aufstand in Süddeutschland; als Befehlshaber der preußischen Hilfstruppen dämpfte er rasch die Unruhen in der Pfalz und in Baden. Je mehr er sich überzeugen mußte, daß von diesen Hitzköpfen und Spektakelmachern, die das deutsche Vaterland immer im Munde und das liebe Ich im Sinne hatten, nicht die ersehnte Umgestaltung Deutschlands ausgehen könne, desto entschiedener machte er sich mit dem Gedanken vertraut, daß die Einigung nur vom preußischen Staate ausgehen dürfe. An die Spitze einer Denkschrift vom 19. Mai 1850 stellt er den Satz: „Preußens geschichtliche Entwickelung deutet darauf hin, daß es berufen ist, einst an die Spitze Deutschlands zu treten!“ Ja, auch darüber war er sich schon klar, daß diese Unionspolitik Preußens einen Zweikampf mit Oesterreich zur Folge haben müsse; um so dringlicher sei es geboten, daß sich an Preußens Schwert kein Rost anlege. „Freiheit und Bildung sind herrliche Güter, aber die Einheit bringt uns nur das Heer!“

Diese klare Erkenntnis des Wichtigsten, diese weise Beschränkung auf das positiv Erreichbare hat Niemand an Wilhelm I. so hoch geschätzt, als Treitschke. Es gehört zu meinen teuersten Erinnerungen, daß mir der große Geschichtschreiber nicht lange vor seinem Tode eingehend darlegte, wie er in den nächsten Bänden seiner deutschen Geschichte vor allem beweisen wolle, daß Kaiser Wilhelm selbst an

der Entwickelung der deutschen Verhältnisse von jeher viel wichtigeren Anteil gehabt habe, als gewöhnlich angenommen werde; Wilhelm habe mit seinem klaren Auge zuerst erkannt, was Not thue, und sodann immer stramm, männlich und ritterlich das Notwendige durchgeführt.

Daß es zwischen dem Romantiker auf dem preußischen Throne und dem Manne, der sich mit Vorliebe den ersten Offizier des Königreichs nannte, zu Reibungen kam, war natürlich. Es berührte den Prinzen besonders schmerzlich, daß bei der Mobilmachung gelegentlich der Schweizer Irrungen auf seine Dienste verzichtet wurde. „Doch wozu," schreibt er, „gäbe es eine aufrichtig christliche Weltanschauung, wenn man solchen Verstimmungen unterliegen würde?" Aus dem Tagebuch des geistvollen Theodor von Bernhardi ist zu ersehen, welcher Gegensatz damals bestand zwischen dem Prinzen von Preußen, der „viel von seinem Vater hat, vor allem die Vorliebe für das Soldatenwesen", der „die schlichten, hausbackenen Naturen liebt" und trotz mancher Zugeständnisse im allgemeinen „doch noch auf dem patriarchalischen Standpunkte der alten Zeit steht", und der nicht minder patriotischen, aber alles Heil von englischem Parlamentarismus erhoffenden jüngeren Generation, dem Herzog von Coburg und seinen Leuten. Um wie viel schöner konnten diese Bernhardi, Duncker, Mathy u. s. w. von providentiellem Berufe und nationalen Pflichten Preußens reden, als Prinz Wilhelm, und doch sollte nicht von diesem genialen Kreise die Einigung Deutschlands ausgehen; nicht Reinhardsbrunn, sondern Potsdam sollte das Bethlehem der deutschen Einheit werden.

Nicht bloß in Wilhelms Laufbahn, sondern im deutschen Entwickelungsgang war es ein wichtiger Wendepunkt, daß infolge der Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. dem Bruder 1857 die Regentschaft übertragen wurde. Als Bernhardi zum ersten Male den neuen Regenten sprach, war er erstaunt über die Frische und Festigkeit des Sechzigjährigen, aber man kann aus seiner Schilderung unschwer den Unmut über die „altfränkischen" Theorien des Regenten heraushören. Während die liberale Partei stürmisch den Sturz des

reaktionären Ministeriums Manteuffel verlangte, ließ es Prinz Wilhelm nicht zweifelhaft, daß er im Königtum etwas anderes sehe, als das Präsidium einer Nationalversammlung, daß er zwar gegen die Bedürfnisse und Forderungen der Neuzeit nicht unvernünftig ankämpfe, aber die Unumschränktheit des Königtums nicht aufgebe, um dafür nur die Souveränetät des Volkswillens einzutauschen. Da werde es schwer sein, meinte Bernhardi, Preußen die Sympathien der aufgeklärten Politiker zu erhalten.

Der geistreiche Bernhardi würde vermutlich gelächelt haben, wenn ihm damals jemand gesagt hätte, daß eine andere Unterredung, die der Prinz von Preußen bald darauf mit einem preußischen Offizier in Babelsberg hatte, von weit wichtigerer, ja von entscheidender Bedeutung für die Neugestaltung Deutschlands sein werde. Am 25. Juni stand General v. Roon vor seinem Landesherrn und entwickelte ihm rein sachlich, doch mit der Wärme der Ueberzeugung die Notwendigkeit einer Heeresreform, wodurch die allgemeine Wehrpflicht erst zur Wahrheit werde. Die Streitbarkeit müsse gesteigert werden, wenn Preußen seine Stellung unter den Großmächten behaupten und seinem deutschen Beruf nachkommen wolle.

Das war der rechte Mann für den Sohn Luisens, aber vorerst war noch kein Raum für ihn, denn nach der endgiltigen Übernahme der Regentschaft im Oktober 1858 hielt Wilhelm ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung für geboten. Das Ministerium Manteuffel wurde entlassen, die Häupter der altliberalen Partei, Schwerin, Auerswald &c., traten an die Spitze. Die liberale Partei begrüßte das ministerielle Programm mit Jubel, trotzdem unter den Bedürfnissen auch eine bedeutende Verstärkung der Armee aufgezählt war. Auch die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit Prinzessin Viktoria von England war ein Zugeständnis an die coburgische Partei.

Doch das neue Kabinet war in seinen Absichten und Maßnahmen von vornherein unentschieden und farblos, ein Beweis, daß der Regent selbst kein volles Vertrauen zu seinen Kronräten hegte. Als der Krieg zwischen Frankreich und Österreich ausbrach

und auch in Preußen mobil gemacht wurde, traten die Mängel der Heeresverfassung offen zu Tage, und nun wurden nicht bloß Roons Reformvorschläge endlich angenommen, sondern er selbst wurde zu ihrer Durchführung ins Ministerium berufen. Das war ein Mann von gründlichen Kenntnissen und glänzenden Geistesgaben, von unvergleichlicher Thatkraft und Rührigkeit, vor allem aber ein Charakter! Freilich, der von den Volksvertretern oft beklagte „Zug düsterer Strenge“ ließ ihn nicht jene Volkstümlichkeit gewinnen, welche den Scharnhorst, Blücher, Gneisenau zu teil wurde, — er war, wie York von Wartenburg, „bis ans Herz mit starrem Erz umpanzert“, aber durch seine Geradheit, seinen Kampfesmut, seine nie versagende Opferfreudigkeit zum Reformator des Heeres geboren.

Nun kamen die Tage der Irrungen zwischen dem Fürsten und den berufenen Volksvertretern, mit heftigster Erbitterung machte der doktrinäre Liberalismus gegen die Reorganisation des Heeres Front. Und die gleiche, trübe Leidenschaftlichkeit führte auch in den übrigen deutschen Staaten das Wort, überall entloderten kleinliche Händel, überall trieben die Geister einer in Wahrheit schon überwundenen Kulturepoche ihren Spuk, und die einzige Frucht dieser endlosen Kämpfe war das Mißtrauen aller gegen alle! So kam es, daß die ersten Regierungsjahre jenes Fürsten, der Preußen und Deutschland auf eine ungeahnte Höhe führen sollte, zu den traurigsten Abschnitten der neueren deutschen Geschichte zählen!

Schon damals, schon 1860 richteten sich vieler Gedanken und Hoffnungen auf Otto v. Bismarck, dessen urkräftige Eigenart und ungewöhnliche Begabung immer leuchtender hervortraten im Heere der Diplomaten und Beamten. Vor allem war es, wie wir jetzt erst aus Roons Denkwürdigkeiten erfahren haben, der strenge Waffenmeister Preußens selbst, der unablässig den Monarchen bestürmte, seinen Freund, dessen politische Anschauungen völlig mit den seinen übereinstimmten, als Retter in den politischen Nöten ins Kabinet zu berufen. Auch erst seit der Veröffentlichung von Roons Briefen wissen wir, weshalb Wilhelm sich gegen Bismarck

sträubte; er fürchtete, durch Bismarcks Eintritt ins Ministerium „in eine extrem feudale Richtung fortgerissen zu werden.“ So war die Furcht vor Einseitigkeit in Wilhelm allzeit lebendig; sie wurde mit Unrecht nicht selten als Unschlüssigkeit, ja wohl gar als Zweideutigkeit ausgelegt. Als Napoleon III. nach Berlin kam, wurde er vom damaligen König Friedrich Wilhelm IV. mit auffälliger Geringschätzung behandelt. Nicht so vom Prinzen Wilhelm, der mit dem Gaste eingehend die europäische Lage besprach. Das erregte in den Hofkreisen Befremden. Napoleon selbst sprach damals vom Prinzen mit größtem Respekt. „Das ist ein Mann, der weiß, was er will, mit ihm kommt man rasch ans Ziel.“ Als Prinz Wilhelm in Baden-Baden mit Graf Cavour verkehrte, zischelte man am Hofe von der Liebäugelei Seiner Königlichen Hoheit mit der Demokratie. Aus Roons Munde wissen wir, daß der eigene Bruder, Prinz Karl, den Regenten „Prinz Egalité“ zu nennen pflegte.

Der Tod Friedrich Wilhelms IV. am 2. Januar 1861 brachte dem schon Hochbetagten die Krone. Wenige Wochen später hatte der König die Freude, vor dem Denkmal Friedrichs des Großen, auf das er vom Eckfenster seines bescheidenen Palastes blicken konnte, die Fahnen und Standarten von 154 neuen Bataillonen und Schwadronen flattern zu sehen. „Die Militärorganisation“, erklärte er mit berechtigtem Selbstgefühl, „ist mein eigenstes Werk und mein Stolz, ich habe daran gearbeitet nach meiner Erfahrung und pflichtmäßigen Überzeugung, ich werde fest daran halten mit aller Energie.“ Die Kämpfe um die Armeereform waren denn auch noch nicht beendigt. Der fortgesetzte Widerstand erbitterte den König immer mehr gegen den Parlamentarismus; seine Minister verlangten Respekt vor dem Willen der Mehrheit, seine militärische Umgebung sah in jedem Zugeständnis eine Entwürdigung der Krone.

Diese Zerwürfnisse verstimmten, verwirrten, lähmten den König. Als es bei den Neuwahlen wieder nicht gelang, eine regierungsfreundliche Kammermehrheit zu finden, entschloß sich Wil-

helm, seinen eigenen Weg zu gehen. Seit kurzem war Bismarck Gesandter in Paris. Im Juli 1862 hatte Wilhelm mit ihm in Baden-Baden eine Unterredung. Beim Abschied überreichte Bismarck eine Denkschrift über die deutsche Frage.

Unser Kaiser Wilhelm hatte niemals Ähnlichkeit weder mit dem König Philipp der Geschichte noch mit dem Philipp Schillers, und Bismarck war stets ein Realpolitiker, kein Marquis Posa. Doch den Eindruck jener denkwürdigen Unterredung hätte Wilhelm sicherlich in die Worte des Dichters fassen können:

„Anders,
. . . . . . als sonst in Menschenköpfen
Malt sich in diesem Kopf die Welt!“

In der legitimistischen Auffassung der inneren Verhältnisse begegneten sich ja beide, auch in den Gedanken über Richtschnur und Endziel der deutschen Politik. „Unsere Politik“, hatte Bismarck schon 1853 an Gerlach geschrieben, „hat keinen anderen Exerzierplatz, als Deutschland. Preußens Zukunft liegt in Deutschland, Deutschlands Zukunft in Preußen.“ Das war auch Wilhelms Programm seit langen Jahren.

Dennoch — der König hatte Wahrheit hören wollen,

„Und hier fand er noch etwas mehr!“

Den milden, rücksichtsvollen Monarchen gruselte noch vor diesem Recken, der auch in politischen Fragen mit der Strammheit des Soldaten und der unerbittlichen Konsequenz eines Strategen vorging.

Doch bald ließ die Not alle Bedenken schwinden. Am 23. September 1862 stand Roon wieder in Schloß Babelsberg vor dem König, und Herr und Diener klagten über die gehässigen, leichtfertigen Angriffe der Opposition und die laue Abwehr des Geschäftsministeriums von der Heydt.

„Berufen Ew. Majestät Bismarck!“ rief Roon.

„Er wird nicht wollen, er ist auch nicht da, es kann mit ihm nichts besprochen werden!“

„Er ist hier, und sobald Ew. Majestät ihn ruft, wird er bereitwillig Folge leisten!“

Wenige Tage später war Herr v. Bismarck-Schönhausen Ministerpräsident. Es beginnt die größte Periode der deutschen Geschichte!

Wieder kam es über die Militärausgaben zu erbittertem Kampfe, doch sehr bald erkannten die Kammerredner, daß dem Kämpfer, der ihnen jetzt gegenüberstand, mit gewöhnlichen Fechtergriffen nicht beizukommen war. Ohne Zweifel glaubten die Volksvertreter das gute Recht für sich zu haben, und die öffentliche Meinung von ganz Deutschland ermutigte sie, und doch — heute ist diese Erkenntnis freilich kein Verdienst! — der König und sein Minister allein waren sich des rechten Weges bewußt: Die Macht der Armee darf nicht erschüttert werden, denn von ihr hängt die Existenz des preußischen Staates ab. Was den Oppositionsmännern und auch den unbeteiligten Zuschauern als ein Streit der Stände, als Streit des Bürgertums gegen das Junkertum erschien, hatte eine viel höhere Bedeutung: Preußens Stellung in Deutschland und Europa war verloren, wenn ihm die realen Machtmittel versagten, wenn es ihm nicht mehr möglich war, sein Schwert in die Wagschale zu werfen. „Verhandlungen ohne Waffen“, sagt Friedrich der Große, „sind Noten ohne Instrumente.“ Damals aber lebte alle Welt dahin, als ob die Aera des ewigen Friedens schon gekommen wäre, als ob alle politischen Händel und Wirren fortan nicht mehr mit Kanonen, sondern mit wohlgefügten Reden geschlichtet werden könnten. Wie wurde damals über den genialsten und seines Zieles bestbewußten Staatsmann des Jahrhunderts geurteilt! Der ihm persönlich wohlgesinnte Bernhardi warf ihm Planlosigkeit vor und tadelte, daß er immer nur aus der Hand in den Mund lebe. Der preußische Gesandte in Brüssel, Savigny, machte sich über die verkehrte auswärtige Politik des Ministeriums lustig. Max Duncker sagte: Bismarck ist ein Spieler, der die Existenz Preußens, die Existenz der Dynastie ohne Bedenken einsetzt! Fürst Anton von Hohenzollern prophezeite dem Verwegenen ein Ende

mit Schrecken. Die liberalen Zeitungen sprachen von Juliordonnanzen, und daß der König gerade jetzt nach Karlsbad gehen wollte, war für sie „doch sehr ominös“. Peinlich auffällig wurde die Vereinsamung Preußens, als sich in Frankfurt unter dem Jubel der Liberalen fast alle deutschen Fürsten zum frommen Werk der Bundesreform um den Kaiser von Österreich sammelten. Das stolze Wort, daß es wider die Würde eines Königs von Preußen sei, an einer Staatshandlung teilzunehmen, die man ohne ihn vorbereitet und vorberaten habe, wurde von den einen bedauert, von den andern verhöhnt, von wenigen verstanden und gebilligt. Heute wissen wir, wie schwer es dem König geworden ist, sich von der Gemeinschaft der deutschen Fürsten zu lösen. Doch er brachte der Staatskunst Bismarcks auch dieses Opfer.

Die Schleswig-Holsteinische Frage zog den König in neue Seelenkämpfe. Mit der Mehrheit des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten wünschte er die Anerkennung der Augustenburgischen Erbfolge, doch Bismarck erklärte, ein Staat wie Preußen dürfe nicht der Gefühlspolitik der Mittelstaaten Vorspann leisten. Wie wir aus Samwers Mitteilungen ersehen, im Widerspruch mit den stürmischen Forderungen des eigenen Sohnes, folgte der König dem Rat, der nicht sein Gemüt, aber die Vernunft befriedigte.

Doch die deutsche Pflicht, Schleswig-Holstein endlich wieder dem großen Vaterland zurückzugeben, erfüllte er mit Mut und Kraft. Beim ersten Kanonenschuß erwachte die alte germanische Kampffreude, und einem tapferen Fürsten blieb der Deutsche auf die Dauer niemals gram. Und als sich der Sieg an die deutschen Fahnen heftete, ward denn doch sehr vielen klar, daß diese Sühnung deutscher Schmach nicht möglich geworden wäre, wenn nicht der preußische König und seine Getreuen so fest auf der Neugestaltung des Heerwesens bestanden hätten. Allein die Rückgabe des befreiten Landes an seinen rechtmäßigen Herrn verlangte die öffentliche Meinung jetzt erst recht. Bismarck dagegen blieb bei seinem Veto, der König schwankte, — er achtete, liebte den Erbprinzen von Augustenburg. Schon klagte Bismarck, daß „das Herz des Königs im

anderen Lager sei", und nach dem vorzeitigen Freudenseufzer eines Liberalen stand der treue Eckart wirklich „auf dem Wipp". Doch alsbald gewann Wilhelm die gewohnte herrliche Ruhe in der Ueberlegung wieder und gab der Logik des Staatsmannes recht und der Mahnung Moltkes, „daß man so großen Gewinn nicht ausschlagen dürfe und im Notfalle mit den Waffen verteidigen müsse." So ward die Jahrhunderte lang umstrittene Nordmark, das norddeutsche Elsaß, mit einem mächtigen Staate verbunden, nur so sein Besitz für Deutschland dauernd gesichert.

Aus dem Streit der Verbündeten und Waffengenossen von 1864 entspann sich ein neuer Krieg, der so furchtbar in seiner Erscheinung war und so furchtbar in seinen Folgen, wie kein anderer in deutscher Geschichte. „Diesem Ministerium keinen Groschen!" rief die Forschrittspartei, und auch die Freunde der Regierung sahen dem Kampfe mit Österreich nicht ohne Bangen entgegen. Die Verantwortung, die der König mit der Annahme der Ratschläge Bismarcks auf sich lud, lastete auf ihm unendlich schwer. Man lese darüber in Roons Denkwürdigkeiten nach. Nicht nur der Herzog von Coburg schilderte in beweglichen Worten die Gefahren, die Schrecken, die Verwerflichkeit eines Bürgerkrieges, auch der Kronprinz bekämpfte die Politik des Kabinetts in unzweideutigster Weise. Die Wochenschrift des Nationalvereins erklärte die Verletzung des Gasteiner Vertrags durch Preußen für ein Verbrechen an Deutschland. Kardinal Melchers, der höchste katholische Würdenträger des Staates, führte drohende Sprache, fast alle öffentlichen Organe gaben dem Ingrimm und der Entrüstung Ausdruck. „Setzen Sie sich in die Lage des Königs," schrieb Roon an Bismarck, „versetzen Sie sich auch, wo möglich, in seine Haut und seine ganze Natur, Denk- und Gefühlsweise, und sagen Sie selbst, ob es zu vermeiden, wenn er bei den in Szene gesetzten Intriguen aus nächster Hand schwankend und zweifelhaft wird."

Doch die Beharrlichkeit Bismarcks siegte wiederum über die bangen Bedenken des Königs; das Bewußtsein seiner Aufgabe

als König von Preußen ließ schließlich begreiflicher Weise auch Wilhelm die Handlungsweise Oesterreichs in dem Lichte sehen, wie sie seit der Einverleibung Schlesiens von allen preußischen Staatsmännern betrachtet wurde. Es mußte einmal abgestimmt werden, welcher von beiden Staaten die Führung zu übernehmen, welcher auszuscheiden habe, und zwar konnte die Lösung dieser Frage nicht am grünen Tisch und nicht bei Schützen- und Turnerfesten erfolgen, die Waffentüchtigkeit mußte entscheiden! „Ich habe mit meinem Gott im Gebet gerungen, um Seinen Willen zu erkennen," schrieb König Wilhelm an Kardinal Melchers, „und nur so habe ich, Schritt vor Schritt, Preußens Ehre im Auge haltend, nach meinem Gewissen gehandelt ... Beten Sie für mich und Preußen, dann begegnen sich unsere Herzen am Throne Gottes, dessen Wille geschieht, wie im Himmel, so auf Erden!"

Es folgten jene bangen Tage der Erwartung, der Unsicherheit, der allgemeinen Aufregung. Wetterschwüle lag auf Handel und Wandel, im Norden wie im Süden waren die Stirnen gefurcht, die Herzen gepreßt! Jeder wußte, daß das nicht ein Krieg der Kabinette, aber auch nicht ein Kampf sich tödlich hassender Brüder, daß das ein Gottesgericht sei, daß ein ungeheures Schicksal bevorstehe.

Und als der Kanonendonner über die böhmischen Felder rollte, da lebte trotz alledem in Preußen der Geist von 1813 wieder auf. Wo Parteiung und Zerrissenheit gewesen war, da machte die Gefahr einig und stark. Die jungen Truppen kämpften mit der Ausdauer abgehärteter Krieger, das Kommando bewies Energie und Sicherheit, wie sie sonst nur Feldherren von langer Kriegserfahrung eigen zu sein pflegen; in den vielen blutigen Schlachten, die in die Spanne Zeit von wenigen Wochen fielen, trat glänzend zu Tage, was Ausbildung und Mannszucht, zweckmäßige Ausrüstung und weise Verteilung der Kräfte zu wirken vermögen. Jetzt hätte sich der König rühmen können: Das ist mein Werk, das ist mein Sieg! Doch nie erwähnte er in seinen kurzen, stolz bescheidenen Siegesberichten seine eigene Person: die Tapferkeit der Truppen, der Scharfblick

der Führer erhalten ihr verdientes Lob, der Sieg ist nur der Gnade des Herrn der Heerschaaren zu danken!

Jetzt erst, seit die in ihrer Schlichtheit ergreifenden Briefe des Königs von den Schlachtfeldern eintrafen, wurde dem preußischen Volke klar, was sein Staat wert war. In der gehobenen Stimmung schämte man sich der Standesvorurteile und des kleinlichen Kastengeistes; gerührt und begeistert blickten nun aller Augen empor zu dem Kriegsherrn, in dem die Kraft und die Tüchtigkeit Preußens verkörpert schienen.

Wir sehen ihn vor uns, wie er erhobenen Hauptes, aber im Auge Thränen, über die Wahlstatt reitet, die Soldaten schwingen Helm und Büchse, stürzen ihm zu Füßen und küssen ihm die Hände, die Musikbanden stimmen das „Heil Dir im Siegerkranz!" an, die ganze Ebene erdröhnt von nimmer endendem Hurra! — „Das sind Augenblicke," schreibt er an Augusta, „die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen!"

Der König sei sehr ruhig und sicher, schrieb Roon nach Hause, aber ihn quäle die Furcht, daß Frankreich sich einmischen und dem Sieger den Siegespreis entreißen werde.

Doch wie sollte Wilhelm nicht „ruhig und sicher" sein, wenn er auf die Männer in seiner Umgebung blickte! Da war Bismarck, an Geistesschärfe, Menschenkenntnis und eiserner Arbeitskraft allen Staatsmännern alten und neuen Stiles überlegen, — da Moltke, der seine Worte auf der Goldwage wägt und doch erklärt: „Ein Krieg mit Frankreich wird uns nicht unvorbereitet treffen!" — da Roon, der die gleiche Zusicherung gibt: „Der Krieg kann, wenn nötig, auch nach zwei Fronten hin geführt werden, 300000 Preußen werden rascher am Rheine stehen als die Franzosen!"

Der Vertrag von Nikolsburg bedeutete die Lösung der deutschen Frage, wie sie Friedrich der Große im Fürstenbund von 1785 geplant und vorbereitet hatte. „Mit Oesterreichs Einfluß in Deutschland ist's zu Ende," schrieb Roon, „Preußen wird eine wirkliche Großmacht, es wird fortan über die gesamten Militärkräfte von Norddeutschland verfügen!" Nach Unterzeichnung der Präliminarien

sprang der König auf und umarmte und küßte die drei Männer, die auf sein Geheiß und in seinem Dienst durch ihre Klugheit, Tapferkeit und Treue den Feind überwunden und die Früchte des Sieges gerettet hatten.

Mit den befreundeten Fürsten wurde der Norddeutsche Bund geschlossen, die Vereinigung der homogenen Elemente war die gesunde Vorbereitung zu weiterer Entwickelung, denn schon war es allen Einsichtigen klar: der Anschluß der süddeutschen Staaten war nur noch eine Frage der Zeit.

In der Erreichung dieses Zieles sah Wilhelm fortan seine erste Aufgabe. „Nur Deutschland,“ sprach er nach der Einverleibung Hannovers, „nur Deutschland soll gewonnen haben, was Preußen erworben hat.“ Und bei Schluß des Norddeutschen Bundestages von 1867 sprach er: „Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerten!“

Doch der würde sich schnöden Undankes schuldig machen, der nur den Ruhm des glücklichen Siegers preisen und des stilleren, um nichts geringeren Verdienstes der Besiegten von 1866 vergessen möchte. Nie sind militärische Mißerfolge mit mehr Würde ertragen, nie ist daraus so nützliche Lehre gezogen worden, wie nach den Tagen von Kissingen und Nikolsburg. Der Sieger bietet die Hand, die Besiegten schlagen herzhaft ein, und mit unermüdlicher Sorgfalt wetteifern beide in strenger Selbsterziehung, hier in Weckung, dort in Erhaltung des Soldatengeistes, der allein ein Reich gründen und schützen kann. Und auch der Bürger entschlug sich der alten Lässigkeit; er rang sich los von der verhimmelten Schablone, er begann, die reellen Faktoren des politischen Lebens höher zu achten, nicht das Erwünschte, sondern das Erreichbare anzustreben, die Einigung nur an der Hand der Thatsachen zu suchen.

Es war der wichtigste Zeitpunkt der geschichtlichen Entwickelung Deutschlands. Um sie zu stören, brach der eifersüchtige Nach-

bar einen Streit vom Zaun, der einen Krieg, blutig, großartig und folgenreich, wie die Weltgeschichte keinen zweiten aufzuweisen hat, nach sich zog.

Preußen befand sich wieder in Verfassungswirren. Bismarck hatte gezeigt, daß er nichts weniger als Junkerpolitik treiben wolle; er verhehlte sich nicht, daß ohne die Liberalen, wie schroff sie ihm auch bisher gegenübergestanden hatten, die deutsche Frage nicht zu lösen sei. Jedes Zugeständnis in dieser Richtung wurde aber von der Rechten mit Entrüstung und Weheruf aufgenommen. Doch der Kanzler blieb den alten Freunden gegenüber so ehern, wie 1863 gegen die Fortschrittler. Und was man nicht für möglich gehalten hatte, der greise König stand auch bei dieser Wendung fest und treu zu dem bewährten Diener. Wie ein Blitz aus heitrem Himmel wirkte die Nachricht: König Wilhelm hat auf dem Hofball Herrn v. Bodelschwingh wegen seiner Umtriebe gegen Bismarck hart angelassen und zuletzt erklärt: „Die konservative Partei will den Staat allein regieren, aber das geht nicht!“ Auch zuverlässigen Patrioten schwindelte es bei dem rücksichtslosen Vorgehen Bismarcks. Der treueste Freund und Kampfgenosse, der Kriegsminister, schrieb am 7. Februar 1870 an Blankenburg: „Wenn unser Herrgott nicht eingreift, so ist keine Hoffnung auf eine gedeihliche Fortentwickelung unserer Verhältnisse; das Steuer ist verloren gegangen oder unbrauchbar geworden, wer weiß, wohin uns die Wogen schaukeln werden?“

Aus dieser schwierigen Lage Bismarcks haben die Gegner die Folgerung gezogen: nicht Frankreich sei der Anstifter des Krieges von 1870 gewesen, sondern der Leiter der preußischen Politik habe den Krieg gebraucht, um sich seiner Feinde im Innern zu erwehren.

Doch auch die schärfste kritische Prüfung der einschlägigen Aktenstücke führt zu keinem anderen Ergebnis, als daß die spanische Königswahl des Prinzen von Hohenzollern vom französischen Kabinet nur als Vorwand gebraucht wurde, um den Sieger von Sadowa zu demütigen und die Deutschen an das Uebergewicht und den Vorrang der französischen Nation zu erinnern.

Noch am 7. Juni 1870 schrieb Bismarck an Roon, er habe einen sechswöchentlichen Urlaub errungen, so lange wenigstens wolle er sich die leidige Politik vom Leibe halten.

Doch mit eins war das Gewitter da! Das „Weltgehirn“ Paris war in nervöse Zuckungen geraten, die Aufregung teilte sich auch den Deutschen mit, und vorbei war's mit der Sommerfrische der deutschen Fürsten und Politiker. Am 15. Juli hatte König Wilhelm, der bis dahin „still und heiter“ in Ems sein Krähnchen getrunken, im Wartesaal des Potsdamer Bahnhofes in Berlin die historische Unterredung mit Bismarck, Roon und Moltke, und schon nach kurzem Gespräch trat der Kronprinz leuchtenden Auges hinaus vor die brausende Menge: „Die Mobilmachung ist befohlen! Gott schütze den König!“

Die Beleidigung des ehrwürdigen Fürsten wurde nicht nur im Norden zornig empfunden, auch Bayerns König teilte das Gefühl, daß damit dem ganzen deutschen Volke ein Schimpf zugefügt sei, für den man gemeinsam Genugthuung fordern müsse.

Gerade auf den „historischen“ Bundesgenossen Bayern hatte man in den Tuilerien mit Sicherheit gerechnet; die Eifersucht zwischen Süd und Nord, so hatte man erwartet, werde eine Verbrüderung nicht gestatten.

Doch König Ludwig schlug gute Zweibrückener Politik ein, gleich seinen Ahnen, die in Preußen ihren natürlichen Bundesgenossen erblickt hatten; ohne Zaudern erklärte er, im Verein mit seinem Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands eintreten zu wollen. Und auch die übrigen Fürsten bewiesen sich als gute Deutsche; Bayern und Schwaben zogen Schulter an Schulter mit Märkern und Pommern über den Rhein.

Es folgten die Tage von Weißenburg und Wörth! „Daß die Bayern,“ schrieb Blankenburg frohlockend an Roon, „unter unseres Kronprinzen Führung den ersten, entscheidenden Schlag mitgethan haben, ist die Lösung der deutschen Frage, die Einheit ist die beste!“

Sedan! Wilhelm auf dem Schlachtfeld von Sedan! Eine

Persönlichkeit, ob sie auch Eines Geistes, aus Einem Gusse sei, bleibt, wie der Intellekt, eine Vielheit. Wilhelm war ein tapferer Soldat und strenggläubiger Christ, ein pflichtbewußter König und mildherziger Mensch, Gatte und Vater! Alle diese Saiten erklangen, als er über die glorreiche, freilich auch blutige Wahlstatt ritt, wo ihn jetzt Preußen und Bayern mit Hurra begrüßten. Ein Wirbel von Empfindungen, nicht alle harmonisch, mußte sich in ihm regen. Das ungeheure Schicksal, die Gefangennahme einer Armee, der Anblick eines Napoleon, der, vor kurzem noch allmächtig, als gebrochener Mann seinen Degen ausliefert und seine Zukunft der Gnade des Siegers anheimstellt! Ereignisse, gewaltiger und wunderbarer, als alle Tragödien der Dichter! Die furchtbare Nemesis drüben und das eigene, unerhörte Glück machten Wilhelm befangen; er erschien seiner Umgebung traurig und verzagt — nur im Gebet erlangte er wieder Frische und Freudigkeit!

Während Paris von den deutschen Heeresabteilungen umklammert wurde, bezog der König Versailles. Wieder ein märchenhaftes Ereignis! In den Prunkhöfen des stolzesten aller französischen Schlösser ertönt der preußische Fahnenmarsch; unter dem Erzbild des Sonnenkönigs verteilt „unser Fritz“ Eiserne Kreuze an die deutschen Soldaten!

Das kluge nil admirari hat seine Grenzen. „Kriegsglück!“ sagt der Mensch fin-de-siècle, der kein Ideal mehr hat, als das Geld, das in den Kasten springt. Ihr Braven, die Ihr damals im Kugelregen gestanden, auch Ihr, die damals noch mit voller Stimme „Die Wacht am Rhein“ gesungen, Ihr wißt es besser: nicht das Lager übermütiger Landsknechte war jenes Versailles, sondern das Kapitol, auf dem ein treues Volk für seine Leiden und Kämpfe endlich den immergrünen Kranz empfing! — —

Nach solchen gemeinsamen Gefahren und Erfolgen war eine Trennung von Nord und Süd nicht mehr denkbar. Ein neues deutsches Reich erstand, und der Held, der Mehrer, der eben jetzt dem deutschen Volke die gesegneten Gelände von Elsaß-Lothringen

zurückgab, trat an seine Spitze. Freilich war's ein anderes Staatsgebilde, als man im Süden und Norden bislang gewünscht und erwartet hatte. Nicht der Sybel'sche „deutsche König" sondern der von Arndt und Goerres geforderte „Kaiser" trat an die erste Stelle.

Die Kaiseridee, im Süden immer volkstümlich, hatte in Preußen wenig Freunde, und am schwersten fiel es dem Neugewählten selbst, sich in die veränderte Stellung zu finden. Als die Kaiserdeputation in Versailles eintraf, beklagte sich Wilhelm mit feuchten Augen bei Roon über die Schwierigkeit des Entschlusses. Unmittelbar vor der Verkündigung war er nahe daran, zu Gunsten seines Sohnes zurückzutreten; „in moroser Emotion," schrieb er an seine Gattin, „teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel zurückgedrängt zu sehen." Doch indem er als freier und ehrlicher Mann dem Gang der Ereignisse nachsann, mußte er sich sagen, daß sein Preußenstolz einer höheren Pflicht sich beugen müsse. Nach solchen Stürmen, solchen Opfern die festlich bewimpelte Galeone verlassen, würde Undank gegen die Getreuen, Undank gegen die Vorsehung sein, deren Walten im Großen und Kleinen seine Zuflucht und sein Trost war. Alsbald wieder der feste, brave Mann', folgte er dem Rufe Ludwigs II. und der übrigen Fürsten und nahm den Titel eines Deutschen Kaisers an. Die Kaiserproklamation in Ludwigs XIV. prunkender Spiegelgalerie, angesichts der Bilder, die Deutschlands Vergewaltigung und Niederlagen verherrlichen, war der Höhepunkt und Schlußgesang dieses Epos ohne gleichen, die Weihestunde in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Die Kaiserkrone ist das Symbol der Zentralgewalt, sonst aber wurde auf keine Weise an das alte Kaisertum des römisch-deutschen Reiches angeknüpft. Die Krone des neuen Reiches, sagt Gustav Freytag, ist und bleibt der Helm! — —

Nun kehrte unsren Fluren der goldene Frieden wieder, doch nur zu bald stellten sich neue schwere, innere Kämpfe ein. Die

kleinen Egoisten kamen wieder zu Wort, die Philister nörgelten, die niemals zufriedenen Massen murrten. „So war's von je in der Welt!“ sagt Freytag, „wo ein Achilles wächst, kriecht auch ein Thersites hervor!“ Es galt, die Ströme neuen Lebens, die das Reich durchrauschten, im Bett einer gesunden Fortentwicklung zu erhalten, — ein schweres Werk, ein unmögliches, wenn nicht der Kanzler in allen Sätteln gerecht, ein so großer Staatsmann, ein immer sachlicher und doch stets interessanter Redner, ein so kluger Diplomat und doch ehrlicher Makler gewesen wäre, ein unmögliches ohne die Bundestreue und den edlen Patriotismus der Fürsten. Seit der Kaiserhuldigung in Versailles wurde die Eintracht der Regierungen unter einander und mit dem Kaiserhause niemals getrübt, — fast ein Menschenalter hindurch herrscht diese Einigkeit, — man nenne mir in deutscher Geschichte aller Zeiten eine Epoche, darin der unsern gleich!

Nicht wie die Hohenstaufen schwärmte unser Kaiser in die Ferne, sondern in Deutschland sah er sein ein und alles. Dieser pflichtgetreue Fürst, hätte man glauben sollen, sei allen teuer. Doch zwei Mal wurde die Welt durch verruchte Anschläge auf das Leben des Greises aufgeschreckt, das deutsche Volk in unbeschreibliche Aufregung und Sorge versetzt! Zwei schwarze Tage der deutschen Geschichte! Hätte der alte Held nicht den Helm getragen, würde er dem Menchelmord zum Opfer gefallen sein. „Ich habe vier Kriege mitgemacht“, schrieb der Leibarzt Langenbeck am 8. Juni 1878 an Roon, „habe viel Schreckliches gesehen, niemals aber einen so schaudervollen, sinnverwirrenden Eindruck gehabt, als beim Anblick des Kaisers, der mit zahllosen Wunden am Kopf, Gesicht, Hals, beiden Armen und Rücken bedeckt und von Blut fast unkenntlich gemacht, sterbend, wie ich zuerst glaubte, vor mir lag!“

Doch das Wunderbare geschah! Der 81jährige Greis erlag nicht den Wunden, nicht der seelischen Erschütterung! Deutschland blieb die Schmach erspart, daß einem so glorreichen Leben durch Mörderhand ein Ziel gesetzt worden wäre. Ja, nicht allein leiblich

genas er, auch das schöne Gleichgewicht der Seele gewann er wieder, keine Verbitterung blieb zurück, nur eine gewisse Schwermut, eine allzu weiche Stimmung bemächtigte sich seiner zuweilen. Die Furcht Vieler für die bürgerliche Freiheit blieb unbegründet. Die Maßregeln der Regierung gegen die Wühlarbeit der Anarchisten und ihre verhängnisvolle Pädagogik bedeutete keine gewaltsame Unterdrückung der sozialen Frage. Dieses höchste Kulturproblem beschäftigte den Kaiser bis an sein Ende. Er ging in seiner Sorge für den Nährstand freiwillig bis zu den Grenzen, die Staat und Gesellschaft ziehen. Wo er verurteilen und strafen mußte, geschah es nicht nach dem Rechte des Stärkeren, sondern nach der ihm eingeborenen Gerechtigkeit.

Und wie dankbar hing er an seinen alten Gefährten und Mitarbeitern! Die Geschichte kennt kein rührenderes Beispiel von Herrschergröße und Mannentreue, als das Verhältnis Wilhelms I. zu seinen Paladinen. Welcher Schmerz, als einer von ihnen, sein Waffenmeister Roon, im Februar 1879 von ihm schied auf immer! Wer könnte ohne tiefe Bewegung vernehmen, mit welcher Zärtlichkeit der selbst kaum vom Krankenbette aufgestandene Kaiser Abschied nahm: „Grüßen Sie die alten Kriegskameraden! Sie finden schon viele!“ Und der alte, treue Diener stirbt mit den Worten: „Mein König! Mein König!“

Welch' ein Greis! Welch' unverwüstliche Lebenskraft! Wir Deutschen sind, weil wir auch einmal etwas bedeuten wollen, die bestgehaßte Nation der Welt, doch auch der Feind mußte dem Ersten der Deutschen Bewunderung und Ehrfurcht zollen, auch der Gehässige an die Friedensliebe und Redlichkeit der deutschen Politik glauben. Wilhelm unterließ aber auch nichts, um ein freundliches Verhältnis zu den Regenten der Nachbarreiche zu erhalten und zu stärken. Aus ethischem Bedürfnis bot er auch, als im katholischen Lager der Wunsch nach Verständigung und Versöhnung die Oberhand gewann, deutschen Handschlag; lieber wollte er der Besiegte scheinen, als länger mit ansehen, daß preußische Unterthanen der Seelsorge entbehrten. So ging sein sehnlichster Wunsch in Erfüllung,

daß ein Friedensbogen sich wölbe über den Bekennern beider Kirchen.

Freilich, welchem Sterblichen wäre je ungetrübtes Glück beschieden gewesen! Im höchsten Greisenalter mußte Wilhelm seinen einzigen, ritterlichen Sohn unrettbar hinsiechen sehen. Nun blickte sein Auge nicht mehr so lebensfreudig in die Welt,

. . . „Nun bin ich alt,
Und all' das Leid bringt mich herab!"

Nur das Gefühl der Pflicht hielt ihn noch aufrecht. Als ihn sein Arzt warnte, einer anstrengenden militärischen Uebung beizuwohnen, erwiderte er: „Ein König von Preußen, der nicht mehr zu seinen Soldaten gehen kann, der ist kein König mehr!" Und wenige Tage vor seinem Tode sträubte er sich noch gegen die ihn beschleichende Müdigkeit: „Ich habe keine Zeit dazu, müde zu sein!"

Sein Tod weckte in allen die Erinnerung, was er für Preußen, für Deutschland gewesen war. Alle vaterlandsliebenden Deutschen riefen ein wehmütiges Vale, senex imperator! nach. Von ihm gilt Rousseaus Wort über Prinz Eugen von Savoyen: „Nie war in einem anderen Manne so viel Einfachheit mit so viel Größe vereinigt!"

Ja, dankbaren Herzens blicken wir zu Dir, Verklärter, empor! Du gabst uns das schöne Straßburg und Erwins Münster wieder, Du gabst uns die lang ersehnte Einigkeit, Du gabst den Deutschen wieder die Freude am Vaterlande! Und darum ist der Jubel, der heute von den Alpen bis zum Meere die Lüfte schüttert, so erhaben wie der Donner der Geschütze, als die deutschen Stämme unter Deinen Augen gegen den alten Feind um ihren Herd und ihre Freiheit rangen.

Die Widersacher des Reichs spotten über die „Hurrapatrioten". In Wahrheit ist ihnen dieser Jubel ein Schrecken. In diesem Hurra von Millionen atmet die alte germanische Treue, Treue bis in den Tod. Mit einem Hurra auf Kaiser und Reich versanken die braven Matrosen vom „Iltis" in die schwarze Tiefe.

Wilhelm der Held! Wilhelm der Friedensfürst! Er sei uns ein Beispiel in harten Zeiten wie im Glück. Unsrer Pflichten eingedenk, nicht blind für das schwarze Gewölk am Horizont, dennoch getrost und froh grüßen wir, gute Bayern, den Nachfolger des edlen, ersten Hohenzollernkaisers: Hie gut Deutsch allerwege! Hoch Kaiser und Reich!

